



Kreisverwaltung/Büro der Landrätin  
Am Nuthefließ 2, 14943 Luckenwalde

Telefon (03075) 600-1000 Fax (03075) 600-0000

-----

# **Tätigkeitsbericht der Landrätin über die Arbeit der Kreisverwaltung Teltow-Fläming im Jahr 2014**



# Inhaltsverzeichnis

<b>Bereich Landrätin</b>	<b>5</b>
Öffentlichkeitsarbeit	5
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	5
Web-Entwicklung/Online-Redaktion	6
Veranstaltungen und Ehrungen	6
Partnerschaftliche Beziehungen	7
Beteiligungsmanagement	9
Amt für Wirtschaftsförderung und Investitionsmanagement	9
Sachgebiet Wirtschaft	9
Sachgebiet Arbeitsmarktpolitik	11
Sachgebiet Tourismus	13
Personal und Organisation	15
Aufgabenbereich Personal	15
Aufgabenbereich Organisation	18
Untere Kommunalaufsichtsbehörde	19
Rechnungsprüfungsamt	20
Behinderten- und Seniorenbeauftragte	21
Gleichstellungs- und Integrationsbeauftragte	22
Beauftragter zur Korruptionsprävention und -bekämpfung	25
(Antikorruptionsbeauftragter)	25
Behördlicher Datenschutzbeauftragter	25
IT-Sicherheitsbeauftragter	25
<b>Dezernat I</b>	<b>26</b>
Hauptamt	26
Sachgebiet Zentralverwaltung und Beschaffung	26
Sachgebiet Automatisierte Datenverarbeitung (ADV)	27
Kämmerei	28
Sachgebiet Kasse und Vollstreckung	28
Sachgebiet Geschäftsbuchhaltung	30

Straßenverkehrsamt	30
Sachgebiet Kfz-Zulassung	30
Sachgebiet Fahrerlaubniswesen und Fahrschulwesen	30
Sachgebiet Verkehrsordnungswidrigkeiten	31
Sachgebiet Verkehrssicherheit und -lenkung	32
Amt für Bildung und Kultur	36
Sachgebiet Schulverwaltung	36
Sachgebiet Haushalt und Finanzen	38
Volkshochschule	40
Kreisbildstelle	41
Kreismedienzentrum	42
Kreismusikschule Teltow-Fläming	43
Museum des Teltow	44
<b>Dezernat II</b>	<b>45</b>
Sozialamt	45
Grundsatzsachbearbeitung SGB II	45
Sachgebiet Sonstige soziale Leistungen	46
Sachgebiet Sozialhilfe und Betreuungsangelegenheiten	48
Jugendamt	51
Sachgebiet Planung, Controlling, Finanzen	51
Sachgebiet Jugend- und Familienförderung	54
Sachgebiet Familienunterstützende Hilfen	56
Sozialpädagogischer Dienst	56
Sachgebiet Unterhalt	58
Gesundheitsamt	60
Sachgebiet Hygiene und Umweltmedizin	62
Sachgebiet Amtsärztlicher und sozialmedizinischer Dienst	63
Sachgebiet Kinder- und Jugendgesundheitsdienst	66
Sachgebiet Zahnärztlicher Dienst	67
Sachgebiet Sozialpsychiatrischer Dienst	69
<b>Dezernat III</b>	<b>71</b>
Ordnungsamt	71
Sachgebiet Ordnung und Sicherheit	71
Sachgebiet Ausländer- und Personenstandswesen	74
Sachgebiet Brand- und Katastrophenschutz	75
Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt	79
Sachgebiet Veterinärwesen	79
Sachgebiet Lebensmittelüberwachung	82

Untere Bauaufsichts- und Denkmalschutzbehörde	84
Sachgebiet Untere Denkmalschutzbehörde	87
Umweltamt	92
Klimakoordinierungsstelle	92
Sachgebiet Wasser, Boden, Abfall	94
Sachgebiet untere Naturschutzbehörde (UNB)	96
Landwirtschaftsamt	98
Sachgebiet Agrarförderung	98
Sachgebiet Agrarstruktur	99
<b>Dezernat IV</b>	<b>103</b>
Kreisentwicklungsamt	103
Infrastruktur/Tourismus	103
Bauleitplanung/Städtebaumaßnahmen	106
Stabstelle Flughafen	109
Kataster- und Vermessungsamt	110
Bauamt	112
Sachgebiet Hochbau	112
Sachgebiet Liegenschaften	114
Sachgebiet Straßenwesen	115
Kreisstraßenmeisterei	117



# Bereich Landrätin

## Öffentlichkeitsarbeit

Der Bereich ist zuständig für die Außendarstellung der Kreisverwaltung und Ansprechpartner für Journalisten, Bürger, Behörden und Firmen. Ein Mitarbeiter war 2014 als stellvertretender Kreiswahlleiter zur Organisation und Durchführung der Kommunal-, Europa- und Landtagswahl tätig.

### Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

#### Medienarbeit

Pro Arbeitstag erreichten die Kreisverwaltung bis zu zehn Anfragen und Interviewwünsche von Journalisten. Gemäß Pressegesetz des Landes Brandenburg wurde umgehend reagiert.

Im Jahr wurden ca. 250 Presse-Informationen erarbeitet und publiziert. Diese sind außerdem in einem eigenen Presseservice und per Newsfeed auf den Internetseiten des Landkreises abrufbar.

In Zusammenarbeit mit den Ämtern und nachgeordneten Einrichtungen wie z. B. Musikschule, Volkshochschule oder Museum des Teltow wurden 145 anlassbezogene Pressternine und -gespräche zu unterschiedlichsten Themen angeboten. In vielen Fällen wurden die Termine organisatorisch betreut sowie redaktionell vor- und nachbereitet (Aufbereitung als Presse-Info, Berichterstattung auf der Homepage). In 47 Ausgaben des Amtsblattes für den Landkreis Teltow-Fläming wurden amtliche und gesetzlich vorgeschriebene Bekanntmachungen veröffentlicht.

#### Anzeigen/Ausschreibungen

Es wurden sieben Anzeigen in Auftrag gegeben, die in der Märkischen Allgemeinen Zeitung und der Lausitzer Rundschau veröffentlicht wurden. Außerdem wurden ca. 50 Ausschreibungen (Stellen, Aufträge) und Informationen über Zuschlagserteilungen auf der Homepage des Landkreises publiziert.

#### Reden, Grußworte, weitere Schreiben

Im Berichtszeitraum wurden rund 200 Grußworte, Reden, Laudationes, Glückwunsch- und Kondolenzschreiben erarbeitet. Darüber hinaus erfolgten zahlreiche Zuarbeiten für Verlagspublikationen sowie weitere Text- und Fotoarbeiten für einzelne Ämter der Kreisverwaltung.

#### Druckerzeugnisse

Die Einhaltung der Richtlinien des Corporate-Design-Handbuchs wurde überwacht. Bei Bedarf wurden Agenturen, die in Zusammenarbeit mit den Ämtern der Verwaltung Druckerzeugnisse erstellen, die entsprechenden Vorgaben zur Verfügung gestellt und erläutert. Mehr als 50 Veröffentlichungen der Ämter wurden redaktionell und gestalterisch betreut. Dies umfasste Faltblätter, Broschüren, Kataloge, Ausstellungstafeln und vieles mehr. Darüber hinaus wurde hausintern umfangreiche Amtshilfe bei der Korrektur von Dokumenten, Briefen u. ä. geleistet.

#### Weitere Aufgaben

- Mitarbeit im Katastrophenschutz-Stab des Landkreises (pressetechnische Begleitung von Großübungen, Öffentlichkeitsarbeit in besonderen Situationen)
- Führungen durch das Kreishaus und die Verwaltung, hauptsächlich für Schulklassen, Mitglieder von Vereinen und Organisationen sowie Seniorengruppen
- Betreuung der Postfächer [buergeranfrage@teltow-flaeming.de](mailto:buergeranfrage@teltow-flaeming.de) und [info@teltow-flaeming.de](mailto:info@teltow-flaeming.de)

## Web-Entwicklung/Online-Redaktion

Im Bereich ist die Erstellung, Weiterentwicklung, technische und redaktionelle Betreuung der Internetseiten des Landkreises und seiner nachgeordneten Einrichtungen angesiedelt.

Des Weiteren unterstützen die Webentwickler die ADV bei der Serverbetreuung und einzelnen Projekten wie der Entwicklung von Scripten und der Auswertung von Logdateien. Zurzeit werden 18 Sites und 15 Web-Applikationen betreut. Die Zahl der Besuche auf [www.teltow-flaeming.de](http://www.teltow-flaeming.de) stieg von 270.598 im Jahr 2013 auf 304.619 im Jahr 2014. Die Homepage der Flaeming-Skate verzeichnete 134.380 Besuche.

Die Online-Redaktion betreut die Internet-Redakteure in den Ämtern und unterstützt die Ämter der Kreisverwaltung bei der Konzipierung eigener Unterportale unter [www.teltow-flaeming.de](http://www.teltow-flaeming.de) bzw. bei der Darstellung spezieller Themen auf der Homepage des Landkreises.

Der Webauftritt [www.teltow-flaeming.de](http://www.teltow-flaeming.de) bildet das Dienstleistungsangebot der Kreisverwaltung ab und informiert ausführlich über den Landkreis, bietet Kontaktmöglichkeiten, eine Dienstleistungsdatenbank und einen Formularservice. Hier wie auf den anderen Internetpräsenzen werden regelmäßig aktuelle Meldungen eingestellt. Für die Homepage des Landkreises wurden fast 500 Meldungen recherchiert und publiziert.

Von großer Bedeutung für den dienstleistungsorientierten Webauftritt ist die Bereitstellung von Formularen für die Beantragung von Leistungen. Zurzeit umfasst das Online-Angebot der Ämter in diesem Bereich ca. 150 Formulare. Sie wurden im Haus entwickelt. Der Großteil von ihnen wurde von der Online-Redaktion bearbeitet, um ein Ausfüllen am PC zu ermöglichen. Das Angebot wird ständig erweitert. Die bereits vorhandenen Formulare werden regelmäßig an veränderte gesetzliche Rahmenbedingungen angepasst.

## Veranstaltungen und Ehrungen

In enger Zusammenarbeit mit dem Hauptamt und den jeweiligen Fachämtern wurden folgende Aktivitäten vorbereitet und durchgeführt:

### *Erstellen von Konzepten für und Organisieren von Veranstaltungen im Landkreis*

- Neujahrsempfang zum Thema „Handwerk im Landkreis Teltow-Fläming“ mit begleitender Ausstellung im Kreistags-Saal und Verleihung der Teltow-Fläming-Preise am 17. Januar
- „Kabinett vor Ort“ – die Landesregierung tagte am 11. März im Kreishaus Luckenwalde
- Wahlstudios zur Kommunal- und Europawahl am 25. Mai sowie zur Landtagswahl am 14. September
- Buchlesung mit Urs Faes am 17. Juni in der Stadtbibliothek Luckenwalde
- Gedenkveranstaltung zur Erinnerung an den Beginn des Ersten Weltkrieges vor 100 Jahren am 1. September

- Feierliche Übergabe der Denkmalpflegepreise am 12. September im Oberlaubenstall Borgisdorf
- Feierstunde zum „Tag des Ehrenamtes“ am 8. Dezember mit 87 Ehrungen
- Feierstunde zur Übergabe der Aktenpatenschafts-Urkunden am 10. Dezember

Ein besonderer Höhepunkt war der Teltow-Fläming-Tag anlässlich der Ersten Brandenburgischen Landesausstellung in Doberlug-Kirchhain am 12. Juli. Unter dem Motto „Hier lässt sich's leben“ präsentierte sich der Landkreis mit einem bunten Bühnenprogramm und einem Marktplatz zum Schauen, Informieren, Mitmachen und Genießen. Großes Interesse fand auch die Ausstellung „20 Jahre Teltow-Fläming – eine Dokumentation“. Zahlreiche Gäste nutzten die Gelegenheit, den Landkreis näher kennenzulernen.

Ein weiterer Höhepunkt des Jahres war die Veranstaltung zum 25. Jahrestag des Falls der Mauer am 15. November, die in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow und dem Bezirksamt von Berlin Tempelhof-Schöneberg organisiert wurde. Ca. 500 Gäste folgten der Einladung der Landrätin, der Bezirksbürgermeisterin von Tempelhof-Schöneberg und des Bürgermeisters von Blankenfelde-Mahlow und nahmen an den organisierten Spaziergängen, an der Ehrung der Maueropfer und dem Volksfest direkt auf dem ehemaligen Grenzstreifen in unmittelbarer Nähe des Mauerdenkmals in Mahlow teil.

#### *Unterstützung weiterer Veranstaltungen bei der Vorbereitung*

- Fläming-Frühlingsfest im Museumsdorf Glashütte am 14. Mai
- Behinderten- und Skaterfest in Kolzenburg am 7. September
- Wirtschaftspreis-Verleihung im Kreishaus am 10. Oktober
- Ausstellungen im Foyer des Kreishauses

Darüber hinaus wurden für die Landesregierung Zuarbeiten zu den verschiedensten Ehrungen (z. B. Europaparkkunde, Bürgerdelegationen zur Eröffnung des Brandenburger Landtages sowie zum Tag der Deutschen Einheit, Deutscher Bürgerpreis) erstellt.

#### *Vorbereitung und Begleitung von Informations- und Arbeitsbesuchen*

- Arbeitsbesuch des Innenministers Ralf Holzschuher am 12. Februar
- Arbeitsbesuch des Bundestagsabgeordneten Dr. Frank-Walter Steinmeier am 17. Februar
- Arbeitsbesuch der Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, Anita Tack am 20. Mai
- Informationsbesuch der Verwaltungsleitung in der Stadt Zossen am 2. Juli

Die Medien wurden vorab über stattfindende Veranstaltungen sowie im Anschluss über die Ergebnisse informiert. Bei allen Besuchen, Veranstaltungen und Präsentationen wurden Fotodokumentationen erstellt.

### **Partnerschaftliche Beziehungen**

Ein gelungenes Beispiel für die deutsch-polnische Kreispartnerschaft war das Projekt "Nad podziałami - über den Unterschieden", zu dem der Landkreis von seinen polnischen Partnern eingeladen wurde. Ein Symposium und eine Ausstellung zum Fall der Berliner Mauer begleiteten die Installation eines Kunstwerks auf dem Gelände des Instituts für europäische Kultur der Adam-Mickiewicz-Universität Poznań in Gniezno. Der Leiter des Museums des Teltow vertrat unseren Landkreis mit einem Vortrag. Außerdem wurden Dokumente der Zeitgeschichte für die Ausstellung zur Verfügung gestellt.

Tradition ist die Anwesenheit der polnischen Partner beim Neujahrsempfang, Kreiserntefest und der Wirtschaftswoche Teltow-Fläming. Die Landrätin besuchte das Kreiserntefest in Gniezno und nahm an der Einweihung des Kunstwerks im Rahmen des Projekts "Nad podziałami - über den Unterschieden" teil. Die Kreispartnerschaft wird auch von Vereinen und Initiativen im Landkreis getragen. So nahmen vom 24. bis

27. April polnische Feuerwehrleute an einer gemeinsamen Ausbildung im Feuerwehrtechnischen Zentrum teil. Zum 20. Jahrestag des Bestehens des Kreisfeuerwehrverbands wurden zwei polnische Kameraden mit der Medaille für internationale Zusammenarbeit des Deutschen Feuerwehrverbands geehrt. Informationen über die deutsch-polnische Zusammenarbeit wurden auf der Homepage des Landkreises veröffentlicht.

## Beteiligungsmanagement

Schwerpunktthema bildeten die Gesellschaftsverträge der Beteiligungen. Die Verträge der SWFG mbH, FGS mbH, VTF mbH und TKW wurden an die Regelungen der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg angepasst. Sie bilden die Grundlage für die abzuschließenden Zielvereinbarungen. Für die nach der Kommunalwahl neu bestellten Aufsichtsratsmitglieder wurde ein Handbuch erstellt und Ende Februar 2015 wurde eine Schulung durchgeführt. Der Beteiligungsbericht für das Jahr 2012 wurde am 15. Dezember in den Kreistag eingebracht.

Die SWFG mbH spielte weiterhin eine sehr große Rolle. Seit dem Geldeingang aus dem Verkauf eines großen Immobilienpaketes im Jahr 2013 ist die Gesellschaft liquide und wird vorerst nicht auf Zuwendungen des Landkreises zurückgreifen müssen. Weitere Verkäufe sorgten für zusätzliche Stabilität. Die Mitgesellschafter, die MBS sowie die VR-Bank Fläming e.G., hatten ihre Anteile zum 31.12.2013 bzw. 31.12.2014 gekündigt. Die VR-Bank Fläming e.G. bot ihre Anteile dem Landkreis sowie der Gesellschaft unentgeltlich an. Die MBS hingegen wollte ihre Anteile nur gegen Zahlung der von ihr ursprünglich erbrachten Stammeinlage in Höhe von 81.850 € übertragen. Nach Verhandlungen mit der MBS konnte erreicht werden, dass diese ihre Anteile für den symbolischen Preis von einem Euro an den Landkreis übertrug. Der Kreistag stimmte der Übertragung am 23. Juni zu. Am 16. Oktober wurde die Änderung im Handelsregister eingetragen. Damit ist der Landkreis Alleingesellschafter der SWFG mbH. Nachdem der Kreistag in seiner Sitzung am 1. September der Änderung des Gesellschaftszwecks zugestimmt hat, beschloss der Kreistag am 15. Dezember einen geänderten Gesellschaftsvertrag der SWFG mbH, der den Vorgaben der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg entspricht. Zum 31. Dezember fand ein Geschäftsführerwechsel statt.

Weiterer Schwerpunkt war die GAG mbH Klausdorf. Seit dem 1. August 2014 hat die ehemalige Prokuristin die Geschäftsführung übernommen.

Nach einer Petition von Anwohnern beschloss der Kreistag am 28. April die Bildung eines Anwohnerbeirates bei der FGS mbH. Die dafür notwendigen organisatorischen Grundlagen (Geschäftsordnung) wurden vom Beteiligungsmanagement erarbeitet. Der Kreistag wurde mit einer Informationsvorlage am 1. September dazu informiert. Mit seiner konstituierenden Sitzung am

2. Dezember nahm der Anwohnerbeirat seine Arbeit auf.

## Amt für Wirtschaftsförderung und Investitionsmanagement

### Sachgebiet Wirtschaft

Das Sachgebiet ist aufgeteilt in die wirtschaftsfördernden Bereiche und den ÖPNV.

- *Netzwerk Arbeits- und Fachkräftesicherung Teltow-Fläming und Mittelstandsbetreuung*

Das seit dem 1. März 2012 vom Europäischen Sozialfonds (ESF) finanzierte Teilprojekt „Netzwerk Arbeits- und Fachkräftesicherung TF“ - als Bestandteil des Regionalbudgets V (RB V) - konnte in diesem Jahr erfolgreich zu Ende geführt werden. Auf Grund intensiver Unternehmensbetreuung konnten über 85 offene Arbeits- und

Personen- und Funktionsbezeichnungen sind in männlicher Form verwendet worden. Der Verzicht auf sprachliche Gleichbehandlung soll die Lesbarkeit des Berichtes erleichtern.

Ausbildungsstellen akquiriert und den regionalen Bildungsträgern angeboten werden. Erneut war festzustellen, dass die Arbeits- und Fachkräfteproblematik bei der mittelständischen Wirtschaft immer präsenter wird. Weitere Schwerpunkte waren die Arbeits- und Fachkräftebedarfe innerhalb des Unternehmens, die Unternehmensnachfolge sowie die Beratung zu aktuellen Fördermittelprogrammen aus dem Portfolio der LASA Brandenburg GmbH, der Zukunftsagentur Brandenburg GmbH und der Investitionsbank des Landes Brandenburg.

Dem Netzwerk Arbeits- und Fachkräftesicherung gehörten bis zum Ende der Förderperiode am 28. Februar mehr als 25 Einrichtungen und Institutionen an. Neben dem Landkreis, den Trägern des Regionalbudgets, der LASA Brandenburg GmbH, der Kreishandwerkerschaft, der Industrie- und Handelskammer, der Investitionsbank des Landes Brandenburg, der ZukunftsAgentur Brandenburg, der Handwerkskammer, der Bundesagentur für Arbeit, dem Jobcenter TF waren der Unternehmerverband Brandenburg e. V., die Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises TF, die ZAL GmbH und weitere Bildungseinrichtungen vertreten.

- *Wirtschaftswoche 2014*

Vom 7. bis 11. November fand die Wirtschaftswoche Teltow-Fläming unter Regie des Landkreises statt. Der Höhepunkt der Wirtschaftswoche war die Verleihung des Wirtschaftspreises 2014 unter der erstmaligen Federführung des Landkreises Teltow-Fläming. Die mit knapp 200 Gästen besuchte Veranstaltung fand erstmals im Kreishaus Luckenwalde statt und bot einen optimalen Rahmen für die Verleihung der Wirtschaftspreise. Durch die finanzielle Unterstützung der Mittelbrandenburgischen Sparkasse, der VR Bank Fläming e. G. und der Investitionsbank des Landes Brandenburg konnte der Landkreis eine hochkarätige Veranstaltung organisieren und durchführen. Mit 65 nominierten Unternehmen und 22 Bewerbungen wurde ein Rekord an teilnehmenden Unternehmen verzeichnet.

Ein ganz besonderer Dank gilt der Stadt Luckenwalde für die Übernahme der Marketingausgaben sowie unseren Partnern der IHK Potsdam, RegionalCenter Teltow-Fläming und der Kreishandwerkerschaft Teltow-Fläming.

- *Netzwerk Schule-Wirtschaft Teltow- Fläming*

Das Netzwerk Schule-Wirtschaft sowie die jährliche Berufsorientierungstournee wurden weitergeführt. 13 Unternehmen aus dem Landkreis öffneten ihre Türen für mehr als insgesamt 120 Schüler aus den Oberschulen. Ziel war es, den Schülerinnen und Schülern Hilfe bei der Berufsorientierung zu geben und sie dafür zu sensibilisieren, dass auch in unserer Region attraktive Unternehmen mit Zukunftsperspektiven zu finden sind.

- *Gewerbegebiete*

Die Zusammenarbeit mit der ZAB GmbH in Bezug auf die Aktualisierung von Gewerbegebietsdaten wurde weiter ausgebaut. Dabei stand vor allem die Dokumentation der Gewerbeflächen aller kreislicher Kommunen für das Planungsinformationssystem des Landes Brandenburg im Fokus der Aktivitäten.

- *Breitbandinitiative TF*

Die vom Land Brandenburg angeschobene Breitbandstrategie „Glasfaser 2020“ wurde vom Breitbandbeauftragten des Landkreises unterstützt, um die wenigen noch nicht versorgten Gebiete des Landkreises zu erschließen. Dazu fanden eine Ausschreibung, ein Auswahlverfahren und erste Maßnahmen in den Kommunen statt.

- *Investitionsmanagement*

Der Landkreis konnte eine erfreuliche Investitionstätigkeit der Unternehmen feststellen. Auf Grundlage der Richtlinie zur Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW) konnten durch den Landkreis zahlreiche Investitionsvorhaben mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 206.669.254,50 € positiv begleitet werden. Als Investitionshemmnis für zahlreiche Unternehmen stellte sich die zum 30.06.2014 ausgelaufene GRW-Förderperiode dar. Durch das Ende dieses Förderinstrumentes und vor allem der bis heute nicht vorhandenen neuen GRW-Förderrichtlinie hielten sich zahlreiche Unternehmen mit Investitionsvorhaben zurück.

- *Öffentlicher Personennahverkehrs (ÖPNV)*

Der Nahverkehrsplan 2014 bis 2018 für den übrigen öffentlichen Personennahverkehr wurde am

24. Februar durch den Kreistag beschlossen. Damit ist Planungssicherheit sowohl für die Verkehrsunternehmen als auch für den Landkreis als Aufgabenträger für den übrigen ÖPNV lt. ÖPNV-Gesetz des Landes Brandenburg für die nächsten Jahre gegeben. Ein weiterer Schwerpunkt war die Vorabkennzeichnung für die Vergabe von Verkehrsleistungen ab 2016 im Amtsblatt der Europäischen Union per 31.10.2014, um die Absicherung des übrigen ÖPNV nach Auslaufen der Linienkonzessionen im Jahr 2016 langfristig vorzubereiten.

Für die Testphase des „Mobilitätskonzeptes Niederer-Fläming“ konnte eine Mitfinanzierung durch eine entsprechende Vereinbarung gesichert werden. Erreicht wurde, dass den Gesamtaufwendungen für den ÖPNV in Höhe von 7.688,23 T€ Gesamterlöse von 5.120,6 €, gegenüberstanden. Diese setzen sich aus 4.586,0 T€ Landeszuweisungen und 534,6 T€ Beteiligungen von anderen Landkreisen und Kommunen zusammen. Durch den Landkreis waren dementsprechend 2.567,6 T€ als Eigenmittel für den ÖPNV zu finanzieren.

Die 48-Stunden-Aktion am 28. und 29. Juni im Naturpark Nuthe-Nieplitz wurde zum zweiten Mal ein voller Erfolg. Mit dem Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg gab es eine enge Zusammenarbeit. Die zum Fahrplanwechsel im Dezember 2012 neu in Betrieb genommene Buslinie 600 konnte sich im Jahr durch weiter erhöhte Nutzung besser profilieren.

Über die im Nahverkehrsplan enthaltene Investitionsrichtlinie konnten Investitionen in die ÖPNV-Infrastruktur in Höhe von 391,8 T€ unterstützt werden. So z. B. für zwei Bushaltestellen mit Aufstellflächen in Mahlow und Zülichendorf, die P+R-Anlage an der Bahnhof-Südseite in Jüterbog, die Gestaltung des Bahnhofsvorplatzes am Haltepunkt Zellendorf sowie die Neuanlage des SPNV-Haltespunktes Ludwigsfelde-Struveshof. Der Nahverkehrsbeirat Teltow-Fläming hat im Jahr 2014 nicht getagt. Mit Beschluss des Kreistages vom 3. November wurde ein neuer Nahverkehrsbeirat gebildet.

## **Sachgebiet Arbeitsmarktpolitik**

Schwerpunkt der Arbeit lag auf der Erfüllung der Zielvorgaben aus den Zuwendungsbescheiden der Arbeitsmarktförderprogramme. Am 28. Februar endete die fünfte und letzte Förderperiode des von der EU geförderten Arbeitsmarktprogrammes **„Beschäftigungsperspektiven eröffnen - Regionalentwicklung stärken“ (Regionalbudget)**. Das Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Brandenburg (MASF) schloss mit dem Landkreis eine Zielvereinbarung ab. Insgesamt stand für das Regionalbudget V ein Finanzvolumen in Höhe von 2,155 Mio. € aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) zur Verfügung. Die Mittel wurden für die Umsetzung von 8 Projekten und für ein im Sachgebiet angesiedeltes Projektmanagement verwendet. Diese Projekte wurden durch die GAG Klausdorf mbH, das Evangelische Jugendwerk TF, die Futura GmbH, die ZAL GmbH, die Kreishandwerkerschaft TF, den VAB e. V. sowie das eigene Netzwerk Arbeits- und Fachkräftesicherung umgesetzt. Das Projektmanagement (Koordinierungsbüro mit zwei Projektkoordinatoren) unterstützte die Projektträger bei der inhaltlichen Umsetzung, gab Hilfestellung bei der Abrechnung und übte eine kontrollierende Funktion aus. Teil des Koordinierungsbüros war die Anlaufstelle für alle Partner am Arbeitsmarkt. Durch die erfolgreiche Arbeit der Projektträger am Arbeitsmarkt - unterstützt durch das Projektmanagement und weitere Partner - konnten bis zum 28. Februar die Zielvorgaben des MASF erfüllt bzw. übererfüllt werden.

Folgende Ergebnisse konnten erreicht werden:

642 Teilnehmende, 132 Übergänge in sozialversicherungspflichtige Arbeit,  
55 Übergänge in berufliche Ausbildung, 5 Ehrenamtsübernahmen

Am 29. April fand eine öffentliche Abschlussveranstaltung für das ESF-Förderprogramm statt, auf der die erreichten Ergebnisse gewürdigt wurden. Für den gesamten Förderzeitraum, Regionalbudget I bis V, vom 01.07.2007 bis 28.02.2014, steht folgendes Ergebnis:

2.935 Teilnehmende, 466 Übergänge in sozialversicherungspflichtige Arbeit,  
171 Übergänge in berufliche Ausbildung und 34 zusätzliche Ausbildungsverträge  
41 Übergänge in Selbstständigkeit

Bei einer Integrationsquote von 23,1 Prozent ist somit fast jeder vierte Teilnehmer in Arbeit, Ausbildung oder Selbstständigkeit vermittelt worden. Für dieses Ergebnis wurden Mittel des ESF in Höhe von ca. 6.214.800 € und eine Kofinanzierung von ca. 3.931.800 € eingesetzt.

Im Landesprogramm „**Arbeit für Brandenburg**“ stand die Schaffung von zusätzlichen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen für Langzeitarbeitslose, vorrangig über 50 Jahre, im Fokus. Das Programm begann bereits im Jahr 2010 und läuft jeweils für die Dauer von maximal 24 Monaten. 2014 konnten letztmalig Beschäftigungsverhältnisse im Rahmen dieses Programms eingerichtet werden. Die in 2012 geschaffenen 29 und davon zuletzt 28 besetzten Stellen endeten zum 28. Februar. Im Jahr 2014 wurde das Programm im Landkreis mit 13 Stellen aus 2013 weiter fortgeführt. Von den in 2014 beantragten 15 Stellen sind derzeit alle 15 Stellen in 10 Maßnahmen bei 4 Trägern besetzt. Die Teilnehmer sind in Einsatzfeldern wie Kinder- und Jugendfreizeitgestaltung, soziale Dienste, Kunst und Kultur, Erhalt und Verbesserung der Umwelt, Naturschutz und Landschaftspflege und Infrastruktur und Tourismus beschäftigt. Insgesamt waren 56 langzeitarbeitslose Menschen im Rahmen des Landesprogramms beschäftigt. Insgesamt gelang es, 7 Teilnehmer in den 1. Arbeitsmarkt zu vermitteln. Diese Beschäftigungsverhältnisse werden in Höhe von 250 € monatlich pro Teilnehmer vom Land Brandenburg und auf der Grundlage des Beschlusses des Kreistages in Höhe der eingesparten Kosten der Unterkunft (150 € monatlich pro Teilnehmer) gefördert. Die eingesparten Kosten der Unterkunft beliefen sich im Jahr auf durchschnittlich 197,62 €, nach Abzug des Bundesanteils in Höhe von 27,6 v. H. auf 143,08 € monatlich je Teilnehmer. Die Landes- und Kreismittel wurden durch den WFB-Bereich bewilligt und an die Träger der Maßnahmen weitergeleitet.

Das aus Mitteln des ESF geförderte Bundesprogramm „**Bürgerarbeit**“ endete zum 31. Dezember. Seit Beginn dieses Programms wurden per 31.12.2014 insgesamt 165 zusätzliche gemeinnützige Beschäftigungsplätze für Langzeitarbeitslose geschaffen. Davon wurden in der Kreisverwaltung 8 Bürgerarbeitsplätze eingerichtet. Alle „Bürgerarbeitsplätze“ wurden auf der Grundlage des Beschlusses des Kreistages in Höhe der eingesparten Kosten der Unterkunft (150 € monatlich) gefördert. Insgesamt gelang es, 17 Teilnehmer aus dem Bundesprogramm „Bürgerarbeit“ in den 1. Arbeitsmarkt zu vermitteln.

„Jeder Weg beginnt mit einem Schritt“. Am 30. November endete das erste der beiden durch das MASF und ESF geförderten Projekte „**Förderung der Integrationsbegleitung von Langzeitarbeitslosen**“ (IB I). In den 24 Monaten Projektlaufzeit sind die Integrationsbegleiterinnen sehr viele Schritte gegangen, um langzeitarbeitslose Teilnehmer bei der Suche nach einer sozialversicherungspflichtigen

Beschäftigung zu unterstützen. Dabei erfolgte eine individuelle Beratung, Betreuung und Begleitung. Für die Teilnehmer wurden passgenaue Stellen gesucht und Kontakte zu Arbeitgebern hergestellt. Bei Bedarf wurden Vorstellungsgespräche in Rollenspielen geübt und Bewerbungsunterlagen überarbeitet bzw. neu erstellt. Des Weiteren wurden für die Projektteilnehmer Workshops, bspw. zu den Themen Arbeitsrecht, Persönlichkeitstraining, Stressbewältigung und zur Gesundheitsorientierung allgemein, organisiert. Eine Vielzahl von Teilnehmern erzielte eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, nicht zuletzt durch vorangegangene Praktika sowie durch intensive Zusammenarbeit der Integrationsbegleiterinnen mit Unternehmen. Durch eine mögliche Nachbetreuung sind nachhaltige Arbeitsverhältnisse entstanden. Der Landkreis erhielt zur Durchführung der Projektes IB I eine Zuwendung in Höhe von 353.755,59 €.

Für das Projekt IB I konnten 156 Teilnehmer auf freiwilliger Basis gewonnen werden. 26 von ihnen

(16,7 %) konnten in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung integriert werden, 7 weitere nahmen eine geringfügige Beschäftigung auf.

Das Projekt IB II endet am 31.03.2015 und kann bereits auf gute Erfolge verweisen. Es konnten 186 Teilnehmer im Projekt aufgenommen werden. Davon sind bereits 22 Teilnehmer in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung integriert worden. Weitere Teilnehmer sind in geringfügige Beschäftigung sowie in die Selbstständigkeit gegangen. Für dieses Projekt stehen insgesamt ca. 348.500 € zur Verfügung.

Der **Lotsendienst TF** wurde weitergeführt. Im Beraterpool arbeiten 20 Experten mit fachlicher und sozialer Kompetenz. Im Jahr haben sich 143 Gründungsinteressierte zu einem informativen Erstgespräch an den Lotsendienst gewandt. Zur systematischen Ermittlung der Stärken und Schwächen der Gründungsinteressierten durchlaufen diese ein Assessment-Center (AC). Insgesamt wurden 10 ACs durchgeführt, an denen 92 Gründungsinteressierte teilnahmen. Es konnten 51 Personen in das Projekt aufgenommen werden. Diese erhielten umfangreiche Beratungsleistungen. Bis zum 31. Dezember haben 32 Teilnehmer eine selbstständige Tätigkeit im Vollerwerb aufgenommen. Dies entspricht einer Gründerquote von 63 %. Im Rahmen der Wirtschaftswoche Teltow-Fläming fand am 10. Oktober zum ersten Mal ein Elevator-Pitch-Wettbewerb in Luckenwalde statt. Gemeinsam mit Vertretern vom Regionalcenter der IHK in Luckenwalde, der Kreishandwerkerschaft Teltow-Fläming, den Wirtschaftsjuvenen TF, der Bundesagentur für Arbeit, dem Jobcenter, zahlreichen Beratern sowie der Gründerlotsin konnte diese eher unkonventionelle Veranstaltung als großer Erfolg verbucht werden. Insgesamt hat der Landkreis im Jahr für das Projekt 174.253 € ESF-Fördermittel erhalten. Das Projekt endete zum 31. Dezember. Der Landkreis hat sich als Träger des Lotsendienst-Projektes für die nächste Förderperiode bei der ILB-Brandenburg beworben.

### **Fazit zum Abschluss der ESF-Förderperiode 2007 - 2014:**

Durch den Landkreis konnten insgesamt 4045 Menschen in den umgesetzten Arbeitsförderprogrammen betreut, begleitet und gecoacht werden. 950 arbeitslose Personen wurden in Arbeit, Ausbildung oder in die Selbstständigkeit vermittelt bzw. geführt, darunter ca. 70 % langzeitarbeitslose Menschen. Dies entspricht einer Vermittlungsquote von 23,5 %. Auch den nicht vermittelten Menschen konnte bei der Meisterung ihrer schwierigen Lebenssituation geholfen werden. In den Maßnahmen war ihnen eine soziale Teilhabe am gesellschaftlichen Leben möglich und sie konnten befristet wieder einer sinnvollen Tätigkeit nachgehen.

Personen- und Funktionsbezeichnungen sind in männlicher Form verand w orden. Der Verzicht auf sprachliche Gleichbehandlung soll die Lesbarkeit des Berichtes erleichtern.

## Sachgebiet Tourismus

Zu der umfangreichen Öffentlichkeitsarbeit im Zusammenhang mit dem touristischen „Top“-Produkt „Flaeming-Skate“ und der Organisation vielfältiger Veranstaltungen in der Skate-Arena Jüterbog kamen neue Aufgaben hinzu. Mit der Fortschreibung des Leitbildes für den Landkreis ergaben sich Fragen der wirtschaftlichen Bedeutung des Tourismus bei der kreislichen Entwicklung. Der vom Tourismus ausgehende ökonomische Effekt für die Wirtschaft im Landkreis lässt sich ohne differenzierte Berechnungen nicht beziffern. Zur weiteren Förderung und Entwicklung des Tourismus war und ist es wichtig, die momentane Wirtschaftskraft dieses Bereiches zu kennen, um weitere Schwerpunkte in der Entwicklung für die kommenden Jahre herauszuarbeiten. Nicht nur veränderte Nachfragezahlen (Übernachtungen und Tagesreisen), sondern auch ein geändertes Ausgabeverhalten der Touristen sorgen dafür, dass die bisher zur Verfügung stehenden Daten nicht unbegrenzt fortgeschrieben werden können. Die verlässliche Ermittlung der wirtschaftlichen Bedeutung des Tourismus ist die zentrale Grundlage für eine zielgerichtete Tourismusarbeit vor Ort. Es lag ein Angebot der dwif-Consulting GmbH zur Ermittlung des Wirtschaftsfaktors Tourismus im Landkreis vor, welches genutzt wurde.

Im Rahmen der Wirtschaftswoche des Landkreises wurde der erste Tourismustag mit Erfolg durchgeführt. Hier wurden die Ergebnisse der Studie einem Teilnehmerkreis offeriert, der sich aus Leistungsträgern des Tourismus, Bürgermeistern und Mitarbeitern der kommunalen Verwaltungen zusammensetzte. Die Ergebnisse der Studie sowie die Impulse aus der Diskussion werden in die weitere strategische Arbeit zur Entwicklung des Tourismus im Landkreis einfließen.

Mit dem Ausscheiden des bisherigen Geschäftsführers des Tourismusverbandes Fläming e. V. zum

31. Januar des Jahres wurde die Geschäftsführung durch den Sachgebietsleiter kommissarisch mit übernommen. Das führte zu einer zeitweiligen Doppelbelastung für die Mitarbeiter. Diese Situation hat jedoch auch dazu beigetragen, Synergieeffekte für Arbeitsteilungs- bzw. Abgrenzungsmöglichkeiten zwischen dem Tourismusverband und dem Sachgebiet für die Zukunft zu erkennen. Die Vorbereitung und Durchführung des Flämingfrühlingsfestes im Museumsdorf Glashütte gemeinsam mit der Stadt Baruth war ein erster Prüfstein, zumal der Vorstand des Verbandes den Beschluss gefasst hatte, sich aus der Organisation des Festes herauszunehmen. Ein erster Höhepunkt im Jahr war die Wahl zur 14. Flämingkönigin und die Inthronisierung zum Flämingfrühlingsfest am 11. Mai in Glashütte.

Die sportliche Saison wurde in der Skate-Arena Jüterbog mit dem „Osterferientrainingscamp der Vereine“ eröffnet. Danach folgten zum Teil traditionell wiederkehrende Veranstaltungen, wie:

- Tag der offenen Tore der Skate-Arena zur Saisonöffnung
- Dreiländerwettkampf im Speedskating LM Brandenburg/Berlin/Mecklenburg
- Flaeming-Rollevent an Himmelfahrt (zum 3. Mal)
- „Skateln“ Trainingscamp zu Pfingsten (zum 8. Mal)
- DSV Nordisch-Aktiv-Wochenende
- 12h-Stepperbike-Rennen (zum 5. Mal)
- 100 km-Inlinetour (zum 12. Mal)
- Deutscher Geherpokal & Teltow-Fläming-Cup der Läufer im Oktober

An 41 Tagen war für diese Veranstaltungen die Skate-Arena ausgebucht. Rund 2.600 Teilnehmer wurden gezählt. Nicht zuletzt haben viele Teilnehmer und deren Familienangehörige in der Region übernachtet. Im Laufe des Jahres lockten der Trainingsstandort und die Skate-Arena Jüterbog wieder 26 Vereine aus dem In- und Ausland in unsere Region. Auch hier sind es zum überwiegenden Teil Stammgäste, die die vorhandenen Möglichkeiten jährlich mit großem Spaß und Erfolg nutzen. Im Bereich des Marketing wurde der „Flaeming-Skate-Flyer“ überarbeitet und im Laufe des Jahres über die touristischen Leistungsträger und bei Präsentationen auf Fachmessen, wie Internationale Grüne Woche und ITB, Messe Vital in Berlin aus Anlass des Halbmarathons im Frühjahr und zum Marathon im Herbst, 85.000 Mal verteilt. Wiederum konnten in 43 verschiedenen Printmedien informelle Teile mit Anzeigen der Region platziert werden. Auch Medienpartner mit Internetplattformen boten die Möglichkeit, zielgruppengerecht für unsere Region Marketing zu betreiben. Die Gästezahlen im Bereich der Tagesausflügler und bei den Übernachtungen lagen insgesamt über den Vorjahreswerten.

## Personal und Organisation

### Aufgabenbereich Personal

- *Entwicklung des Personalbestands*

	31.12.2010	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014
Beamte	103	102	101	98	95
Beschäftigte	749	777	731	741	741
Auszubildende (AZUBI)	19	18	19	19	20
Bundesfreiwilligendienst	10	0	0	1	0

Im Gesamtpersonalbestand sind 20 Mitarbeiter enthalten, die den Standorten des Jobcenters Teltow-Fläming in Zossen und Luckenwalde zugewiesen sind. Davon sind vier Mitarbeiter verbeamtet und 16 tariflich beschäftigt.

- *Einstellungen*

Es wurden insgesamt 36 Einstellungen vorgenommen.

- 6 Einstellungen von Auszubildenden
- 13 befristete Einstellungen
- 8 unbefristete Einstellungen
- 5 übernommene Auszubildende nach erfolgreicher Ausbildung
- 4 Entfristungen von Arbeitsverhältnissen

- *Beendigung von Beschäftigungsverhältnissen*

Es schieden insgesamt 39 Beschäftigte aus dem Arbeits- bzw. Dienstverhältnis mit dem Landkreis Teltow-Fläming aus. Die Gründe für das Ausscheiden stellen sich wie folgt dar:

- Auflösungsvertrag 2 Mitarbeiter
- Ende der Ausbildung ohne Wunsch auf Übernahme 2 Mitarbeiter
- Beendigung von Altersteilzeit 10 Mitarbeiter
- Ende der befristeten Tätigkeit 12 Mitarbeiter
- Kündigung durch den Arbeitnehmer 5 Mitarbeiter
- Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze 2 Mitarbeiter
- Übergang in eine unbefristete Erwerbsunfähigkeitsrente 3 Mitarbeiter
- Versetzung in den Ruhestand (Altersgrenze) 3 Mitarbeiter

- *Schwerbehinderte Mitarbeiter*

Die Kreisverwaltung beschäftigt zurzeit 60 Schwerbehinderte/Gleichgestellte. Dies entspricht einer Quote von 7 %. Die Pflichtquote beträgt 5 %. Damit entfällt die Zahlung einer Ausgleichsabgabe in Höhe von 115 € für jeden nicht besetzten Pflichtarbeitsplatz.

Personen- und Funktionsbezeichnungen sind in männlicher Form verwendet worden. Der Verzicht auf sprachliche Gleichbehandlung soll die Lesbarkeit des Berichtes erleichtern.

- *Teilzeitbeschäftigte*

Das Angebot zur freiwilligen Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit wurde weiterhin in Anspruch genommen. Zum Stichtag 31.12.2014 befinden sich insgesamt 223 Beschäftigte in einer Teilzeitbeschäftigung (202 Beschäftigte und 21 Beamte).

- *Altersteilzeit (ATZ)*

Zum Stichtag 31.12.2014 befinden sich 37 Mitarbeiter in einem Altersteilzeit-Arbeitsverhältnis

(34 Beschäftigte und 3 Beamte). Für neun Beschäftigte erhält der Landkreis eine anteilige Erstattung der Personalkosten von der Bundesagentur für Arbeit, weil es sich in diesen Fällen um die Wiederbesetzung der ATZ-Stelle durch einen ausgelernten Auszubildenden bzw. einen Arbeitsuchenden handelt. Zum genannten Stichtag befinden sich 36 Mitarbeiter in der Ruhephase des Blockmodells der Altersteilzeit. Ein Mitarbeiter hat sich für die Durchführung der „unverblockten“ Altersteilzeit entschieden.

- *Elternzeit*

Insgesamt 21 Beschäftigte nahmen die Elternzeit in Anspruch. Dabei wurden alle Mitarbeiter berücksichtigt, deren Elternzeit bis in das Jahr 2014 hineinreichte oder deren Elternzeit im Jahr 2014 begann.

- *Ausbildung*

Am 1. August begannen sechs junge Menschen ihre Ausbildung zum Verwaltungsfachangestellten. Der Ausbildungsplatz des Vermessungstechnikers blieb unbesetzt, da der geeignete Bewerber seine Ausbildung nicht antrat. Mit Beginn des Ausbildungsjahres am 1. August lernten in der Kreisverwaltung 20 Auszubildende. Im Juli endete für sechs Verwaltungsfachangestellte und einen Vermessungstechniker die Ausbildung. Fünf wurden befristet eingestellt. Neben einer unbefristeten Übernahme verließen zwei Auszubildende dieses Jahrgangs die Kreisverwaltung, um ein Studium bzw. eine Anstellung aufzunehmen. Beim jährlich stattfindenden Zukunftstag bieten die daran beteiligten Mitarbeiter und Auszubildenden den Schülern interessante praktische Einblicke in das Berufsbild des Verwaltungsfachangestellten und des Vermessungstechnikers. Zur Sicherung und Verbesserung der Ausbildungsqualität begannen bzw. absolvierten zwei Mitarbeiter die Ausbildereignungsprüfung.

- *Praktikum*

Das Engagement der Amtsleiter und Mitarbeiter in der Kreisverwaltung ermöglichte vielen Schülern und Studenten ein Praktikum in der Verwaltung.

Kalenderjahr	Schüler	Studenten
2011	30	19
2012	29	20
2013	29	30
2014	37	21

Auch in diesem Jahr absolvierten wieder Schüler ein Praktikum im Hause, nachdem sie sich auf der AusBildungsMesse Teltow-Fläming oder zum Zukunftstag zielgerichtet nach der Möglichkeit erkundigt hatten. Den Ämtern der Kreisverwaltung standen aber auch Praktikanten, die im Rahmen ihrer Ausbildung ein solches benötigten (11), die sich aus

Personen- und Funktionsbezeichnungen sind in männlicher Form verw andt worden. Der Verzicht auf sprachliche Gleichbehandlung soll die Lesbarkeit des Berichtes erleichtern.

eigener Initiative heraus (10) oder zu Umschulungsgründen (4) bewarben, hilfreich zur Seite.

- *Fortbildung*

Im Jahr beendete eine Mitarbeiterin die längerfristige Fortbildung zur Sozialtherapeutin/ Sucht und fünf Mitarbeiter absolvierten erfolgreich den Verwaltungsfachwirt-Lehrgang. Für die Zielgruppe der Führungskräfte gab es Inhouse-Seminare zur Umsetzung der Dienstvereinbarung zur Zahlung von Leistungsentgelten mit dem Schwerpunkt Zielvereinbarung und zum Thema Beteiligungsrechte des Personalrates.

- *Krankenstand*

Der durchschnittliche Krankenstand lag bei 6,07 % aller Beschäftigten bei einer 5-Tage-Arbeitswoche. Das entspricht im Jahresdurchschnitt 15,1 Krankentage pro Mitarbeiter. 46 Mitarbeiter (5,4 % aller Beschäftigten) waren über die Entgeltfortzahlung hinaus länger als 6 Wochen fortlaufend arbeitsunfähig.

- *Betriebliches Eingliederungsmanagement*

Die Kreisverwaltung setzt seit 01.01.2011 die Dienstvereinbarung zum Betrieblichen Eingliederungsmanagement (BEM) nach § 84 II SGB IX um. Im Zuge dessen wurde ein Integrationsteam gebildet, welches mit der Anwendung des BEM betraut wurde. Das BEM findet Anwendung auf alle Mitarbeiter des Landkreises, die innerhalb eines Jahreszeitraums länger als sechs Wochen arbeitsunfähig waren. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Krankheit zusammenhängend auftritt bzw. -trat oder einzelne Fehlzeiten addiert diese Grenze überschritten bzw. überschreiten. Im Jahr wurden 94 Mitarbeiter der Verwaltung ermittelt, denen ein BEM-Verfahren angeboten wurde. Von den angeschriebenen Mitarbeitern nahmen 24 bereits die Möglichkeit des freiwilligen Gesprächs an. 68 Mitarbeiter sahen keine Notwendigkeit, ein solches Gespräch zu führen. Von 2 Mitarbeitern steht noch eine Antwort aus.

- *Unfallanzeigen*

Im Jahr sind insgesamt 27 Arbeitsunfallanzeigen eingegangen, welche an die Unfallkasse Brandenburg mit Sitz in Frankfurt (Oder) zur Bearbeitung weitergeleitet wurden. Davon waren 8 Unfälle als Wegeunfälle zu bewerten. Von den 27 Arbeitsunfällen führten 17 Unfälle zu einer Arbeitsausfallzeit von insgesamt 207 Arbeitstagen.

- *Bildschirmarbeitsplatzbrillen*

Im Berichtszeitraum haben 43 Mitarbeiter der Kreisverwaltung einen Antrag auf Zuschuss bei der Anschaffung einer Bildschirmarbeitsplatzbrille gestellt. Allen Mitarbeitern konnte nach Prüfung der Anträge ein gewisser Zuschuss entsprechend der jeweiligen Beschaffenheit der Brille gewährt werden.

- *Stellenausschreibungsverfahren*

Im Jahr wurden insgesamt 66 Ausschreibungen zur Besetzung offener Stellen durchgeführt. Davon wurden 41 Stellen intern, 15 Stellen intern und extern und 10 Stellen extern ausgeschrieben. Auf die Ausschreibungen sind insgesamt 777 Bewerbungen, davon 89 interne Bewerbungen und 688 externe Bewerbungen, eingegangen. Aufgrund der Haushaltslage wird großes Augenmerk auf die Prüfung der Notwendigkeit der Wiederbesetzung frei werdender Stellen gelegt. Zur aufgabenkritischen Überprüfung der Stellennachbesetzung ist von den Fachämtern in Form einer Checkliste die notwendige Nachbesetzung zu begründen.

- *Arbeitsgerichtsverfahren*

Im Jahr gab es fünf arbeitsgerichtliche Klagen.

## **Aufgabenbereich Organisation**

- *Personalentwicklungskonzept*

Im Berichtszeitraum stand die Erarbeitung des Personalentwicklungskonzeptes (PEK) im Vordergrund. Das PEK ist eine Auflage des Ministeriums des Innern. Im Haushaltssicherungskonzept 2014 wurde diese Forderung festgeschrieben. Die Erarbeitung von Zielen, Inhalten und Handlungsempfehlungen für die künftige Personalentwicklung wurde in Arbeitsgruppen erarbeitet. Hierzu hatte sich am 19. März die AG Personalentwicklung (PE) unter der Leitung der Landrätin konstituiert. Es wurden vier Unterarbeitsgruppen (UAG) gebildet:

- UAG 1 – Personalbedarfsplanung und Strukturplanung
- UAG 2 – Demografischer Wandel – Auswahlverfahren, Ausbildung und Fortbildung
- UAG 3 – Gesundheitsmanagement
- UAG 4 – Arbeitszeit und Arbeitsorganisation

Die Sitzungen der AG PE und der UAG wurden geschäftsführend durch das Sachgebiet betreut. Des Weiteren fanden vier Klausurberatungen sowie eine Informationsveranstaltung mit den Abgeordneten des Kreistages zum Entwurf des Personalentwicklungskonzeptes statt. Hinweise und Anregungen der Abgeordneten und Beschäftigten fanden in der Endversion des Konzepts Berücksichtigung. Der Kreistag bestätigte am 15. Dezember das Personalentwicklungskonzept.

- *Dienstvereinbarung und Dienstanweisung*

Durch die Dienstvereinbarung zur Zahlung von Leistungsentgelten wurde in der Kreisverwaltung ab

1. Oktober das System der leistungsbezogenen Bezahlung entsprechend § 18 TVöD eingeführt. Die leistungsorientierte Bezahlung wird in Form der Leistungsprämie als einmalige Zahlung zum Tabellenentgelt gewährt. Zum Abschluss von entsprechenden Zielvereinbarungen wurde von den Führungskräften mit jedem direkt unterstelltem Beschäftigten ein Mitarbeitergespräch geführt. Die Abrechnung der Ziele und die Vereinbarung neuer Ziele erfolgt zum 30.09.2015 in einem erneuten Mitarbeitergespräch. Des Weiteren wurde unter Federführung des Sachgebietes die Dienstanweisung zur Nutzung der Dienstfahrzeuge aus dem Fuhrpark der Kreisverwaltung Teltow-Fläming erlassen.

Personen- und Funktionsbezeichnungen sind in männlicher Form verwendet worden. Der Verzicht auf sprachliche Gleichbehandlung soll die Lesbarkeit des Berichtes erleichtern.

- *Schwerpunkt Asylbewerber und Flüchtlinge*

Die Unterbringung und Sicherstellung des Lebensunterhaltes für Flüchtlinge und Asylbewerber hatte auch Auswirkungen auf die Stellenausstattung im Sozialamt und führte zur personellen Ertüchtigung des Bereiches. So wurden für das Übergangwohnheim in Ludwigsfelde befristet für zwei Jahre (2014 bis 2016) zwei Sozialarbeiter sowie ein Hausmeister eingestellt. Die Sozialarbeiter sichern die Vor-Ort-Betreuung im Übergangwohnheim und sind ständige Ansprechpartner. Technische Aufgaben oder Problemlösungen sowie Aufgaben der Objektpflege werden durch die Hausmeisterstelle gesichert.

Mit vorübergehender Schließung des Objektes in Luckenwalde, Anhaltstraße wurde das aufgrund zurück gehender Schülerzahlen geschlossene Objekt des Oberstufenzentrums Teltow-Fläming in Luckenwalde, Schieferling, vorläufig zum Übergangwohnheim umgerüstet. Um auch hier eine persönliche Betreuung zu sichern, werden ab dem 01.03.2015 bis Ende 2016 zwei Sozialarbeiter eingestellt.

Die steigende Zahl der Asylbewerber führte zudem zu einem Aufgabeanstieg im Bereich der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Für die Bearbeitung der Anträge von Asylbewerbern und Flüchtlingen waren bisher zwei Sachbearbeiter des Sozialamtes tätig. Mit der erhöhten Aufnahmequote steigen in diesem Bereich insbesondere die Leistungen für Krankenhilfen und Hilfen zur Gesundheit. Um diesen Arbeitsbereich zu stärken und die Leistungen schnellstmöglich prüfen und ausreichen zu können, wurde zunächst befristet für zwei Jahre eine dritte Stelle eingerichtet. Dem Mitarbeiter obliegen vordergründig die Aufgabenerledigung im Bereich Krankenhilfen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sowie die Krankenhilfen nach SGB XII.

Die Unterbringung, insbesondere Planung und Koordinierung notwendiger Unterbringungskapazitäten (Übergangwohnheime und auch Wohnungen) der Flüchtlinge bzw. Asylbewerber, hat höchste Priorität. Der Landkreis ist verpflichtet, geeignete Objekte vorzuhalten bzw. bereitzustellen. Aber auch Aufgaben im Sinne einer sozialen Betreuung und gesellschaftlichen Aufnahme sind abzusichern, koordinierende Tätigkeiten zwischen dem Sozialamt, Gesundheitsamt, Jugendamt und Bauamt sind erforderlich.

Zu dieser Problematik ist es notwendig, einem Mitarbeiter diese Federführung der Aufgabenstellung im direkten Kontakt mit Gemeinden, Trägern, Unternehmen und auch Bürgern zu übertragen und intern die Zusammenarbeit mit allen Fachbereichen zu optimieren. Diese Aufgaben werden in einer Stelle „Flüchtlingskoordinator“ integriert und sollen befristet für zwei Jahre wahrgenommen werden.

## **Untere Kommunalaufsichtsbehörde**

Nach den Regelungen der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg hat die Aufsicht in Selbstverwaltungsangelegenheiten im öffentlichen Interesse sicherzustellen, dass die Verwaltung der Gemeinden im Einklang mit den Gesetzen erfolgt. Durch das Sachgebiet werden einerseits die Aufgaben der Haushalts-, Personal- und Finanzaufsicht und andererseits der allgemeinen Kommunalaufsicht wahrgenommen. Diese Spezialisierung hat sich als vorteilhaft erwiesen, da die kreisangehörigen Städte und Gemeinden bei der Klärung von Detailfragen besser unterstützt werden können und im Zusammenwirken der Mitarbeiter eine fachkompetente Beratung erfolgen kann.

Personen- und Funktionsbezeichnungen sind in männlicher Form verwendet worden. Der Verzicht auf sprachliche Gleichbehandlung soll die Lesbarkeit des Berichtes erleichtern.

Nach wie vor nimmt der Bereich der präventiven Kommunalaufsicht einen großen Raum ein. Die Tendenz ist steigend. Bevor Entscheidungen getroffen, Verträge geschlossen, Satzungen erlassen bzw. Haushaltssicherungskonzepte oder Haushaltssatzungen beschlossen werden, wird die Möglichkeit der kommunalaufsichtlichen Beratung angeboten und von den kreisangehörigen Städten und Gemeinden verstärkt genutzt. Infolge der Kommunalwahlen erfuhren die Gemeindevertretungen bzw. Stadtverordnetenversammlungen eine neue Zusammensetzung. Für die Städte und Gemeinden ergab sich daraus ein erhöhter Beratungsbedarf.

Die allgemeine Kommunalaufsicht war im Jahr vermehrt mit Fragen der Vorbereitung der neuen Kommunalwahlperiode, insbesondere der Prüfung von Satzungen und Satzungsentwürfen sowie der Beratung zu Fragen der inneren Gemeindeverfassung befasst. Auch die Bearbeitung von Anfragen bzw. Beschwerden mit kommunalrechtlichem Bezug, denen ein öffentliches Interesse zu Grunde lag, war einer der Hauptschwerpunkte. Des Weiteren wurde aufgrund des Verdachts eines Dienstvergehens die Einleitung einer Disziplinarmaßnahme gegen einen Hauptverwaltungsbeamten vorbereitet sowie die Tätigkeit des 2013 eingesetzten Beauftragten begleitet und überwacht.

Die Entscheidungen der Städte und Gemeinden über die Veräußerung von Grundvermögen, die nicht den Regelungen der Genehmigungsfreistellungsverordnung entsprachen, nahmen zu. Derartige Vermögensveräußerungen unterlagen der Genehmigungspflicht der Kommunalaufsicht und waren sehr komplexer Natur, sodass die Antragsbearbeitung oftmals mehrere Monate Bearbeitungszeit in Anspruch nahm. Nach Konstituierung der neuen Vertretungen bestand auch ein größerer Informationsbedarf zum rechtmäßigen Handeln bei Grundstücksverkäufen.

Die im Jahre 2013 begonnene Überprüfung und Unterstützung der Kommunen, die mit dem Online-Abrufverfahren SolumWEB arbeiten, wurde bei einigen Gemeinden vertieft und bei anderen begonnen.

Erste Ergebnisse der Sensibilisierung im Datenschutz und der verbesserte Umgang mit dem System waren bei den wiederholten Prüfungen erkennbar. Gemeinden die dieses System zum ersten Mal nutzen haben noch Ihre Anlaufschwierigkeiten.

Zum 01.01.2011 mussten alle Kommunen des Landes Brandenburg ihr Haushalts- und Rechnungswesen auf ein System der doppelten Buchführung für Kommunen umstellen. Im Landkreis ist dies in allen Städten und Gemeinden erfolgt. Allerdings lag für 10 Haushalte auch 2014 noch immer keine geprüfte Eröffnungsbilanz vor. Aus diesem Grunde wurden durch die Kommunalaufsicht Zeit- und Maßnahmepläne für die Aufstellung der Eröffnungsbilanz erbeten sowie Unterstützung bei der Umsetzung angeboten. Im Zusammenhang mit der Umstellung auf die Doppik stand weiter die Klärung von Detailfragen in Anwendung der einschlägigen rechtlichen Regelungen an.

Im Haushaltsjahr konnten 6 Städte und Gemeinden den Haushaltsausgleich nicht erreichen und mussten demzufolge ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen, das der Genehmigungspflicht der Kommunalaufsichtsbehörde unterlag. Des Weiteren konnten einige Kommunen und Aufgabenträger der Wasserver- und Abwasserentsorgung ihren Finanzbedarf nur durch die Aufnahme von Krediten decken. Sofern in den Haushaltssatzungen bzw. Wirtschaftsplänen Kreditaufnahmen festgesetzt wurden, fand hier ebenfalls ein umfangreiches Prüfverfahren statt, an dessen Ende die Entscheidung über die Genehmigungsfähigkeit des Gesamtbetrages der Kreditaufnahmen stand.

Aufgrund von groben Rechtsverstößen musste in einem Fall auch von der Möglichkeit des Einschreitens mittels kommunalaufsichtlicher Maßnahmen Gebrauch gemacht werden.

## Rechnungsprüfungsamt

Grundlegendes Ziel ist es, den Kreistag, insbesondere den Rechnungsprüfungsausschuss, die Stadtverordnetenversammlungen sowie die Gemeindevertretungen bei der Ausübung ihrer Kontrollpflichten zu unterstützen. Dazu dienen objektive und fundierte Prüfungsergebnisse als Bewertungs- und Entscheidungshilfen. Die Prüfungen, die im Rahmen repräsentativer Stichproben durchgeführt wurden, umfassten den gesamten Bereich des kommunalen Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens einschließlich der wirtschaftlichen Betätigung.

Im Bereich der örtlichen Aufgabenkomplexe erstreckte sich die Tätigkeit vor allem auf:

- Prüfung des Jahresabschlusses 2010 des Landkreises, Prüfung des Jahresabschlusses 2011 und Prüfungsbeginn des Jahresabschlusses 2012 der Gemeinde Niedergörsdorf, Prüfung des Jahresabschlusses 2013 der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow
- laufende Prüfungen der Kassenvorgänge und Belege als Vorprüfungen für die künftigen Jahresabschlussprüfungen im Landkreis und in den Gemeinden Niedergörsdorf und Blankenfelde-Mahlow
- Prüfung der Einhaltung und Durchsetzung der vergaberechtlichen Grundlagen insbesondere des Vergabegesetzes, der Honorarordnung und der jeweiligen Verdingungsordnungen bei Vergaben im Landkreis und in den Städten Trebbin, Jüterbog sowie in den Gemeinden Blankenfelde-Mahlow, Niederer Fläming, Großbeeren und Niedergörsdorf sowie im Amt Dahme/Mark
- Prüfung der zweckentsprechenden Verwendung von kommunalen Zuwendungen bei übertragenen Aufgaben
- Prüfung der Verwaltungen auf Ordnungs-, Zweck- und Rechtmäßigkeit sowie Wirtschaftlichkeit als Vorprüfung für die künftigen Jahresabschlüsse 2011 bis 2013 im Landkreis
- Prüfung der wirtschaftlichen Betätigung des Landkreises als Gesellschafter der Gemeinnützigen Arbeitsförderungs-Gesellschaft mbH Klausdorf, insbesondere Wirtschaftsjahre 2009 bis 2013, und der Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landkreises Teltow-Fläming mbH für die Wirtschaftsjahre 2007 bis 2013
- Prüfung der Jahresabschlüsse 2012 und 2013 des Vereins Tourismusverband Fläming e.V.
- Prüfung der Wasser- und Abwasserzweckverbände Blankenfelde- Mahlow, Jüterbog-Fläming, Hohenseefeld, Region Ludwigsfelde und des Zweckverbandes Komplexsanierung mittlerer Süden Zossen sowie des Eigenbetriebes WABAU der Stadt Baruth
- Beginn von überörtlichen Prüfungen in den Gemeinden Am Mellensee und Nuthe-Urstromtal sowie im Wasser- und Abwasserzweckverband Jüterbog-Fläming

In die Prüfungen der Kreisverwaltung wurden sieben Fachämter der Kreisverwaltung einbezogen.

Im Bereich des Vergaberechts wurden in der Kreisverwaltung 41 Auftragsvergaben für Lieferungen und Leistungen einschließlich Bauleistungen mit einem Gesamtwert in Höhe von 3.868,6 T€, davon 30 Vergaben für Lieferungen und Leistungen und 11 Vergaben für Bauleistungen, sowie der vorgesehene Abschluss von 3 Architekten- und

Ingenieurverträgen mit einem Gesamtwert von 139,8 T€ entsprechenden Prüfungen unterzogen.

Die in den verschiedensten Bereichen durchgeführten Prüfungen endeten nicht nur mit kritischen Bemerkungen, sondern es wurde auch Wert darauf gelegt, Hinweise über Ursachen für das Entstehen von Unregelmäßigkeiten sowie ihre Wirkung innerhalb des Verfahrensablaufes zu geben und gleichzeitig Vorschläge bzw. Empfehlungen für Veränderungen zu unterbreiten.

## **Behinderten- und Seniorenbeauftragte**

Im Landkreis leben derzeit mehr als 35.000 Menschen, die 65 Jahre alt und älter sind. Der Anteil der Senioren an der Bevölkerung liegt damit bei 22 %. 2005 lag der Anteil der Bevölkerung des Landkreises mit 30.367 noch bei 19 %. Mehr als 24.000 Menschen leben mit einer Behinderung. Hiervon sind 17.000 Menschen schwerbehindert mit dem Eintrag von mindestens 50 % im Schwerbehindertenausweis. Im Rahmen der behindertengerechten Gestaltung öffentlicher Verkehrsräume sowie der baulichen Ausstattung öffentlich zugänglicher Gebäude wurden etwa 60 schriftliche Stellungnahmen abgegeben. Zudem nutzten Bauherren, Planer und einige Kommunen den fachlichen Austausch. Schwerpunktthemen waren Wege- und Leitsysteme für Blinde- und Sehbehinderte, akustische Hilfen für Hörgeschädigte, rollstuhlgerechte Gestaltung von öffentlichen Einrichtungen und Wohnungen.

Eine der wichtigsten Aufgaben ist es, zwischen dem Bürger und der Behörde zu vermitteln. Die häufigsten Anfragen hierzu gab es zu den Leistungen des Sozialamtes nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) XII (Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Eingliederungshilfe für behinderte Menschen).

Weiterer Beratungsbedarf bestand zu folgenden Themen:

- Ermittlung und Feststellung des Grades der Schwerbehinderung
- Pflege- und stationäre Versorgungsmöglichkeiten im Landkreis und deren Finanzierung
- Suche nach angemessenem barrierefreien Wohnraum
- Umbau und Förderung von barrierefreien Wohnraum
- Angebot und Finanzierung der Hortbetreuung für Kinder mit Behinderung
- Probleme bei der Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs und des Behindertenfahrdienstes durch Menschen mit Behinderung (Bus, Bahn, Behindertenfahrdienst)
- Parkerleichterungen für Menschen mit Behinderung

Große Bedeutung für die Anerkennung der Seniorenarbeit im Landkreis hatte die Legitimation des Kreissenorenbeirats durch den Kreistag. Die Mitglieder des Kreissenorenbeirats erhielten ihre Berufungsurkunden am 12. März, haben ihre Arbeit aufgenommen und bieten u. a. auch Sprechzeiten für die Öffentlichkeit an.

Am 7. September wurde das 14. Behinderten- und Skaterfest mit mehr als 500 Besuchern traditionell in Kolzenburg begangen. Dieses Fest wurde im Zusammenwirken mit den Behindertenverbänden Teltow-Fläming, den Selbsthilfegruppen, den Wohlfahrtsverbänden und dem Behindertenbeirat Luckenwalde organisiert.

Die Brandenburgische Seniorenwoche fand vom 15. bis 21. Juni statt. Sie stand unter dem Motto „Seniorinnen und Senioren im Land Brandenburg – aktiv, selbstbestimmt, solidarisch“. Bei einer zentralen Festveranstaltung im Kreishaus wurden besonders engagierte ehrenamtlich tätige Seniorinnen und Senioren aus den Städten und Gemeinden sowie die Mitglieder des Kreissenorenbeirats für ihre Arbeit gewürdigt. Gleichzeitig wurde der Startschuss für weitere Aktionen und Veranstaltungen in den Städten und Gemeinden gegeben.

## Gleichstellungs- und Integrationsbeauftragte

Das Jahr war von weiter steigenden Flüchtlingszahlen und von Zuwanderung aus der EU und anderen Drittstaaten nach Teltow-Fläming geprägt. Während Flüchtlinge dem Landkreis zugewiesen wurden, sind Zuwanderer aus der EU und anderen Drittstaaten aus Gründen der Arbeitsaufnahme bzw. Familienzuzug in den Landkreis gekommen. Auf sie treffen und trafen unterschiedliche rechtliche Aufnahmebedingungen. Das ist abhängig vom Aufenthaltsstatus oder Zuwanderungsgrund. Eines eint sie alle, sie treffen auf Integrationshemmnisse. Die meisten Zuwanderer haben bei ihrer Einreise keine bzw. kaum Kenntnisse der deutschen Sprache und der deutschen Kultur.

Auch wenn in den vergangenen Monaten einige Verbesserungen in den rechtlichen Rahmenbedingungen in der Bundes- bzw. Landesgesetzgebung erfolgten, wie z. B.

- Anspruch auf Sprachkurse im Umfang eines Integrationskurses auch für Flüchtlinge über ESF-Projektförderung seit Mai 2014,
- Landesanererkennungsgesetz zur Anerkennung von Berufsabschlüssen seit Januar 2014 im IQ-Netzwerk,
- nachrangiger Zugang zum Arbeitsmarkt für Asylbewerber und Geduldete bereits nach

3 Monaten (statt wie bisher nach 9 Monaten),

gibt es nach wie vor viele Bereiche, in denen noch Integrationshemmnisse vorhanden sind.

Neben den rechtlichen Rahmenbedingungen sind vor allem die Aufnahmebedingungen im Landkreis Teltow-Fläming zu betrachten.

Alle Personen im Landkreis Teltow-Fläming – ohne Rücksicht auf Zuwanderungsgrund – sehen sich ohne ausreichende Sprach- und Systemkenntnisse vor ähnliche Herausforderungen gestellt, die ohne Unterstützung nicht zu bewältigen sind.

Beispiele dafür sind:

- Unkenntnis über Strukturen und Ansprechpartner vor Ort (was ist wo zu finden, wer ist für was verantwortlich, wie funktioniert was)
- Anmeldung in Behörden, KITAS, Schulen, bei Ärzten, Banken etc.
- Erwerb der deutschen Sprache
- Unwissen über Unterstützungsmöglichkeiten der Jugendhilfe
- Umgang mit der Aufnahmekultur
- Unterbringung, Wohnungssuche
- Unkenntnis über ausländerrechtliche Voraussetzungen
- Berufseinstieg, Ausbildung, Anerkennung von Qualifikationen
- Formulare nur in deutscher Sprache in Behörden, Ämtern, KITA, Schule, bei Ärzten etc.
- Begegnung mit Alltagsrassismus in allen Bereichen des täglichen Lebens

Personen- und Funktionsbezeichnungen sind in männlicher Form verwendet worden. Der Verzicht auf sprachliche Gleichbehandlung soll die Lesbarkeit des Berichtes erleichtern.

Um diese Integrationsbarrieren zu überwinden, bedarf es professioneller Unterstützung durch Beratungsstrukturen, ehrenamtlichen Engagements, interkultureller Öffnung der Regeldienste und Behörden sowie Maßnahmen zum Abbau von sprachlichen Barrieren bzw. sonstiger Integrationshemmnisse.

Eine der Hauptaufgaben der Beauftragten war es, am Abbau der Barrieren mitzuwirken. Nicht nur Zivilgesellschaft und ehrenamtliches Engagement war zu sensibilisieren. Die gesamte Bandbreite der kreislichen Struktur war dabei einzubeziehen. Hier gibt es auch weiterhin dringenden Handlungsbedarf.

Vor einer der größten Herausforderungen standen die Schulen in Luckenwalde. Hier vermittelte die Beauftragte zwischen Schulen und ehrenamtlichem Engagement. Leider ist es dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport nicht gelungen, die Eingliederungsverordnung zur Integration von ausländischen Kindern in die Schule so umzusetzen, dass ein ungestörter Schulbetrieb möglich war. Lehrer, Schüler und auch Eltern waren am Rand ihrer Kapazitäten, weil nicht nur der Förderunterricht ausfiel, sondern auch der Fachunterricht wegen Lehrermangel nicht in ausreichendem Maße durchgeführt werden konnte.

Insgesamt wohnen etwa 4.800 Ausländer (3 % der Gesamtbevölkerung) in Teltow-Fläming. Davon kamen 2014 mehr als die Hälfte aus der EU. Erfahrungsgemäß ist der Informationsbedarf über örtliche Strukturen für Zugewanderte sehr hoch. Die vorhandenen Beratungsstellen, insbesondere mit ihrer Beratungszeit, sind unzureichend. Trotz steigender Zuwanderungen wurden die Strukturen und Beratungsstellen (-erweiterungen) den Gegebenheiten nicht angepasst. Gemeinden mit stark wachsenden Zuwanderungen benötigen Unterstützung. Wenn es der Beauftragten nicht gelungen wäre, ein überaus starkes zivilgesellschaftliches Engagement aufzubauen, wären zwischenzeitlich wichtige Bereiche, wie Sprachförderung, Alltagsbegleitung, Unterstützung in Hausaufgabenhilfe, Begleitung zum Arzt, Unterstützung von Kommunen u. v. m. zusammengebrochen.

Es gibt lediglich in Luckenwalde eine Beratungsstelle für Flüchtlinge. Die Bildungseinrichtung FUTURA übernimmt im Rahmen ihrer Integrationskurse auch Hilfestellungen in Alltagsfragen. Außer den ehrenamtlichen Angeboten gibt es keine professionellen Anlaufstellen für Zuwanderer in den Kommunen. Deshalb beansprucht die Beratung und Betreuung von Migranten und Flüchtlingen einen großen Teil des Zeitbudgets der Beauftragten.

Eine Schlüsselfunktion für gelungene Integration hat Arbeit. In der Vermittlung in Arbeit für Zuwanderer hat der Landkreis noch Defizite, die es zu überwinden gilt. Wegen der aus förderrechtlichen Gründen erforderlichen Mindestanzahl von Teilnehmenden konnten im Laufe des Jahres nur wenige Deutsch- bzw. Integrationskurse angeboten werden. Die Wartezeiten sind zu lang und daher war auch eine Vermittlung in Arbeit nur schleppend möglich. Viele Arbeitnehmer scheuen sich auf Grund der fehlenden Deutschkenntnisse oder einer unbekannteren Kultur Zuwanderer einzustellen. Auch hier gibt es Aufklärungsbedarf.

Das von der Beauftragten initiierte Netzwerk Integration / Migration nimmt sich der Aufgaben zur Überwindung von Vorurteilen und Diskriminierungen an und entwickelt zunehmend für alle im Landkreis lebenden Menschen eine Willkommenskultur.

- *Ergebnisse des Lokalen Aktionsplanes Teltow-Fläming (LAP)*

Personen- und Funktionsbezeichnungen sind in männlicher Form verwendet worden. Der Verzicht auf sprachliche Gleichbehandlung soll die Lesbarkeit des Berichtes erleichtern.

Seit 2014 befindet sich der Lokale Aktionsplan in seiner Nachhaltigkeitsphase. Der LAP ist eine Strategie zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit/Rassismus. Die Strategie wird mit Hilfe von Menschen, Vereinen, Initiativen und nichtstaatlichen Organisationen umgesetzt und soll im Leben der Kommune nachhaltig verankert werden. Insofern wirken die Beteiligten in die Gesellschaft und bewirken gesellschaftliche Entwicklung.

Der Kreistag hat die Ziele des LAP zur Kenntnis genommen und unterstützt diese.

Die Koordination dieses Prozesses wird intern von der Beauftragten und extern vom Trägerverein Demokratie und Integration Brandenburg e. V. (Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung) verantwortet. Das Herangehen in Teltow-Fläming unterscheidet sich von anderen LAP durch die Breite des Ansatzes: Wir gehen davon aus, dass eine funktionierende Demokratie, die von Toleranz und Gewaltfreiheit geprägt ist, das demokratische Eigenengagement der Bürger befördert, auf das Miteinander Aller setzt, die Geschichte und Kultur der hier wohnenden Menschen berücksichtigt und deren Bürger über Wissen und Handlungskompetenz hinsichtlich Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus verfügen, der beste Schutz vor rechtsextremistischen Gefahren ist.

Von den Projekten waren 24 kreisweit, 22 in Luckenwalde, 11 in Trebbin, 9 in Jüterbog, 7 in Baruth,

6 in Ludwigsfelde, 5 in Zossen, 5 im Amt Dahme/Mark, 4 in Niedergörsdorf und je 2 in Niederer Fläming, Blankenfelde-Mahlow und Nuthe-Urstromtal angesiedelt (einzelne Projekte fanden an mehreren Standorten statt. Je ein Projekt wurde in Rangsdorf und Großbeeren durchgeführt.

An der Umsetzung waren 8 landesweit tätige und 29 lokale Träger beteiligt.

Besonders hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang die Bereitschaft von Trägern aus dem Landkreis, auch Projekte im Rahmen des LAP zu realisieren, von denen sie als Träger keinen Vorteil zu erwarten haben

Der Kreistag beschloss im Dezember 2013 die Fortführung des Bundesprogramms Lokaler Aktionsplan (LAP) „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“. Entsprechend der aus der Bürgerschaft entwickelten Leitlinien ([www.lap-teltow-flaeming.de](http://www.lap-teltow-flaeming.de)) konnten 2014 mit einer Fördersumme von 92.000 € weitere 28 Projekte gefördert werden.

Der Begleitausschuss sieht in der Entwicklung einer Willkommenskultur im Landkreis eine wichtige Notwendigkeit auf dem Weg zu einem demokratischen Miteinander. Hierzu soll mit dem Diakonischen Werk ein Projekt entwickelt werden.

Auf der Basis der guten Erfahrungen mit den LAP-Projekten in Trebbin (Durchführung mehrerer Projekte unterschiedlichen Inhalts und mit verschiedenen Zielgruppen bei besonderer Unterstützung basisdemokratisch orientierter Projekte) soll im südlichen ländlichen Raum die weitere Entwicklung demokratischer Kräfte befördert werden. Dazu werden mit der Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung vor Ort Absprachen getroffen.

Zur Sicherung der Nachhaltigkeit des LAP wurden auch 2014 Fortbildungsprojekte für potentielle Projektträger veranstaltet.

Der Landkreis Teltow-Fläming führte am 17. Mai den 2. „Tag für Toleranz“ mit einer Tour über die Fläming-Skate von Luckenwalde über Petkus nach Dahme und einem Fest für Toleranz auf dem Mönchenklosterplatz in Jüterbog durch. Die Resonanz darauf war

beachtlich. Dieser Tag war vor allem eine Gelegenheit, bürgerschaftliches Engagement, Politik und Verwaltung zusammenzubringen.

Der begonnene Dialog zwischen den Beteiligten konnte weitergeführt werden und fand auch in der

6. Herbstkonferenz unter dem Motto „Jugend, Toleranz und Zukunft - TF gemeinsam zu neuen Wegen“ seine Fortführung. Die Herbstkonferenz hat sich zu einem Forum des Gedankenaustausches und der Gestaltung des bürgerschaftlichen Engagements im Landkreis entwickelt.

## **Beauftragter zur Korruptionsprävention und -bekämpfung (Antikorruptionsbeauftragter)**

Der Beauftragte zur Korruptionsprävention und -bekämpfung (Antikorruptionsbeauftragter) ist Ansprechpartner für die Beschäftigten der Kreisverwaltung, die Kreistagsabgeordneten und die Bürger sowie für die Strafverfolgungsbehörden. Auf der Webseite des Landkreises werden die Aufgaben des Antikorruptionsbeauftragten der Öffentlichkeit unter der Rubrik „Keine Chance der Korruption“ vorgestellt. Es sind dort auch Hinweise und Links zu weiterführenden Publikationen zu finden.

Im Jahr sind beim Antikorruptionsbeauftragten 25 Vorgänge angefallen. Ferner wurde eine Dienstanweisung zum Umgang mit Sponsoring und anderen Zuwendungen Dritter erarbeitet, die am 30. Juli in Kraft trat.

## **Behördlicher Datenschutzbeauftragter**

Schwerpunkt der Tätigkeit waren überwiegend Anfragen und Vorgänge aus dem Bereich des

Dezernats I. Sie bezogen sich hauptsächlich auf innenorganisatorische Themen im Rahmen der Schaffung aktuellen Innenrechts durch Dienstanweisungen und Dienstvereinbarungen. Aus Zeitgründen sind ämterübergreifende allgemeine Schulungsmaßnahmen unterblieben. Soweit sinnvoll wurde entsprechendes Wissen bei Beratungen und Kontrollen vermittelt.

Die Hinzuziehung des Datenschutzbeauftragten zu Auskunftsverfahren nach dem Akteneinsichts- und Informationszugangsgesetz (AIG) blieb auf Vorjahresniveau. Es gab lediglich zwei Beschwerden und Petitionen, die direkt an den Datenschutzbeauftragten gerichtet wurden (wiederum Sozial- und Personaldatenschutz). Über die Landesbeauftragte für den Datenschutz und das Recht auf Akteneinsicht (LDA) kamen keine Beschwerden in den Bereich des behördlichen Datenschutzbeauftragten.

Arbeitsschwerpunkte bei der Landesarbeitsgemeinschaft Datenschutz Brandenburg (LAG Brandenburg) waren unter anderem die Themen Ratsinformationssysteme und Weitergabe von personenbezogenen Daten innerhalb des öffentlichen Bereichs nach den Regelungen des Brandenburgischen Datenschutzgesetzes. Darüber hinaus beschäftigte sich die LAG mit Dokumentenmanagementsystemen und allgemeinen Dienstanweisungen zum Umgang mit personenbezogenen Daten.

## **IT-Sicherheitsbeauftragter**

Der IT-Sicherheitsbeauftragte ist seit dem 1. August 2013 im Amt. Er koordiniert die Einhaltung und Durchführung der IT-Sicherheit in der Kreisverwaltung. Schwerpunkte im Jahr waren die Erstellung einer Leitlinie zur IT-Sicherheit, die Erstellung erster Sicherheitskonzepte sowie die Zusammenstellung schon vorhandener Sicherheitsmaßnahmen. Der IT-Sicherheitsbeauftragte nahm im Jahr an einer Schulung zum Erstellen von Sicherheitskonzepten nach den Grundschutzkatalogen des

Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) teil, um so die Sicherheitsmaßnahmen auch nach Bundesstandards durchführen zu können. Neben den Aufgaben der IT-Sicherheit wurde auch das Thema E-Government und dessen Auswirkungen auf die Arbeit in der Kreisverwaltung näher beleuchtet. Vorhaben ist, eine Konzeption zur Umsetzung von E-Government-Zielen zu erarbeiten.

# Dezernat I

## Hauptamt

Die Mitarbeiter waren im Jahr maßgeblich für die Organisation, Durchführung und Nachbearbeitung der Wahlen verantwortlich (Europa- und Kommunalwahlwahl am 25. Mai sowie Landtagswahl am

14. September). Die Amtsleiterin nahm die Funktion der Kreiswahlleiterin im Nebenamt wahr. Die Mitarbeiter der ADV stellten die Umsetzung der speziellen Software im Kreisgebiet und die reibungslose Zusammenarbeit mit dem Amt für Statistik sicher. Es wurden die materiellen Voraussetzungen - vom Kauf von Wahlurnen bis zum Druck von Stimmzetteln - für die erfolgreiche Durchführung der Wahlen geschaffen.

## Sachgebiet Zentralverwaltung und Beschaffung

Die befristete Umsetzung einer Mitarbeiterin vom Sachgebiet ins Kreiswahlbüro führte zu schwierigeren Arbeitsbedingungen. Beschaffungsprozesse, um die Aufgaben in den Fachämtern abzusichern, standen im Fokus aller Bemühungen. Neben den Schulbüchern wurden allein für die Bildungseinrichtungen des Landkreises Unterrichtsmittel und Ausstattungen im Gesamtwert von 71.500 € beschafft.

Eine besondere Priorität hatte die Ausstattung der Wohnunterkünfte für Flüchtlinge und Asylbewerber. Der Beschaffungsprozess betraf geringstwertige Wirtschaftsgüter bis zu einem Einzelpreis von 150 € je Gegenstand aber auch inventarisierungspflichtige Ausstattungsgegenstände, wie z. B. Elektroherde und Waschmaschinen. Dabei ging es nicht nur um die Beschaffung, die oft unter Zeitdruck und dennoch mit maximaler Wirtschaftlichkeit zu erfolgen hatte, sondern auch um die Einrichtung der Objekte bis hin zum Zusammenbau der Schränke und Betten, den es zu organisieren galt. Die Gesamtsumme der im Jahr beschafften Ausstattungen beläuft sich auf mehr als 200.000 €. Mit der Einrichtung und Ausstattung der Wohnunterkünfte sind die Aufgaben nicht abgeschlossen. Der laufende Betrieb ist abzusichern, Ersatz- und Ergänzungslieferungen sind zu organisieren, notwendige Reparaturen zu veranlassen und auf sich verändernde Anforderungen muss schnell reagiert werden.

Das Hauptamt wurde in die Erarbeitung eines Entscheidungsvorschlages zur Wahrnehmung des Ankaufsrechtes für das Hauptgebäude der Kreisverwaltung einbezogen. Basierend auf dem bestehenden Immobilienleasingvertrag für das Kreishaus wurden in enger Zusammenarbeit mit dem VBD - Beratungsgesellschaft für Behörden mbH - die entsprechenden Entscheidungsgrundlagen erarbeitet. Kerndokument bildete eine vergleichende Wirtschaftlichkeitsbetrachtung der einzelnen in Frage kommenden Varianten.

- *Archiv*

Auch in diesem Jahr wurde das Projekt „Aktenpaten“ weitergeführt. Der seit mehreren Jahren betriebenen Öffentlichkeitsarbeit ist es zu verdanken, dass Herr Dr. Fiedler auf das Archiv der Kreisverwaltung aufmerksam wurde. Durch eine intensive Zusammenarbeit konnte das Lebenswerk von Herrn Dr. Fiedler und seiner Ehefrau zur Geschichte der Hachschara-Stätte gebührend gewürdigt und für die Zukunft nutzbar

Personen- und Funktionsbezeichnungen sind in männlicher Form verwandt worden. Der Verzicht auf sprachliche Gleichbehandlung soll die Lesbarkeit des Berichtes erleichtern.

gemacht werden. Die ehemalige Hachschara-Stätte Landwerk Ahrensdorf ist deutschlandweit die Einzige von ehemals 32, die in ihrer Ursprünglichkeit noch erhalten ist. Herr Dr. Fiedler und seine Ehefrau haben eine beeindruckende Sammlung wertvoller Dokumente zusammengetragen. Sie umfasst 10 laufende Meter Akten, 1.000 Fotos, 1.500 Briefe, 100 Film- und Tonaufnahmen von Zeitzeugeninterviews, Ausstellungseröffnungen, Treffen und Veranstaltungen, Biographien, Lebensbilder, persönliche Berichte von ehemaligen Ahrensdorfern, Bücher, Broschüren, Forschungsberichte und Vereinsunterlagen.

Jährlich erfolgt eine Abgabe von ca. 500 laufenden Metern Akten zunächst ins Zwischenarchiv. Die Anzahlen der Anfragen und die der Benutzer des Archivs steigen jährlich. Damit wächst das Arbeitsvolumen, sodass sich die Erledigung anderer Pflichtaufgaben, wie die Bewertung, Erschließung, Sicherung und Bereitstellung von Archivgut verzögert. Um den steigenden Anforderungen Rechnung zu tragen, wurde im November entschieden, eine frei gewordene Mitarbeiterstelle extern auszuschreiben und durch einen speziell hierfür ausgebildeten Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste wieder zu besetzen.

- *Bereich Versicherungsangelegenheiten*

Im Bereich werden alle Sach- und Haftpflichtversicherungen sowie die außergerichtliche Durchsetzung haftungsrechtlicher Ansprüche des Landkreises gegen Dritte bearbeitet. Für die Schadenersatzklagen vor dem Landgericht Potsdam erfolgen die Sachverhaltsermittlung und die Erarbeitung von Stellungnahmen als Arbeitsbasis für die den Landkreis vertretenden Rechtsanwälte. Bei der jährlich stattfindenden Mitgliederversammlung des Kommunalen Schadenausgleich (KSA) wurden die Interessen des Landkreises wahrgenommen. Darüber hinaus ist der Bereich Anlaufstelle für hausinterne versicherungsrechtliche Auskünfte und Stellungnahmen zu allen den Landkreis betreffenden Versicherungsbereichen.

Die Anzahl neu gemeldeter Schadenfälle in der Sparte Allgemeine Haftpflicht ebenso wie bei den durch Dritten dem Landkreis zugefügten Schäden war auf dem Vorjahresniveau. Bei der Rechtsschutzversicherung hat sich das Schadenvolumen der neu gemeldeten Fälle nochmals deutlich verringert. Unverändert hoch ist die Zahl der Kaskoschäden an den kreiseigenen Kraftfahrzeugen im Vergleich zum Vorjahr bei einem annähernd gleichen Schadenvolumen. Ein nicht unbeachtlicher Teil der gemeldeten Kaskoschäden kam aus dem Rettungsdienst. Erstmals machte dieser Anteil die Hälfte aller im Berichtszeitraum gemeldeten Kaskoschäden aus. In den übrigen Sparten gab es weder in der Anzahl noch in der Schadenhöhe Auffälligkeiten. Aufgrund der Komplexität einzelner Schadenfälle resultiert die kontinuierlich steigende Anzahl der aus Vorjahren fortzuführenden Schadenakten.

Im Jahr wurden zwei neue Schadenersatzklagen gegen den Landkreis erhoben, von denen eine den Streitwert von 467.600 € aufweist. Dazu fand die bereits in den beiden letzten Tätigkeitsberichten genannte Klage mit einem Streitwert von ca. 192.000 € ihre Fortsetzung. Neben der Bearbeitung von Schadenfällen wurden verstärkt versicherungsrechtliche Stellungnahmen für die verschiedensten Bereiche der Verwaltung gefordert.

## **Sachgebiet Automatisierte Datenverarbeitung (ADV)**

Durch verbesserte Breitbandanbindung der Außenstelle des Gesundheitsamtes sowie des Jugendamtes in Zossen (Kirchstraße) konnten eine Verbesserung der IT-relevanten Arbeitsbedingungen der Kollegen vor Ort (zentrale File-Ablage und Datensicherung, Zugriff auf das E-Mailkonten, Intranet, Internet, das Landesverwaltungsnetz sowie verbesserte Servicemöglichkeiten durch Fernwartung etc.) geschaffen werden.

Für die in 2013 begonnene Ausschreibung zur Drucker- und Kopierer-Konsolidierung für das Kreishaus, das Ärztehaus Ludwigsfelde, die Außenstelle des Gesundheitsamtes in Zossen sowie das FTZ erfolgte im März der Zuschlag. Ab Mai konnte mit der Umsetzung des Projektes begonnen werden. Zentral aufgestellte Druck- und Kopiertechnik wurde durch leistungsfähige Multifunktionsgeräte mit erweitertem Funktionsumfang ersetzt. Signifikante Verbesserungen wurden auf dem Gebiet des Datenschutzes / der IT-Sicherheit erreicht. Die Nutzung dieser Geräte ist nunmehr erst nach Authentifizierung der Nutzer mittels vorhandener Transponder möglich, die somit einer weiteren Anwendung zur Zeiterfassung und Zutritts-Kontrolle zugeführt werden konnten. Dieses Projekt wird 2015 mit der Einführung der verursachergerechten Zuordnung der Druck- und Kopierkosten fortgeführt.

Für das Straßenverkehrsamt konnte ein Kassensautomat beschafft werden.

Um im Katastrophenfall oder bei anderen Großschadenslagen handlungsfähig zu sein, wurden für den Brand-, und Katastrophenschutz Informations-, Präsentationstechnik sowie eine Software mit GIS-Anbindung beschafft und in Betrieb genommen. Ein neues zentrales Speichersystem steht seit diesem Jahr für die rasant wachsenden Datenbestände der Kreisverwaltung zur Verfügung.

Der Funktionsumfang in Betrieb befindlicher Softwarelösungen wurde durch die Beschaffung und Inbetriebnahme weiterer Module erweitert (z. B. wurde die Software für das Ausländerwesen um das Modul Einbürgerungsverwaltung ausgebaut). Die SEPA-Umstellung führte zu notwendigen Anpassungen der Kassenschnittstellen und zentral bereitgestellter Kopfbögen und Vorlagen.

Es wurde mit der Konsolidierung und Standardisierung der Mailkonten der Schulen und der Kreisverwaltung begonnen. Initial erhielten alle Kollegen des Gymnasiums Jüterbog auf dem zentralen Mailserver der Kreisverwaltung E-Mailkonten und benötigte Verteilergruppen.

Im OSZ und in der Volkshochschule wurde eine flexible und leistungsfähige Imaging- und Softwareverteilungslösung in Betrieb genommen, die den Anforderungen - resultierend aus aktueller Hardware- und Softwaretechnologie - gerecht wird. In Kombination mit der didaktischen Software „Schulnetzverwalter“ mit integrierter Benutzerverwaltung steht eine perfekt aufeinander abgestimmte Komplettlösung zur Verfügung.

Im Jahr wurden ca. 160 PCs und Laptops sowie einzelne Serversysteme für die Schulen beschafft. Damit konnte der in den vergangenen Jahren durch die angespannte Haushaltsslage entstandene Investitionsstau weiter abgebaut werden. Die zyklische Erneuerung von PC- und Laptoptechnik für die Mitarbeiter der Kreisverwaltung sowie der zentralen Servertechnik wurde weiter fortgesetzt.

Die Kommunal-, Europa- und Landtagswahlen wurden EDV-technisch begleitet und unterstützt. Veränderte Kommunikationswege zwischen Kommunen und Land mussten dabei im Vorfeld umfangreichen Tests unterzogen werden.

## **Kämmerei**

## Sachgebiet Kasse und Vollstreckung

- Bereich Kasse

Neben den Veränderungen seit der Einführung der Doppik im Jahr 2009 wirkten sich der Wechsel von Mitarbeitern und die unbesetzten Stellen erschwerend auf die tägliche Arbeit aus. Der kassenmäßige Abschluss 2014 wurde am 6. und 7. Januar 2015 durchgeführt. Ziel des terminlich vorgesehenen kassenmäßigen Abschlusses war es, die Kontoauszüge ab dem 2. Januar 2015 schnellstmöglich nachzuarbeiten sodass die Kasse wieder tagfertig buchen kann.

Der Höchstbetrag der Kassenkredite von 43.000.000 € wurde am 25.02.2013 durch den Kreistag beschlossen. Für das Haushaltsjahr 2015 ist beabsichtigt, den Höchstbetrag bei 43.000.000 € entsprechend dem Liquiditätsplan 2015 zu belassen. Grundlage für die Festsetzung der Höhe des Kassenkredites ist eine Liquiditätsplanung, die in Kürze erfolgen wird.

Ein Risiko der vorausschauenden Planung ist jährlich die Auszahlungen für investive Maßnahmen. Für 2015 geht es insbesondere um die Finanzierung des weiteren Ausbaus der B 101. Die Finanzierung erfolgt aus der Sonderrücklage, sodass es keinen Einzahlungsfluss geben wird. Um jegliche Einschnitte in der täglichen Finanzierung zu vermeiden, ist zu empfehlen die Höhe des Kassenkredites bei 43 Mio. € zu belassen.

Eine weitere Unwägbarkeit gibt es bei den monatlichen Auszahlungen der Ämter Jugend und Soziales, die ebenfalls nur überschlägig eingeschätzt werden können. Die ausstehenden Jahresabschlüsse für die Jahre 2011 - 2014 führen ebenfalls zu Unwägbarkeiten bei den Vortragsbuchungen für den 01.01.2015, die sich sowohl im Ergebnis- als auch im Finanzhaushalt ergeben.

Bei der Haushaltsdurchführung 2014 wurde der Kassenkredit ganzjährig in Anspruch genommen. Für das Geschäftskonto des Landkreises – also den rein variablen Dispositionskredit – lag die Zinsbindung ganzjährig bei 2,01 %. Durch die Inanspruchnahme von Kassenfestkrediten zu zinsgünstigeren Bedingungen konnte der ursprüngliche Ansatz der Zinsaufwendungen für den Kassenkredit in Höhe von 450.000 € nach der Festlegung einer geforderten Einsparung von 2,0 % auf 418.000 € verringert werden. Das Haushaltsjahr 2014 wurde mit einer Inanspruchnahme des Kassenkredites in Höhe von

- 26.159.856,40 € abgeschlossen. Die durchschnittliche Inanspruchnahme lag bei - 25.511.175,08 €.

Die Festlegung im Haushaltssicherungskonzept, je Quartal vom Kassenkreditrahmen 10 % einzusparen, wurde realisiert.

- *Bereich Vollstreckung*

Die seit 1. Juli 2013 geltenden Pfändungsfreigrenzen ermöglichen der Vollstreckung weiterhin nur sehr eingeschränkte Pfändungsmöglichkeiten. Der Grundfreibetrag wurde von 1.029,99 € auf 1.049,99 € erhöht. Pfändbare Beträge sind oft nicht vorhanden, sodass meist nur eine fruchtlose Pfändung durchgeführt werden kann. Auch werden immer öfter sogenannte Pfändungsschutzkonten (P-Konten) eingerichtet. Ein Großteil der Schuldner nahm die Möglichkeit der Ratenzahlung in Anspruch. Die Anzahl der Androhung des Ventilwächters war rückläufig, da die Mehrheit der Schuldner keine

Fahrzeuge mehr auf sich zugelassen hat. Der Einsatz des Ventilwächters wurde 12 Mal angedroht. Angelegt wurde er nicht, da die Forderungen gezahlt wurden.

Im Rahmen des Verbraucherinsolvenzverfahrens wurden 33 außergerichtliche Einigungsversuche durchgeführt. Nach Vorlage der Schuldenbereinigungspläne erfolgten 7 Zustimmungen und 19 Ablehnungen. Zu Insolvenzanmeldungen kam es letztlich in 40 Fällen. Diese Verfahren laufen über mehrere Jahre und es ist mit Zahlungen unter einem Prozent zu rechnen.

Anmeldungen zu Zwangsversteigerungsverfahren erfolgten zweimal. Im Berichtszeitraum gab es keinen Forderungserlass, einmal wurde die Ersatzzwangshaft beantragt.

### Privatrechtliche Forderungen

	2014 (Stand 31.12.2014)		2013 Anzahl
	Anzahl	Betrag in €	
Neuzugänge	40	33.651,73	46
beigetriebene Forderungen	17	15.962,61	28
Niederschlagungen	2	148,16	11

### Öffentlich-rechtliche Forderungen

	2014 (Stand 31.12.2014)		2013		2012	
	Anzahl	Betrag in €	Anzahl	Betrag in €	Anzahl	Betrag in €
Neuzugänge und Wertumfang der eigenen Forderungen	2.301	403.414,84	2.563	572.814,41	3.346	659.325,89
Beigetriebene Forderungen	1.565	236.494,39	2.032	239.976,63	1.564	234.539,32
Niederschlagungen	465	182.889,64	549	242.410,04	2.584	520.754,86
Amtshilfeersuchen	1.139		904		986	
Anzahl der aufgesuchten Schuldner im Jahr	2.910		2.914		2.942	
Anzahl der Fälle aller aufgesuchten Schuldner	4.387		4.869		4.491	

### Sachgebiet Geschäftsbuchhaltung

Am 9. Dezember 2013 wurden der Haushaltsplanentwurf 2014 und das Haushaltssicherungskonzept in den Kreistag eingebracht. Der Kreistag beschloss, die Ausübung der Kaufoption für den Erwerb des Kreishauses und die damit verbundene Ablösung des Leasingvertrages entsprechend der im Immobilien-Leasing-Vertrag getroffenen Regelungen zu favorisieren.

Das Haushaltssicherungskonzept, Fortschreibung 2014 - 2017, und die Kreditermächtigung zur Haushaltssatzung 2014 in Höhe eines Teilbetrages von 22.951.140 € wurden durch das Ministerium des Innern mit Bescheid vom 21. März

genehmigt. Dieser Genehmigung trat der Kreistag mit Beschluss vom 28. April bei. Der Landkreis hat das Erbbaurecht und seine wesentlichen Bestandteile (Kreishaus) nach Ablauf des 15. Mietjahres mit Fälligkeitstermin 19. September von der RENATA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. für das Kreishaus Teltow-Fläming erworben. Die Kreditaufnahmen erfolgten bei der KfW Berlin und der MBS Potsdam jeweils zum hälftigen Betrag.

Der Gesamtergebnisplan 2014 belief sich bei den Erträgen auf 218.611.170 € und bei den Aufwendungen auf 214.661.000 €. Die Einzahlungen im Gesamtfinanzplan wurden mit 239.360.820 € und die Auszahlungen mit 236.637.470 € festgesetzt.

Im investiven Bereich wurde mit Einzahlungen i. H. v. 3.590.600 € und Auszahlungen i. H. v. 26.541.740 € geplant (Erwerb Kreishaus i. H. v. 23.166.140 € ist enthalten). Die zur Verfügung stehenden investiven Mittel i. H. v. 3.590.600 € wurden neben Hoch- und Tiefbaumaßnahmen für den Erwerb von Grundstücken, Sachanlagevermögen und immateriellen Vermögensgegenständen sowie den Erwerb von geringwertigen Wirtschaftsgütern eingeplant. Im Haushaltsjahr wurde laut Mitteilung des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft des Landes Brandenburg aufgrund von noch nicht vollziehbarem Baurecht an der B 101 nicht gebaut. Somit wurde für den Landkreis kein Mitfinanzierungsanteil fällig. Der Kreistag beschloss am 1. September den geprüften Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2010. Die eingeschränkte Entlastung für die Haushalts- und Wirtschaftsführung des Jahres 2010 wurde erteilt.

## **Straßenverkehrsamt**

### **Sachgebiet Kfz-Zulassung**

Im Jahr hat sich die Anzahl der im Landkreis registrierten Fahrzeuge um 2.064 Fahrzeuge weiter erhöht. Mit Stichtag 31.12.2014 sind es 135.429 Fahrzeuge (Vorjahr = 133.365 Fahrzeuge). Gegenüber 2010 hat sich die Anzahl kontinuierlich um 6 % erhöht. Mit einem Anteil von 69 % sind die meisten registrierten Fahrzeuge Personenkraftwagen. Der Anteil der Lastkraftwagen beträgt mit 9.147 Fahrzeugen 7 %. Der Anteil der Elektrofahrzeuge ist mit 0,03% und der mit Gas betriebenen Fahrzeuge von 0,06 % noch sehr gering.

### **Sachgebiet Fahrerlaubniswesen und Fahrschulwesen**

Zum 1. Mai wurde das Punktesystem für Verkehrsdelikte vom sogenannten Fahreignungs-Bewertungssystem abgelöst. Die Bewertung von Verkehrsdelikten erfolgt seitdem in einem „Vier-Stufensystem“. Während bisher der Entzug der Fahrerlaubnis bei einem Punktestand von 18 erfolgte, geschieht dies jetzt beim Erreichen von insgesamt 8 Punkten. Die „alten“ Punkte wurden beim Kraftfahrt-Bundesamt in Flensburg (KBA) in das neue System „übergeleitet“. Künftig entfällt die Tilgungshemmung von neuen Eintragungen, sodass es nunmehr feste Tilgungsfristen für jedes Delikt einzeln gibt.

Weiterhin besteht seit dem 10. September für Fahrerlaubnisinhaber ab der Klasse C1 im gewerblichen Güterkraftverkehr die Verpflichtung zur Weiterbildung nach dem Berufskraftfahrer-Qualifikationsgesetz. Der Nachweis erfolgt durch Eintragung einer Schlüsselzahl im Führerschein. Im August und September führte dieser Umstand in der Führerscheinstelle zu einem erhöhten Antragsaufkommen und längeren Bearbeitungszeiten.

Personen- und Funktionsbezeichnungen sind in männlicher Form verwendet worden. Der Verzicht auf sprachliche Gleichbehandlung soll die Lesbarkeit des Berichtes erleichtern.

## Sachgebiet Verkehrsordnungswidrigkeiten

Durch Investitionen im Umfang von rd. 142 T€, u. a. in moderne digitale Messtechnik, wurden die erforderlichen technischen Voraussetzungen für die Überwachung der Einhaltung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf den Straßen des Landkreises verbessert; Diese ermöglicht u.a. eine höhere Qualität der Beweismittel (Fotoqualität) und damit mehr Rechtssicherheit. Ab 2015 wird die moderne Technik auf den Straßen des Landkreises zum Einsatz kommen.

In diesem Jahr erfolgten Kontrollen an 103 Messstellen (Vorjahr 95), darunter an sieben mittels einer stationären Anlage. 78 % der Messstellen dienen dem Schutz der jüngsten Verkehrsteilnehmer, insbesondere auf ihren Schul- und Spielwegen. 18 % Messstellen lagen an Straßenpunkten mit besonderer Gefährdung, zu denen auch Querungsstellen der Fläming Skate auf Bundesstraßen gehören, und 4 % vor schützenswerten Bereichen (u. a. Seniorenheime und Krankenhäuser) und den sieben Unfallhäufungsstellen im Landkreis.

Den Mitgliedern der kreislichen Unfallkommission wurden 24 Vorschläge zur Einrichtung von neuen Geschwindigkeits-Messstandorten oder der Schließung von bestehenden vorgelegt. Davon erhielten zwölf eine Zustimmung, so u. a. die Messstellen in Luckenwalde, Frankenstraße /Höhe Grundschule und in der Arndtstraße/ Höhe Kita in Richtung Ludwig-Jahnstraße. Weitere Messstellen sollen auf Empfehlung der Kommission an der Schule in Werbig sowie in Jüterbog, Straße Weinberge/Höhe Spielplatz eingerichtet werden. Ein Vorschlag wurde aufgrund geänderter rechtlicher Gegebenheiten vom Antragsteller zurückgezogen und elf Anregungen von Bürgern geprüft, aber wegen einer fehlenden Gefährdungslage nicht bestätigt. Fünf Standorte wurden u. a. wegen baulicher Maßnahmen – Bau einer Verkehrsinsel bzw. straßenbegleitender Baumaßnahmen oder wegen Schließung der Kindereinrichtung (Dabendorf) - aufgegeben.

Die häufigsten Geschwindigkeitsüberschreitungen wurden am stationären Messpunkt auf der B 102 in Altes Lager (Richtung Jüterbog) gemessen. Sehr eilig, und damit den Verkehr gefährdend, war ein Fahrzeugführer auf der B 102 in Altes Lager (Richtung Treuenbrietzen) unterwegs. Statt der innerorts vorgeschriebenen 50 km/h fuhr der Fahrzeugführer eine Geschwindigkeit von 119 km/h. Abzüglich der Toleranz verblieben noch 66 km/h. 89 Fahrer erhielten im Jahr 2014 ein Fahrverbot und mussten auf ihren Führerschein verzichten. Im Vorjahr wurden 127 Dokumente in amtliche Verwahrung genommen. Gegen die Gurtpflicht haben 70 Fahrzeugführer verstoßen, im Vorjahr waren es noch 133 Insassen von Kraftfahrzeugen.

Zur Verbesserung der Verkehrssicherheit hat der Landkreis erneut am bundesweiten „24-Stunden-Blitz-Marathon“ vom 18. bis 19. September teilgenommen. Am 18. September erfolgten Kontrollen an fünf Standorten über insgesamt 11,25 Stunden. In 80 % der Kontrollzeit erfolgten die Geschwindigkeitsmessungen auf den Straßen vor Schulen oder Kitas. In dieser Zeit haben 2.238 Fahrzeugen die Messstellen passiert. 56 Fahrzeugführer überschritten die zulässige Höchstgeschwindigkeit, davon lagen 52 im Verwarnungsbereich und vier im Bußgeldbereich. Ein Fahrzeugführer wurde in Hennickendorf Nähe Kita bei erlaubten 30 km/h mit einer Geschwindigkeit von 67 km/h gemessen. Abzüglich des Toleranzwertes ergibt sich eine Überschreitung von 34 km/h. Während bei der Aktion im Vorjahr 6 % der kontrollierten Fahrer zu schnell fuhren, waren es diesmal „nur“ 3 %. Das zeigt, dass auch angekündigte Kontrollen mit dem „Sicherheitsblitz“ Wirkung zeigen.



## Sachgebiet Verkehrssicherheit und -lenkung

Die Anzahl der verkehrsrechtlichen Anordnungen zur Sicherung von Baustellen auf Straßen ist gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen (siehe Statistik). Für Veranstaltungen im öffentlichen Verkehrsraum wurden 146 Erlaubnisse erteilt. Darunter für Weihnachtsmärkte, Straßenfeste von gemeinnützigen Vereinen und Filmaufnahmen. Ein besonderes sportliches Event stellte das Garmin-Velothon-Radrennen dar, das über eine Strecke von rund 34 km durch den Landkreis Teltow-Fläming führte. Weiterhin wurden im Jahr 248 Schwerbehinderte eine Parkerleichterung erteilt bzw. verlängert. Zur Erhöhung der Verkehrssicherheit auf den Landstraßen mit einem dichten Baumbestand ohne Fahrzeugrückhaltesystem wurden für weitere Strecken Maßnahmen angeordnet. Damit ist seit 2012 aufgrund des sogenannten Landstraßenerlasses für insgesamt 57,7 km der Bundes-, Landes-, Kreis- und Gemeindestraßen die Geschwindigkeit auf 70 km/h und weniger beschränkt. Ziel ist, die Zahl der Verkehrstoten zu senken und die Schwere der Folgen eines Fahrfehlers mit Aufprall auf einen Baum zu verringern.

Statistik per 31.12.2014

### 1. Kfz-Zulassung

	Stand 31.12.2013	Stand 31.12.2014
Fahrzeugbestand gesamt	133.365	135.429
davon: Kräder	8.633	9.021
Personenkraftwagen	92.159	93.309
Lastkraftwagen	8.907	9.147
Zugmaschinen	3.091	3.175
sonstige Kraftfahrzeuge	1.124	1.171
Kfz-Anhänger	19.295	19.451
Kraftomnibuse	156	155

### 2. Fahrerlaubniswesen

	Stand 31.12.2013	Stand 31.12.2014
Ersterteilung/Erweiterung/Umschreibung von Fahrerlaubnissen (FE)	1.811	1.880
Umstellung auf EU-Führerschein	712	632
Anträge auf Neuerteilung nach Entzug der Fahrerlaubnis	633	399
Versagung/Verzicht auf die Fahrerlaubnis gesamt	349	482
Erteilung eines Internationalen Führerscheins	427	419
Fahrerlaubnis zur Fahrgastbeförderung	211	220
Fahrerlaubnis entzogen gesamt	285	355
• durch Gericht	213	281
• durch Fahrerlaubnisbehörde	72	74
Maßnahmen nach dem Punktesystem (§ 4 Abs. 3		

Personen- und Funktionsbezeichnungen sind in männlicher Form verwandt worden. Der Verzicht auf sprachliche Gleichbehandlung soll die Lesbarkeit des Berichtes erleichtern.

StVG) bis 30.04.2014		
• Verwarnungen	455	181
• Anordnung Aufbauseminar (ASP)	64	19
• Entzüge	19	6
Maßnahmen nach dem Fahreignungs-Bewertungssystem (§ 4 Abs. 5 StVG) ab 1. Mai 2014		243
• Ermahnungen		62
• Verwarnungen		7
• Entzüge		
Maßnahmen gegen Fahranfänger (§ 2a StVG)		
• Anordnung Aufbauseminar (ASF)	109	114
• Verwarnungen	24	14
• Entzüge	3	7
Verlängerung Fahrerlaubnis (C, CE, D, DE, D1E)	770	1154
Ersatz nach Verlust/Diebstahl Führerschein	2.404	3358
Anordnung von ärztlichen oder medizinisch-psychologischen Gutachten (MPU)	472	340
Nachweis der Berufskraftfahrerqualifikation	224	869
Begleitetes Fahren mit 17 Jahren		
• Anträge		658
• Erteilung Prüfungsbescheinigungen	548	570

### 3. Kontrollgerätekarten zur Überwachung der Ruhe- und Lenkzeiten nach der Fahrpersonal-Verordnung (FPersV)

	Stand 31.12.2013	Stand 31.12.2014
Fahrerkarten	781	746
Unternehmerkarten	37	35
Werkstattkarten	30	42

### 4. Fahrschulwesen/Fahrlehrerwesen

	Stand 31.12.2013	Stand 31.12.2014
Anzahl der Fahrschulen und Zweigstellen	40	40
Anzahl der Fahrlehrer		
• registrierte Fahrlehrer	131	123
• tätige Fahrlehrer	99	80
Anzahl der Seminarleiter ASF/FES	31	30
Anzahl der überprüften Fahrschulen/und -lehrer/Seminarleiter	23	12
• Formalüberwachung	6	5
• Qualitätskontrolle des Unterrichts	15	7
• Aufbauseminare (ASF/FES)	2	0

### 5. gewerblicher Personenverkehr

Personen- und Funktionsbezeichnungen sind in männlicher Form verwendet worden. Der Verzicht auf sprachliche Gleichbehandlung soll die Lesbarkeit des Berichtes erleichtern.

	Stand 31.12.2013	Stand 31.12.2014
Unternehmen im Taxen- und Mietwagenverkehr gesamt	64	66
Anzahl der eingesetzten Fahrzeuge	171	178
Anzahl der Überprüfungen	36	63
• davon Fahrzeugabnahmen	33	34
Ortskundeprüfungen	14	11

#### 6. Fahrtenbuchaufgaben

	Stand 31.12.2013	Stand 31.12.2014
Anträge auf Anordnung der Führung eines Fahrtenbuches	142	135
Anordnung zum Führen eines Fahrtenbuches	84	83

#### 7. Ausnahmegenehmigungen

	Stand 31.12.2013	Stand 31.12.2014
Anträge nach § 43 BOKraft	55	30
• erteilte Ausnahmen	49	24
Anträge nach § 74 FeV	12	19
• erteilte Ausnahmen	4	9

#### 8. Verkehrsordnungswidrigkeiten

	Stand 31.12.2013	Stand 31.12.2014
eingeleitete Bußgeldverfahren	1.789	1.476
davon		
- stationär	1.076	907
- mobil	489	381
- allgemeine Verkehrsordnungswidrigkeiten	224	188
eingeleitete Verwarnungsgeldverfahren	15.912	14.102
davon		
- stationär	10.692	10.175
- mobil	4.938	3.661
- allgemeine Verkehrsordnungswidrigkeiten	282	266
Bußgeldverfahren aus Verwarnungsgeldverfahren	562	538
davon		
- stationär	448	402
- mobil	114	136
<b>Gesamtanzahl Verfahren</b>	<b>18.263</b>	<b>16.116</b>

#### 9. Mobile Kontrollen in Städten und Gemeinden sowie im Amt Dahme/Mark

Stadt/Gemeinde/ Amt	Anzahl der „dauerhaften“ Standorte		Zahl der Einsätze		festgestellte Geschwindigkeits- überschreitungen	
	2013	2014	2013	2014	2013	2014

Personen- und Funktionsbezeichnungen sind in männlicher Form verwendet worden. Der Verzicht auf sprachliche Gleichbehandlung soll die Lesbarkeit des Berichtes erleichtern.

Gemeinde Am Mellensee	4	4	45	38	594	481
Stadt Baruth/Mark	4	6	29*	44	89	108
Gemeinde Blankenfelde-Mahlow	17	17	104*	99*	1.342	1.207*
Gemeinde Großbeeren	3	3	25	24	240	163
Stadt Jüterbog	8	9	43*	35	333	74
Stadt Luckenwalde	5	8	34	53	59	125
Gemeinde Niederer Fläming	6	7	11	11	28	11
Gemeinde Niedergörsdorf	4	4	12	5	15	16
Gemeinde Nuthe-Urstromtal	5	5	78	51	799	446
Gemeinde Rangsdorf	5	5	39	33	442	260
Stadt Trebbin	7	11	83*	75	250	331
Stadt Zossen	15	12	132	78	1.325	913
Amt Dahme/Mark	5	5	13	9	25	43
<b>Gesamt</b>	<b>88</b>	<b>96</b>	<b>648</b>	<b>555</b>	<b>5541</b>	<b>4178</b>

\* reduzierter Einsatz wegen Straßenbaumaßnahme

#### 10. Verkehrssicherheit und -lenkung

	<b>Stand 31.12.2013</b>	<b>Stand 31.12.2014</b>
Stellungnahmen	131	182
- allgemeine Planvorhaben	121	150
- Straßenbauvorbereitung Landesbetrieb und Jahresgenehmigungen		
Erlaubnisse für Veranstaltungen auf Straßen § 29 StVO (Anträge)	137	146
Beteiligung an kreisübergreifenden Veranstaltungen.	13	13
Ausnahmegenehmigungen und Erlaubnisse § 46 StVO (Anträge)	788	826
Anordnungen von verkehrslenkenden Maßnahmen und für Baustellen gem. § 45 StVO + Verlängerungen zu Anordnungen; + Ergänzungen zu Anordnungen	2.205	2.540
Anträge auf Verkehrsregelung, davon erteilte Anordnungen für generelle Verkehrsregelungen gem. § 45 StVO	303 238	398 301
Verkehrsschauen	15	18

Personen- und Funktionsbezeichnungen sind in männlicher Form verwendet worden. Der Verzicht auf sprachliche Gleichbehandlung soll die Lesbarkeit des Berichtes erleichtern.

## Amt für Bildung und Kultur

### Sachgebiet Schulverwaltung

- *Schwerpunktaufgaben:*
  - Organisation und Finanzierung der Schülerbeförderung von 6.681 Fahrschülern des Landkreises (3.389.639,10 € Beförderungskosten)
  - Bearbeitung von 53 Widersprüchen und 3 Klagen zur Schülerbeförderung
  - Gewährung von Landeszuschüssen an Berufsschüler, die während ihrer theoretischen Ausbildung auswärtig untergebracht werden müssen (16.942,80 €)
  - Vergabe von Sporthallen außerhalb des Schulbetriebes an Vereine

14 Sporthallen befinden sich in Trägerschaft des Landkreises Teltow-Fläming. Ca. 40 Vereine und Sportgruppen nutzen außerhalb des Schulbetriebes die Sporthallen zu Trainings- und Wettkampfwegen. Die erzielten Erträge hierfür betragen 16.590 € (2013 = 17.410 €).

- *Bereich Kultur*

Die Ausstellungstätigkeit in der Neuen Galerie in Wünsdorf und im Kreishaus wurde erfolgreich fortgesetzt. Es gab verschiedene Ausstellungen der Malerei, Grafik, Plastik, Fotografie und des Kunsthandwerks. Ein Höhepunkt war das Kunst- und Geschichtsprojekt „Käthe Kollwitz im Dialog“ im Gedenken an 100 Jahre 1. Weltkrieg in Zusammenarbeit mit der Neuen Galerie des Landkreises, dem Museum des Teltow, dem Fontane-Gymnasium Rangsdorf, der Geschwister-Scholl-Gesamtschule Zossen/Dabendorf, der Vereinigung für generverbindende Kunstprojekte e. V., den Käthe-Kollwitz-Museen Berlin und Köln und der Akademie der Künste Berlin. Besonders gut von den Besuchern angenommen wurde wieder die Jahresendausstellung „Akzente“, an der sich 30 Künstler aus dem Landkreis sowie aus Berlin und dem Land Brandenburg beteiligten. Erstmals war ein syrischer Künstler dabei, der nach seiner Flucht aus der Heimat inzwischen in Zossen lebt.

Flucht, Vertreibung, Heimatverlust sind die Themen eines internationalen Kunstprojektes, an dem Künstler verschiedener Genres (Bildende Kunst, Musik, Theater, Literatur) und Nationalitäten (u. a. Deutschland, Polen, Großbritannien, Israel, Syrien) aus dem Landkreis und darüber hinaus zusammen arbeiten. Auftakt dazu war eine Lesung des polnischen Historikers und Autors Jan M. Piskorski aus seinem Buch „Die Verjagten“ im Kulturzentrum DAS HAUS. Im Frühjahr und Sommer 2015 werden dazu Ausstellungen, Konzerte, Theater und Lesungen von überregionaler Bedeutung im Landkreis stattfinden. Jan M. Piskorski wird für zwei Monate in Wiepersdorf arbeiten und an einem Buch über Menschen mit dem Hintergrund der Flucht und Vertreibung aus unserer Region schreiben.

Anfang Mai besuchten zahlreiche Gäste die jährlich stattfindende Aktion „Offene Ateliers“, ein Kooperationsprojekt des Arbeitskreises der Kulturverwaltungen im Land Brandenburg. Zur Förderung von Kunst und Kultur wurden zahlreiche Projekte mit insgesamt rund 80.000 € finanziell unterstützt. So u. a. der Theatersommer des „theater 89“ in Altes Lager, das interkulturelle Brückenfest in Ludwigsfelde, das 4. Kulturblüten

Festival in Wahlsdorf, das Weberfest in Kloster Zinna und das Kunstprojekt DIE DINGE in der Mendelsohn-Halle in Luckenwalde, initiiert von der GEDOK Brandenburg. Der Veranstaltungskalender Teltow-Fläming erschien regelmäßig. Das Heimatjahrbuch 2015 berichtet über historische und aktuelle Geschehnisse im Landkreis, befasst sich inhaltlich mit Brauchtum und Heimatpflege und trägt so zur Stärkung der regionalen Identität bei.

Die Teilnahme am Teltow-Fläming-Tag anlässlich der Ersten Brandenburgischen Landesausstellung im Schloss Doberlug mit einer Ausstellung, Kunstaktionen und einem kulturellen Bühnenprogramm trug zum weiteren Bekanntwerden der kulturellen Vielfalt in Teltow-Fläming über die Landesgrenze hinaus und so zur Entwicklung des Kulturtourismus im Landkreis bei.

- *Bereich Förderung des Sports*

Erstmalig wurde dem Kreistag ein Sportentwicklungsbericht zur Kenntnisnahme vorgelegt. Verdeutlicht werden sollte hierin die enorme Bedeutung des Sports im Landkreis. Darüber hinaus sollten auch die für die Sportpolitik maßgeblichen Eckdaten für die Förderung bilanziert werden.

Die begonnene Zusammenarbeit mit den Kommunen wurde fortgesetzt. In diesem Jahr fand das Sportgespräch mit den Kommunen in der Gemeinde Am Mellensee statt. Schwerpunkt war insbesondere die für das nächste Jahr geplante Fortschreibung der Sportstättenstatistik.

Im Dezember wurde die Sportförderrichtlinie durch den Kreistag für ein weiteres Jahr verlängert. Im Zuge der Harmonisierung mit der Richtlinie zur Gewährung von Zuschüssen aus der Gewinnausschüttung der Mittelbrandenburgischen Sparkasse Potsdam und weiteren bestehenden Förderrichtlinien wird die Richtlinie derzeit den rechtlichen und tatsächlichen Erfordernissen angepasst.

190 gemeinnützige Sportvereine sind Mitglied im Kreissportbund Teltow-Fläming e. V. 20 Sportvereine nutzten die Möglichkeit der diesjährigen Förderung und beantragten Zuwendungen

i. H. v. rund 33.300 €.



Unknown Format

Dass der Seniorensport keine Randerscheinung mehr ist, bekräftigte auch der Kreistag mit dem Beschluss, den Seniorensport als Schwerpunktthema 2014 festzulegen. Das Interesse der Sportvereine an diesem Schwerpunktthema war groß. Von den eingereichten 33 Anträgen waren ein Drittel dem Schwerpunktthema zuzuordnen. Finanziell konnten verschiedene Projekte unterstützt werden, wie:

- Ausbildung eines Übungsleiters im Seniorensport
- Fit für die Enkel-Tag in Luckenwalde
- Landesmeisterschaften der Senioren in Jüterbog sowie
- weitere Seniorensportveranstaltungen in verschiedenen Sportvereinen

Einen Zuschuss zu den Gesamtkosten erhielten Veranstaltungen mit überregionaler Bedeutung wie:

- 1. Bundesliga im Ringen
- 1. Bundesliga im Bogenschießen
- Internationales Vielseitigkeitsturnier CIC2\* in Liepe
- Internationaler Brandenburg-Cup für Kadetten in Luckenwalde
- Landesmeisterschaft im Inline-Speedskating in Jüterbog
- Internationale Handballwoche in Rangsdorf

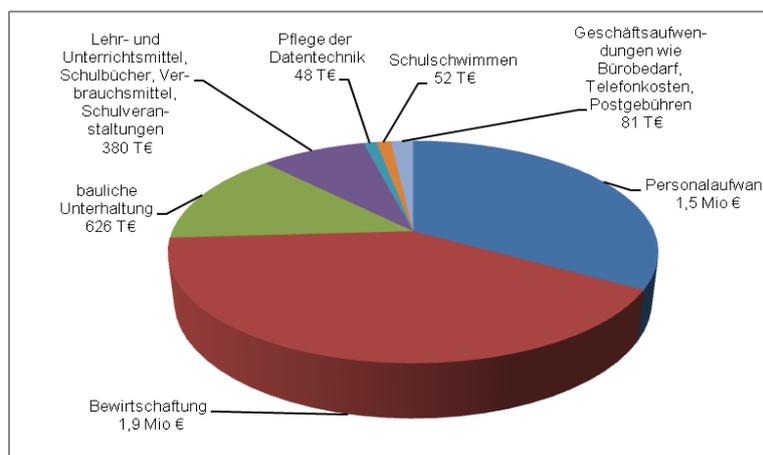
Um den Kreishaushalt zu entlasten, wird die Sportförderung bereits seit einigen Jahren über die Gewinnausschüttungen der Mittelbrandenburgischen Sparkasse Potsdam finanziert.

## Sachgebiet Haushalt und Finanzen

Das Sachgebiet ist für die Abwicklung der Haushalts-, Kassen- und Rechnungsangelegenheiten des Amtes zuständig. Im Jahr betrug das Budget für die zu bewirtschaftenden Produkte 17,8 Mio. €. Rund 13.800 Rechnungen bzw. Geschäftsvorfälle wurden angeordnet.

- *Schulfinanzen*

In Trägerschaft des Landkreises befinden sich vier Gymnasien, vier Schulen mit dem sonderpädagogischem Förderschwerpunkt „Lernen“, zwei Schulen mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „geistige Entwicklung“ und das Oberstufenzentrum mit seinen Standorten in Ludwigsfelde und Luckenwalde. Im Jahr besuchten 4.453 Schüler diese Schulen. Der bewirtschaftete Gesamtetat für das laufende Geschäft in den kreisangehörigen Schulen betrug ohne Abschreibungen rund 4,6 Mio. €.



- *Schulkostenbeiträge*

Das Brandenburgische Schulgesetz regelt den Finanzausgleich für die Beschulung von Schülern mit Wohnung oder Ausbildungsstätte außerhalb des Landkreises. Für 353 dieser Schüler wurden Schulkosten in Höhe von rund 192 T€ gegenüber anderen Landkreisen bzw. kreisfreien Städten erhoben. Im Gegenzug wurden Schulkostenrechnungen in Höhe von rund 1,4 Mio. € an andere Landkreise bzw. kreisfreie Städte für 1.839 Schüler, die nicht im Landkreis Teltow-Fläming beschult werden, erstattet. Darüber hinaus zahlt der Landkreis jährlich die Schulkosten für die Schüler der weiterführenden allgemein bildenden Schulen (Oberschulen, Gymnasium Blankenfelde, Gesamtschule Zossen/Dabendorf) an kreisangehörige Schulträger. Diese Zahlungen betragen im Jahr rund 2,3 Mio. € für 3.747 Schüler.

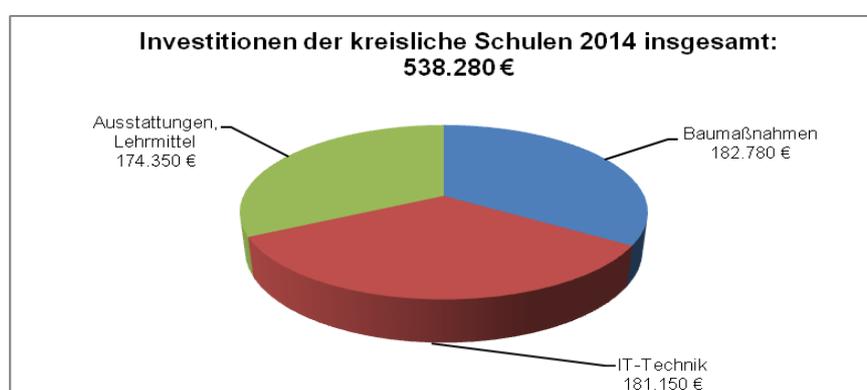
- *Erträge*

Die Möglichkeiten, die finanziellen Aufwendungen im Bereich der Bildung und Kultur durch Erträge auszugleichen, sind begrenzt. Der Anteil an Erträgen gegenüber dem

Gesamtaufwand betrug in 2014 nur 12 Prozent. Soweit aber Gebühren bzw. Entgelte auf der Grundlage von Satzungen oder Entgeltordnungen bestehen, werden diese regelmäßig kalkuliert und Änderungen geprüft. Dem Haushaltssicherungskonzept 2014 folgend waren das in diesem Jahr die Gebührensatzungen für die Schulspeisung, für die Nutzung der Schulsporthallen außerhalb des Schulbetriebes und der Fahrbibliothek.

Aufgrund der Kostensteigerungen in diesen Bereichen musste der seit 2001 bestehende Eigenanteil an der Schulspeisung in Höhe von 1,80 € auf 2,20 € je Mittagsmahlzeit ab 1. August 2014 erhöht werden. Die Gebühren für die Nutzung der Schulsporthallen außerhalb des Schulbetriebes wurden zum gleichen Zeitpunkt um bis zu 25 % angehoben. Für die Fahrbibliothek des Landkreises wurde eine neue Gebührensatzung mit einer Erhöhung der bisherigen Gebühren um 26 % erarbeitet und vom Kreistag beschlossen, die ab 1. Januar 2015 in Kraft treten wird.

- Investitionen



Die Investitionsmittel wurden vorrangig für die kreislichen Schulen eingesetzt.

Mit den Mitteln der IT-Technik wurden in den vier Gymnasien die Computerarbeitsplätze der Schüler und Lehrer im Zusammenhang mit der notwendigen Umstellung des Betriebssystems weiter ersetzt. Auch im Oberstufenzentrum Teltow-Fläming, insbesondere im Standort Luckenwalde, An der Stiege, ist damit begonnen worden, die veraltete PC-Technik zu erneuern. Dabei musste der im Oberstufenzentrum erarbeitete Medienentwicklungsplan auf der Basis vorhandener und neuer Bildungsgänge berücksichtigt werden.

Als Maßnahme zur Haushaltskonsolidierung wurde für 2014 die Schließung des Standortes des Oberstufenzentrums Teltow-Fläming in Luckenwalde, Am Schieferling, beschlossen. Die Schließung ist erfolgt und trägt in den zukünftigen Jahren zur Reduzierung der Bewirtschaftungskosten des Oberstufenzentrums um geschätzte 39.900 € bei. Die Schüler des Standortes werden in den verbleibenden Standorten weiterbeschult. Darüber hinaus wurden Fachräume für hauswirtschaftliche sowie musisch/künstlerische Inhalte und darstellendes Spiel - im Besonderen für die Ausbildung der Erzieher - durch den Umbau von Räumen des Wohnheimes für Unterrichtszwecke des Oberstufenzentrums geschaffen. Für den Umbau und die bauseitige Schaffung eines weiteren Rettungsweges im Wohnheim wurden 110 T€ verwendet.

Der Standard in den kreislichen Schulen an Ausstattungen mit Klassen- und Fachraummobiliar sowie hochwertigen Lehrmitteln ist durch regelmäßige Bereitstellung

finanzieller Mittel in den Jahren 1994 bis 2008 wesentlich verbessert worden. Um diese Standards zu erhalten, wurden 2014 zum Zwecke des Ersatzes investive Mittel in Höhe von rd. 174 T€ in 2014 eingesetzt.

- Schulsozialfonds

Seit dem Jahr 2008 stellt das Land den Schulsozialfonds bereit, der über die Schulträger an die Schulen ausgereicht wird. Diese Mittel werden für Schüler verwendet, deren Eltern sich in einer finanziellen Notlage befinden. Gefördert werden sollen insbesondere Leistungen, die nicht der Kostentragungspflicht des Schulträgers unterfallen. Hier wurden im Jahr Aufwendungen in Höhe von rund 10,0 T€ für 234 Schüler geleistet. Die Schüler erhielten Lernmittel, die von der Lernmittelfreiheit ausgenommen sind, wie Arbeitshefte, Übungsmaterial, Sportbekleidung u. ä. sowie Unterstützung bei Bildungsfahrten.

- Landesmittel Weiterbildung

Im Jahr erfolgte die Vergabe von 147.200 € Landesmitteln im Rahmen der Weiterbildungsgrundversorgung an vier anerkannte Träger der Erwachsenenbildung des Landkreises entsprechend dem Brandenburgischen Weiterbildungsgesetz. Dabei wurden 7.656 Unterrichtsstunden gefördert.

## **Volkshochschule**

Die Volkshochschule Teltow-Fläming (VHS) ist eine Erwachsenenbildungseinrichtung in kommunaler Trägerschaft des Landkreises Teltow-Fläming und versteht sich als Partner der regionalen Entwicklung. Sie steht allen Bürgern offen und eröffnet vielfältige Zugänge zur Weiterbildung. Wohnortnahe Lernorte machen die Angebote für alle erreichbar und ermöglichen ein freiwilliges Lernen mit Freude und Zufriedenheit. Als regionaler Bildungspartner arbeitet die VHS in den Netzwerken „Gesunde Kinder Teltow-Fläming“, im Netzwerk „Kinderschutz“ und in den lokalen Familienbündnissen aktiv mit. Im regionalen Weiterbildungsbeirat ist die Volkshochschule ein verlässlicher Partner in der Kooperation und Zusammenarbeit mit anderen Weiterbildungsträgern der Region.

Die VHS war mit einem flächendeckenden, vielfältigen Bildungsangebot ein leistungsstarker Bildungspartner in der Region. Es besuchten 6.500 Teilnehmende 661 Veranstaltungen, die zusammen insgesamt 13.810 Unterrichtsstunden umfassten. Dabei leisteten die 160 neben- und freiberuflichen Dozenten an der VHS eine hervorragende Lehrtätigkeit.

Unknown Format

Die VHS ist besonders um jene Menschen bemüht, die bislang zu wenig von Weiterbildung profitieren. Mit dem Grundbildungs- und Schulabschlussprogramm leistete sie auch in diesem Jahr einen Beitrag gegen Bildungsungerechtigkeit. Es wurden neun Veranstaltungen zum Lesen und Schreiben für Erwachsene in Luckenwalde und Ludwigsfelde durchgeführt.

Jungen Erwachsenen wird mit dem Zweiten Bildungsweg das Nachholen eines Schulabschlusses ermöglicht. Zum Schuljahresende 2013/2014 konnten 36 Absolventen der 10. Klasse mit guten Zeugnissen verabschiedet werden. Für das Schuljahr 2014/2015 meldeten sich 93 junge Menschen für die 9. und 10. Klasse, den Zweiten Bildungsweg, an.

Die VHS war aktiv in der Projektarbeit unterwegs. Neben den Projekten „Alphabetisierung/Grundbildung“ und „Starke Eltern – starke Kinder“, die das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg förderte, realisierte sie folgende Projekte und Kampagnen:

**Allgemeine Projekte:**

- Gedenktage 2014 – gefördert durch die Landeszentrale für politische Bildung
- Teilnahme an der Kampagne „Haus sanieren – profitieren“ des DBU mit Weiterbildungsmodulen zum energetischen Sanieren und Bauen
- Teilnahme an der Kampagne „Die Hauswende“ gemeinsam mit der Klimaschutzbeauftragten des Landkreises
- dvv international – Projekt „Wasser ist Leben“ und Projekt „Kaffee-heißgeliebt und fair behandelt?“

**Junge VHS:**

- Teilnahme am Projekt "Luckis-Muckis", ein sportlich-kulturelles Toleranzprojekt für Jungen und Mädchen zwischen 6 bis 10 Jahren. Organisiert und betreut wird das Camp vom 1. Luckenwalder Sportclub e.V.
- dvv talente Campus – Projekt „Ich kann über meinen Schatten springen“

**Zweiter Bildungsweg:**

- Projekt „Kennenlernwoche“

Das breite Spektrum der Bildungsberatung reicht von der konkreten Lernberatung über die Bildungs- und Berufswegebegleitung bis hin zu neuen Formen der Kompetenzfeststellung, z. B. des ProfilPasses®. Die VHS ist auch in der 3. Projektphase eine Bildungsberatungsstelle für die „Bildungsprämie“. Mit der Bildungsprämie unterstützt das Bundesministerium für Bildung und Forschung Erwerbstätige, die sich beruflich weiterbilden möchten. Im Jahr wurden 25 Personen trägerneutral beraten und Prämiegutscheine für die berufliche Weiterbildung ausgereicht.

Insgesamt wurden 29 Kurse „Deutsch als Fremdsprache“ für 309 Flüchtlinge durchgeführt. Kursorte waren Luckenwalde, Ludwigsfelde und Rangsdorf. Ermöglicht wurde dies auch durch das brandenburgische Landesprogramm „Deutschkurse für Flüchtlinge“. Als Integrationskursträger startete die VHS erstmalig einen durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge geförderten Integrationskurs in Luckenwalde.

**Kreisbildstelle**

- *Medienverleih*
  - 7.504 Medien physisch
  - 5.452 Medien online
  - 189 Geräte
  
- *Filmprojekte mit oder an folgenden Einrichtungen:*
  - Kreisvolkshochschule Zweiter Bildungsweg
  - Thomas-Müntzer-Grundschule Blönsdorf
  - Grundschule Glienick
  - Gebrüder-Grimm-Grundschule Ludwigsfelde
  - Otto-Unverdorben-Oberschule Dahme
  - Kastanienschule Jüterbog
  - Katastrophenschutz (Filmaufnahmen bei Ausbildung bzw. Übungen)

Personen- und Funktionsbezeichnungen sind in männlicher Form verwendet worden. Der Verzicht auf sprachliche Gleichbehandlung soll die Lesbarkeit des Berichtes erleichtern.

- *Online-Medien*

Organisation und teilweise Durchführung von 13 Weiterbildungsveranstaltungen an Schulen mit ca. 150 teilnehmenden Lehrern zum Thema „Online-Medien“ und Online-Katalog

- *Kinderfilmfest*

Organisation und Durchführung des Kinderfilmfestes mit ca. 1.000 Besuchern

- *Elektrofachkraft*

- Überprüfung ortsveränderliche elektrische Betriebsmittel (E-Überprüfung von 4.119 Geräten in 13 Einrichtungen)

- Wartung und Reparatur von Beamern

(Reparatur von 9 Beamern, Wartung von 11 Beamern, Reparatur von 2 Smart-Boards)

## Kreismedienzentrum

Das Kreismedienzentrum bildet eine Struktureinheit aus Fahrbibliothek, Kreisergänzungsbibliothek und Kreisbildstelle. Durch die neue Benutzungssatzung wird diese Einheit bekräftigt. Sie hat sich, wie in den vorherigen Jahren, positiv bewährt. Aus dem gesamten Medienpool können alle Medien genutzt werden, um die mobile Bibliotheksversorgung durch die Fahrbibliothek im Landkreis zu gewährleisten. Die Schulen, Öffentlichen Bibliotheken und andere Bildungseinrichtungen werden so mit Medien versorgt.

69 Veranstaltungen sowie gemeinsame, lesefördernde und literarische Aktionen mit insgesamt 2.742 Kindern und Erwachsenen waren wichtige Aktivitäten, so u. a.:

- Kreisentscheid zum 55.Vorlesewettbewerb des Deutschen Buchhandels im Kreishaus, gemeinsam durchgeführt mit der Kreismusikschule
- Veranstaltungsreihe mit den Öffentlichen Bibliotheken des Landkreises „Lange Nacht der Bibliotheken im Landkreis Teltow-Fläming“ zum 8. Mal mit der Autorin Michaela Barthel
- Kinderfilmfest mit 1.000 Besuchern
- Leseförderung in Form von 12 Bibliothekseinführungen für Kinder aus Kindertagesstätten, Schulen und Horten
- durch die Fahrbibliothek wurden 158 Haltepunkte im 4-Wochen-Rhythmus bedient mit 19.242 Besuchern in den Standzeiten
- 10 Kitas, 7 Horte, 9 Schulen, Förderschulen und zwei Altenheime wurden angefahren und die Leser mit speziellen und altersgerechten Medien betreut
- Nutzung des Medienpools der Kreisergänzungsbibliothek vorrangig durch die 11 haupt- und nebenamtlich geleiteten Öffentlichen Bibliotheken mit ihren Zweigstellen
- ¼-jährlich wurden die Leiter der Öffentlichen Bibliotheken zur Kreisarbeitsgemeinschaft, zum Erfahrungsaustausch, zu Fortbildungsveranstaltungen; zur Planung gemeinsamer kreislicher Veranstaltungen oder Autorenlesereisen eingeladen
- gemeinsame Veranstaltungen mit der VHS, wie die Fortbildungsveranstaltung „Spiele als Medienangebot für Kinder, Erwachsene und speziell ältere Nutzer“ sowie gemeinsame Autorenlesungen in Schulen

Personen- und Funktionsbezeichnungen sind in männlicher Form verwendet worden. Der Verzicht auf sprachliche Gleichbehandlung soll die Lesbarkeit des Berichtes erleichtern.

Es wurden unterrichtsbezogene Lehrmittel in Form von audiovisuellen Medien mit öffentlichen Aufführrechten angeschafft und an 51 Bildungseinrichtungen ausgeliehen. Reger Gebrauch wurde auch von der leihweisen Nutzung der Camcorder, Videokameras, Leinwände, Abspielgeräte gemacht. Zum vierten Mal wurde das Kinderfilmfest des Landes Brandenburg im Kreishaus für 1.000 Schüler und Lehrer der 1. - 7. Klassen der Schulen und Kindergartenkinder durchgeführt. Durch die starke positive Resonanz wurde das Filmfest auf 8 Tage erweitert.

Ein Schwerpunkt blieb weiterhin die Einführung der „digitalen Distribution – Bildungsfernsehen online“ für die Lehrkräfte der Schulen über das Portal der Kreisbildstelle. Sie übernahm die Organisation und teilweise Durchführung von 13 Weiterbildungsveranstaltungen an Schulen mit ca. 150 teilnehmenden Lehrern zum Thema „Online-Medien“ und Online-Katalog.

Im ersten Quartal des Jahres wurde die digitale Medienausleihe (E-Medien) als Zusatzangebot für die Leser der Fahrbibliothek angeboten. Geplant und vorbereitet wurde die Gründung eines E-Medien-Verbundes mit einigen Öffentlichen Bibliotheken des Landkreises. Ab 2015 steht der gesamte E-Medien-Pool allen Nutzern zur Verfügung. Im Internet ist Einsicht über die physischen und elektronischen Medienbestände der drei Einrichtungen des Kreismedienzentrums möglich. Insgesamt konnten 68.687 Entleihungen physischer und E-Medien erzielt und insgesamt 22.500 Besucher gezählt werden.

## Kreismusikschule Teltow-Fläming

- *Statistische Angaben*

- Zum Stichtag 01.12.2014 wurden insgesamt 1.172 Schüler unterrichtet. 333 davon belegten zusätzlich ein zweites, mitunter auch noch ein drittes Fach.
- Derzeit unterrichten 17 fest angestellte und 24 freie Mitarbeiter.
- Zurzeit stehen 175 Schüler auf der „Warteliste“ (20 mehr als 2013)
- In 160 Veranstaltungen spielten kleine und große Ensembles vor ca. 25.000 Besuchern im gesamten Kreisgebiet auf Einladung von Firmen, Städten, Vereinen und Gemeinden bei Festen, zur Gesellenfreisprechung, in Kirchen und Krankenhäusern, bei Seniorenfeiern, Jubiläen oder Einweihungen u.v.a.m.

Im Juni erhielt der Förderverein der Musikschule 20.000 € Fördermittel. Damit kann ein Raum für Ensembleproben im Luckenwalder Gymnasium hergerichtet werden. Die Umbauarbeiten werden voraussichtlich im März 2015 abgeschlossen sein.

Derzeit spielen 3 Schüler in überregionalen Ensembles mit. In der „Jungen Philharmonie Brandenburg“ sind dies Moritz Beyer (Trompete) und Max Felgner (Violoncello) sowie im „LandesJugendJazzOrchester“ (LaJJazzo) Paul Wacker (Trompete).

- *Besondere Veranstaltungen im Kreisgebiet*

- 17.01. Neujahrsempfang zum Thema „Handwerk“ (Bigband)
- 11.05. Baruth/Glashütte: Frühlingsfest (Bigband, „The TwelFes“)
- 21./23.05. 2 Aufführungen mit der Kita „Vier Jahreszeiten“ der Volkssolidarität im ausverkauften Stadttheater Luckenwalde („Petterson & Findus“)

- 13.-15.06. Turmfest Luckenwalde (mit 8 Ensembles auf 3 Bühnen)
- 12.07. Brandenburgische Landesausstellung in Doberlug („The TwelFes“, „TrommelFieber“)
- 20.09. Kreiserntefest in Blankensee
- 21.09. Musikschulen öffnen Kirchen (u. a. „TonFall“ in Märkisch-Wilmersdorf)
- 07./11.10. Luckenwalde Wirtschaftswoche
- 06.12. Theater Luckenwalde „Weihnachtskonzert“ (150 Mitwirkende)

- *Besondere Veranstaltungen außerhalb des Landkreises*

- 22.01. Berlin, „Grüne Woche“ / Einladung des Tourismusverbandes („Blechsaden“ und „The TwelFes“)
- 12.-14.09. Stadtfest in Weil a. R. / Einladung der Stadt Trebbin (gefeierte Konzerte unserer Solisten & Band)

## Museum des Teltow

- *Erwähnenswerte Ereignisse und Besonderheiten*
  - Schülerprojekt zum Thema Käthe Kollwitz/Erster Weltkrieg, speziell mit der Gesamtschule Dabendorf, dem Gymnasium Rangsdorf und der Oberschule Blankenfelde-Mahlow
  - Beteiligung an einer Ausstellung und Vortrag zum Thema 25 Jahre Mauerfall bei der Konferenz im Collegium Europaeum (Universität Poznan) im polnischen Partnerkreis in Gniezno
  - Vortrag Gedenkveranstaltung zur Erinnerung an den Beginn des Ersten Weltkrieges vor einhundert Jahren am 1. September im Kreistag
  - Unterstützung mehrerer regionalgeschichtlicher Projekte im Landkreis
  - Mitarbeit in der Projektgruppe „Museum in der Natur“ Dokumentations- und Forschungszentrum Kummersdorf-Gut“
  - Ursprünglich vom Museum erarbeitete Ausstellungen wurden bzw. werden anderenorts gezeigt
  - Vorträge des Museumsleiters außerhalb des Museums
  - Sammlungsbestände des Museums wurden vielfältig zur Verfügung gestellt sowie beratend gewirkt, um u. a. Schulen, Vereine unterstützen zu können
  - Unterstützung von Ortschronisten bzw. Ortschronistengruppen in mehreren Gemeinden des Landkreises, u. a. in Sperenberg und Blankenfelde;
  - Erarbeitung des Heimatjahrbuches für den Landkreis Teltow-Fläming
  - Weiterführung der „normalen“ musealen Tätigkeit - nach museologischen Kriterien sammeln, bewahren, forschen, vermitteln

# Dezernat II

## Sozialamt

### Grundsatzsachbearbeitung SGB II

Die enge Zusammenarbeit der beiden Träger der Grundsicherung zur Umsetzung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) wurde erfolgreich fortgesetzt.

Der Landkreis stellte fest, dass sich die Zahl der angekündigten Zwangsräumungen massiv erhöht hat. Im Ergebnis der ersten Sozialkonferenz wurde das Sozialamt beauftragt hier gegenzusteuern. Dafür wurde eine Arbeitsgruppe initiiert, in der sich die Akteure der Kommunen, der Sozialverbände, des Jobcenters und der Vermieter zu den Problemlagen regelmäßig austauschen und das gemeinsame Handeln abstimmen. Schwierig ist es, dabei vorausschauend auch den Personenkreis zu erfassen, der nicht in direktem Leistungsbezug steht. Junge, kinderreiche Familien, alleinerziehende Männer und Frauen können durch plötzliche Arbeitslosigkeit ebenfalls zu Betroffenen werden und in Mietrückstand geraten. Gemeinsam Handlungs- und Lösungsansätze zu finden, um diesen Personenkreis vor Obdachlosigkeit zu schützen, wird auch 2015 ein Arbeitsschwerpunkt bleiben.

Durch die Grundsatzsachbearbeitung SGB II wurden die gemeinsamen Ziele mit dem Jobcenter nachgehalten. Für mehr Kundennähe wurde 2014 der Leistungsbereich für einen direkteren Zugang der Bürger geöffnet.

Die 2013 in Kraft getretene Handlungsanweisung zu den Kosten der Unterkunft wurde mittels Indexfortschreibung an die aktuellen Mietwerte angepasst. Dazu erfolgten differenzierte Betrachtungen der Kaltmieten und Betriebskosten und die Einbeziehung von Angebotsmieten, die der Landkreis selbst aufbereitet und dokumentiert. Im Ergebnis wird eine Entspannung im anmietbaren angemessenen unteren Wohnungssegment, insbesondere in den an Berlin angrenzenden Gemeinden, erwartet.

Weiterhin wurden Lösungsansätze bei Beschwerde- und Problemfällen zwischen den Bürgern und dem Jobcenter koordiniert und die kommunale Mittelverwendung im Jobcenter einer verstärkten Kontrolle unterzogen.

- *Erste Sozialkonferenz Teltow-Fläming*

Am 19. Februar fand die erste Sozialkonferenz unter dem Motto „Soziale Dienste und Angebote im Landkreis Teltow-Fläming gemeinsam gestalten“ statt. Mit über 100 Teilnehmern aus Verwaltung, Politik, Kommunen, verschiedensten Einrichtungen sowie Bürgern fand die Veranstaltung guten Zuspruch. Den Rahmen für die soziale Versorgung geben die Leistungsgesetze vor. Die Sozialkonferenz diente dem Erfahrungsaustausch sowie der Zielsetzung zur effizienten Weiterentwicklung vorhandener Dienste und Angebote. In vier Workshops verständigten sich die Teilnehmer zu den Themenschwerpunkten Eingliederungshilfe, Pflege, Seniorenarbeit, sonstige unterstützende Angebote und die Notlagenhilfe. Diskutiert wurde u. a. die Frage, wer im Falle der Pflegebedürftigkeit von Angehörigen Unterstützung leisten kann. Auch die Themen Barrierefreiheit, bezahlbarer behindertengerechter Wohnraum,

betreutes Wohnen für die verschiedensten Zielgruppen, selbstständige Mobilität bei Behinderung und im Alter oder allgemeine Krisensituationen fanden besonderes Interesse. Im gemeinsamen Dialog konnten sozialpolitische Strategien mit dem Ziel der Sicherstellung des kommunalen Versorgungsauftrages unter besonderer Berücksichtigung der demografischen Entwicklung herausgearbeitet und vorgebracht werden. Einig waren sich alle Teilnehmer, dass die Vernetzung miteinander unabdingbar ist. Es muss dringend sichergestellt werden, dass die Ansprechpartner aus dem sozialen Bereich einander und die im Landkreis bereits vorhandenen sozialen Angebote kennen und nutzen.

- *Regionalkonferenzen und Praxisforum*

Die Fortsetzung der Arbeit zu den Ergebnissen der Sozialkonferenz erfolgte in vier Planungsregionen im ersten Halbjahr in Form von Regionalkonferenzen Soziales. Diese hatten als thematische Schwerpunkte die weiterführende Verständigung zur Vernetzung der Arbeit, soziale Beratung und Bürgerinformation, Mobilität und Wohnen, Personal und Fachkräftesicherung, Seniorenarbeit und Ehrenamt zum Inhalt.

Die für das zweite Halbjahr geplanten Regionalkonferenzen Soziales wurden durch das Praxisforum „Gut alt werden im Land Brandenburg“, das am 23. Oktober in Luckenwalde stattfand, ersetzt. Zu den Schwerpunktbereichen „Wohnen im Alter und aktiv und mobil bleiben“ war der Landkreis Gastgeber. Zu der Veranstaltung waren auch die Akteure aus umliegenden Kreisen eingeladen. Organisiert über die Akademie 2. Lebenshälfte fanden zu den einzelnen Themenschwerpunkten Diskussionsrunden statt. Hier wurden der Stand vor Ort und die Problemlagen erörtert und entsprechende Schlussfolgerungen gezogen. Um die Ergebnisse der verschiedenen Projekte noch besser an die Akteure vor Ort (Seniorenbeiräte, Verantwortliche in den Kommunen, Wohnungsgesellschaften, Handwerk, Sozialdienstleister usw.) heranzutragen und sie weiter zu diskutieren, war dieses Praxisforum ein idealer und praxisnaher Ersatz für die eigentlich vorgesehenen Regionalkonferenzen.

## **Sachgebiet Sonstige soziale Leistungen**

- *Bereich Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung für über 65-jährige und dauerhaft erwerbsgeminderte Menschen sowie Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz*

Die Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen sowie die Schaffung zusätzlicher Kapazitäten stellten den wesentlichen Aufgabenschwerpunkt des Sachgebietes dar, der nur in enger Zusammenarbeit mit dem Ordnungsamt, Bauamt und Hauptamt bewältigt werden konnte. Hierzu arbeitete das Sozialamt aktiv in der AG Migration mit, in der alle für die Unterbringung und Betreuung notwendigen Themen sowie aktuelle Probleme besprochen werden.

Es wurden 3 zusätzliche Übergangwohnheime (ÜWH) für Asylbewerber und ausländische Flüchtlinge mit weiteren 307 Wohnheimplätzen in Jüterbog, Ludwigsfelde und Großbeeren eröffnet, um die aufzunehmenden Flüchtlinge unterbringen zu können. Zwei Übergangwohnheime betreibt der Landkreis in eigener Verantwortung und mit eigenem Personal. Dafür mussten 3 befristete Stellen geschaffen und besetzt werden. Für zwei Einrichtungen wurden öffentliche Ausschreibungsverfahren durchgeführt, um einen geeigneten Träger auszuwählen. Begleitet wurde dieser Prozess von aktiver Öffentlichkeitsarbeit in den betroffenen Kommunen.

Personen- und Funktionsbezeichnungen sind in männlicher Form verwendet worden. Der Verzicht auf sprachliche Gleichbehandlung soll die Lesbarkeit des Berichtes erleichtern.

Ein Übergangwohnheim am Standort Luckenwalde musste zum Zwecke einer notwendigen Grundsanierung vorübergehend geschlossen werden. Dadurch und weil auch im Jahre 2015 ein starker Zustrom von Flüchtlingen erwartet wird, waren weitere Anstrengungen notwendig, um die weggefallenen Kapazitäten wiederherzustellen und zusätzliche Unterbringungsmöglichkeiten zu finden und zu erschließen. Bei zahlreichen Besichtigungen von potenziellen Standorten waren Vertreter des Sachgebietes zur Beurteilung der Standorterfordernisse mit vor Ort.

Zudem lag der besondere Focus neben der Unterbringung der Flüchtlinge auf der Sicherstellung einer hinreichenden Beratung, Betreuung und Beschulung der Kinder. Eine besondere Herausforderung stellte hierbei die Unterbringung in Wohnungen dar. Für entsprechende sozialarbeiterische Begleitung fehlen in den Heimen und im Sozialamt die benötigten Kapazitäten. Hierbei brachten sich die Ausländerbeauftragte sowie das Staatliche Schulamt besonders ein.

Zusätzlich zu den Zuweisungen nach dem Landesaufnahmegesetz hatte der Landkreis im Jahr noch insgesamt 33 Kontingentflüchtlinge aufzunehmen. Innerhalb kürzester Zeit mussten Wohnraum beschafft und ausgestattet sowie die Flüchtlinge direkt in die Leistungsgewährung des Jobcenters eingegliedert werden. Dies war nur in enger Zusammenarbeit mit dem Jobcenter möglich.

*Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften im Bereich Leistungen Hilfe zum Lebensunterhalt für befristet erwerbsgeminderte Menschen (HLU), Grundsicherung für über 65 jährige und dauerhaft erwerbsgeminderte Menschen; sowie Fallzahlen der Leistungsempfänger nach dem AsylbLG (Zeitraum 2010 bis 2014)*

Unknown Format

- *Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG), Brandenburgisches Ausbildungsförderungsgesetz (Bbg AföG) und Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AfbG)*

#### *Fallzahlen und Neuanträge im Jahr 2014*

BAföG	:	1.520	Neuanträge	:	544
Bbg AföG	:	238	Neuanträge	:	170
AfbG	:	718	Neuanträge	:	102

Insgesamt waren 27 Widersprüche in diesem Bereich zu bearbeiten.

- *Wohngeld*

Im Jahr wurden insgesamt 2.089 Anträge auf Miet- oder Lastenzuschuss bearbeitet. Davon konnten 1.305 bewilligt werden. Hier ist ein Rückgang um 187 Anträge im Vergleich zum Jahr 2013 zu verzeichnen. Begründet liegt diese Entwicklung nach wie vor in dem Anstieg von Leistungsempfängern in den Bereichen SGB II und SGB XII, die nicht wohngeldberechtigt sind.

Das durchschnittlich bewilligte Wohngeld betrug monatlich 99,50 €. 55 Haushalte erhielten sogenanntes Kinderwohngeld.

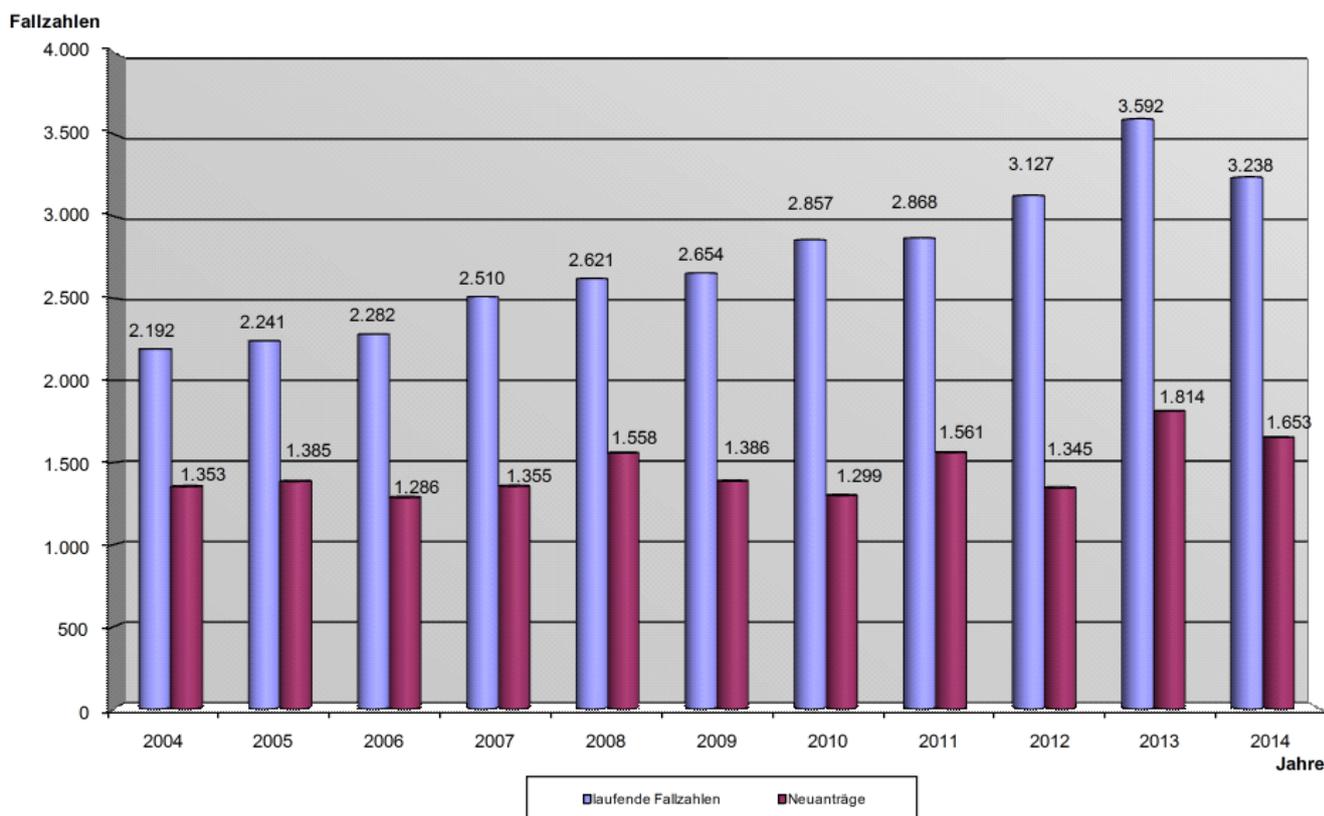
Außerdem erfolgten 114 unverbindliche Probeberechnungen während der Sprechstunden und 117 über das datentechnische Verfahren.

Die Zahl der eingelegten Widersprüche ist gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Waren es im Jahr 2013 noch 38, so gingen im Jahr 2014 insgesamt 59 Widersprüche ein. Häufigster Grund für das Einlegen eines Widerspruches war die Ablehnung bzw. die Rückforderung von Wohngeld.

Durch die Einführung des automatischen Datenabgleich 2013 erfolgten bisher in 179 Fällen Neuberechnungen von Wohngeldansprüchen. Daraus resultierend wurden insgesamt 124.827 € zu viel gezahltes Wohngeld zurückgefordert. In insgesamt 21 Fällen mussten Ordnungswidrigkeits- bzw. Bußgeldverfahren eingeleitet werden. 10 weitere Fälle wurden an die Staatsanwaltschaft wegen des Anfangsverdachts einer Straftat abgegeben.

### **Sachgebiet Sozialhilfe und Betreuungsangelegenheiten**

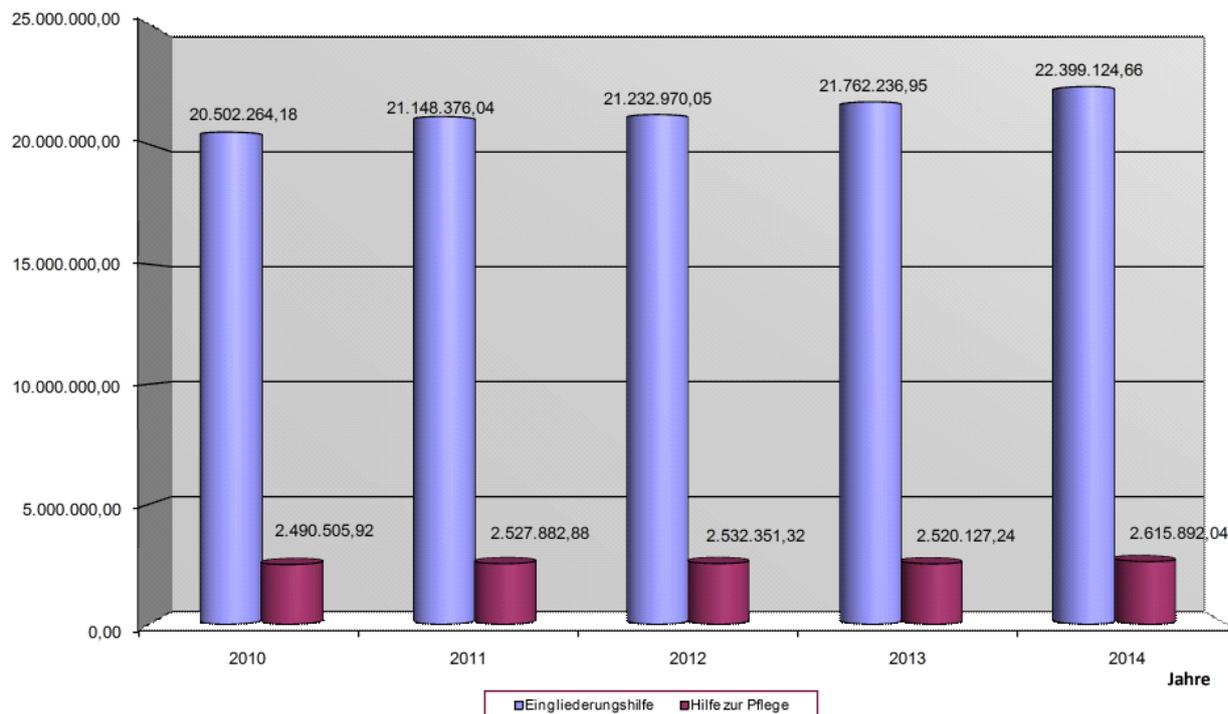
*Entwicklung der Fallzahlen bei den Leistungen der Hilfen zur Gesundheit, Hilfen zur Pflege und Eingliederungshilfen in den Jahren von 2004 bis 2014 unter Berücksichtigung der Zu- und Abgänge:*



Im Ergebnis wird festgestellt, dass die Anzahl der Hilfeempfänger, die Leistungen der Hilfe zur Gesundheit, der Hilfe zur Pflege und Eingliederungshilfe für behinderte Menschen erhalten, in 2014 auf 3.238 Fälle gesunken ist. Ebenso wurden im Vergleich zum Vorjahr weniger Neuanträge gestellt.

*Darstellung der Gesamt-Netto-Aufwendungen im Bereich Eingliederungshilfe und Hilfe zur Pflege (ambulant, teilstationär und stationär) von 2010 bis 2014:*

## Netto-Aufwendungen



Hier wird ersichtlich, dass die Netto-Aufwendungen in der Eingliederungshilfe und Hilfe zur Pflege stetig ansteigen. Gründe dafür sind die hohen Fallzahlen sowie regelmäßige Fortschreibungen der Vergütungssätze. Die Vergütung für die Einrichtungen der Eingliederungshilfe wurde zum 01.07.2014 in Höhe von 2,7 % vom Hundert für Personalkosten und 1,5 % vom Hundert für Sachkosten fortgeschrieben. Die Vergütung für die Pflegeeinrichtungen wurde zum 01.01.2014 in Höhe von 2,5 % vom Hundert für Personalkosten und 2,0 % vom Hundert für Sachkosten fortgeschrieben. Die Fortschreibungen der Vergütungssätze erfolgen auf Beschluss der Brandenburger Steuerungsgruppe. Grundlage für die Arbeit der Brandenburger Steuerungsgruppe ist die Öffentlich-rechtliche Vereinbarung nach § 5 Abs. 4 AG-SGB XII in Verbindung mit § 23 Abs. 2 Satz 2 GKG zur gemeinsamen Wahrnehmung von Aufgaben nach dem SGB XII und dem SGB XI.

Im Bereich der Hilfe zur Pflege war im Jahr 2014 im Vergleich zum Vorjahr ebenfalls ein Anstieg zu verzeichnen. Die Vergütung für die Pflegeeinrichtungen wurde zum 01.01.2014 in Höhe von 2,5 % vom Hundert für Personalkosten und 2,0 % vom Hundert für Sachkosten fortgeschrieben.

#### Leistungen nach dem Landespflegegeldgesetz (LPfGG)

Personen- und Funktionsbezeichnungen sind in männlicher Form verwendet worden. Der Verzicht auf sprachliche Gleichbehandlung soll die Lesbarkeit des Berichtes erleichtern.

	<b>Anzahl Hilfeempfänger per 31.12.2014</b>	<b>Saldo per 31.12.2014</b>
		€
Anspruchsberechtigte Blinde nach § 2 Abs. 2 LPfGG	138	384.209,13
davon Kinder	1	1.197,00
Anspruchsberechtigte Gehörlose nach § 2 Abs. 3 LPfGG	66	63.090,80
<b>Gesamt</b>	<b>204</b>	<b>447.299,93</b>

Neben der Bearbeitung der laufenden Hilfen im Sachgebiet ergaben sich zusätzlich folgende Schwerpunkte:

- *Zusammenarbeit mit der Serviceeinheit Entgeltwesen*

Die Serviceeinheit ist seit 2007 als Dienstleister für 18 Landkreise und kreisfreie Städte des Landes Brandenburg im Bereich Hilfe zur Pflege und Eingliederungshilfe in Kooperation mit den Kommunen zuständig für:

- Abschluss von Leistungs-, Vergütungs- und Prüfvereinbarungen nach § 75 Abs. 3 und Abs. 5 SGB XII
- Durchführung von Qualitäts- und Wirtschaftlichkeitsprüfungen nach § 75 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 SGB XII für teilstationäre und stationäre Einrichtungen
- Abschluss von Vereinbarungen zur Übernahme gesondert berechneter Investitionskosten nach § 75 Abs. 5 Satz 3 SGB XII
- Mitwirkung bei Abschluss und Kündigung von Versorgungsverträgen nach § 72 Abs. 2 Satz 1 SGB XI
- Abschluss von Pflegesatzvereinbarungen nach § 85 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 SGB XI

Weitere Aufgaben sind:

- Erfassung der Ausgaben und Einnahmen in den Bereichen des § 97 Abs. 3 SGB XII sowie der Daten nach § 17 AG-SGB XII
  - Erarbeitung eines gemeinsamen Controllings und Berichtswesens
  - Vorhalten von Kenn- und Zielzahlen für die Steuerung
  - Führen eines Einrichtungsverzeichnisses
- *Bearbeitung der Eingliederungshilfen nach § 35a SGB VIII*

Im Jahr erhielten insgesamt 125 seelisch behinderte Kinder und Jugendliche laufende Leistungen der Eingliederungshilfe. Zusätzlich wurden 154 Neuanträge auf Leistungen der Eingliederungshilfe für seelisch behinderte oder von seelischer Behinderung bedrohter Kinder und Jugendlicher gestellt.

Auf Grund von Drogenmissbrauch und Verhaltensauffälligkeiten der Kinder und Jugendlichen haben im vergangenen Jahr vermehrt Krisengespräche stattfinden müssen.

Personen- und Funktionsbezeichnungen sind in männlicher Form verwendet worden. Der Verzicht auf sprachliche Gleichbehandlung soll die Lesbarkeit des Berichtes erleichtern.

- *Betreuungsangelegenheiten*

Die Mitarbeiter der Betreuungsbehörde bewältigten im Jahr 592 Erstverfahren und 901 Wiederholungsverfahren auf Anregung einer gesetzlichen Betreuung. Insgesamt standen 2.706 Menschen im Landkreis unter Betreuung. In mehr als 327 Fällen wurde die Betreuungsbehörde als Verfahrenspfleger hinzugezogen und in 80 Fällen erfolgte gemäß § 1906 BGB eine Unterbringung mit Freiheitsentziehung/unterbringungsähnliche Maßnahmen durch den Betreuer und mit Genehmigung des Betreuungsgerichts.

Das Angebot zur Beratung über Vorsorgevollmachten und Patientenverfügungen wurde durch die Bürger des Landkreises angenommen.

- *Wohnraumberatung*

Am Standort Luckenwalde war eine Kollegin der Wohnraumberatung tätig. Diese unterstützt Leistungsbezieher z. B. bei erforderlichem Wohnungswechsel, bei Zwangsräumung und Trennung oder sozialen Notfällen in den Bereichen des Jobcenters, des Sozialamtes und des Jugendamtes.

Ein weiterer Schwerpunkt bestand in der Erhebung von aktuellen Daten zum Angebot an angemessenem und freiem Wohnraum im Kreisgebiet. Weiterhin wurden regelmäßig die aktuellen Preise für alle Brennstoffe ermittelt.

Die Beratung erfolgte in persönlichen Gesprächen oder durch telefonische Auskünfte, insbesondere bei Personengruppen, die die Absicht haben, in den Landkreis zu ziehen oder wenn Hilfebedürftige allgemeinen Informationsbedarf haben.

Im Jahr wurden insgesamt 417 Beratungsgespräche durchgeführt.

- *Zusammenarbeit mit anderen Ämtern*

Die über mehrere Jahre aufgebaute Zusammenarbeit mit der sonderpädagogischen Beratungsstelle des Staatlichen Schulamtes Wünsdorf wurde weitergeführt und ausgebaut. Es fanden regelmäßige Arbeitsgespräche und Beratungen statt, insbesondere mit dem Ziel, die Aufgaben im Zusammenhang mit der Inklusion gemeinsam zu lösen.

## **Jugendamt**

### **Sachgebiet Planung, Controlling, Finanzen**

Mit der Auflösung des Dezernates V ging zum 01.10.2015 eine Neustrukturierung des Jugendamtes einher, in dessen Ergebnis die Stabstelle der Jugendamtsleitung in ein viertes Sachgebiet Planung, Controlling, Finanzen überführt wurde. Dem Sachgebiet sind die Aufgabebereiche Controlling, ADV Administration, Jugendhilfeplanung, Netzwerkkoordination Kinderschutz, Finanzen (Haushalt, Entgeltwesen und Wirtschaftliche Jugendhilfe) zugeordnet.

- *Controlling und Berichtswesen*

Das Projekt "Gemeinsame Datenerfassung für Leistungen nach dem SGB VIII", an dem sich der Landkreis Teltow-Fläming sowie die anderen Landkreise und kreisfreie Städten Brandenburgs beteiligen, wurde fortgeführt. Der Aufbau einer Datenbank für die Leistungen nach dem SGB VIII ging weiter voran. Die Datenbank soll dem örtlichen Jugendhilfeträger einen Vergleich von leistungs- und einrichtungsbezogenen Jugendhilfeaufwendungen und somit eine einheitliche Vertragsverhandlung mit den Leistungsanbietern ermöglichen. Es erfolgten die ersten Auswertungen von Struktur-, Fall- und Finanzdaten. Um die Daten richtig interpretieren zu können, werden diese weiter plausibilisiert und hinterfragt werden müssen. Die erfassten und ausgewerteten Daten sind nicht losgelöst von den sozio-kulturellen sowie wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und den individuellen Besonderheiten der Jugendämter der Landkreise und kreisfreien Städte zu betrachten.

Der Landkreis beteiligte sich von 2007 bis 2010 am Vergleichsring der Jugendhilfe der KGSt. Aufgrund der geringen Teilnehmerzahl und der damit verbundenen mangelnden Vergleichbarkeit der teilnehmenden Landkreise und kreisfreien Städte, nahm der Landkreis nicht mehr am Vergleichsring teil. In diesem Jahr schloss sich der Landkreis wieder den sechs Teilnehmern des Vergleichsring an. Ziel ist es, durch den Kennzahlenvergleich die fachlichen und finanziellen Steuerungsmöglichkeiten der einzelnen Jugendämter zu verbessern sowie den interkommunalen Erfahrungsaustausch zwischen den beteiligten Jugendämtern zu befördern.

Das Controlling und Berichtswesen im Jugendamt wurde weiter ausgebaut. Nach der Ermittlung der Bedarfe der Sachgebiets- und Amtsleitung wurde ein erster Entwurf eines Ziel- und Kennzahlenkatalogs erarbeitet. Die entworfenen Zielsetzungen müssen nunmehr mit allen Beteiligten diskutiert und konkretisiert werden. Die erarbeiteten Kennzahlen sind im Rahmen der Haushaltsplanung zum Teil in die Produktbeschreibungen eingeflossen. Die vielseitigen Bedarfe, die wechselseitigen Beziehungen, individuelle Lösungen und das Wunsch- und Wahlrecht der Kinder und Jugendlichen sowie deren Eltern erschweren es weiterhin, die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in verlässliche und abrechenbare Kennzahlen abzubilden.

Der Jugendhilfebericht in Zahlen wurde überarbeitet und erweitert. Er soll in den kommenden Jahren weiter qualifiziert werden. Ziel des Berichtes ist es, sowohl die Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses als auch die interessierte Fachöffentlichkeit regelmäßig über die Entwicklung der Kinder- und Jugendhilfe im Landkreis zu informieren.

- *ADV-Administration*

Im Jahr 2013 wurden die Module der Fachamtssoftware LogoData für die Bereiche Wirtschaftliche Jugendhilfe, Sozialpädagogischer Dienst sowie Unterhaltsvorschuss, Beistandschaften und Vormundschaften auf die neue Web-Version umgestellt. In diesem Jahr gab es Vorbereitungen, um den Einsatz auf die Bereiche Mitteilung auf Verdacht von Kindeswohlgefährdungen sowie Kindertagesstätten und Tagespflege auszuweiten. Die Fachamtssoftware soll zudem um eine Einnahmeverwaltung erweitert werden. In Abstimmung mit dem Datenschutzbeauftragten, dem IT-Sicherheitsbeauftragten, dem Personalrat und den weiteren Beteiligten wird ein Konzept zur mobilen Nutzung der Fachamtssoftware erarbeitet, um die Einsatzmöglichkeiten für die Mitarbeiter flexibler und umfassender zu gestalten.

- *Weiterentwicklung der Jugendarbeit und Sozialarbeit an Schule*

In diesem Jahr wurde der Prozess zur Entwicklung des „Konzeptes für die Jugendarbeit und Sozialarbeit an Schule im Landkreis Teltow-Fläming für den Zeitraum 2015 bis 2017“ abgeschlossen. Das Konzept wurde durch den Jugendhilfeausschuss am 24. September beschlossen.

Es ergeben sich aus dem gesetzlichen Auftrag und der aktuellen Situation im Landkreis folgende Ziele:

- Überprüfung der konzeptionellen Ausrichtung der sozialpädagogischen Arbeit in der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit
- Aufbau und Weiterentwicklung der Kooperation von Jugendhilfe und Schule
- Umsetzung des Prinzips der Sozialraumorientierung in der Jugendhilfe

Mit der Schwerpunktsetzung auf die Jugend- und die Sozialarbeit an Schule wird der Landkreis seinem Auftrag gerecht, die Kinder- und Jugendbildung weiter zu entwickeln. Dabei wird der Blick zunehmend auch auf Grundschulen zu richten sein. Ziel ist die nachhaltige Implementierung dieses Ansatzes der Sozialarbeit an den Schulen im Landkreis. Die Realisierung eines flächendeckenden Angebotes von Sozialarbeit an Grundschule soll schrittweise und bedarfsgerecht in den nächsten drei Jahren erfolgen.

- *Verteilung der Personalstellen in der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit für den Zeitraum 2015 bis 2017*

Im Rahmen der Jugendhilfeplanung im Jahr 2009 wurde unter Beteiligung der Kommunen als Ko-Financiers und der leistungserbringenden freien Trägern der Jugendhilfe ein Modell zur Ermittlung des quantitativen Bedarfs in der Jugend- und Jugendsozialarbeit erarbeitet. Mit dem Modell besteht ein Steuerungsinstrument, das für alle Beteiligten eine Erhöhung der Planbarkeit, eine Berechenbarkeit und eine Verteilungsgerechtigkeit erreicht. Grundlage für die Anwendung dieses Modells sind die dem Landkreis aus dem Stellenprogramm des Landes zugeordneten geförderten 32 Stellen. Die Daten im Modell wurden nun vom Jugendamt aktualisiert.

Die Zuordnung von Personalstellen für die Jugend- und Sozialarbeit an Oberschulen für die nächsten drei Jahre wurden durch den Jugendhilfeausschuss am 24. September beschlossen. Neben den fünf Stellen Jugendsozialarbeit an den kreislichen Schulen steht damit ein Gesamtstellenanteil von 32 Stellen zur Verfügung. Davon werden 31,5 geförderte Stellen den Kommunen für die Jugendarbeit und die Sozialarbeit an Oberschulen zur Verfügung gestellt. Gegenüber den 27 Stellen im Jahr 2014 ist das ein Plus von 4,5 Stellen.

- *Kinderschutzkoordination*

#### *Wiederkehrende Tätigkeiten:*

- Regionalkonferenzen in den vier Sozialräumen (Vorbereitung, Durchführung und Dokumentation)
- AG Kinderschutz (Vorbereitung, Durchführung und Dokumentation)
- Netzwerkarbeit (regional bis bundesweit)
- Fortbildungen für Fachkräfte und Netzwerkpartner im Netzwerk Kinderschutz Teltow-Fläming (Planung, Organisation, Durchführung und Evaluation)
- Öffentlichkeitsarbeit (Pressegespräche, Interviews, Presseinfos, Aktualisierung der Internetseite)

### *Umsetzung des Bundeskinderschutzgesetzes (BKisSchG)*

Die Vereinbarungen nach § 8a und § 72a SGB VIII wurden auf die Tagespflege erweitert und abgeschlossen. Die Vereinbarungen für kommunale Träger und freie Träger der Jugendhilfe wurden, bedingt durch die gesetzlichen Änderungen, überarbeitet. Der Abschluss mit einigen Kommunen und freien Trägern erfolgte in 2014. Es stehen jedoch noch Abschlüsse aus.

Teilnahme an Fachveranstaltungen und Fortbildung der Netzwerkkoordinatorinnen erfolgte auf regionaler und überregionaler Ebene.

### *Fortbildungen*

Dem Wunsch der Netzwerkpartner folgend, wurden die Themen Kommunikation und sexueller Missbrauch als aufbauende Angebote durchgeführt. Ein neues Angebot war die dreiteilige Fortbildung zum Thema „Traumatisierte Kinder und Jugendliche“ als Herausforderung für die Kinder- und Jugendhilfe. Zielgruppe der Angebote sind alle Partner des Netzwerkes Kinderschutz Teltow-Fläming und Personen, die beruflich mit Kindern und Jugendlichen zu tun haben. Daneben sind die Angebote auch teilweise für ehrenamtlich tätige Personen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, geöffnet. Alle Fortbildungsangebote waren voll belegt, teilweise bestand Übernachtungsfrage. Sie wurden über das Budget Kinderschutz des Landkreises finanziert und waren somit für die Teilnehmenden kostenfrei.

Ebenfalls neu war das individuelle Inhouse-Angebot zum Kinderschutz, das sowohl von Schulen als auch von kommunalen Trägern der Jugendhilfe genutzt wurde.

### *Netzwerkarbeit*

Kooperationsgespräche mit Grundschulen unter Beteiligung des Landesschulamtes wurden fortgeführt, der Abschluss von ersten Vereinbarungen erfolgte. Weiterhin wurden gemeinsam mit den neuen Schulräten Austauschtreffen mit den Grund- und Förderschulnetzwerken zum Thema Kindeswohlgefährdung-Mitteilung-Zusammenarbeit durchgeführt.

Beratungs- und Informationsanfragen an die Kinderschutzkoordinatorin stiegen weiter an, sowohl von Fachkräften, von anderen Behörden als auch von Bürgern des Landkreises.

Die Überarbeitung der Kooperationsvereinbarung mit dem Jobcenter wurde fortgeführt, der Neuabschluss wird voraussichtlich Anfang 2015 erfolgen. Die Zusammenarbeit mit der Polizei wurde ausgebaut. In diesem Jahr erfolgte eine Informationsveranstaltung für die Partner des Netzwerkes Kinderschutz zum Thema sexuelle Gewalt aus der Perspektive der Polizeiinspektion Teltow-Fläming.

Das Praxisbegleitsystem der Fachstelle Kinderschutz wurde vollumfänglich genutzt, um die Qualifizierung im Kinderschutz weiter zu befördern.

### *„insoweit erfahrene Fachkräfte“*

Die Regelung zur Tätigkeit der „insoweit erfahrene Fachkräfte“ (ieFk) nach § 8a SGB VIII wurde wiederholt den Netzwerkpartnern in den Regionalkonferenzen, bei Fortbildungsveranstaltungen per E-Mailverteiler zur Kenntnis gegeben. Die Anfragen zur Einschaltung einer externen ieFk laufen zunächst zentral bei der Kinderschutzkoordinatorin ein. Diese kann je nach Kapazität selbst die Beratung durchführen oder die Anfrage an die qualifizierte Mitarbeiterin im Jugendamt geben. Darüber hinaus gibt es einen Pool von ieFk von freien Trägern, die ebenfalls eingesetzt werden können. Der Einsatz ist in Vereinbarungen geregelt. Die Kosten entfallen auf das Jugendamt als örtlichen Träger der Jugendhilfe.

Personen- und Funktionsbezeichnungen sind in männlicher Form verwendet worden. Der Verzicht auf sprachliche Gleichbehandlung soll die Lesbarkeit des Berichtes erleichtern.

Die Einschaltung interner ieFk bleibt den Trägern weiterhin vorbehalten, wobei die Anforderungen der Rahmenrichtlinie zu beachten sind. Hierfür trägt der Träger die Verantwortung und die Kosten.

Für Anfragen von Berufsheimlichkeitsgeheimnistägern und Personen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, die also nach der gesetzlichen Grundlage des § 8b SGB VIII oder § 4 Abs. 2 KKG tätig sind, stehen die beiden Erziehungs- und Familienberatungsstellen des Landkreises zur Verfügung. Die Kosten der Beratung trägt ebenfalls das örtliche Jugendamt.

### *Projektarbeit*

In diesem Jahr wurde das kunstpädagogische Projekt zum Thema Kinderrechte in der stationären Jugendhilfe weitergeführt. Als Produkt konnten zum Ende des Jahres Kinderrechte-Leporellos an die Grundschulen im Landkreis verteilt werden. Mit dem Vorhaben wandte sich das Netzwerk Kinderschutz erneut an die Stiftung „Großes Waisenhaus zu Potsdam“, die die Projektförderung übernahm. Der Landkreis übernahm die Kosten für den Druck der Leporellos. An der Erstellung waren wieder die beiden Einrichtungen GFB-Kinder- und Jugendheim „Heinrich Zille“ in Siethen und Märkisches Kinderdorf Ludwigsfelde mit der externen Kunstpädagogin und der Kinderschutzkoordinatorin beteiligt.

## **Sachgebiet Jugend- und Familienförderung**

- *Praxisberatung Kita*

Das Jugendamt hat sich das Ziel gesetzt, neben der Gewährleistung eines bedarfsgerechten Angebotes an Betreuungsplätzen, die Qualität in der Kindertagesbetreuung weiterhin zu sichern, zu verbessern und auszubauen. Für die pädagogischen Fachkräfte in den Kindertageseinrichtungen und die Tagespflegepersonen im Landkreis wurden im jährlichen Fortbildungskatalog Fortbildungs- und Beratungsangebote zur fachlichen Weiterentwicklung und zum gegenseitigen Austausch angeboten.

Das Thema „Sprachförderung in der Kindertagesbetreuung“ war wieder ein Schwerpunkt. 10 Kita aus dem Landkreis konnten an der Qualifizierung „Sprachförderung und Kommunikation in Kita – Sprachförderung von Anfang an!“ weiterführend teilnehmen. Um eine Nachhaltigkeit zu erreichen, fand bzw. findet fortlaufend zweimal jährlich ein moderierter Fachaustausch mit allen Kita mit dem Schwerpunkt Sprache statt. Zusätzlich fanden für alle anderen interessierten Einrichtungen Fortbildungstage zum Thema Sprache statt. Die im Projekt beteiligten Kitas wurden zwischen den einzelnen vier Fortbildungsmodulen vor Ort von Sprachberatern begleitet und es fanden zwei Reflexionstreffen mit allen Beteiligten statt. Für die alltagsintegrierte Sprachförderung ist ein Sprachhandbuch entwickelt worden, welches neben weiteren Materialien den beteiligten Kita zur Verfügung gestellt wurde.

- *Praxisberatung Kindertagespflege*

Die Richtlinie zur Förderung der Kindertagespflege wurde überarbeitet und tritt ab 01.01.2015 in Kraft.

Im Arbeitskreis „Qualitätsentwicklung in der Kindertagespflege des Landkreises Teltow-Fläming“ wurden mit den Teilnehmerinnen Voraussetzungen von Konsultationstagespflegestellen erarbeitet. In diesem Zusammenhang wurden 10

Personen- und Funktionsbezeichnungen sind in männlicher Form verwendet worden. Der Verzicht auf sprachliche Gleichbehandlung soll die Lesbarkeit des Berichtes erleichtern.

Tagespflegestellen als Konsultationspflegestellen ausgezeichnet. Die Qualitätsmessungen zeigten hier und insbesondere in den neu eröffneten Tagespflegestellen ein sehr hohes Niveau. Fortbildungswünsche und -bedarfe der Tagespflegepersonen sind in die Planung der Fortbildungsangebote 2014 eingeflossen.

- *Familienförderung/Frühe Hilfen*

Die Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie legt den Schwerpunkt auf Familienförderung und Frühe Hilfen. Ziel ist, die Familie zu stärken und bereits werdende Eltern bzw. Eltern und andere Erziehungsberechtigte in ihrer Erziehungskompetenz zu fördern. Zur Umsetzung dieser Aufgabe wurden im Jugendamt eine Stelle Familienbildung und eine halbe Personalstelle Frühe Hilfen 2013 eingerichtet. Es wurden insbesondere Angebote, die es innerhalb des Landkreises zur präventiven Unterstützung von (werdenden) Eltern gibt, entsprechend der Bedarfe von Familien weiter abgestimmt und auch neue Angebote initiiert. Die Richtlinie zur Allgemeinen Förderung der Erziehung in der Familie wurde anhand der Praxisbedarfe in eine Neufassung überführt. Wie bisher gibt es zwei Förderstränge - Auf- und Ausbau von Familienzentren und die Förderung von einzelnen präventiven Angeboten.

Die Förderung des ersten Familienzentrums im Landkreis am Standort Dahme/Mark wurde weitergeführt. Träger ist der ASB Luckau/Dahme e.V. Im Bereich der präventiven Arbeit der Erziehungs- und Familienberatungsstellen ist die Arbeitsweise zur Qualitätssicherung an die praktischen Gegebenheiten angepasst worden.

Darüber hinaus unterstützte der Bereich Familienförderung die Arbeit der AG Migration.

Der Landkreis beteiligt sich seit 2012 u. a. in Kooperation mit freien Trägern der Jugendhilfe und dem Netzwerk Gesunde Kinder Teltow-Fläming an der Bundesinitiative Frühe Hilfen. Die Bundesinitiative ist vorerst von 2012 bis 2015 gemäß § 3 Abs. 4 KKG (Bundekinderschutzgesetz) initiiert. Sie legt Schwerpunkte im Bereich Vernetzung, Einsatz von Familienhebammen und Einsatz von Ehrenamtlichen. Die Grundlage im Landkreis Teltow-Fläming ist ein Rahmenkonzept. Laut Rahmenkonzept des Landkreises sind folgende Schwerpunkte umgesetzt worden:

1. Fortführung der Angebots- und Leistungsdatenbank zu Frühen Hilfen im Landkreis.
2. Der Arbeitskreis Frühe Hilfen innerhalb des Netzwerkes Kinderschutz traf sich drei Mal.
3. Der Baby-Begrüßungsdienst erreichte ca. 350 (werdende) Eltern.

- *Elterngeld*

Eine wichtige Unterstützung für Familien nach der Geburt eines Kindes sind die Leistungen nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG). Im Jahr wurden insgesamt 1.937 Anträge auf Elterngeld gestellt. Das sind im Vergleich zum Vorjahr 226 und zum Jahr 2012 351 mehr Anträge. Der Anteil der Alleinerziehenden liegt im Vergleich zu den verheirateten Eltern jeweils über 50 %. Weiterhin ist tendenziell festzustellen, dass die Anzahl der antragstellenden Väter stetig zunimmt.

Personen- und Funktionsbezeichnungen sind in männlicher Form verwendet worden. Der Verzicht auf sprachliche Gleichbehandlung soll die Lesbarkeit des Berichtes erleichtern.

Eine weitere Leistung des BEEG ist das Betreuungsgeld ab 01.08.2013 in Höhe von monatlich 100 €. Eltern, die für ihr Kind im zweiten und dritten Lebensjahr keine öffentlich geförderte Betreuung in Anspruch nehmen, erhalten seit 01.08.2014 Betreuungsgeld in Höhe von monatlich 100 €. Im Jahr 2014 wurden insgesamt 216 Anträge gestellt.

- *Jugendarbeit- und Jugendsozialarbeit*

In der Jugendarbeit- und Jugendsozialarbeit wurde die „Richtlinie zur Förderung der Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes im Landkreis Teltow-Fläming“ am 5. November durch den Jugendhilfeausschuss beschlossen. In den nächsten Jahren wird im Landkreis der Schwerpunkt in der Entwicklung von Angeboten im Bereich Bildung liegen. So wird der Landkreis gemeinsam mit den Kommunen die Arbeit der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit als eigenständigen Bildungsbereich ausgestalten und gleichzeitig die schulische Bildung unterstützen. Dazu ist beabsichtigt, zwischen dem Landkreis und der jeweiligen Kommune eine Vereinbarung abzuschließen, die die Rahmenbedingungen zur Verteilung der Personalstellen in der Jugendarbeit und der Sozialarbeit an Schule zum Inhalt hat. Des Weiteren ist beabsichtigt, eine Vereinbarung zur Sozialarbeit an Schule gemeinsam mit der jeweiligen Kommune und der Schule bis Ende 2015 abzuschließen. Diese neue Ausrichtung wurde in der Richtlinie entsprechend berücksichtigt.

Die Geltungsdauer der Richtlinie wurde erstmalig auf drei Jahre festgelegt. Die Finanzierung ist somit dem Modell zur Verteilung der Personalstellen in der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit angepasst und gewährleistet eine bessere Arbeits- und Planungssicherheit der freien und kommunalen Träger der Jugendhilfe.

Ein weiterer Schwerpunkt in der Arbeit besteht darin, das Angebot einer Jugendberufsagentur zu entwickeln und zu etablieren. Geplant ist, an zwei gemeinsamen regionalen Standorten im Landkreis Angebote der Agentur für Arbeit, des Jobcenters und des Jugendamtes zusammenzuführen und zu koordinieren, um somit Jugendliche beim Übergang Schule – Beruf zu unterstützen.

## **Sachgebiet Familienunterstützende Hilfen**

Das Sachgebiet setzt sich aus dem Sozialpädagogischen Dienst (SpD) einschließlich der Spezialdienste Jugendgerichtshilfe und Pflegekinderdienst zusammen. Auch in diesem Jahr mussten im Sachgebiet die Aufgabendurchführungen unter erschwerten Bedingungen, wie z. B. lange Ausfallzeiten von Sozialarbeiterinnen - ohne zeitnahe Möglichkeit einer Personalakquise - erfüllt werden.

Die Flüchtlingssituation im Landkreis spielte eine noch untergeordnete Rolle. Nur vereinzelt waren Unterstützungs- und Interventionsmaßnahmen in Familien mit Migrationshintergrund notwendig. Für die kommenden Jahre wird aber davon ausgegangen, dass die Zunahme von Flüchtlingen, insbesondere die Ankunft von weiteren unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, eine besondere Herausforderung sowohl an die Fachkräfte des Jugendamtes wie auch an die traditionellen Jugendhilfeangebote stellen wird. Neben der Problematik der teilweise fehlenden Sprachmittlung werden im Rahmen der Jugendhilfe deshalb Strukturen und Angebote entwickelt und geschaffen werden müssen, die sowohl auf die Bedarfe von Flüchtlingsfamilien mit Kindern als auch unbegleiteten Kindern und Jugendlichen

Personen- und Funktionsbezeichnungen sind in männlicher Form verwandt worden. Der Verzicht auf sprachliche Gleichbehandlung soll die Lesbarkeit des Berichtes erleichtern.

ausgerichtet sind. In diesem Zusammenhang wird die alters- und bedarfsgerechte Betreuung minderjähriger unbegleiteter Flüchtlinge im Landkreis u. a. auch Gegenstand der weiteren Vertragsverhandlungen zur Inbetriebnahme des zentralen Krisen- und Jugendnotdienstes im Landkreis Teltow-Fläming sein.

## **Sozialpädagogischer Dienst**

- *Allgemeine Beratungsaufgaben*

Die Beratung findet in vielen unterschiedlichen Kontexten statt und ist nach wie vor einer der Kernarbeitsbereiche des Sozialpädagogischen Dienstes (SpD). Unter anderem gehören hier die Beratungsleistungen der §§ 17/18 SGB VIII dazu. Das Angebot der Beratungsmöglichkeit durch die Erziehungs- und Familienberatungsstellen der AWO und des DRK sowie des ASB Dahme/Luckau wurde von den betroffenen Eltern gut angenommen. Es wurden, nach einer erfolgten Erstberatung durch die Sozialarbeiter in 269 Fällen, Beratungsgutscheine vergeben.

- *Mitwirkung in Verfahren vor den Familiengerichten*

In 2014 wurden insgesamt 475 familiengerichtliche Verfahren neu eröffnet. Hier handelt es sich um bereits gerichtsanhängige hochstrittige Verfahren im Rahmen einer Scheidung, des Umgangs oder um Sorgerechts- und Teilsorgerechtsanträge mit entsprechend zeitintensiven Beratungsprozessen. Mitgewirkt wurde auch in Verfahren, in dem gerichtliche Maßnahmen bei Gefährdung des Kindeswohls zu bearbeiten sind.

- *Erzieherische Hilfen und Hilfeplanung gemäß §§ 27 - 41 SGB VIII*

Der Leistungskatalog der Hilfen zur Erziehung gemäß 27 ff SGB VIII umfasst ein Spektrum ambulanter, teilstationärer und stationärer Hilfen für Kinder und Jugendliche sowie Hilfen für junge Volljährige. Die Hilfen ergänzen oder ersetzen die Erziehung in der Familie und müssen von den Sorgeberechtigten beim Jugendamt beantragt werden. Die Anspruchsvoraussetzungen liegen vor, wenn eine dem Wohl des Kindes oder Jugendlichen entsprechende Erziehung nicht oder nicht ausreichend gewährleistet ist und wenn die einzurichtende Hilfe seinem Bedarf entsprechend geeignet und notwendig ist.

Das Einrichten, Steuern und Organisieren von Jugendhilfeleistungen im Rahmen der Hilfen zur Erziehung ist neben den Beratungstätigkeiten das Hauptarbeitsfeld des SpD. Hier fällt in der Regel der höchste Arbeitsaufwand an, da die Koordination von und die Kommunikation in Helfersystemen eine äußerst komplexe Aufgabe darstellt, welche wenig Raum für Routine lässt. Die bisherigen Entwicklungen im Bereich der Hilfen zur Erziehung für das Jahr zeigten, dass sich die seit einigen Jahren steigenden Fallzahlen im Berichtsjahr auf relativ hohem Niveau eingependelt haben.

- *Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung*

Falls die Eltern nicht in der Lage oder bereit sind, für die eigenen Kinder zu sorgen, ist das Jugendamt in der Pflicht, Maßnahmen zum Schutz des Kindeswohls zu ergreifen. Zur Einschätzung der Gefährdung wird im Landkreis nach einem einheitlichen

festgelegten Verfahren vorgegangen, welches fortlaufend evaluiert und fortgeschrieben wird. Zur fundierten Einschätzung ist in der Regel ein Hausbesuch durch zwei Sozialarbeiter erforderlich. Die Einrichtung eines Krisennotdienstes, wie bereits im Bericht 2012 angekündigt, konnte auch in diesem Jahr nicht umgesetzt werden. Ziel ist, diesen bis Ende 2015 zu schaffen. Die Sozialarbeiter sichern den Kinder- und Jugendnotruf des Landkreises an 365 Tagen rund um die Uhr ab. Diese Aufgabe erfordert nicht nur eine hohe fachliche Kompetenz und persönliches Engagement, sondern auch psychische Stärke.

- *Jugendgerichtshilfe*

Die beiden sozialpädagogischen Fachkräfte der Jugendgerichtshilfe unterstützen Jugendliche (14 - 17 Jahre) und Heranwachsende (18 - 21) Jahre im Strafverfahren sowie deren Eltern in folgenden Bereichen:

- Beratung und Betreuung im gesamten gerichtlichen Verfahren.
- Prüfung, ob Leistungen der Jugendhilfe oder andere sozialpädagogische Maßnahmen zur Verbesserung der weiteren Entwicklungsbedingungen in Betracht kommen.
- Geben von Entscheidungshilfen an den Staatsanwalt und den Jugendrichter in sämtlichen Stadien des Verfahrens, insbesondere auch vor der Hauptverhandlung, durch Darlegung der erzieherischen, sozialen und sonstigen jugendhilferelevanten Gesichtspunkte.
- Begleitung bzw. Überprüfung von Weisungen und Auflagen des Gerichtes, z. B. die Vermittlung von Sozialstunden und sonstigen ambulanten Maßnahmen, die nach dem Jugendgerichtsgesetz (JGG) angeordnet werden. Dies beinhaltet auch die Zusammenarbeit und die entsprechenden Mitteilungen an das Gericht und die Staatsanwaltschaft über den Verlauf dieser Maßnahmen. Die Ableistung von Sozialstunden kann in kommunalen oder gemeinnützigen Einrichtungen erfolgen. Leider bleibt festzustellen, dass es immer weniger Einrichtungen gibt, die bereit sind, Jugendliche zur Ableistung von Sozialstunden aufzunehmen.

- *Pflegekinderdienst (PKD)*

Der Bereich der Vollzeitpflege ist unter fachlichen Gesichtspunkten als familienanaloge Unterbringungsform ein besonders wichtiger Bereich. Dieser wird im SpD durch den Pflegekinderdienst wahrgenommen. Nur durch eine sehr enge Zusammenarbeit des SpD und des PKD ist es möglich, für die Kinder eine geeignete Pflegefamilie zu finden. Im Jahr 2014 erfolgte die Überprüfung und Überarbeitung der Richtlinie über Hilfe zur Erziehung in Vollzeitpflege und Krankenhilfe. Mit der Neufassung der Richtlinie sind auch die Anforderungen an die Pflegepersonen überprüft und in die Qualitätsrichtwerte Vollzeitpflege nach § 33 SGB VIII überführt worden. Die Qualitätsrichtwerte beschreiben die jeweiligen Mindestanforderungen an die Kurzzeitpflege, Dauerpflege sowie die besonderen Anforderungen an die Verwandtenpflege. Darüber hinaus definieren sie die Mindeststandards für die familiäre Bereitschaftsbetreuung. Besonderes Augenmerk wurde auf die Beschreibung des erweiterten pädagogischen Förderbedarfes gelegt. Zum einen wurde klargestellt, welche Anspruchsvoraussetzungen gegeben sein müssen, zum anderen wurden die sich daraus ableitenden Anforderungen an die Pflegepersonen neu beschrieben. Hintergrund hierfür ist insbesondere die Entwicklung der Fallzahlen in der Vollzeitpflege, die einen Anspruch auf erweitertem Förderbedarf haben. Lagen 2010 noch bei 28 % aller Fälle die Voraussetzungen für die Gewährung

eines erweiterten pädagogischen Förderbedarfes vor, sind es 2014 knapp die Hälfte aller Fälle mit steigender Tendenz. Mit der Feststellung eines erweiterten pädagogischen Förderbedarfes verbunden sind zum einen erhöhte Leistungen aber auch erhöhte Anforderungen an die pädagogische Leistung der Pflegepersonen. Mit der Neufassung der Anforderungen soll sichergestellt werden, dass Pflegepersonen, die nicht über die genannten Ausbildungen oder Kenntnisse verfügen, durch Fort- und Weiterbildung sowie durch Supervision den erhöhten Anforderungen gerecht werden können.

## **Sachgebiet Unterhalt**

### *Sicherung von Unterhalt für minderjährige Kinder*

- *Beistandschaft, Unterstützung und Beratung*

Sofern die Eltern von minderjährigen Kindern die Vaterschaft und die Unterhaltspflicht nicht selbstständig klären können oder wollen, hat das Elternteil, in dessen Obhut sich das Kind/die Kinder befinden die Möglichkeit, durch Beratungs- und Unterstützungsleistungen oder bei notwendigen gerichtlichen Schritten den Beistand mit der Beistandschaft zu bevollmächtigen die Vaterschaft und Unterhaltshöhe festzustellen und die Leistung gegebenenfalls durchzusetzen. Im Jahr wurden im Jugendamt insgesamt 1.469 Beistandschaften, Unterstützungen und Beratungen geführt. Gegenüber dem Jahr 2013 mit insgesamt 1264 Fällen, ist ein Anstieg der zu vertretenen Kinder um 14 % zu verzeichnen.

- *Beurkundungen*

Im Jugendamt werden Beurkundungsleistungen angeboten. Diese Urkunden dienen der Rechtssicherheit minderjähriger Kinder und beinhalten Verwandtschaftsanerkennungen, Sorgeerklärungen und Unterhaltsverpflichtungen (Titel). Im Jahr wurden insgesamt 1.353 Urkunden aufgenommen, davon waren 519 Vaterschaftsanerkennungen, 572 Sorgeerklärungen und 262 Unterhaltsverpflichtungen. Gegenüber dem Vorjahr ist hier ein Anstieg um 23 Urkunden zu verzeichnen. Für Beurkundungsleistungen und Beglaubigungen werden seit Mai Gebühren auf der Grundlage der Gebührensatzung des Landkreises erhoben. Die Gebühr entspricht der Gebührenhöhe der Standesämter. Darüber hinaus werden gesetzlich übergegangene Unterhaltsansprüche der Länder und Jobcenter auf Antrag zugunsten betreffender Leistungsträger umgeschrieben. Im Jahr waren es 48 Titelumzeichnungen, die zur Sicherung von Unterhaltsansprüchen dienen.

- *Unterhaltsvorschussleistungen*

Für Kinder, die keinen oder nicht ausreichenden Unterhalt vom unterhaltsverpflichteten Elternteil erhalten, werden für Kinder bis zum vollendeten 12. Lebensjahr und für längstens 72 Monate an getrennt lebende Elternteile Unterhaltsvorschussleistungen gewährt. Diese Leistungen werden aus Landes- und Bundesmitteln finanziert. Für die Unterhaltsschuldner besteht eine Rückzahlungspflicht, soweit sie leistungsfähig sind. Der Rückgriff auf die Unterhaltsschuldner stellt im Verhältnis zur Leistungsgewährung den weitaus größeren Aufgabenanteil dar. Er ist im Allgemeinen mit jahrelangen Einzugsverfahren und gerichtlichen Durchsetzungsmaßnahmen verbunden. Im Jahr 2014 wurden insgesamt 2.238.329 € Unterhaltsvorschussleistungen gewährt und 601.033,44 € wieder zurückgeholt. Das entspricht einer Rückforderungsquote i. H. v. 26,8 %. Damit liegt der Landkreis weiterhin an der Spitze der Jugendämter im Land Brandenburg. Der Landesdurchschnitt lag im Jahr 2013 bei 17,57 %. Für das Jahr 2014 ist der Landesdurchschnitt noch nicht veröffentlicht.

- *Ehrenamtliche Einzelvormundschaftsgewinnung, Schulung und Begleitung*

Das Jugendamt muss im Rahmen seiner Gesamtverantwortung der Gewährleistungsverpflichtung nach § 79 SGB VIII i. V. m. § 53 SGB VIII gerecht werden und ausreichend Vormünder bereitstellen. Dazu gehört auch die Gewinnung, Schulung und Begleitung von ehrenamtlichen Einzelvormündern. Da die öffentliche Verwaltung keinen Einfluss auf die Entscheidung von Einzelpersonen, ein Ehrenamt zu übernehmen, und damit auf die Bereitstellung von Einzelvormündern hat, handelt es sich hierbei um eine bedingte Gewährleistungspflicht. Eine ehrenamtliche Einzelvormundschaft zu führen ist eine ausgesprochen anspruchsvolle Aufgabe, der sich nicht viele Menschen stellen wollen. Im Zuge dessen informiert und wirbt das Jugendamt in der Öffentlichkeit, insbesondere unter den Netzwerkpartnern der Jugendhilfe, für die ehrenamtliche Einzelvormundschaft. Im Jahr 2014 haben sich zwei Netzwerkpartner für diese Aufgabe beworben.

Unabhängig davon, bleibt das Jugendamt weiterhin mit den Trägern der Jugendhilfe im Gespräch, ob Interesse an einer Aufgabenübernahme hinsichtlich der Gewinnung, Schulung und Begleitung von ehrenamtlichen Einzelvormündern besteht. Im Jahr 2014 hat ein Träger der Jugendhilfe angezeigt, Qualifizierungs- und Begleitungsaufgaben für ehrenamtliche Einzelvormünder übernehmen zu wollen. Für die weiteren Gespräche erarbeitet das Jugendamt zunächst Qualifizierungsschwerpunkte aus. Danach wird sich zeigen, ob hier eine Zusammenarbeit eingerichtet werden kann.

Ziel soll es nach wie vor sein, Aufgabenübertragungen auf Träger der Jugendhilfe einzurichten, um perspektivisch dem gesetzlichen Nachrang von Amtsvormundschaften und Amtspflegschaften gerecht zu werden.

## Gesundheitsamt

- *Psychiatriekoordination*

Die Psychiatrieplanung als Teil der Sozialplanung für den Landkreis Teltow-Fläming wurde erstellt, fachlich diskutiert und in die Fachausschüsse des Kreistages eingebracht.

Der Psychiatrieplan soll die Versorgungssituation bezüglich der Hilfen und Angebote für Menschen mit einer psychischen Erkrankung, einschließlich Menschen mit Demenz, Menschen mit einer Abhängigkeitserkrankung, psychisch erkrankte Kinder und Jugendliche, wie auch spezielle Personengruppen im Landkreis Teltow-Fläming wiedergeben und politisch Verantwortliche für die genannten Zielgruppen sensibilisieren. Des Weiteren soll er einen Überblick geben, welche Angebote und Hilfen in den nächsten fünf Jahren für eine personenzentrierte, gemeindenahere Versorgung benötigt werden. Anhand dessen soll dann die Fachplanung fortgeschrieben werden.

- *Gesundheitsförderung und Prävention*

Die Schwerpunkte der Arbeit konzentrierten sich auf die Suchtprävention und Aufklärung zu den sexuell übertragbaren Infektionen. Zielgruppe in diesen beiden Präventionsbereichen sind Jugendliche und junge Menschen ab dem 14. Lebensjahr. Im Setting Schule und Jugendeinrichtungen fanden 25 Präventionsveranstaltungen zur Förderung der Gesundheit statt. 1.598 Schüler nahmen an den Veranstaltungen teil. Zusätzlich nahmen 250 Schüler am 5. und 8. Dezember an den JugendFilmTagen in Luckenwalde zum Thema „Teenagerschwangerschaften“ teil. Im Rahmen der „Initiative Brandenburg – Gemeinsam gegen AIDS“ wurden 1.500 „Lümmeltüten“ (Informationen zur Aufklärung über HIV/AIDS und andere sexuell übertragbare Erkrankungen) an alle Schüler der 10. Klassen des Landkreises übergeben. Auch Schüler mit Migrationshintergrund nahmen im Klassenverband an den Aktionen, die im Rahmen der Präventionsveranstaltung durchgeführt wurden, teil. Menschen mit körperlichen und geistigen Beeinträchtigungen, wie Gruppen aus Werkstätten für behinderte Menschen, nahmen als eigener Gruppenverband Präventionsaktionen an.

Schwerpunkthemen der kommunalen Gesundheitsförderung und Prävention lagen in der Suchtprävention und der Prävention von HIV/AIDS sowie anderer sexuell übertragbarer Infektionen. Hier mussten aktuelle Trends zeitnah berücksichtigt werden, um eine größtmögliche Passgenauigkeit zu gewährleisten. Fachkräfte in der Jugendarbeit mussten über neue Substanzen und deren Legalität oder Illegalität informiert und angewandte Präventionsinstrumente nachjustiert werden.

So wurden beispielsweise die E-Shisha und Shisha-Steine in die Suchtprävention einbezogen. Die Elektronische-Shisha ist eine Variante der elektronischen Zigarette und ähnlich aufgebaut. Diese sind frei von Nikotin und fallen somit nicht unter das Nichtraucher- und Jugendschutzgesetz.

Shisha-Steine sind aromatisierte Mineralien, die in einer Wasserpfeife verdampft werden. Auch sie sind nikotinfrei und frei verkäuflich. Nikotinfrei bedeutet jedoch nicht zugleich gesundheitsförderlich. Beide Produkte haben Jugendliche für sich entdeckt,

konsumieren sie in der Öffentlichkeit, auf den Schulhöfen und gewöhnen sich somit Verhaltensmuster und Rituale an, die später in eine Tabak-Abhängigkeit führen können. Der „KlarSicht-Koffer“, ein neues Instrument zur Tabak- und Alkoholprävention der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), für Jugendliche ab dem 12. Lebensjahr erweitert die Angebote bzw. Materialsammlung der Suchtprävention. Erste Seminare mit den Multiplikatoren (Sozialarbeitern) und Schulveranstaltungen wurden durchgeführt.

Suchtprävention versteht sich auch als Beratungsinstrument für Lehrer an Schulen, die zunehmend mit „neuen Stoffen“, d. h. synthetisch hergestellten psychoaktiven Substanzen, in Berührung kommen, die Schüler mitbringen.

Die Anzahl der sexuell übertragbaren Infektionen, wie zum Beispiel die Syphilis, steigt seit 2009 deutschlandweit wieder kontinuierlich an. Die häufigsten Fälle wurden aus Berlin gemeldet. Präventionsarbeit bleibt deshalb auf diesem Gebiet weiterhin ein wichtiger Schwerpunkt.

- *Gesundheitsberichterstattung*

Der Bericht des Gesundheitsamtes 2012 wurde in diesem Jahr fertiggestellt und veröffentlicht. Der Gesundheitsbericht analysiert die gesundheitliche Situation der Einwohner des Landkreises. Zugleich erläutert er die Aufgaben und die Arbeit des Gesundheitsamtes. Er wendet sich an interessierte Bürger, Kommunalpolitiker, Ärzte, Fachleute sowie Mitarbeiter in Behörden und Verwaltungen. Die Daten wurden zum großen Teil im Gesundheitsamt der Kreisverwaltung erhoben. Darüber hinaus stellten das Amt für Statistik Berlin Brandenburg, die KVBB und das LUGV des Landes Brandenburg Daten zur Verfügung. Der Berichtszeitraum umfasst das Jahr 2012. Lediglich die Ergebnisse der ärztlichen und zahnärztlichen Reihenuntersuchungen der Kinder und Jugendlichen im Landkreis beziehen sich auf das Schuljahr 2011/2012.

- *Medizinalaufsicht*

Wer die Heilkunde, ohne als Arzt bestellt zu sein, ausüben will, bedarf gemäß § 1 Abs. 1 des Gesetzes über die berufsmäßige Ausübung der Heilkunde ohne Bestallung (Heilpraktikergesetz) dazu einer Erlaubnis. Die Ausübung der Heilkunde im Sinne dieses Gesetzes ist jede berufs- oder gewerbsmäßig vorgenommene Tätigkeit zur Feststellung, Heilung oder Linderung von Krankheiten, Leiden oder Körperschäden bei Menschen, auch wenn sie im Dienste von anderen ausgeführt wird. Im Jahr 2014 waren im Landkreis 52 Heilpraktiker ohne Bestallung tätig. Wie der unten dargestellten Grafik zu entnehmen ist, stieg die Anzahl der freiberuflich tätigen Heilpraktikern ohne Bestallung gegenüber 2005 um 18 Praxisanmeldungen.



Im Landkreis wurden in diesem Jahr sechs Praxisanmeldungen zur Ausübung der Heilkunde ohne Bestallung und eine Abmeldung erfasst. Personen, die ausschließlich auf dem Gebiet der Psychotherapie heilkundlich tätig sein wollen, bedürfen ebenfalls einer Erlaubnis nach dem Heilpraktikergesetz. Auch bei den im Gesundheitsamt angezeigten Niederlassungen von Heilpraktikern, die beschränkt auf dem Gebiet der Psychotherapie tätig sind, ist eine leicht steigende Tendenz, wie der unten dargestellten Grafik zu entnehmen ist, zu verzeichnen.



Während es noch 2005 im Landkreis zehn angezeigte Niederlassungen von Heilpraktikern beschränkt auf das Gebiet der Psychotherapie waren, ist die Zahl im Jahr 2014 auf 19 gestiegen.

Ebenfalls einer Erlaubnis nach dem Heilpraktikergesetz bedürfen seit 2012 Personen mit abgeschlossener Ausbildung zur Physiotherapeutin/Physiotherapeuten, die in eigener Verantwortung und ohne ärztliche Verordnung heilkundlich-physiotherapeutische Tätigkeiten ausüben. Bis zum 31.12.2014 haben zwei Physiotherapeutinnen aus dem Landkreis den sektoralen Heilpraktiker erworben. Gemäß der Richtlinie des Ministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz zur Durchführung des Verfahrens zur Erteilung einer Erlaubnis nach dem Heilpraktikergesetz vom 8. März 2012 sind für die Erteilung einer Erlaubnis nach diesem Gesetz die Gesundheitsämter der Landkreise und kreisfreien Städte zuständig. Die Überprüfung der Kenntnisse und Fähigkeiten der antragstellenden Person erfolgt im Gesundheitsamt der Stadt Potsdam.

- *Anmeldung und Ergebnisse der Heilpraktikerprüfung im Jahr*

	Heilpraktiker ohne Bestallung	Heilpraktiker beschränkt auf das Gebiet der Psychotherapie	Heilpraktiker beschränkt auf das Gebiet der Physiotherapie
<b>Anmeldungen zur Prüfung</b>	7	8	0
<b>Prüfung bestanden</b>	2	6 (mit Auflagen)	0
<b>Quote in %</b>	29	75	/

## Sachgebiet Hygiene und Umweltmedizin

Personen- und Funktionsbezeichnungen sind in männlicher Form verwendet worden. Der Verzicht auf sprachliche Gleichbehandlung soll die Lesbarkeit des Berichtes erleichtern.

- *Ebola-Fieber-Epidemie in Westafrika*

Anfang des Jahres brach in mehreren westafrikanischen Ländern die bislang größte Ebola-Fieber-Epidemie aus. Bislang wurden nach Angaben der WHO (Stand: 24.12.2014) insgesamt 19.497 Fälle von Ebola-Fieber-Erkrankungen gemeldet (einschließlich von bestätigten Fällen, wahrscheinlichen Fällen und Verdachtsfällen). Die erkrankten Personen stammen aus vier Ländern, die auch jetzt noch betroffen sind (Guinea, Liberia, Sierra Leone und Mali), sowie aus vier ehemals betroffenen Ländern (Nigeria, Senegal, Spanien und USA). Insgesamt 7.588 dieser 19.497 erkrankten Personen sind an Ebola-Fieber verstorben. Das Gesundheitsamt bereitete sich – in enger Zusammenarbeit mit den beiden Krankenhäusern des Landkreises – auf den Fall eines „Ebola-Alarms“ vor. Die in diesen Fällen zu ergreifenden Gefahrenabwehrmaßnahmen basieren auf entsprechenden Vorgaben des Robert-Koch-Instituts. Bislang wurden im Landkreis TF noch keine Ebola-Fieber-Verdachtsfälle registriert.

- *Eichenprozessionsspinner-Raupenplage*

Von Mai bis September gingen im Gesundheitsamt insgesamt acht telefonische und/oder schriftliche Meldungen bzw. Beschwerden in Zusammenhang mit Raupen des Eichenprozessionsspinners (EPS) ein, wobei 2014 keine geographische Häufung erkennbar war. In keinem der dieser acht Fälle waren klinische Beschwerden (wie z. B. stark juckende Hautausschläge oder Asthmaanfälle) aufgetreten – die EPS-Raupen waren lediglich gesichtet worden.

Bei Eingang einer Eichenprozessionsspinner-assoziierten Beschwerde hat das Gesundheitsamt folgende Aufgaben:

- Information/Beratung des Beschwerdeführers: klinische Symptome und deren Behandlung, in Frage kommende Maßnahmen zur Bekämpfung der EPS-Raupen, Zuständigkeiten für das Ergreifen von Bekämpfungsmaßnahmen, Pressearbeit;
- Weitergabe der Beschwerde an die für Bekämpfungsmaßnahmen jeweils zuständige Ordnungsbehörde.

- *Qualität der Badegewässer im Landkreis*

Die Badesaison beginnt jedes Jahr am 15. Mai und endet am 15. September. Im Jahr überprüfte das Gesundheitsamt 15 Badegewässer mit insgesamt 19 amtlich ausgewiesenen Badestellen.

Im Rahmen der Regelüberwachung der Badegewässer wurde in dieser Zeit mindestens eine Probe pro Monat entnommen zur mikrobiologischen Untersuchung eingeschickt. Die Ergebnisse der Laboruntersuchungen ergaben keine mikrobiologischen Beanstandungen. Das heißt, dass während der Badesaison die mikrobiologischen Grenzwerte für gesundheitsgefährdende Bakterien (*Escherichia coli*, intestinale Enterokokken) nicht überschritten wurden. Ferner wurden vor Ort Messungen von pH-Wert, Wassertemperatur und Sichttiefe des Badewassers durchgeführt.

Die höchsten Badewassertemperaturen (27,3°C) wurden Ende Juli im Klietower See gemessen.

Personen- und Funktionsbezeichnungen sind in männlicher Form verwendet worden. Der Verzicht auf sprachliche Gleichbehandlung soll die Lesbarkeit des Berichtes erleichtern.

Die Sichttiefen der Badegewässer lagen zwischen 2,50 und 0,35 Metern. Die höchsten Sichttiefen

(2 Meter oder mehr) zeigten der Glieniksee, der Große Zeschsee und der Motzener See (Badestellen in Kallinchen). Die geringste Sichttiefe wurde Ende August im Siethener See

(0,35 Meter) festgestellt. Während der Badesaison wurde die Bevölkerung an den überwachten Badegewässern mittels Informationstafeln informiert. Darüber hinaus konnten sich die Bürger im Foyer der Kreisverwaltung im Rahmen einer über die aufgeführten Badestellen informieren. Auch über Pressemitteilungen und im Internet wurde über die Badewasserqualität berichtet.

## Sachgebiet Amtsärztlicher und sozialmedizinischer Dienst

- *Impfschutz*

Schutzimpfungen gehören zu den wichtigsten vorbeugenden Maßnahmen gegen Infektionskrankheiten, die die Medizin kennt. Durch hohe Durchimpfungsraten konnten in den letzten Jahrzehnten gefährliche Infektionserkrankungen (z. B. Pocken, Kinderlähmung, Masern) in Deutschland ausgerottet oder entscheidend zurückgedrängt werden. Im Rahmen der Impfsprechstunde bietet das Gesundheitsamt Beratung und ggf. die entsprechende Impfung an. Zudem wird versucht schwer erreichbare Bevölkerungsgruppen oder Personen mit komplexem Hilfebedarf aufsuchend zu erreichen, über Schutzimpfungen zu beraten bzw. den Impfschutz zu aktualisieren. Geimpft wird auf der Grundlage der Empfehlungen der Ständigen Impfkommission am Robert Koch-Institut.

Migranten zeigen aus unterschiedlichen Gründen häufig erhebliche Defizite beim Impfschutz. Impfausweise oder -nachweise liegen meist nicht vor. Ein Ziel des Gesundheitsamtes ist es deshalb, bei Migranten Impflücken zu erkennen und zu schließen, um damit auch Krankheitsausbrüche in den Gemeinschaftsunterkünften vorzubeugen.

Im Jahr 2014 wurden im Landkreis 506 Migranten aufgenommen. Das Gesundheitsamt organisierte acht Mal eine Impfsprechstunde „vor Ort“ in den Übergangwohnheimen in Luckenwalde und Jüterbog. Zweimal wöchentlich fand die Impfsprechstunde im Gesundheitsamt statt, die auch von Flüchtlingen genutzt wird. 91 erwachsene Personen wurden zu Schutzimpfungen beraten und geimpft. Dabei wurden 60 Schutzimpfungen vor Ort in den Übergangwohnheimen und 31 Schutzimpfungen in der Impfstelle des Gesundheitsamtes durchgeführt.

### *Anzahl und Art der durchgeführten Impfungen*

<b>Impfung</b>	<b>Anzahl</b>
Tetanus/Diphtherie	6
Tetanus/Diphtherie/Keuchhusten	7
Tetanus/Diphtherie/Kinderlähmung	38
Kinderlähmung	17
Grippe	10
Masern/Mumps/Röteln	11
Hepatitis B	2
Windpocken	1

Personen- und Funktionsbezeichnungen sind in männlicher Form verwendet worden. Der Verzicht auf sprachliche Gleichbehandlung soll die Lesbarkeit des Berichtes erleichtern.

In diesem Jahr ist lediglich eine Erkrankungshäufung (übertragbare akute Magen-Darm-Erkrankung) in einem Übergangwohnheim in Luckenwalde mit 28 Bewohnern und einem Heimbetreuer gemeldet worden.

- *Tuberkuloseberatung und -überwachung*

Zwei Einwohner im Landkreis (Personen mit deutscher Staatsbürgerschaft) sind an Tuberkulose erkrankt. Bei diesen Fällen, bei denen kein epidemiologischer Zusammenhang bestand, handelt es sich um sogenannte offene, d. h. hochansteckende Formen der Lungentuberkulose.

Darüber hinaus konnten zunächst zwei als Tuberkulosen gemeldete Erkrankungen als sogenannte atypische Mykobakteriosen identifiziert werden. Eine atypische Mykobakteriose kann nicht von Mensch zu Mensch übertragen werden, wird aber wie eine Tuberkulose behandelt. Diese spezielle Lungenerkrankung ist nach dem Infektionsschutzgesetz nicht meldepflichtig. Die Kontaktpersonen wurden nach den Empfehlungen des Deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose (DZK) ermittelt und untersucht.

Die Anzahl der eingereisten Flüchtlinge bzw. Asylbewerber hat stark zugenommen. Bevor die Personen in Übergangwohnheime der Landkreise und kreisfreien Städte verteilt werden, durchlaufen sie in der Zentralen Aufnahmebehörde (ZABH) Eisenhüttenstadt die medizinische Erstuntersuchung.

Im Jahr wurden 232 medizinische Erstuntersuchungsbefunde von Asylbewerbern aus der ZABH Eisenhüttenstadt dem Landkreis Teltow-Fläming übermittelt und die Erstuntersuchungsbögen geprüft. Im Vergleich zu 2013 stieg diese Anzahl um 146 Asylbewerber (2013 = 86 übermittelte Erstuntersuchungen). Bei einigen Flüchtlingen waren nach Ankunft im Landkreis Beratungen, Kontroll- oder Nachuntersuchungen erforderlich. Im Jahr wurden aus diesem Grunde noch acht Nachuntersuchungen (vier Röntgenuntersuchungen und vier spezielle Immunteste) sowie Beratungen durchgeführt. Neu hinzugekommen ist die Beratung und medizinische Erstuntersuchung von syrischen „Kontingentflüchtlingen“, die nicht über die ZABH Eisenhüttenstadt einreisen. Um wen es sich dabei handelt, wird durch die Ausländerbehörde mitgeteilt. Im Jahr waren es 16 Personen, die als Kontingentflüchtlinge eingereist und untersucht wurden.

Im Ergebnis der Untersuchungen konnten ansteckende Formen der Tuberkulose bei Flüchtlingen ausgeschlossen werden. Lediglich bei einem Flüchtling aus Vietnam wurde eine latente (versteckte) nicht ansteckende Tuberkulose diagnostiziert.

- *Begutachtungswesen*

Im Jahr wurden in der Gutachtenstelle des Sachgebietes 299 amtsärztliche Untersuchungen und Begutachtungen durchgeführt. Einen Großteil der Untersuchungen nehmen Untersuchungen für das Sozialamt des Landkreises und Begutachtungen von Beamten (Prüfung der Dienstfähigkeit, Einstellungsuntersuchungen von Beamtenanwärtern u. a.) für den öffentlichen Dienst in Anspruch. Die im Jahr erhöhte Anzahl der Einstellungen von Lehrern in den Schuldienst des Landes Brandenburg machte sich auch im Landkreis durch größere Untersuchungszahlen bemerkbar. So stieg die Anzahl der Verbeamtungsuntersuchungen von 37 Begutachtungen im Jahr 2013 auf 55 Begutachtungen in 2014. Das entspricht einer Steigerung von 14,9 %. Zu den Aufgaben gehören auch die Untersuchung von Flüchtlingen bzw. Asylbewerbern im Auftrag des Sozialamtes. Dabei ist die Notwendigkeit medizinischer Untersuchungen

oder Behandlungen zu prüfen. So wurden in diesem Jahr beispielsweise 15 amtsärztliche Begutachtungen/ Untersuchungen (2013 = 10) durchgeführt.

- *HIV/AIDS-Beratung*

Das Gesundheitsamt hält die anonyme AIDS-Beratung und kostenlose HIV-Tests an den Standorten Luckenwalde, Zossen und Ludwigsfelde vor. HIV-Tests sind allerdings nur in Ludwigsfelde und Luckenwalde möglich.

**Anzahl der 2014 durchgeführten HIV-Tests im Gesundheitsamt**

	Luckenwalde	Ludwigsfelde	Zossen	gesamt
Anzahl der Tests	39	7	0	46
Persönliche Beratungen	42	14	12	68
Telefonische Beratungen	6	9	7	22

**Geschlechterverteilung bei den 2014 durchgeführten HIV-Tests**

Unknown Format
----------------

Die HIV-Testung erfolgt durch einen Antikörper-Suchtest in einem spezialisierten Labor. In diesem Jahr fielen alle HIV-Testergebnisse negativ aus, d. h. es wurde keine Infektion mit dem HI-Virus nachgewiesen. Daher war eine weitergehende psychosoziale Beratung und Begleitung der testwilligen Personen nicht erforderlich. Die Anzahl der HIV-Testungen ist seit einiger Zeit rückläufig. Dies lässt sich zum einen mit der umfangreichen Präventionsarbeit im Landkreis erklären. Zum anderen ist die räumliche Nähe zu Berlin als Grund anzuführen. Durch die Nähe zu Berlin ist es ebenfalls vorstellbar, dass Testmöglichkeiten verstärkt in Berlin genutzt werden, da die Anonymität dort vermeintlich höher ist. Allerdings wird in der kommunalen HIV-Präventionsarbeit beobachtet, dass Menschen wieder zunehmend die Gefährlichkeit von HIV bzw. AIDS bagatellisieren. Ursache sind zweifelsfrei falsche Schlussfolgerungen bezüglich der verbesserten Therapiemöglichkeiten. Um die Aufmerksamkeit auf das Angebot der kostenlosen und anonymen HIV-Testung zu lenken, wird im Jahr 2015 ein Handzettel zur Thematik entwickelt und angeboten.

## Sachgebiet Kinder- und Jugendgesundheitsdienst

*Tätigkeitsspektrum des Kinder- und Jugendärztlichen Dienstes (KJGD):  
Kinderärztliche Reihenuntersuchungen, Begutachtungen, Schutzimpfungen, bearbeitete Fälle im Zentralen Einladungs- und Rückmeldewesen (ZER)*

Art der Pflicht-Untersuchungen					Schuljahr 2013/2014	Schuljahr 2012/2013	Schuljahr 2011/2012
	Lucken-walde	Jüterbog	Ludwigs-felde	Zossen	Gesamt	Gesamt	Gesamt
Kita-Untersuchungen (gesamt)	361	408	305	324	1.372	1.043	1.524
Davon: Untersuchungen Kita-Kinder im Alter 30. bis 42. Lebensmonat					noch offen	578 entspricht 42,5 %	872 entspricht 64,2 %
Einschulungsuntersuchungen	456	378	373	420	1.627 (= 100%)	1.478 (= 100%)	1.477 (= 100%)
Schulabgangsuntersuchungen und Erstuntersuchungen (§ 32 JArbSchG)	144	206	201	227	778	698 (= 57,4 %)	661 (= 54,3 %)
Nachuntersuchungen (§ 33 JArbSchG)	1	1	8	7	17	13	14
<b>Gutachten</b>							
SGB VIII	0	5	5	0	10	14	0
SGB XII	66	72	8	18	164	169	120
Sonstige Gutachten	24	15	13	13	65	105	72
SÄG	5	1	18	8	32	54	136
<b>Summe</b>	<b>1065</b>	<b>1079</b>	<b>877</b>	<b>1090</b>	<b>4020</b>	<b>3574</b>	<b>3988</b>
ZER (Anzahl der bearbeiteten Meldungen)					noch offen	956	910
Impfungen	240	62	204	40	546	501	482
6. Klasse	8	19	476	73	576	710	759

Im Schuljahr 2013/2014 wurden zusätzlich 576 Schüler der 6. Klassen untersucht, dabei flächendeckend im Raum Ludwigsfelde. Im Schuljahr 2012/2013 waren es 710 Schüler.

Wie in der Tabelle zu erkennen, haben sich in den letzten drei Jahren die Untersuchungszahlen bei den Einschulungsuntersuchungen und Schulabgangsuntersuchungen erhöht. Demnach steht dem KJGD für die Untersuchungen in den Kindertageseinrichtungen weniger Zeit zur Verfügung.

Personen- und Funktionsbezeichnungen sind in männlicher Form verwendet worden. Der Verzicht auf sprachliche Gleichbehandlung soll die Lesbarkeit des Berichtes erleichtern.



- *Untersuchung von Flüchtlingskindern*

Bei Kindern von Flüchtlingen führten die Ärzte und Mitarbeiter des Kinder- und Jugendärztlichen Dienstes neben Beratungen, kinderärztliche Untersuchungen aus unterschiedlichen Anlässen auch Schutzimpfungen durch.

*Durch das Sachgebiet Kinder- und Jugendärztlicher Dienst für Flüchtlinge erbrachte Gesundheitsleistungen im Jahr 2014*

	Gesamt	Luckenwalde	Jüterbog	Ludwigsfelde	Zossen
<b>Untersuchungen</b>					
Attest für Schule/ESU	10	10	0	0	0
Attest für den Kindergarten	4	4	0	0	0
Allgemeine Entwicklungskontrollen	6	6 (davon 4x wegen Kindeswohlgefährdung)	0	0	0
<b>Gesamt</b>	<b>20</b>	<b>20</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Impfungen</b>					
Anderer Kostenträger	92	92	0	0	0
Asylbewerber bereits bei GKV versichert	24	24	0	0	0
<b>Impfungen gesamt:</b>	<b>116</b>	<b>116</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

### Sachgebiet Zahnärztlicher Dienst

- *Zahnärztliche Reihenuntersuchungen und Aspekte der Zahngesundheit*

Im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen zahnärztlichen Vorsorgeuntersuchungen wurden im Schuljahr 2013/14 im Landkreis 14.205 Kinder und Jugendliche im Alter von 0 bis 16 Jahren und

59 ältere geistig und körperlich behinderte Menschen untersucht.

2003 wurde im Land Brandenburg ein Gesundheitszieleprozess zur Förderung der Kindergesundheit durch das Bündnis „Gesund Aufwachsen im Land Brandenburg“ etabliert. Dazu wurden 2003 drei Teilziele formuliert, die bis 2010 erreicht werden sollten. Diese wurden 2008 aktualisiert.

Personen- und Funktionsbezeichnungen sind in männlicher Form verwendet worden. Der Verzicht auf sprachliche Gleichbehandlung soll die Lesbarkeit des Berichtes erleichtern.

Die neuen Ziele zur Verbesserung der Mund- und Zahngesundheit im Land Brandenburg bis zum Jahr 2020 zeigen, dass der eingeschlagene Weg richtig ist, aber weitere Anstrengungen noch notwendig sind.

#### Teilziel 1:

90 % der 3- jährigen und 80 % der 5- jährigen Kita- Kinder haben kariesfreie Milchzähne. Das Auftreten der frühkindlichen Karies wird vermieden. Milchzahnkaries wird rechtzeitig erkannt und behandelt.

#### Teilziel 2:

Reduzierung des DMF-T-Index auf einen Wert unter 1 und Verringerung des SIC-Wertes auf 2 bei

12 Jahre alten Schülern. Der DMF-T für das bleibende Gebiss setzt sich aus den Komponenten

D = decayed (kariös), M = missing (fehlend auf Grund von Karies) und F = filled (gefüllt) zusammen,

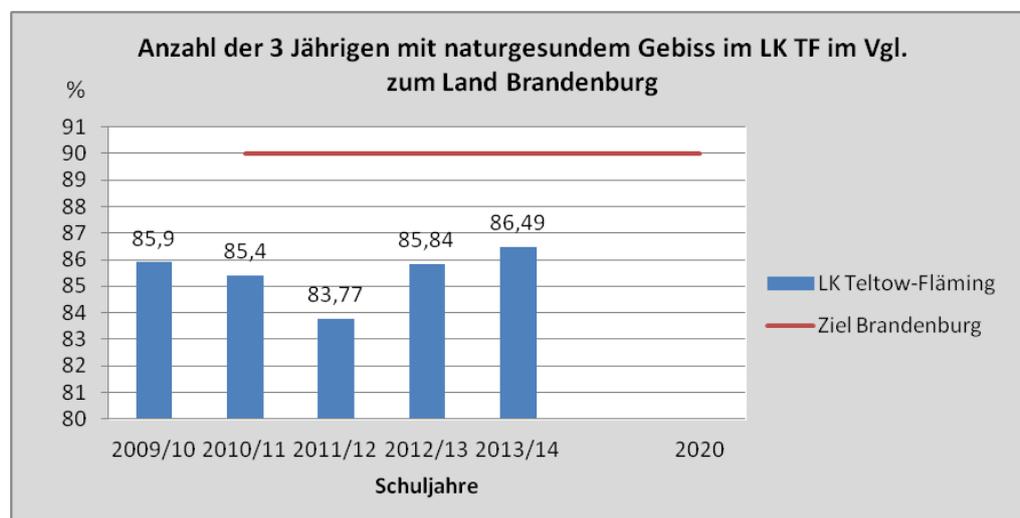
T bedeutet Zähne (teeth). Die großen Buchstaben stehen für bleibende Zähne. In die Bewertung gehen alle 28 bleibenden Zähne ein (DMF-T max. 28).

#### Teilziel 3:

Reduzierung des DMF-T-Index bei 15-jährigen Jugendlichen auf einen Wert unter 1,5.

Das globale Ziel lautet weiterhin: „Unabhängig von ihrer sozialen Herkunft haben Kinder und Jugendliche gesunde Zähne in einem gesunden Mund und gleiche Zugangschancen zu präventiven und kurativen Maßnahmen.“

### Zahngesundheit der 3-Jährigen



Im Schuljahr 2013/2014 konnte erfreulicherweise erneut eine Steigerung der naturgesunden Gebisse auf 86,5 % bei den 3-Jährigen festgestellt werden.

### Zahngesundheit der 12-Jährigen

Unknown Format

In der Altersgruppe der 12-Jährigen hat sich der Trend des Kariesrückganges seit dem Schuljahr 2000/01 bis auf einen vorübergehenden geringen Anstieg vom Schuljahr 2010/11 bis 2012/13 kontinuierlich fortgesetzt. Auch in dieser Altersgruppe konnte im Schuljahr 2013/2014 nochmals eine deutliche Verbesserung des DMF-T-Indexes auf 0,64 erreicht werden.

- *Gruppenprophylaxe*

Gruppenprophylaktisch wurden im Berichtszeitraum 13.354 Kinder und Jugendliche sowie geistig behinderte Menschen (Kinder und Erwachsene) in Kindergärten, Schulen und Heimen betreut. Diese aufsuchende Betreuung umfasst neben Maßnahmen zur Verbesserung des Mundhygieneverhaltens und der Zahnschmelzhärtung mittels lokaler Fluoridierung (die zu einer 30 - 60%igen Kariesreduktion führen kann) auch Ernährungsberatung, Motivation zum regelmäßigen Zahnarztbesuch sowie die Durchführung von Multiplikatorenschulungen und Elternabenden. Einen 2. Prophylaxe-Impuls erhielten 1.697 Kinder und Jugendliche mit einem erhöhten Kariesrisiko.

### **Sachgebiet Sozialpsychiatrischer Dienst**

Der Sozialpsychiatrische Dienst leistet entsprechend des Gesetzes zur Neuregelung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes und des Brandenburgischen Psychisch-Kranken-Gesetzes (BbgPsychKG) Hilfen für psychisch Kranke, seelisch Behinderte und Suchtkranke sowie deren Angehörige und ist somit auch für die im Landkreis ansässigen Asylbewerber zuständig. Menschen mit den genannten Störungsbildern vor und nach stationären oder ambulanten Behandlungen werden beraten und begleitet und ihnen und ihren Angehörigen wird der Weg in ein adäquates und qualifiziertes Behandlungs- und Betreuungsangebot geebnet. Menschen mit psychischen Erkrankungen, Suchtproblemen und psychosozialen Notlagen finden hier stabile Beratungs- und Betreuungsangebote vor.

Es gibt eine enge Zusammenarbeit mit Ärzten, Kliniken, Wohn-, Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, Wohlfahrtsverbänden, Sozialleistungsträgern und weiteren Kooperationspartnern. Im Landkreis ist der Sozialpsychiatrische Dienst gemeindenah

Personen- und Funktionsbezeichnungen sind in männlicher Form verwendet worden. Der Verzicht auf sprachliche Gleichbehandlung soll die Lesbarkeit des Berichtes erleichtern.

und personenzentriert an vier Standorten (Luckenwalde, Zossen, Ludwigsfelde, Jüterbog) erreichbar. Er wird ohne vorherige Prüfung der Anspruchsvoraussetzungen tätig und stellt so das niedrigschwelligste Angebot im gemeindepsychiatrischen Versorgungssystem dar.

Auch 2014 wurden regelmäßig Beratungs- und Betreuungsleistungen für erwachsene Asylbewerber erbracht, die an einer psychischen Störung, einer Suchterkrankung leiden oder bei denen Anzeichen auf eine solche Erkrankung vorliegen. Dieses Tätigkeitsfeld stellt sich für die Mitarbeiter als anspruchsvoll und herausfordernd dar, da das abweichende Erleben und Verhalten vor dem kulturellen und biographischen Kontext des Klienten erschlossen werden muss, mögliche traumatisierende Faktoren in die Exploration einbezogen werden müssen und in der Kommunikation meist qualifizierte Sprachmittler notwendig sind.

Im Jahr 2014 hat sich die Anzahl der in den Übergangwohnheimen des Landkreises lebenden Asylbewerber (umfasst im Asylverfahren befindliche Menschen nach § 55 Asylverfahrensgesetz und sogenannte geduldete Menschen nach § 60a Aufenthaltsgesetz) um ca. 30 % erhöht. Die Anzahl der Standorte mit Übergangwohnheimen stieg von zwei auf fünf (Luckenwalde Forststraße und Grabenstraße, Jüterbog, Ludwigsfelde, Großbeeren).

Seit dem 10.03.2009 wird im Übergangwohnheim Anhaltstraße 31 in Luckenwalde einmal monatlich eine offene sozialpsychiatrische Sprechstunde angeboten, die alternierend von zwei Sozialarbeiterinnen realisiert wurde und von den Asylbewerbern der Einrichtung genutzt werden kann. Im Jahr 2014 musste die Kontinuität der in den vergangenen Jahren etablierten Sprechstunde im Übergangwohnheim aus personellen Gründen unterbrochen werden. Es konnten nur zwei Termine realisiert werden.

Trotzdem bestanden für die Bewohner und das sozialpädagogische Betreuungspersonal aller Übergangwohnheime kontinuierlich sozialpsychiatrische Beratungsangebote. Beratungen wurden bei Anfragen zeitnah realisiert, in Krisensituationen fanden Hausbesuche statt. Insgesamt wurden im Jahr 82 telefonische Beratungen (25 in 2013), 41 Beratungen im Rahmen der Sprechstunde (14 in 2013) und 33 Hausbesuche (20 in 2013) in den Übergangwohnheimen durchgeführt.

In zehn Fällen wurde eine Beratung und Begleitung von Angehörigen psychisch erkrankter oder suchtkranker Asylbewerber durchgeführt. In 14 Fällen realisierte der Sozialpsychiatrische Dienst Kriseninterventionen (4 in 2013). Diese führten in keinem Fall zu Zwangsmaßnahmen nach dem BbgPsychKG sondern zu freiwilligen stationären Aufnahmen bzw. zeitnahen Vorgesprächen in der zuständigen Fachklinik für Psychiatrie und Psychotherapie (Johanniter KH Treuenbrietzen). In zwei Fällen mündeten sie in eine ambulante fachärztliche Behandlung.

In den Übergangwohnheimen wurden 14 Fallbesprechungen (10 in 2013) mit den Sozialarbeitern der Einrichtungen realisiert.

Eine Hürde bei der sozialpsychiatrischen Betreuung der Asylbewerber stellt nach wie vor die zeitnahe und flexible Verfügbarkeit von kompetenten und verlässlichen Sprachmittlern dar, die auch im Krisenfall eine wertvolle Unterstützung bei der differenzierten Beurteilung des Vorliegens einer psychischen Erkrankung leisten (gesicherte Sprachtransferkompetenz, Bindung an die Schweigepflicht, Finanzierung, neutral und frei von Eigeninteressen).

# Dezernat III

## Ordnungsamt

### Sachgebiet Ordnung und Sicherheit

- *Aufgaben im Rahmen der Fachaufsicht über die örtlichen Ordnungsbehörden und als Kreisordnungsbehörde*

Schwerpunkt der Arbeit als Fachaufsichtsbehörde über die örtlichen Ordnungsbehörden des Landkreises bildete die Beratung und Unterstützung dieser Behörden, z. T. vor Ort und auch unter Einbeziehung der Fachämter des Hauses. 20 Fach- und Dienstaufsichtsbeschwerden über die Arbeitsweise einiger örtlicher Ordnungsbehörden, die durch Bürger herangetragen wurden, waren zu prüfen und wurden mit den Ordnungsamtsleitern ausgewertet. 7 Widerspruchsverfahren gegen Verfügungen der Städte und Gemeinden wurden abschließend bearbeitet.

Das Staatliche Schulamt beantragte in diesem Jahr die Durchführung von 4 Ordnungs-widrigkeitenverfahren wegen Schulpflichtverletzungen. Davon wurden unter Einbeziehung des Jugendamtes 3 Verfahren mit Bußgeldbescheid abgeschlossen, ein Verfahren wurde eingestellt.

353 Bußgeldverfahren nach dem SGB XI im Bereich der Pflegepflichtverletzung wurden durchgeführt.

Wegen Verstoßes gegen das Brandenburgische Vermessungsgesetz (BbgVermG) wurde ein Verfahren geführt.

Weitere Arbeitsaufgaben:

188 Stellungnahmen wurden insgesamt bearbeitet, davon:

- 127 Stellungnahmen nach Baugesetzbuch (BauGB)
- 48 Stellungnahmen nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)
- 6 Stellungnahmen nach dem Allgemeinen Eisenbahngesetz (AEG)
- 2 Stellungnahmen nach dem Bundesberggesetz (BBergG)
- 2 Stellungnahmen nach dem Luftverkehrsgesetz (LuftVG)
- 1 Stellungnahme nach dem Telekommunikationsgesetz (TKG)
- 2 Stellungnahmen nach dem Brandenburgischen Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (BbgNatSchAG)

- *Gräberangelegenheiten*

Der Bund stellte Pauschalgehälter in Höhe von 142.700 € für die Pflege und Instandsetzung der Kriegsgräber im Landkreis zur Verfügung. Diese wurden anteilig an die Kommunen ausgereicht. Der Stadt Ludwigsfelde wurden Sondermittel i. H. v. 3.391,50 EUR für die Wiederherstellung des im Jahr 2013 vom Ehrenhain entwendeten Emblems zur Verfügung gestellt. Die Gemeinde Niedergörsdorf setzte die Kriegsgräberstätte im Ortsteil Altes Lager instand. Des Weiteren erfolgten 40 Stellungnahmen zu Bauvorhaben, wenn diese im Bereich der Kriegsstättenverordnung vorgenommen werden sollten.

Personen- und Funktionsbezeichnungen sind in männlicher Form verwendet worden. Der Verzicht auf sprachliche Gleichbehandlung soll die Lesbarkeit des Berichtes erleichtern.

- *Standesamtsaufsicht*

Durch Umstrukturierungen im Ordnungsamt wird seit Oktober die Standesamtsaufsicht im Sachgebiet Ordnung und Sicherheit ausgeübt. Während der Herbstschulung des Landesfachverbandes der Standesbeamtinnen in Rangsdorf wurden erste Kontakte geknüpft und Vereinbarungen über die zukünftige Zusammenarbeit getroffen.

- *Untere Jagdbehörde*

Im Landkreis sind aktuell 790 aktive Jagdscheininhaber, davon 7 Ausländer mit Ausländerjahresjagdscheinen, registriert. Insgesamt gibt es derzeit im Kreisgebiet 263 Jagdbezirke, davon 177 gemeinschaftliche Jagdbezirke, 66 Eigenjagdbezirke, 20 Verwaltungsjagdbezirke. Es bestehen vier Hegegemeinschaften für Rotwild, drei Hegegemeinschaften für Damwild und eine Hegegemeinschaft für Muffelwild und Damwild.

Es wurden 266 Abschusspläne bearbeitet und bestätigt bzw. festgesetzt. In den Hegegemeinschaften erhielt die Schalenwildbewirtschaftung mit Gruppenabschussplänen Förderung und Unterstützung. Alle Hegeschauen der Hegegemeinschaften wurden als Pflichttrophäenschauen anerkannt.

Die Zusammenarbeit mit dem Jagdberater, dem Jagdbeirat und dem Kreisjagdverband konnte erfolgreich weitergeführt werden. Dabei standen insbesondere Fragen der Wildbewirtschaftung, Höhe der Wildbestände, Jagdstrecken und Wildschäden im Vordergrund. Die Ergebnisse des vergangenen Jagdjahres im Landkreis wurden am 13. November den Mitgliedern des Ausschusses für Landwirtschaft und Umwelt vorgestellt.

*Weitere Arbeitsaufgaben:*

- Erteilung von 7 Ausnahmegenehmigungen für die Bejagung in befriedeten Bezirken
- Durchführung von 11 Ordnungswidrigkeitenverfahren wegen Verstößen gegen jagdrechtliche Bestimmungen
- Prüfung und Genehmigung von 4 Satzungsänderungen
- Prüfung und Bescheidung von 2 Angliederungen, durch die auf einer Gesamtfläche von rd. 113 ha die Bejagung geregelt wurde
- Prüfung und Bestätigung von 2 Jagdpachtvertragsänderungen
- Bestätigung von 2 Jagdaufsehern, inklusive Ausstellung des Dienstausweises
- Zulassung einer Ausnahme vom Erfordernis der Jagdpachtfähigkeit in 3 Fällen
- Bestellung von 2 Wildschadensschätzern

- *Untere Fischereibehörde*

An Fischer und Angler wurden 350 Fischereischeine als unbefristete Genehmigungen zur Ausübung des Fischfangs mit Angelgeräten ausgestellt. Aktuell gibt es damit im Landkreis 5311 Fischereischeininhaber. Es fand eine durch die Untere

Fischereibehörde durchgeführte Anglerprüfung mit insgesamt 26 Prüflingen statt, wovon 23 Anwärter die Prüfung bestanden haben.

27 Anglerprüfungen fanden im Landkreis durch benannte Personen des Landesanglerverbandes Brandenburg e. V. mit insgesamt 262 Prüflingen statt, wovon ein Anwärter die Prüfung nicht bestanden hat. Damit haben insgesamt 284 Bürger im Jahr 2014 im Landkreis die Voraussetzung für die Erteilung eines Fischereischeins erworben.

Im Landkreis gibt es 56 ehrenamtliche Fischereiaufseher, von denen in diesem Jahr 8 Fischereiaufseher neu berufen wurden. An der jährlichen Schulung nahmen 25 Fischereiaufseher teil. Die Zusammenarbeit mit den Kreisanglerverbänden Zossen e. V. und Luckenwalde e. V. wurde gepflegt. Besonders hervorzuheben sind die durch die Kreisanglerverbände organisierten und mit einigen Fischereiaufsehern an den Vereinsgewässern des Landesanglerverbandes Brandenburg e. V. im Landkreis erfolgreich durchgeführten Komplexkontrollen.

Die Zusammenarbeit mit dem Fischereiberater und dem Fischereibeirat wurde erfolgreich fortgesetzt.

Die aktuellen Zahlen der Fischerei im Landkreis und die Entwicklung des Rangsdorfer Sees nach dem großen Fischsterben im Winter 2009/2010 wurden im Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt vorgestellt.

#### *Weitere Arbeitsaufgaben:*

- Ausstellung von Fischereiabgabemarken mit Nachweiskarten, Ausstellung von 19 Jugendfischereischeinen
- Bearbeitung von 18 Bußgeldverfahren wegen Verstößen gegen das Fischereigesetz
- Aussprechen von 11 Verwarnungen vor Ort durch Fischereiaufseher
- Genehmigung von 83 Veranstaltungen zum Gemeinschaftsfischen
- Teilnahme an 8 Gewässerschauen des Landkreises sowie Erarbeitung von Stellungnahmen, u. a. zu Gewässerunterhaltungsplänen der Boden- und Wasserverbände, zu FFH- und Naturschutzgebieten und zu Veränderungen von wasserbaulichen Anlagen

#### • *Gewerbeangelegenheiten*

Im Rahmen der Fachaufsicht fanden 12 Vor-Ort-Kontrollen zur Einhaltung gewerberechtlicher Vorschriften bei den örtlichen Ordnungsbehörden statt. Beratend und unterstützend wurde bei 145 Sachentscheidungen der örtlichen Ordnungsbehörden mitgewirkt. Besondere Unterstützung wurde bei der Umsetzung der Finanzanlagenvermittlerverordnung und des Brandenburgischen Spielhallengesetzes gegeben. Auf Grund vieler Gesetzesänderungen in der Gewerbeordnung (GewO) und der Nebengesetze wurden vom Ministerium für Wirtschaft und Energie und dem Landkreistag zahlreiche Stellungnahmen gefordert. Hier besonders hinsichtlich der Erarbeitung einer Gewerbeanzeigerverordnung, die zum 01.01.2015 in Kraft trat.

Anträge zu erweiterten Öffnungszeiten im öffentlichen Interesse gemäß § 9 Brandenburgisches Ladenöffnungsgesetz (BbgLÖG) wurden 2014 nicht gestellt. In diesem Jahr wurde eine gewerbliche Ausstellung gemäß § 69 i.V.m. § 65 GewO festgesetzt. Ein Antrag für die Durchführung einer Segelregatta auf dem Mellensee wurde nach der Landesschiffahrtsverordnung genehmigt.

Drei Widerspruchsverfahren zu Gewerbeuntersagungen wurden geführt.

- *Bekämpfung der Schwarzarbeit*

Am 18. November tagte die jährlich stattfindende Koordinierungsgruppe zur Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Gewerbe- und Handwerksausübung im Kreishaus. Anlass dieser Tagung sind der Austausch von Informationen, insbesondere zu Gesetzesänderungen, strukturellen Veränderungen sowie die Auswertung von Schwarzarbeit und unerlaubter Handwerksausübung im Vergleich zum Vorjahr. Für den Landkreis ließ sich festhalten, dass die Ermittlung und Ahndung von Schwarzarbeit und illegaler Gewerbe- bzw. Handwerksausübung weiterhin als wichtig erachtet wird.

So wurden u. a. 52 Kontrollen auf Baustellen sowie in Firmen im Kreisgebiet durchgeführt. In 30 Fällen wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet, 3 Verfahren konnten rechtskräftig abgeschlossen werden.

Das Ordnungsamt arbeitet unter anderem gemäß Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz als nach Landesrecht zuständige Behörde eng mit dem Hauptzollamt Potsdam, der Bauberufsgenossenschaft Hannover, dem Finanzamt Luckenwalde, dem Landesamt für Arbeitsschutz, den Kreishandwerkerschaften Teltow-Fläming und Potsdam, der Handwerkskammer Potsdam und nicht zuletzt mit den Ordnungsämtern des Landkreises Potsdam-Mittelmark sowie der Stadt Brandenburg an der Havel zusammen.

Auf Einladung der Kreishandwerkerschaft Teltow-Fläming nahmen Mitarbeiter des Ordnungsamtes an Versammlungen der Innungen des Zimmerer- und Dachdeckerhandwerks sowie des Maler- und Lackiererhandwerks teil und berichteten über ihre Arbeit und die Möglichkeiten, die Zusammenarbeit mit den Handwerksinnungen zu intensivieren.

- *Schornsteinfegerangelegenheiten*

Erstmals erfolgte nach Zuständigkeitsübertragung vom Land die europaweite Ausschreibung von 15 Kehrbezirken im Landkreis und somit nach Auswahl die Bestellung von 14 bevollmächtigten Bezirksschornsteinfegern (BBSF) und einer bevollmächtigten Bezirksschornsteinfegerin.

Die Aufsicht über die BBSF wurde auch in diesem Jahr kompetent ausgeübt. In Anlehnung an die Kehrbuchrichtlinie vom 08.07.2011 erfolgte die Überprüfung von drei ausgewählten Kehrbüchern der BBSF.

- *Versicherungsbehörde*

Insgesamt wurden 583 Anträge auf Altersrenten, Hinterbliebenenrenten, Erwerbsminderungsrenten, Halbwaisenrenten, Anträge auf Überführung der Zusatzversorgungsanwartschaften, Prüfung von Rentenbescheiden bearbeitet und entgegengenommen. Des Weiteren wurden Anträge des Versorgungsausgleiches sowie Anträge zur Teilhabe am Arbeitsleben aufgenommen und die Antragsteller wurden umfassend beraten. Die zuständige Mitarbeiterin nahm als Referentin an drei Informationsveranstaltungen von Selbsthilfegruppen im Gesundheitsamt teil. Thema

waren Fragen zum neuen Rentenrecht ab dem 01.07.2014 – insbesondere zur Mütterrente, Rente mit 63 als auch zur Erwerbsminderungsrente.

Des Weiteren nahm die Mitarbeiterin als Vorstandsmitglied der Landesarbeitsgemeinschaft der Versicherungsämter Brandenburgs an der 22. Jahrestagung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Versicherungsämter in Kiel teil.

## **Sachgebiet Ausländer- und Personenstandswesen**

- **Ausländerbehörde – allgemeine Ausländerangelegenheiten**

Zum 31.12.2014 waren 4.744 Ausländer mit 104 verschiedenen Staatsangehörigkeiten im Landkreis registriert. Die größte Gruppe der Ausländer sind mit 1.316 Personen polnische Staatsangehörige. Gefolgt von 377 Staatsangehörigen der Russischen Föderation, 198 Vietnamesen, 174 Briten und 149 Syrern. Aus 20 Ländern lebt derzeit jeweils nur ein Staatsangehöriger im Landkreis, u. a. Togo, Costa Rica und Tadschikistan. Der Ausländeranteil im Landkreis Teltow-Fläming liegt mit 2,9 %

(2013 = 2,5 %) leicht unter dem Landesdurchschnitt. Im Jahr wurden u. a. 610 elektronische Aufenthaltstitel (2013 = 472) und 55 elektronische Reiseausweise (2013 = 14) ausgestellt. Die Steigerung ergibt sich durch die allgemeine Zunahme der Ausländer und durch die steigende Zahl der Aufenthaltstitel für Flüchtlinge. 254 Verpflichtungserklärungen zu Kostenübernahmeerklärungen, die Voraussetzung für die Erteilung von Besuchsvisa sind, wurden entgegengenommen (2013 = 237; 2012 = 211). Es war nicht erforderlich, Verfahren für Regressansprüche einzuleiten.

Es wurden eine Botschaftsvorführung und drei Aufenthaltsbeendigungen für Insassen der Jugendvollzugsanstalt Heidering durchgeführt. Im Rahmen der drei Kontingente für syrische Flüchtlinge und der Aufnahme von ehemaligen afghanischen Ortskräften und deren Familien wurden insgesamt 34 Personen aufgenommen.

- **Ausländerbehörde – Asylangelegenheiten**

Von den per 31.12.2014 gemeldeten Ausländern waren 497 Asylbewerber bzw. abgelehnte Asylbewerber (2013 = 288; 2012 = 219). Im Jahr erfolgte die Aufnahme von 322 Personen (2013 = 232; 2012 = 178). Herkunftsländer waren hauptsächlich Afghanistan, Eritrea, Kamerun, Serbien, Somalia und Syrien.

Im Jahr erhöhte das Land mehrfach die Prognose für die Zuweisung von Asylbewerbern. Von 225 Personen Anfang des Jahres bis letztendlich auf 387 Personen zum Jahresende. Weiterhin waren noch 46 Personen als Überhang aus 2013 aufzunehmen. Bedingt durch die erhebliche Zunahme der vom Landkreis aufzunehmenden Flüchtlinge und den Rückstand aus 2013 war es erforderlich, zusätzliche Unterbringungsmöglichkeiten zu schaffen. In der Folge dessen wurde eine Vielzahl von kreiseigenen und privaten Objekten geprüft. Darüber hinaus wurden die kreisangehörigen Kommunen bei der Objektsuche mit einbezogen. Es ist und bleibt weiterhin ein Ziel der Kreisverwaltung, die Unterbringung der Asylbewerber auf den Landkreis angemessen zu verteilen. Darüber hinaus gab es im Vorfeld der Nutzung neuer Unterkünfte neben der engen Zusammenarbeit mit den Kommunen auch Informationsveranstaltungen für die Bürger, die auch zukünftig vorgesehen sind. Im Februar konnte das ehemalige Wohnheim in Ludwigsfelde und im September das ehemalige Wohnheim in Jüterbog wieder aktiviert werden. Ein Übergangswohnheim am Standort Luckenwalde wurde zum Zwecke einer notwendigen Grundsanierung

vorübergehend geschlossen. Durch diesen Engpass mussten temporäre Unterkünfte gesucht werden. Dies erfolgte in Luckenwalde. Weiterhin konnte eine zusätzliche Einrichtung in Großbeeren im Dezember bereitgestellt werden. Die Zuweisungsquote für 2014 kann erst mit einer zusätzlichen Einrichtung in Luckenwalde im Februar 2015 erfüllt werden.

Die Anzahl der freiwilligen Rückkehrer ins Heimatland nach abgelehnten Asylanträgen erhöhte sich von 5 in 2012 und 11 in 2013 auf 36 in 2014. Die Rückkehr erfolgte schwerpunktmäßig nach Serbien und der Russischen Föderation. Die Zunahme der Ausreisen ist ebenfalls eine direkte Auswirkung aus der Zunahme der Asylerstanträge.

- Namensänderungen

Es wurden insgesamt 32 Anträge auf Namensänderung gestellt (2012 = 18; 2013 = 15), davon 23 Anträge auf Familiennamensänderung (9 sind entschieden/bzw. erledigt) und 9 Anträge auf Vornamensänderung (davon sind 7 entschieden).

- Staatsangehörigkeiten

48 Personen stellten Anträge auf Einbürgerung (2011 = 29; 2012 = 40, 2013 = 47). 33 Personen erhielten die deutsche Staatsbürgerschaft (2011 = 24; 2012 = 19; 2013 = 35).

Mit dem 1. Januar 2014 ging die Zuständigkeit für die Entscheidung über die Einbürgerungsanträge vom Innenministerium auf die Kreise über. Alle bis zum 31.12.2013 gestellten Anträge werden noch durch das Innenministerium bearbeitet. Im Rahmen der Aufgabenübernahme erfolgten gesonderte Schulungen und die Beschaffung einer Fachsoftware für die Antragsverwaltung, mit der auch die Namensänderungsanträge bearbeitet werden können.

## **Sachgebiet Brand- und Katastrophenschutz**

- *Brand- und Katastrophenschutz*

Die Feuerwehren des Landkreises wurden im Berichtszeitraum zu 220 Bränden und 668 technischen Hilfeleistungen gerufen. Zusätzlich unterstützten die Feuerwehren den Rettungsdienst bei 147 Einsätzen durch Tragehilfe. Schwerpunkte bei der Brandbekämpfung waren Wohnungsbrände sowie Brände im Bereich der Land- und Forstwirtschaft. Technische Hilfe wurde insbesondere bei Verkehrsunfällen und bei der Beseitigung von Gefahrenstellen durch Unwetter geleistet. Weiterhin kam es zu 160 Einsätzen durch Auslösung von Brandmeldeanlagen sowie zu 101 Fehlalarmierungen. Die Feuerwehren wurden bei 4 Einsätzen mit gefährlichen Stoffen und Gütern tätig.

Schwerpunkt im ersten Halbjahr war die Vorbereitung und Organisation der Einführung des Digitalfunks in die dem Landkreis unterstehende bzw. zugeordnete Technik des Brand- und Katastrophenschutzes. Hierbei handelte es sich um 31 Einsatzfahrzeuge, die innerhalb von 4 Wochen im Monat Juni/Juli im Feuerwehrtechnischen Zentrum mit der entsprechenden Technik ausgerüstet wurden.

Gleichzeitig einher ging und geht damit die Anpassung der Sprechfunkausbildung an die veränderten Bedingungen. Dies betrifft die Einweisung in die neue Technik, die damit verbundenen Handlungsabläufe sowie die rechtlichen Bestimmungen.

Kontinuierlich wurde die Ausbildung von Führungskräften im Rahmen von drei Tagesausbildungen fortgesetzt. Neben Kameraden der Feuerwehren nahmen auch wieder Mitglieder aus Einheiten des Katastrophenschutzes, des Kreisverbindungskommandos der Bundeswehr und der Polizei an den Veranstaltungen teil. Hauptthematik der diesjährigen Führungskräftebildung war der Einsatz bei einem möglichen Flugzeugabsturz in bewohntem Gebiet mit einer größeren Anzahl von Verletzten. Insbesondere die Veränderungen auf Grund der Einbindung des Digitalfunks spielten hierbei eine Rolle. Ebenso wurde die Ausbildung der Kommunikationskräfte der Führungsfahrzeuge des Landkreises, die einmal im Monat stattfindet, weitergeführt. Zusätzlich wurden durch 11 Ausbildungen personell sowie materiell abgesichert. Dies betrifft schwerpunktmäßig die Bereiche Gefahrgut/Dekontamination und Lagekartenführung.

Zur Unterstützung und Hilfe der Kommunen als Träger des Brandschutzes wurde das Projekt „Waldbrandschutzkataster“ im GIS-Portal des Landkreises zur Nutzung durch die Kommunen aufbereitet. Gegenwärtig haben sich 6 Kommunen dafür angemeldet. Im Verlauf des Jahres nahm der Bereich Katastrophenschutz an 8 Inspektionen des Landesamtes für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz bei Betrieben, die den Regeln der Störfallverordnung (12. BImSchV) unterliegen, teil. Der Anstieg von bisher 3 Anlagen ist auf gesetzliche Änderungen bei den Mengenschwellenwerten bei Bio-Gasanlagen zurückzuführen.

Zur weiteren Verbesserung des Brand- und Katastrophenschutzes wurden die Kreisreserve bei Chemikalienschutzanzügen erhöht und 40 Betten für die Unterbringung von Personen beschafft. Um die Sicherheit der Einsatzkräfte bei der Brandbekämpfung auf munitionsbelasteten Flächen zu erhöhen, wurden 2 FIREFLEX-Tanks sowie Kreisregner beschafft. Auch eine Lücke in der Ausrüstung der Dekontaminations-Gruppe wurde geschlossen. Der Gruppe wurden ein Kastenanhänger zur besseren Verlastung der vorhandenen Ausrüstung sowie 40 Sätze Bekleidung für dekontaminierte Personen übergeben. Zusätzlich konnte der Landkreis im 1. Halbjahr zur weiteren Verbesserung des Sanitätsdienstes des Katastrophenschutzes 2 Gerätewagen für die Medizinische Task Force des Bundes im Wert von 308.000 € übernehmen.

Im Verlauf des Jahres wurde begonnen, die Struktur des Katastrophenschutzstabes an die Veränderungen, die sich durch den demografischen Wandel ergeben, anzupassen und mit entsprechenden Ausbildungsmaßnahmen zu begleiten. Zur Verbesserung der Alarmierungsgeschwindigkeit und Ausfallsicherheit des digitalen Alarmierungsnetzes des Landkreises wurden zwei weitere digitale Alarmumsetzer am Standort Rangsdorf und Jüterbog aufgebaut. Der Standort Rangsdorf wurde zur Vermeidung von Störungen aus benachbarten Netzen als Multimaster-Dau ausgebaut. Das Netz muss auch in den nächsten Jahren weiter vervollkommen werden.

- *Unterstützung Feuerwehrverband*

Mit der Bereitstellung von Ausrüstung und Technik unterstützte der Landkreis den Verband der Feuerwehren des Landkreises bei der Vorbereitung und Durchführung folgender Höhepunkte:

- kreisoffener Kindertag der Feuerwehr Nuthe-Urstromtal in Dobbrikow am 21. Juni
- 10. Kreismeisterschaften der Kinder und Jugend in den Disziplinen 5 x 80 m Hindernisbahn, Gruppenstafette, Löschanriff nass und 100 m Hindernisbahn am 14. Juni im Waldstadion Ludwigsfelde
- Unterstützung bei der Disziplin Hakenleitersteigen der Landesmeisterschaften der Kinder und Jugend vom Land Brandenburg durch Bereitstellung von Geräten und Ausrüstung im FTZ am 21. September
- Jugendlager für Kinder und Jugendliche vom 15. - 20. Juli in Wünsdorf
- „Löschanriff nass Ü-40“ am 6. September
- Jubiläum zum 20-jährigen Bestehen des Verbands der Feuerwehren im Landkreis Teltow-Fläming e. V. am 7./8. November

- *Brandschutzerziehung*

Im Rahmen der Brandschutzerziehung wurden durch das Team Brandschutzerziehung im Landkreis in 9 Kitas und 9 Grundschulen insgesamt 1193 Kinder, Schüler und Erzieher über die Gefahren von Feuer und Rauch aufgeklärt sowie das richtige Verhalten in Notfällen geschult und trainiert.

Weiterhin war das Team auf zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen, wie z. B. bei der Eröffnung Floriansdorf im KIEZ Frauensee und bei den Landesmeisterschaften der JFW in Ludwigsfelde mit dem Infomobil vertreten und unterstützte die Feuerwehren bei Veranstaltungen vor Ort. Mittlerweile ist die Brandschutzerziehung in vielen Einrichtungen im Landkreis zum festen Bestandteil geworden. Auch über die Kreisgrenzen hinaus genießt das Team großes Ansehen. Das Team unterstützte auch aktiv mit Material und Personal bei Schulungen von Kita und Lehrpersonal sowie die Hausmeister im Umgang mit Handfeuerlöschern.

- *Vorbeugender und baulicher Brandschutz*

Aufgabe der Brandschutzdienststelle ist die Durchführung von Brandverhütungsschauen in baulichen Anlagen mit erhöhter Brand- oder Explosionsgefährdung und in Anlagen, bei denen bei Ausbruch eines Brandes eine große Anzahl von Menschen oder erhebliche Sachwerte gefährdet werden. Die Brandschutzdienststelle hat im Landkreis aktuell 636 derartiger Objekte erfasst. Aufgabe ist es weiterhin, die Belange des vorbeugenden und abwehrenden Brandschutzes im Rahmen bauaufsichtlicher Verfahren durchzusetzen. Im Jahr wurden im Landkreis 43 Brandverhütungsschauen durch und erarbeitete insgesamt 94 Stellungnahmen im Rahmen baugenehmigungspflichtiger Vorhaben sowie 183 Stellungnahmen als Träger öffentlicher Belange.

*Hinweis:* Mit Inkrafttreten der neuen Brandverhütungsschauverordnung am 1. Januar 2014 änderten sich teilweise auch die Prüffristen für bestimmte bauliche Anlagen. Sämtliche bereits erfasste Objekte waren daher nochmals neu zu bewerten und entsprechend der neuen Verordnung zu kategorisieren. Durch die

Personen- und Funktionsbezeichnungen sind in männlicher Form verwendet worden. Der Verzicht auf sprachliche Gleichbehandlung soll die Lesbarkeit des Berichtes erleichtern.

v. g. Änderung wurden im Jahr 2014 im Vergleich zu den Vorjahren deutlich weniger Brandverhütungsschauen durchgeführt.

- **Feuerwehrtechnisches Zentrum**

Der Ausbau des Feuerwehrtechnischen Zentrums zum Kompetenzzentrum für Brand- und Katastrophenschutz wurde durch folgende Maßnahmen fortgeführt:

- Errichtung einer Wechsellader-Fahrzeughalle (ohne Außenanlagen)  
Kosten: 171.836,97 €
- Beschaffung von Ausrüstungsgegenständen für Ausbildung (z. B. Fahrradergometer, Wärmebildkamera, Bekleidung Heißausbildung, Übungspuppe)  
Kosten: 45.017,47 €
- Erweiterung Kreisreserve  
Kosten: 87.237,36 €
- planerische Vorbereitung für den An- und Umbau der Atemschutzwerkstatt

Im Rahmen der kreislichen Ausbildung wurden in 28 Lehrgängen 399 Kameraden der Feuerwehren in 13 Fachrichtungen im feuerwehrtechnischen Dienst und in Spezialausbildungen im Brand- und Katastrophenschutz geschult. Im Ergebnis betrug die Lehrgangsbeteiligung 86,5 %.

Die Atemschutzübungsstrecke nutzten 701 Kameraden an 24 Wochenenden.

An den vorhandenen Übungsobjekten und Fachkabinetten im Feuerwehrtechnischen Zentrum trainierten auf Kreisebene die örtlichen Feuerwehren und die Hilfsorganisationen an 32 Wochenenden.

Für die Träger des Brandschutzes wurden im Jahr nachfolgende Prüf-, Wartungs- und Pflegearbeiten an der feuerwehrtechnischen Ausrüstung der Wehren erbracht:

Anzahl	Geräte/Ausrüstung
2330	Pressluftatmer gereinigt und geprüft
2550	Atemschutzmasken gereinigt und geprüft
72	Chemikalienschutzanzüge geprüft
2529	Druckluftflaschen gefüllt
3.054	Druckschläuche gewaschen, geprüft, repariert
3	Tragkraftspritzen instandgesetzt

### Schwerpunkte für 2015

- An- und Umbau der Atemschutzwerkstatt im Feuerwehrtechnischen Zentrum des Landkreises
- Fertigstellung der Wechselader-Fahrzeughalle mit Außenanlagen
- Einführung und Probetrieb des Digitalfunks im Bereich der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr (Feuerwehr, Rettungsdienst und Hilfsorganisationen)

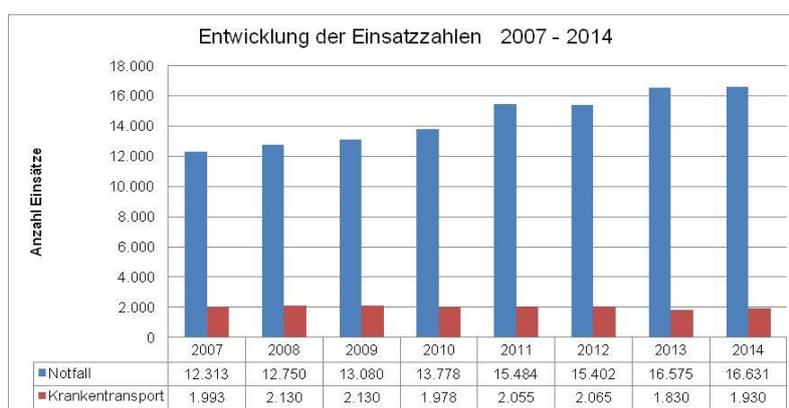
- **Rettungsdienst**

Personen- und Funktionsbezeichnungen sind in männlicher Form verwendet worden. Der Verzicht auf sprachliche Gleichbehandlung soll die Lesbarkeit des Berichtes erleichtern.

Im Jahr wurde der Rettungsdienst zu 16.631 (2013 = 16.575) Einsätzen gerufen. Im Vergleich zum Vorjahr war somit eine erneute Zunahme um 56 Einsätze oder 0,34 % zu verzeichnen. Im qualifizierten Krankentransport wurden 1.930 Einsätze registriert. Im Vergleich zum Vorjahr hat das Einsatzaufkommen im qualifizierten Krankentransport um 5,5 % zugenommen.

Das Gesamteinsatzaufkommen des Rettungsdienstes ist im Vergleich zum Vorjahr um 0,85 % auf 18.561 (2013 = 18.405) Einsätze gestiegen. Die Leistungen des Rettungsdienstes liegen somit nochmals über den jeweiligen Gesamtleistungen der einzelnen Vorjahre.

Die Inanspruchnahme des 2012 in Betrieb genommenen Schwerlast-RTW betrug 12 Einsatzfälle (2013 = 18).



Quelle: Tätigkeitsbericht der Regionalleitstelle  
Basisdatenstatistik Einsatzabrechnung ab 2014

Zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit des Rettungsdienstes erfolgten im Jahr Ersatzinvestitionen im Umfang von 305.000 € für Fahrzeuge (Zuschlagserteilung 2014, Beschaffung 2015), 120.000 € für Medizintechnik und 15.000 € für sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung (BGA) der Rettungswachen. Die Beschaffung der Funk- und Datenmodule inkl. Tablet-PC für die Einsatzfahrzeuge erfolgte im Rahmen einer gemeinsamen Ausschreibung der Landkreise Teltow-Fläming und Potsdam-Mittelmark mit der Stadt Brandenburg an der Havel. Ein Zuschlag wurde erteilt, die Beschaffung wird im 1. Halbjahr 2015 erfolgen.

Bei Medizintechnik wurden Defibrillatoren (96.000 €), Beatmungsgeräte und mobile Absauggeräte (25.000 €) beschafft. Die Ersatzbeschaffung sonstiger Betriebs- und Geschäftsausstattungen erfolgte in Höhe von 15.000 €.

Im Zuge der Umsetzung des Gutachtens zur Organisation des Rettungsdienstes im Rettungsdienstbereich des Landkreises Teltow-Fläming aus dem Jahr 2011 wurde der Ausbau der Rettungswache Luckenwalde begonnen. Ein Abschluss der Baumaßnahmen und der Umzug des Notarztes vom Krankenhaus in Luckenwalde zur Rettungswache werden für 2015 erwartet.

Die Rettungsdienst Teltow-Fläming GmbH hat als kreiseigene Gesellschaft im Jahr die Vollzugsaufgaben des bodengebundenen Rettungsdienstes im Landkreis erfolgreich durchgeführt.

Die Einhaltung der Hilfsfrist bei der Versorgung von Notfallpatienten konnte im Vergleich zu den zurückliegenden Jahren deutlich verbessert werden. Zum Ende des

Jahres betrug der Grad der Einhaltung ca. 91 % bei einem Zielerreichungsgrad von 95 %. Mittels Begutachtung des Rettungsdienstbereiches auf Basis der Einsatzdaten 2014 und dem Neubau der Rettungswachen Dahlewitz und Ludwigsfelde wird mit einer nochmals deutlichen Annäherung an den Zielerreichungsgrad gerechnet.

## Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt

Im Amt sind 22 Mitarbeiter, davon 6 im Sachgebiet Veterinärwesen und 14 im Sachgebiet Lebensmittelüberwachung, beschäftigt. Nach beruflicher Veränderung einer Tierärztin im Sachgebiet Veterinärwesen gelang es in kurzer Zeit, diese Stelle mit einer jungen Tierärztin neu zu besetzen. Im Sachgebiet Lebensmittelüberwachung wurde eine Lebensmittelkontrolleurin nach erfolgreichem Abschluss der Ausbildung in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen. Die Ausbildung einer 2013 eingestellten jungen Lebensmittelkontrolleurin wurde im Berichtsjahr im theoretischen Teil erfolgreich abgeschlossen.

Das Jahr war finanziell durch überdurchschnittliche Anstrengungen im Produkt Fleischhygiene geprägt. Ab Februar werden kostendeckende Gebühren für die Schlachtier- und Fleischuntersuchung erhoben. Auch wenn die endgültigen Zahlen erst mit Haushaltsabschluss feststehen, können hier deutliche Steigerungen im Einnahmebereich vermeldet werden (Plan 60.000 €, derzeitiges Ist 154.747,59 €). In den Produkten Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung sind ebenfalls Steigerungen bei den Erträgen verbucht. Diese Leistungen sind von den herangetragenen Aufgaben abhängig und sind auch in Zukunft nur mit einer stabilen Personalausstattung zu realisieren.

### Sachgebiet Veterinärwesen

- *Tierseuchen*

#### *BHV-1 Geschehen (Bovine Herpesvirusinfektion):*

Seit Mai des Jahres gab es einen BHV-1-Verdacht in einem Rinderbetrieb. In dessen Folge musste der gesamte Bestand von ca. 350 Rindern auf Anordnung geschlachtet werden. Neben den epidemiologischen Ermittlungen zur Ursache und Verbreitungswegen der Rinderseuche mussten viele weitere Maßnahmen verfügt werden. Der gesamte zu tötende Bestand wurde amtlich geschätzt. Aufgrund dessen erhielt der Tierhalter die Möglichkeit, eine Entschädigung für seine Tierverluste bei der Tierseuchenkasse Brandenburg zu beantragen.

2014 konnte der letzte noch nicht BHV-1-freie Bestand in Teltow-Fläming als BHV-1-freier Bestand anerkannt werden.

#### *Afrikanische Schweinepest:*

Seit Januar verbreitet sich das Virus der Afrikanischen Schweinepest auch innerhalb der EU (Polen, Baltikum). Zur Vorsorge des Eintrages von Schweinepestviren in die Nutztierbestände des Landkreises wurden alle Schweinefreilandhaltung (16) und Auslaufhaltungen (23) auf die Einhaltung der Vorgaben der Schweinehaltungshygieneverordnung hin überprüft. Darüber hinaus wurden zahlreiche Maßnahmen ergriffen, um bei einem Schweinepestausbuch vorbereitet zu sein

(Materialbeschaffung, Überprüfung Wildsammelstellen, Information der Jäger, kleine Tierseuchenübung im Amt).

#### *Controlling durch das Ministerium:*

Im Jahr wurde das Sachgebiet Veterinärwesen gleich zweimal durch die Fachaufsicht überprüft, im Oktober zum innergemeinschaftlichen Handel mit Tieren und im Dezember zur BHV-1.

#### *Pflichtkontrollen Tierseuchen/ Tierische Nebenprodukte*

Insgesamt wurden 141 Nutztierhaltungen hinsichtlich Einhaltung tierseuchen- und tierkörperbeseitigungsrechtlicher Bestimmungen kontrolliert.

Die illegale Ablagerung von tierischen Nebenprodukten (v. a. Schlachtabfällen) in der Natur nahm auch in diesem Jahr weiter zu. Dem Veterinäramt wurden 6 solcher illegalen Ablagerungen gemeldet. Durch das Amt wurde die Entsorgung selbst durchgeführt bzw. veranlasst.

Nach langwierigen Ermittlungen wurde einem Transporteur von Küchen- und Speiseabfällen die Tätigkeit untersagt. Gegen ein festgesetztes Zwangsgeld von 5.000 € wurde Widerspruch und Klage erhoben. Der Ausgang des Verfahrens ist noch offen.

#### *Internationaler Tierhandel – Transportkontrollen*

<b>Rinderverladungen</b>	in EU-Länder	in Drittländer	<b>2014</b>	2013
Anzahl Tage	17	43	<b>60</b>	37
Atteste	21	137	<b>158</b>	118
<b>Schweineverladungen</b>				
Anzahl Tage	68		<b>68</b>	93
Atteste	74		<b>74</b>	111
<b>Schafverladungen</b>				
Anzahl Tage	3	2	<b>5</b>	5
Atteste	4	4	<b>8</b>	7
<b>Kälberverladungen bei der U.E.G.</b>				
	in die Niederlande / nach Belgien			2013
Anzahl Tage	<b>52</b>			54
Atteste	<b>139</b>			165
<b>Kontrolle der 24-h-Pause bei Transporten</b>				
	Rinder	Schweine	<b>2014</b>	2013
Anzahl Tage	1	5	<b>6</b>	7
Anzahl der LKW	8	16	<b>24</b>	13
<b>Hähnchenausstellungen zum Schlachthof</b>				
Anzahl Tage	<b>30</b>			24
Atteste	<b>100</b>			81

- *Tierschutz*

Neben der alltäglichen Tierschutzarbeit wurde im November im Sachgebiet Tierschutz auditiert. Die intensive Vorbereitung hatte sich gelohnt. Es wurden keine Abweichungen festgestellt.

Tierschutzanzeigen	Tendenz gleichbleibend wie 2013	<b>183</b>
davon:	Hunde/Katzenhaltungen	119
	Nutztierhaltungen	46
	Sonstige	18
eingeleitete Ordnungswidrigkeitenverfahren		19
	Bußgelder zw. 80 – 1.000 €	4
Verfügungen		17
Verfahren bei Gericht		6
Tierhalteverbote		4
ausgesetzte bzw. vor Tierheim angebundene Tiere		12
	Hunde	1
	Katzen	5
	Sonstige (Kleintiere)	6
Fortgenommene, beschlagnahmte Tiere		57
	Katzen	40
	Hunde	12
	Sonstige	5
Kontrollen Nutztierhaltung		<b>241</b>

Seit 2014 ist das Betreiben einer Hundeschule erlaubnispflichtig nach dem Tierschutzgesetz. In diesem Zusammenhang wurden 18 §11-Erlaubnisse erteilt. Dem Verdacht des Welpenhandels wurde nachgegangen. Hierzu erfolgten Ermittlungen gemeinsam mit der Staatsanwaltschaft Potsdam. Das Verfahren wurde durch die Staatsanwaltschaft eingestellt. Der beschlagnahmte Welpen wurde vermittelt.

Eine Fortnahme und Unterbringung von 33 vernachlässigten Katzen und 2 Kaninchen bei einem Tierhalter (Animal Hording) war äußerst schwierig und es mussten vor Ort Tiere eingeschläfert werden.

Von April bis Dezember wurde auf Kosten des Landkreises ein „Kampfhund“ untergebracht. Dies ist eigentlich Aufgabe der zuständigen Stadt gemäß Ordnungsbehördlicher Verordnung über das Halten und Führen von Hunden (Hundehalterverordnung). Der Hund konnte Ende des Jahres in ein anderes Bundesland vermittelt werden.

Grundsätzlich nehmen die Probleme im Tierschutz nicht ab.

- *Tierarzneimittelüberwachung*

Von 44 tierärztlichen Hausapotheken im Landkreis wurden 19 kontrolliert. Die arzneimittelrechtliche Überwachung von Beständen, die Lebensmittel liefernde Tiere halten, fand bei 85 Beständen statt. Eine Kontrolle von Einzelhandelsbetrieben mit freiverkäuflichen Arzneimitteln fand in 2 Betrieben statt. Es wurden 3 Ordnungswidrigkeiten-Verfahren eingeleitet.

- *Besonderheiten*

2013 trat der neue Wolfmanagementplan für das Land Brandenburg in Kraft. Im Jahr gab es 5 gemeldete Wolfsübergriffe auf Nutztiere. Zur Rissbegutachtung wurde durch den Beauftragten des Landesamtes für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (LUGV) ein amtlicher Tierarzt hinzugezogen.

## Sachgebiet Lebensmittelüberwachung

- *Risikoorientierte Betriebskontrollen*

Im Jahr wurden in den 2.383 im Landkreis erfassten Lebensmittel-Betrieben insgesamt 3.290 Kontrollen durchgeführt. Davon waren 2.459 Plankontrollen, 676 außerplanmäßige Kontrollen und 155 sonstige Kontrollen (z. B. Import- bzw. Exportkontrollen). Die außerplanmäßigen Kontrollen teilten sich wie folgt auf: 142 Rückrufkontrollen, 107 Nachkontrollen, 49 Beschwerdekontrollen und 378 sonstige Kontrollen. Verbraucherbeschwerden und Rückrufe werden allerdings auch häufig im Rahmen von Plankontrollen abgearbeitet. Im Jahr wurden 70 Verbraucherbeschwerden, 91 Schnellwarnungen und 48 Erkrankungshäufungen bearbeitet.

Zahl der Betriebskontrollen 2011-2014	Außerplanmäßige Kontrollen 2011-2014
Unknown Format	Unknown Format

Die Beanstandungsquote (Anteil beanstandeter von kontrollierten Betrieben) lag im Mittel bei 14,6 %. Deutlich niedriger lag sie bei den Betrieben der Urproduktion (8,51 %), deutlich höher bei den Herstellerbetrieben (40,91 %).

Betriebsart	Zahl der Betriebe			Beanstandungsquote [%]
	gemeldet	kontrolliert	beanstandet	
Erzeuger (Urproduktion) <sup>1</sup>	454	47	4	8,51
Hersteller und Abpacker <sup>2</sup>	58	44	18	40,91
Vertriebsunternehmer u. ä. <sup>3</sup>	56	37	6	16,22
Einzelhändler <sup>4</sup>	531	394	60	15,23
Dienstleistungsbetriebe <sup>5</sup>	1062	833	111	13,33
Hersteller im Einzelhandel <sup>6</sup>	220	96	12	12,50
Sonstige	2	1	1	100,00
<b>Gesamt</b>	<b>2383</b>	<b>1452</b>	<b>212</b>	<b>14,60</b>

Personen- und Funktionsbezeichnungen sind in männlicher Form verwendet worden. Der Verzicht auf sprachliche Gleichbehandlung soll die Lesbarkeit des Berichtes erleichtern.

- z. B. Tierhalter, Imker, Erzeuger von Getreide
- 1 z. B. Schlachtbetriebe, zugelassene Metzgereien, Hersteller von Kosmetika
- 2 z. B. Lebensmittellager, Großhändler
- 3 z. B. Supermärkte, Metzgerei- und Bäckereifilialen, Getränkemärkte
- 4 z. B. Gastronomie, Großküchen, Essenausgabestellen in Kitas und Schulen
- 5 z. B. kleine Bäckereien und Metzger, Eisdiele mit eigener Herstellung, landwirtschaftliche
- 6 Direktvermarkter

**Mängelfeststellungen im Rahmen der Betriebskontrollen**

Unknown Format

In nebenstehender Abbildung ist die Verteilung der bei den Kontrollen festgestellten Verstöße dargestellt (gesamt 356). Dabei können in einem beanstandeten Betrieb mehrere Verstöße aufgetreten sein. Erfreulich ist der geringe Anteil an Mängeln im Bereich der Arbeits- und Personalhygiene (3 %). Dagegen ist der Anteil von Mängeln im baulichen, technischen und betriebshygienischen Bereich recht hoch (gesamt 43 %). Schwierigkeiten bereiten immer wieder die Umsetzung der rechtlichen Anforderungen an die Eigenkontrollen und insbesondere die Dokumentation (15 %) sowie die Produktkennzeichnung (12 %).

- *Risikoorientierte Probenahme*

Es wurden 824 Proben von Lebensmitteln, Kosmetika und Bedarfsgegenständen gezogen, darunter 41 Verdachts-, Beschwerde- oder Verfolgsproben. Die Beanstandungsquote lag im Mittel bei etwa 12,2 %. Beanstandungsgründe waren in erster Linie Mängel der Kennzeichnung und Aufmachung (60 % der Beanstandungen). Überdurchschnittliche Beanstandungsquoten (> 20 %) waren bei folgenden Warengruppen zu verzeichnen: Fischerzeugnisse, Fette und Öle, Suppen und Saucen, Getreideprodukte und Backvormischungen, Feinkostsalate und Mayonnaisen, Gemüseerzeugnisse, Konfitüren, Tee, Säuglings- und Kleinkindernahrung, Diätetische Lebensmittel, Nährstoffkonzentrate und Nahrungsergänzungsmittel.

- *Beanstandungsquote der Proben in Abhängigkeit von der Probenherkunft*

Herkunft der Proben	Brandenburg	Bundesrepublik Deutschland	EU-Länder	Drittstaaten	Gesamt
Anteil an der Gesamtzahl der Proben	75,4 %	11,6 %	6,5 %	6,5 %	100,0 %
Beanstandungsquote	12,7 %	11,3 %	7,5 %	12,5 %	12,2 %

- *Schlachtier- und Fleischuntersuchung*

**Gewerbliche Schlachtung**

Seit Februar werden durch das Veterinär- und Lebensmitteluntersuchungsamt kostendeckende Gebühren für die Schlachtier- und Fleischuntersuchung in

gewerblichen Schlachtbetrieben erhoben. Alle eingelegten Widersprüche sind beschieden. Ein Betrieb hat Klage erhoben, über die noch nicht entschieden ist. Die Untersuchungszahlen für das Jahr lagen bei 75.530 gegenüber 79.210 im Jahr 2013.

### *Hausschlachtung*

Im Rahmen der Hausschlachtung wurden 236 Tiere untersucht: 163 Schweine, 51 Rinder, 22 Schafe. Hier ist eine rückläufige Tendenz zu erkennen.

### *Entwicklung der Hausschlachtung 2007-2014*

Jahr	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Untersuchungszahl	504	465	409	480	353	196	280	236

### *Probenahmen*

Für den Nationalen Rückstandskontrollplan wurden durch amtliche Tierärzte in den Schlachtbetrieben 397 Proben zur Untersuchung auf Rückstände von Tierarzneimitteln und Umweltkontaminanten entnommen: 349 Proben von Schafen, 35 von Schweinen, 13 von Rindern. In einer Probe (Leber vom Schaf) wurden erhöhte Kupfergehalte gefunden. Das Tier stammte nicht aus dem Landkreis Teltow-Fläming.

Weiterhin wurden 292 Rinder und 103 Schafe auf TSE (Transmissible spongiforme Enzephalopathie, beim Rind als BSE bekannt) untersucht. Alle Ergebnisse waren negativ.

### *Trichinenuntersuchung*

Im seit Ende 2013 akkreditierten Labor wurden 3.606 Proben auf Trichinen untersucht: 1.877 Proben aus zugelassenen Schlacht- und Wildbearbeitungsbetrieben sowie 1.729 Proben von Wildschweinen, die von Jägern im Rahmen der Direktvermarktung entnommen wurden. Alle Proben waren negativ.

Im November hat das Labor mit sehr gutem Ergebnis an dem vom Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) organisierten Ringversuch teilgenommen. Alle 6 versandten Proben wurden richtig als positiv (4 Proben) bzw. negativ (2 Probe) erkannt. Bezüglich der quantitativen Auswertung lagen alle gemeldeten Werte im Toleranzbereich. Von insgesamt 36 Larven in 4 Proben wurden 33 wiedergefunden.

## **Untere Bauaufsichts- und Denkmalschutzbehörde**

Nach dem bereits im Jahr 2012 begonnenen Prozess der Umstrukturierung innerhalb der Unteren Bauaufsichtsbehörde waren im Geschäftsjahr wie auch im Vorjahr ausschließlich zwei Mitarbeiter für die Bearbeitung der Anträge im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren befasst. Das Ergebnis der Spezialisierung dieser Fachaufgabe war eine effektivere Bearbeitung der von der Anzahl her zunehmenden Anträge.

### *Entwicklung der Antragsaufkommen bei den immissionsschutzrechtlichen Verfahren*

Jahr	2010	2011	2012	2013	2014
Anzahl Stellungnahmen	14	37	48	43	55

Von der genannten Antragszahl im Jahr 2014 wurden 45 Anträge allein für die Errichtung von Windkraftanlagen, meistens für ganze Windparks, zur baurechtlichen Beurteilung und Stellungnahme eingereicht. Im Rahmen der Beurteilung ist regelmäßig zu prüfen, ob die Anlagen u. a. mit den Darstellungen der Flächennutzungspläne der Gemeinden unter Berücksichtigung des Regionalplanentwurfs Havelland-Fläming 2020 vereinbar sind. Zudem sind dabei in aller Regel umfangreiche Nachbarbeteiligungen im Rahmen von beantragten Abweichungen zu den Abstandsflächen durchzuführen, die Äußerungen der betroffenen Nachbarn zu werten und zu gewichten und über die Zulassung der Abweichungen, ggf. deren Versagung, zu entscheiden. Die Entscheidungen über die Zulassung oder ggf. Versagung der Abweichungen erforderten einen erheblichen Zeitaufwand und jeweils ausführliche Begründungen als belastbare Aussagen in den Stellungnahmen gegenüber der verfahrensführenden Behörde, dem Landesamt für Umwelt Gesundheit und Verbraucherschutz.

„Belastbarkeit“ meint hier rechtssichere, gerichtsfeste Begründung. Es gibt gegenwärtig kaum ein Antragsverfahren zur Errichtung von Windkraftanlagen, das nicht vor den Verwaltungsgerichten entschieden wird. Die Bauaufsicht hat u. a. die bauplanungsrechtliche Beurteilung der Zulässigkeit vorzunehmen, ein entscheidender Beitrag zur späteren Zulässigkeitsentscheidung des LUGV.

Zudem waren häufig im Rahmen der baurechtlichen Beurteilungen ergänzende, erneute Stellungnahmen zum Ersetzen des von den Gemeinden oft versagten Einvernehmens gefordert.

Die Bearbeitung der Anträge im immissionsschutzrechtlichen Verfahren bringt dem Landkreis nicht unerhebliche Gebühren ein. So wurden im Geschäftsjahr abschließende Stellungnahmen z. B. für 34 Windkraftanlagen in 6 Windparks mit einem an den Landkreis abzuführenden Gebührenvolumen in Höhe von 289.000 € gefertigt. Selbst ablehnende Stellungnahme zu 15 Windkraftanlagen in 2 Windparks führten zu einer Gebühr von 59.000 €.

Das Antragsaufkommen insgesamt bewegte sich im vergangenen Jahr etwa auf dem Niveau der Vorjahre, war jedoch im Vergleich unmittelbar zum Vorjahr 2013 wieder leicht ansteigend.

Speziell im Wohnungsbau ist eine deutliche Steigerung festzustellen. Während 2013 eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr von 19,5 % zu verzeichnen war, sind im Jahr 2014 knapp 1/3 mehr Ein- und Mehrfamilienhäuser genehmigt worden als im Vorjahr, wie das nachstehende Schaubild verdeutlicht.



Die Zahl der Neubauten im Wohnungsbau ist gegenüber dem Vorjahr nochmals um 25 % gestiegen, nachdem auch im Vorjahr bereits eine deutliche Steigerung zu beobachten war. Diese Darstellung spiegelt hier jedoch nur den Neubau wieder, Änderungen und Umbauten sind hier nicht dargestellt. Auch kann die Darstellung keine Informationen über die tatsächliche Entwicklung der Wohnungsmarktsituation hergeben, da die Wiedernutzbarmachung von leer stehenden Wohngebäuden, wie sie z. B. in Luckenwalde in vielen Straßenzügen noch vorzufinden sind, häufig nicht mit genehmigungspflichtigen Umbaumaßnahmen verbunden sind. In den nördlichen Gemeinden des Landkreises in Randlage zur Bundeshauptstadt gibt es praktisch keinen Wohnungsleerstand. Dementsprechend sind Einwohnerzuzüge häufig mit dem Neubau von Wohnraum verbunden. Es sind auch wieder deutlich mehr Mehrfamilienhäuser genehmigt worden als in den vergangenen Jahren.

Die nachstehende Übersicht zeigt die Entwicklung der Bautätigkeit im Wohnungsbau in den Gemeinden des Landkreises im Überblick. Dabei wird unterschieden zwischen dem nördlichen Teil des Landkreises (sog. enger Verflechtungsraum mit Berlin), der ca. ein Drittel der Fläche des Landkreises bedeckt und dem zwei Drittel der Kreisgebietsfläche beanspruchenden Süden (sog. äußerer Entwicklungsraum).

### Entwicklung der Bautätigkeit im Wohnungsbau (Neubau von Ein- und Mehrfamilienhäusern)

Gemeinde/Amt	2010	2011	2012	2013	2014	2010 zu 2011	2011 zu 2012	2012 zu 2013	2013 zu 2014
Blankenfelde-Mahlow	66	62	80	70	110	-6,1	29,0	-12,5	57,1
Großbeeren	25	44	28	51	71	76,0	-36,4	82,1	39,2
Rangsdorf	51	54	51	66	60	5,9	-5,6	29,4	-9,1
Trebbin	21	23	20	22	31	9,5	-13,0	10,0	40,9
Zossen	30	29	24	42	55	-3,3	-17,2	75,0	31,0
Ludwigfelde	30	53	59	61	99	76,7	11,3	3,4	62,3

Baruth	1	3	5	4	4	200,0	66,7	-20,0	0,0
Dahme	3	6	4	4	3	100,0	-33,3	0,0	-25,0
Am Mellensee	14	14	16	22	22	0,0	14,3	37,5	0,0
Niederer Fläming	3	4	4	3	4	33,3	0,0	-25,0	33,3
Niedergörsdorf	5	2	3	4	1	-60,0	50,0	33,3	-75,0
Nuthe-Urstromtal	7	7	5	13	15	0,0	-28,6	160,0	15,4
Jüterbog	8	7	7	12	12	-12,5	0,0	71,4	0,0
Luckenwalde	22	15	17	12	24	-31,8	13,3	-29,4	100,0

gesamt:	286	323	323	386	511	12,9	0,0	19,5	32,4
---------	-----	-----	-----	-----	-----	------	-----	------	------

Die Schere zwischen dem Norden und dem Süden des Landkreises ist noch weiter auseinander gegangen, als das in den vergangenen Jahren der Fall war. Während 83,4 % des Wohnungsneubaus auf die Gemeinden des nördlichen Kreisgebiets verteilt, hat im Süden lediglich 16,6 % der Neubautätigkeit stattgefunden. In den Gemeinden Blankenfelde-Mahlow und Ludwigfelde gibt es jeweils mehr Genehmigungen für Wohnungsneubau als im gesamten „äußeren Entwicklungsraum“ zusammen. Das Antragsaufkommen insgesamt (alle genehmigungspflichtigen Vorhaben) stieg im Vergleich zum Vorjahr wieder leicht um 6,3 % an und erreichte somit die Zahl von vor zwei Jahren. Auch in nachstehender Übersicht wird die in den Gemeinden unterschiedliche Entwicklung in den letzten 5 Jahren deutlich. Hierbei zeigt sich, dass die Bautätigkeit der Gemeinden im engeren Verflechtungsraum insgesamt mehr als doppelt so hoch wie die in den Gemeinden im äußeren Entwicklungsraum, das Verhältnis aber etwas günstiger als beim Wohnungsneubau.

### Entwicklung der Bautätigkeit 2010 bis 20214

#### (Neubau, Umbau/Änderung, Nutzungsänderung, Vorbescheid und Bauanzeige)

Gemeinde/Amt	2010	2011	2012	2013	2014	2010 zu 2011	2011 zu 2012	2012 zu 2013	2013 zu 2014
Blankenfelde-Mahlow	240	256	288	297	314	6,7	12,5	3,1	5,7
Großbeeren	80	147	121	154	120	83,8	-17,7	27,3	-22,1
Rangsdorf	150	144	159	169	164	-4,0	10,4	6,3	-3,0
Trebbin	88	108	91	74	78	22,7	-15,7	-18,7	5,4
Zossen	162	152	183	207	259	-6,2	20,4	13,1	25,1
Ludwigfelde	222	170	212	174	215	-23,4	24,7	-17,9	23,6

Baruth	36	50	72	66	52	38,9	44,0	-8,3	-21,2
--------	----	----	----	----	----	------	------	------	-------

Personen- und Funktionsbezeichnungen sind in männlicher Form verwendet worden. Der Verzicht auf sprachliche Gleichbehandlung soll die Lesbarkeit des Berichtes erleichtern.

<b>Dahme</b>	51	52	63	39	55	2,0	21,2	-38,1	41,0
<b>Am Mellensee</b>	89	81	80	85	97	-9,0	-1,2	6,3	14,1
<b>Niederer Fläming</b>	35	31	29	29	40	-11,4	-6,5	0,0	37,9
<b>Niedergörsdorf</b>	45	40	47	28	24	-11,1	17,5	-40,4	-14,3
<b>Nuthe-Urstromtal</b>	76	83	62	67	56	9,2	-25,3	8,1	-16,4
<b>Jüterbog</b>	73	59	99	74	62	-19,2	67,8	-25,3	-16,2
<b>Luckenwalde</b>	172	150	142	87	112	-12,8	-5,3	-38,7	28,7
<b>gesamt:</b>	<b>1519</b>	<b>1523</b>	<b>1648</b>	<b>1550</b>	<b>1648</b>	<b>0,3</b>	<b>8,2</b>	<b>-5,9</b>	<b>6,3</b>

Dabei hat wiederum den traditionell höchsten Anteil die Gemeinde Blankenfelde-Mahlow, gefolgt von Zossen, wie bereits im Vorjahr. Auch im Berichtsjahr gehören Niedergörsdorf und Niederer Fläming wieder zu den sogenannten statistischen Schlusslichtern in der Bautätigkeit.

Auf die 1648 ausgereichten Genehmigungen entfielen 43 Ablehnungen, das entspricht einer Quote von 2,6 %. Der größte Teil davon bezieht sich auf Vorbescheide und Werbeanlagen.

Die derzeit steigende Bautätigkeit im Berichtsjahr hat sich auch günstig auf den Haushalt des Landkreises ausgewirkt. Durch eine Vielzahl von Genehmigungen großer gewerblicher Vorhaben wurden die im Haushaltsplan 2014 veranschlagten Gebühreneinnahmen für Baugenehmigung deutlich um ca. 25 % überschritten. Die beachtlichen Gebühreneinnahmen sind u. a. der Ansiedlung/Errichtung großer Logistikcenter in Großbeeren und Ludwigsfelde geschuldet, aber auch der Erweiterung des Classen-Werks in Baruth durch Werk IV ebenso wie der Errichtung eines modernen Bürogebäudes als Säule der Fachkräftesicherung bei Roll-Royce Deutschland GmbH, 6 großer Solarparks und 3 SB-Märkte.

Auch auf dem Sektor der Windenergienutzung kommen dem Landkreis Einnahmen in nicht unerheblichen Höhen zu.

Schwerpunkte der Tätigkeit (neben dem erwähnten Wohnungsbau) waren der weitere Ausbau erneuerbarer Energien (Solar- und Windkraftanlagen) und der Logistikbranche. Aber auch im Bereich des produzierenden Gewerbes (Bspw. Classen/Baruth, Rolls Royce/Dahlewitz) wurde erheblich investiert und eine große Zahl neuer Arbeitsplätze geschaffen.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Beschäftigung mit den Möglichkeiten dringender Unterbringung von Kriegsflüchtlingen und Asylbewerbern. Egal, ob es um vorübergehende oder dauerhafte Unterbringung geht, ist immer auch die baurechtliche Bewertung gefordert, die oft nicht ganz einfach ist. Kleine Erleichterungen hat insoweit die Bundesregierung mit einer punktuellen Anpassung des Baugesetzbuches (BauGB) auf den Weg gebracht, die in manchen Situationen hilfreich sind.

Die Arbeit im Sachgebiet Rechtliche Bauaufsicht war geprägt von der Aufarbeitung krankheitsbedingter Rückstände im Bereich der Widerspruchssachbearbeitung aus den beiden vorangegangenen Jahren. Nachdem im zweiten Halbjahr 2013 eine Sachbearbeiterin und 2014 ein Sachbearbeiter ganzjährig in den Widerspruchsbereich umgesetzt wurden gelang es, in eineinhalb Jahren 56 Widerspruchsverfahren neben dem Tagesgeschäft zu erledigen. Dabei konnten insbesondere alte Fälle zusätzlich abgearbeitet werden, die 1,6 Jahre Vollzeitbeschäftigung in der Widerspruchssachbearbeitung entsprechen. Es gelang bisher jedoch nicht, die durch die Umsetzung des Bußgeldsachbearbeiters in den Widerspruchsbereich für ein Jahr freigewordene Stelle befristet zu besetzen.

Die Eingänge an Widersprüchen gegen Verwaltungsakte der unteren Bauaufsichtsbehörde der Jahre 2013 und 2014 waren mit jeweils 91 gleich viele.

### **Sachgebiet Untere Denkmalschutzbehörde**

- *Denkmalliste*

Im Jahr 2014 wurden von Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und archäologischem Landesmuseum im Vergleich zum Vorjahr weniger Gebäude inventarisiert und in die Denkmalliste eingetragen. Somit sind auch weiterhin sind zahlreiche Denkmale noch nicht untersucht und in der Liste verzeichnet, so dass sich für deren Eigentümer oder Käufer Planungsunsicherheiten ergeben. Dies kann vor dem Hintergrund, dass historisch bedeutende Gebäude auch dann den Schutzbestimmungen unterliegen, wenn sie nicht in die Liste eingetragen sind, zu Konflikten führen.

Die Änderungen der Denkmalliste ergeben sich aus den folgenden Tabellen.

**Eintragungen in die Denkmalliste 2014**

Nr.	Gemeinde / Stadt / Amt	Anschrift/Objekt	Eintragung
1	Luckenwalde	Parkstr. 6, 7, 8 und 9; Gruppe von Mietwohnhäusern	07.02.2014
2	Luckenwalde	Parkstr. 60, 61 und 62 Gruppe von Mietwohnhäusern	28.02.2014
3	Niederer Fläming	Hohenahlsdorf, Dorfstraße Spritzenhaus	11.03.2014
4	Am Mellensee	Sperenberg, Karl-Fiedlerstr.15 Wohnhaus, Stallgebäude, Klohäuschen, Hofpflasterung und Grundstücksmauer	06.05.2014
5	Zossen	Weinberge 57 Kreis Krankenhaus	28.07.2014
6	Luckenwalde	Parkstr. 64,65,66 Gruppe von Mietwohnhäusern	24.10.2014
7	Luckenwalde	Poststr. 5 Wohnhaus	25.08.2014
8	Luckenwalde	Gottower Str.69 Wohnhaus	11.11.2014
9	Niedergörsdorf	Blönsdorf 19 Pfarrhaus mit Wirtschaftsgebäude	24.11.2014
10	Niedergörsdorf	Oehna Kriegerdenkmal	01.12.2014

**Löschungen aus der Denkmalliste 2014**

Nr.	Gemeinde / Stadt / Amt	Anschrift/Objekt	gelöscht am
1	Luckenwalde	Markt 33 Vereinshaus der Konsumgenossenschaft	24.11.2014

**Präzisierungen des Schutzzumfanges 2014**

Nr.	Gemeinde / Stadt / Amt	Anschrift	präzisierte Bezeichnung	präzisiert am
1	Zossen	Zossen, Kirchstraße	Schlossanlage mit Hauptgebäude, Torhaus, Rondell, Wallanlage, Gewölbegang, Pferdestall und Remise	13.01.2014

**Erweiterungen des Schutzzumfanges 2014**

Nr.	Gemeinde / Stadt / Amt	Anschrift	Erweiterte Bezeichnung	Erweitert am
1	Baruth	Mitschurinstraße 4c und Lieper Straße 3 15837 Petkus (Ortsteil von Baruth)	Gutsanlage Petkus, bestehend aus Herrenhaus (bereits eingetragenes Denkmal), „Alter Saatzucht“ und Wirtschaftshof (vier Stallgebäude, Haferscheune, Remise, Kornspeicher und	23.04.2014

Personen- und Funktionsbezeichnungen sind in männlicher Form verwendet worden. Der Verzicht auf sprachliche Gleichbehandlung soll die Lesbarkeit des Berichtes erleichtern.

			Schmiede)	
2	Ludwigsfelde	Struweg, 14974 Struveshof (Ortsteil von Ludwigsfelde)	Landwirtschaftliche Erziehungsanstalt Struveshof	07.08.2014
3	Jüterbog	Große Straße 78	Wohnhaus mit Kelleranlage und Quergebäude	28.11.2014

Die Benachrichtigung von Flächeneigentümern, auf deren Grundstücken Bodendenkmale bekannt sind, wurde im Berichtsjahr fortgesetzt. Für 43 ortsfeste Bodendenkmale wurden die Eigentümer ermittelt und über den Bodendenkmalstatus informiert. Insgesamt sind von den ca. 1530 archäologischen Fundstellen zum Ende des Jahres 2014 etwa 97 % über Benachrichtigungsschreiben an die Eigentümer oder über öffentliche Bekanntmachung bekanntgegeben.

- *Eigentümerwechsel*

Auch im Jahr 2014 wechselten mehrere Denkmale den Eigentümer. Die lebhafte Bewegung auf dem Immobilienmarkt setzte sich also fort. Die steuerlichen Vergünstigungen für die Sanierungskosten eines Denkmals wirken sich zudem sehr positiv aus. Wie im Vorjahr ist die Nachfrage in Jüterbog und Luckenwalde am höchsten. Das Angebot verkäuflicher Denkmale ist jedoch in beiden Städten schon sehr gering geworden, sodass selbst solche Gebäude Eigentümer gefunden haben, die noch vor wenigen Jahren schwer verkäuflich schienen, wie beispielsweise das ehemalige Amtsgericht in Jüterbog.

Nr.	Gemeinde / Stadt / Amt	Anschrift	Objekt
1	Trebbin	Löwendorf, An der Dorfau 8	Gehöft
2	Dahme	Ortsteil Gebersdorf, Dorfstr. 32	Wohnhaus
3	Jüterbog	Markt 7/8	Wohn- und Geschäftshaus
4		Schillerstr.53	Ehemaliges Amtsgericht
5		Wursthof 13	Wohnhaus
6		Dennewitzer Straße 15	Gehöft
7	Nuthe-Urstromtal	Wittbrietzener Straße 1	Wohnhaus
8	Niedergörsdorf	Eckmannsdorf Nr. 7	Gehöft
9		Dennewitz, Denkmalsberg 8	Wächterhaus (Forsthaus)
10		Wergzahna 27,29	Gehöft
11	Luckenwalde	Alex-Sailer-Straße 1a	Wohnhaus (Siedlung)
12		Am Anger 34	Wohnhaus (Siedlung)
13		Markt 8	Wohn- und Geschäftshaus
14		Parkstraße 60	Mietwohnhaus
15		Parkstraße 64	Mietwohnhaus
16		Schützenstraße 50	Mietwohnhaus
17	Zossen	Kallinchen, Hauptstraße 1	Wohnhaus

- *Ersatzvornahmen*

Personen- und Funktionsbezeichnungen sind in männlicher Form verwendet worden. Der Verzicht auf sprachliche Gleichbehandlung soll die Lesbarkeit des Berichtes erleichtern.

Im Jahr 2014 wurde eine Sicherungsmaßnahme im Sofortvollzug an einem Fachwerkgebäude in Stangenhagen durchgeführt, von dem durch seinen schlechten baulichen Zustand Gefahr für die öffentliche Sicherheit ausging. Das Eigentum an dem historisch sehr wertvollen Gebäude wurde von seinen Besitzern aufgegeben. Die Kosten für die Ersatzvornahme betragen rund 18.000 €.

- *Förderung*

Anders als in den beiden Jahren zuvor hat der Landkreis dieses Jahr Fördermittel in Höhe von insgesamt 10.000 € an private Denkmaleigentümer ausgereicht und damit 10 Maßnahmen in der Baudenkmalpflege finanziell unterstützt, teilweise sogar erst ermöglicht. Es hat sich erneut gezeigt, dass geringe Fördermittel ausreichen, um Investitionen in Erhaltungsmaßnahmen in Gang zu bringen.

- *Begonnene, fortgesetzte und erfolgreich abgeschlossene Projekte in Auswahl*

- Begonnene Vorhaben

- Jüterbog, Zinnaer Str. 5 und 6
- Zossen, Dekontamination der Kirche
- Baruth, Direktorenhaus im Museumsdorf Glashütte
- Luckenwalde, Fußgängerzone „Boulevard“ (Planungsphase)

- Fortgesetzte Vorhaben

- Jüterbog, Kloster Zinna, Klosterkirche, Empfangsgebäude der Königlichen Militäreisenbahn in Werder, Gutsark (Workcamp der Jugendbauhütte)
- Kirchen in Lichterfelde (Niederer Fläming) und Heinsdorf (Dahme)
- Rangsdorf, Zossen, Kirchplatz 7 (neues Stadtmuseum) und Alte Post und ehemaliges Amtsgericht am Markt (altersgerechtes Wohnen und Gewerbe)
- Ludwigsfelde, ehemaliges Verwalterhaus des Guts Siethen
- Am Mellensee, Empfangsgebäude der Königlichen Militäreisenbahn Kummersdorf-Gut
- Trebbin, Fachwerkgebäude Beelitzer Str. 47

- Abgeschlossene Vorhaben:

- Am Mellensee, Klausdorf, Am See 30 Villa
- Jüterbog, Planeberg 1 – 4, Sicherung der Alten Schauburg
- Niedergörsdorf, Wächterhaus auf dem Denkmalsberg in Dennewitz
- Dahme, Kirche St. Marien, Wasserturm
- Baruth, Kirche St. Sebastian
- Ludwigsfelde, Kulturhaus - jetzt „Klubhaus“, Gröben, ehemaliges Pfarrhaus
- Luckenwalde, Gymnasium (Sanierung und Restaurierung Eingangsbereich, Sicherung des Turms St. Jakobi, Sanierung der Eingangsbauten des Waldfriedhofs, Sanierung des Innenraums der Woltersdorfer Kirche, Schützenstraße 61
- Trebbin, Schloss und Park Märkisch Wilmersdorf, Rekonstruktion des Parktors

- *Bodendenkmalpflege*

Im Jahr blieb die Zahl archäologischer Untersuchungen auf einem relativ hohen Level. Meist fanden archäologische Untersuchungen bei der Errichtung von Einfamilienhäusern und der Verlegung von Ver- und Versorgungsleitungen statt. Bei außergewöhnlichen Funden fand in Absprache mit den Bauherren eine Öffentlichkeitsarbeit statt, so dass mehrfach in den Medien aktuell über neue Funde berichtet wurde. Trotz fehlender Möglichkeiten einer finanziellen Förderung gelang es dadurch, die Akzeptanz archäologischer Dokumentationen zu festigen. In allen Fällen wurden Steuerbescheinigungen ausgestellt, so dass die Bauherren diese Kosten steuerlich geltend machen konnten.

Über mehrere Monate fanden Ausgrabungen in der Kirche St. Marien in Dahme statt. Die Sanierung der Fundamente und des Fußbodens machten umfangreiche Erdeingriffe notwendig. Dabei wurden zahlreiche Münzen, Stecknadeln, Tonscherben und andere Gegenstände entdeckt. Parallel dazu erfolgten Untersuchungen zur Baugeschichte der Kirche, deren Ursprung im Mittelalter liegt. Um die Öffentlichkeit zu informieren, veranstaltete das Grabungsteam um Ullrich Wiegmann mehrere Baustellenführungen.

In den kommenden Jahren werden einige große Baumaßnahmen stattfinden, die archäologische Untersuchungen erforderlich machen:

- Luckenwalde, Neugestaltung des Boulevards
- Dahme/Mark, Sanierung der B102, Ortsdurchfahrt
- Jüterbog, Sanierung der B102, Ortsdurchfahrt

Die meisten dieser Großvorhaben werden in den Jahren 2015 - 2017 realisiert, wobei umfangreiche archäologische Dokumentationsmaßnahmen zu erwarten sind.

Die Denkmalschutzbehörde im Landkreis Teltow-Fläming wird durch ehrenamtliche Helfer unterstützt. Derzeit sind 22 Bürger als ehrenamtliche Beauftragte für Denkmalpflege berufen und werden durch die Untere Denkmalschutzbehörde betreut. Davon untersuchen und kartieren 17 in ihrer Freizeit bekannte archäologische Fundstellen und sammeln dort Oberflächenfunde wie Feuersteingeräte oder Tonscherben. Fünf ehrenamtliche Baudenkmalpfleger sind überwiegend in Kummersdorf aktiv. In den vergangenen Jahren gelang es, durch die Betreuung von Schüler- und Studienpraktikanten auch junge Leute für dieses Ehrenamt zu gewinnen. In diesem Jahr wurden fünf Schülerpraktikanten betreut, drei in der Bodendenkmalpflege und zwei in der Baudenkmalpflege.

- *Öffentlichkeits- und Vereinsarbeit*

Große Bemühungen gab es, die Öffentlichkeit über die Arbeitsinhalte und Arbeitsweise zu informieren. Das Interesse ist hoch, wie die lebhafteste Teilnahme der Bevölkerung am Tag des offenen Denkmals beweist. Die im Landkreis zahlreichen Vereine zur Förderung von Denkmalen nahmen wie jedes Jahr sehr engagiert teil und zeigten der Öffentlichkeit ihre Schützlinge.

Der Archäologentag Teltow-Fläming fand am 16. Februar im Clauerthaus in Trebbin statt, wobei mit ca. 200 Besuchern ein neuer Rekord verzeichnet werden konnte. Die Vorträge zu den Forschungen und Ausgrabungen des Vorjahres spannten einen Bogen von der Bronzezeit bis zur Neuzeit. Das Rahmenprogramm mit Bücherständen, einem Schülerquiz und der Besichtigung der Trebbiner Heimatstube wurde rege genutzt.

Personen- und Funktionsbezeichnungen sind in männlicher Form verwendet worden. Der Verzicht auf sprachliche Gleichbehandlung soll die Lesbarkeit des Berichtes erleichtern.

Zahlreiche Presseartikel, Beiträge im Regionalfernsehen und mehrere Vorträge informierten aktuell über archäologische Funde und Ausgrabungen in allen Regionen des Landkreises.

Dieses Jahr wurde der Denkmalpflegepreis des Landkreises Teltow-Fläming wieder vergeben, nachdem im Jahr zuvor eine neue Richtlinie vom Kreistag beschlossen worden war. Die Preisverleihung wird künftig nur alle zwei Jahre stattfinden, und die Bevölkerung ist aufgerufen, sich zu bewerben bzw. Vorschläge einzureichen. Die Veranstaltung wurde im Borgisdorfer Oberlaubenstall vom dortigen Verein ausgerichtet, der für ein beeindruckendes gastronomisches Angebot und hervorragende Stimmung sorgte.

Der Denkmalkalender, der mittlerweile eine „Institution“ geworden ist, konnte dank der klaren Haushaltslage des Kreises auf „normalem“ Weg produziert werden. Auch das „Denkmal des Monats“ ist inzwischen „in Serie“ gegangen und wird von der Presse regelmäßig aufgenommen.

Die aktive Öffentlichkeitsarbeit wirkt sich sehr positiv aus. Zunehmend treffen die Aufgaben und die Arbeitsweise der Denkmalschutzbehörde auf Verständnis und finden somit Akzeptanz in der Bevölkerung.

- *Abrisse und Unglücksfälle*

Glücklicherweise gibt es in diesem Jahr hierüber nichts zu berichten. Ein Denkmal musste allerdings aus der Denkmalliste gelöscht werden (s. Tabelle), weil es so stark geschädigt war, dass eine Sanierung ohne entscheidende Substanzverluste nicht mehr möglich war.

- *Projektgruppe Kummersdorf*

Die Ausstellung, die zu Jahresbeginn vom Landkreis gemeinsam mit dem Museumsverein produziert und im Foyer der Kreisverwaltung gezeigt wurde, wanderte im Sommer 2014 ins Finanzministerium nach Potsdam, dem Eigentümer der Liegenschaft. Dort konnten bis in den November Fotos von den eindrucksvollen Bauten und Anlagen dieses herausragenden Denkmals betrachtet werden. Seit ihrer Gründung im Januar 2009 präsentiert die Projektgruppe ihre Arbeitsergebnisse jedes Jahr im November öffentlich, so auch in diesem Jahr. Pünktlich zur Veranstaltung ist eine Broschüre zur Geschichte der Heeresversuchsstelle mit zahlreichen farbigen Abbildungen erschienen, deren Produktion von der Mittelbrandenburgischen Sparkasse gefördert wurde. Die Nachfrage ist außerordentlich hoch. Sie kann im Museum des Vereins in Kummersdorf-Gut und im Büro der Denkmalschutzbehörde für eine Schutzgebühr von 5 € erworben werden. Zur Entwicklung der Liegenschaft ist ein Konzept des Berliner Büros HochC im Auftrag der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben vorgelegt worden, das sich allerdings vorrangig mit der wirtschaftlichen Verwertung durch Windkraft- und Photovoltaikanlagen beschäftigte. Die Einsicht, dass es sich hier um ein weltweit einzigartiges Denkmal von internationaler Bedeutung mit dem Potenzial, auf die UNESCO-Welterbeliste aufgenommen zu werden, handelt, hat sich bedauerlicherweise immer noch nicht fest etabliert.

Nach wie vor wurden seitens des Landes Brandenburg auch noch keine Maßnahmen zur Sicherung und Erhaltung der stark geschädigten Bauwerke ergriffen, obwohl der Landkreis bereits vor zwei Jahren Sicherungskonzepte für sechs Gebäude vorgelegt und somit das Land unterstützt hatte.

## Umweltamt

### Allgemein

Im Berichtszeitraum gab es weiterhin erhebliche Langzeitausfälle von Beschäftigten. Angefangene Projekte in den Sachgebieten wurden, z. T. nach genehmigten Verlängerungen zu Ende geführt, jedoch keine neuen mehr begonnen.

Es wurden insgesamt 8 Kreistagsvorlagen erarbeitet und 5 Anfragen von Abgeordneten beantwortet. Im Jahresverlauf absolvierten 5 Auszubildende ihre praktische Ausbildungszeit sowie 3 Praktikanten eine mehrwöchige Tätigkeit im Amt.

Die Vortragsveranstaltung zum „Tag der Umwelt“ musste wegen kurzfristiger Absagen ausfallen.

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit war das Amt in 44 Fällen tätig. Es wurden gegenüber den Medien und Bürgern Anfragen beantwortet und mehrere Artikel für das Intranet und Internet bereitgestellt.

### Amtsleiterbereich

Bestandteile sind sachgebietsübergreifend die Bearbeitung von Widersprüchen und Einsprüchen, die Verfahrenskoordination und die Haushaltssachbearbeitung sowie das geografische Informationssystem und die Klimakoordinierungsstelle.

Aufgabenthematik	2 0 1 2 Anzahl	2 0 1 3 Anzahl	2 0 1 4 Anzahl
Widersprüche (einschließlich Einsprüche)	25	34	31
Bündelung Verfahren Bundesimmissionsschutzrecht	151	158	148
Auskunftsersuchen nach Umweltinformationsgesetz	12	9	20

### Klimakoordinierungsstelle

2014 erhielt der Landkreis die Auszeichnung „Good Practice Energieeffizienz“ von der vom Bundestag eingerichteten Deutschen Energie-Agentur GmbH (dena). Diese vergab das Label in der Kategorie „Information und Motivation“ für die Sensibilisierung von Mitarbeitern für Klimaschutzmaßnahmen und die hierdurch (nicht nur in der Verwaltung) umgesetzten Klimaschutzmaßnahmen. Ausgezeichnet wurden u. a. durchgeführte Schulungen und die kontinuierliche Sensibilisierung von Mitarbeitern durch Verleih von Energiemessgeräten, Beiträgen im Inter- und Intranet, regelmäßige Vernetzungstreffen mit unterschiedlichen Ämtern u. v. m. Auch erfolgreich realisierte Einsparpotenziale trugen zur Auszeichnung des Landkreises bei.

Das im Jahr 2012 gemäß Kreistagsbeschluss begonnene Projekt „Einführung von Energiesparmodellen in kreiseigenen Schulen“ konnte erfolgreich fortgesetzt werden. Im Ergebnis der teilnehmenden 11 Schulen sparte der Landkreis gegenüber dem Basisjahr 2010 mehr als 1 Mio. kWh für Wärme und Strom ein und reduzierte allein hierdurch den CO<sub>2</sub>-Ausstoß um mehr als 310.000 kg. Hierdurch ergab sich für das Jahr eine Kostendämpfung um etwa. 100.000 €. Dazu kommt die Reduzierung des Wasserverbrauchs um 6.100 m<sup>3</sup> gegenüber dem Bezugsjahr. In Anerkennung dieser Ergebnisse wurde der Landkreis im Jahr 2014 im Rahmen des Wettbewerbs Kommunalen Klimaschutz (Deutsches Institut für Urbanistik - DfU) als Modellkommune

Personen- und Funktionsbezeichnungen sind in männlicher Form verwendet worden. Der Verzicht auf sprachliche Gleichbehandlung soll die Lesbarkeit des Berichtes erleichtern.

ausgewählt und durch Publikationen im Internet und über Flyer bundesweit bekannt gemacht. Weitere Beachtung fand die Teilnahme des Schulprojektes am Wettbewerb Nachhaltigkeitspreis 2014 des Landes Brandenburg. Auf dem bundesweiten Vernetzungstreffen des Projektbevollmächtigten des Bundes „PTJ“ wurden die Projekterfahrungen aus Teltow-Fläming vorgestellt. Die kreiseigene Förderschule „Am Waldblick“ in Mahlow gewann mit dem Energiesparprojekt an Schulen den Bundesumweltwettbewerb „Energiesparmeister“ sowie den Deutschen Klimapreis der Allianz-Umweltstiftung.

2014 erfolgte wie in den Vorjahren auch die Netzwerkarbeit auf regionaler, kreisweiter und bundesweiter Ebene. Zu nennen sind hier beispielhaft die Durchführung eines Bürgermeister-Workshops mit klimaschutzrelevanten Inhalten, die Ausrichtung des Energietages im Rahmen der Wirtschaftswoche des Landkreises Teltow-Fläming zum neuen EEG 2014 mit Berichten und Angeboten regionaler Energiegenossenschaften, u. a. mit Referenten aus Ministerien, Forschung, Wirtschaft und Kommunalverwaltungen. Auch kostenlose, teils mehrmonatige Fortbildungen für kommunale Angestellte aus kreiseigenen Kommunen (BEAM 21), sowie Informationsveranstaltungen der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming und ZukunftsAgentur Brandenburg (ZAB) im Haus bildeten wichtige Foren für die Information und den Austausch der Kommunen zu Energiespar- und Klimaschutzmaßnahmen.

Im Landkreis, der anerkannte 100-%-Erneuerbare Energieregion und Mitglied im Klima-Bündnis e. V. ist, wurden wieder sogenannte Energiesparpakete (bestückt mit Strommessgeräten) zum kostenlosen Verleih für die Bevölkerung durch alle kommunalen Bibliotheken vorgehalten. Das Angebot wurde rege angenommen.

Vier Bürgerabende im Rahmen der Bundesinitiative „Hauswende“ wurden gemeinsam mit der Volkshochschule und dem Flughafenberatungszentrum sowie externen Beratern durchgeführt. Zahlreiche Bürger nutzten die Gelegenheit, sich über Sanierungs- und Fördermöglichkeiten zu informieren. Die genannten Bürgerinformationen wurden durch Intranetbeiträge, Telefonberatungen und Auslage von Broschüren und Flyern ergänzt.

Im Rahmen des Regionalen Energiespar- und Klimaschutzkonzeptes (REK) wurde und wird zusätzlich die Möglichkeit geboten, sich im Foyer des Kreishauses am „Klima-Häuschen“, einer interaktiv gestalteten digitalen Präsentation, über Klima- und Energiefakten sowie bei einem Quiz zu informieren. Im Jahr wurden zudem Kreistagsbeschlüsse herbeigeführt, die sich für die Bereitstellung kreiseigener Flächen zur Nutzung von Sonnenenergie zur Energiegewinnung aussprechen und eine Aufforderung an die Landesregierung enthalten, sich in einer Bundesratsinitiative für die bundesweite Vereinheitlichung der (Strom-)Netzentgelte einzusetzen. Insofern wird die entsprechende Forderung in der vom Landkreis unterzeichneten und an den Bund überreichten Politikempfehlung PLAN N 2.0 bekräftigt.

#### **Übersicht klimawirksamer Maßnahmen (Federführung durch Klimakoordinierungsstelle)**

<b>Gas/Benzin-Hybrid-Kfz, E-Auto, Optimierung des Fuhrparkes</b>	Betrieb von 16 der insgesamt 81 Kfz mit innovativer Hybridtechnik, Erstellung eines Fuhrparkkonzeptes unter Berücksichtigung eines E-Autos, kontinuierliche Optimierung, u. a. Ersatz des Dienst-Kfz der Landrätin durch ein leistungsärmeres, energieeffizienteres und kraftstoffsparendes Fahrzeug
--	---

<b>Erfassung von Kennwerten (Fuhrpark, Medienverbrauch kreiseigener Gebäuden)</b>	Daten werden manuell erfasst und fortgeschrieben. Die Prüfung der Beschaffung einer FM-Software steht an.
<b>Ermittlung des gemäß EEG erzeugten Stroms</b>	kontinuierlich für den gesamten Landkreis (99 % EE), Monitoring Ausbaustand EE-Anlagen
<b>Mitgliedschaften in bundesweiten Foren, Auszeichnungen in Wettbewerben</b>	anerkannte 100-EE-Region, Klima-Bündnis e.V., Cluster Energietechnik, Darstellung auf Repowermap.org, Auszeichnung des "Schulprojektes" als bundesweites Modellprojekt (DifU), Auszeichnung des Landkreises mit dem Label „Good Practice Energieeffizienz“ der Deutschen Energie-Agentur GmbH (dena) (Motivation und Bildung) u. v. m.
<b>Photovoltaik auf kreiseigenen Dächern</b>	KT-Beschluss im November: geeignete kreiseigene Flächen werden für PV bereitgestellt
<b>CO<sub>2</sub>-Bindung im Kreiswald</b>	64.953 fm in 2014(= 54.083 t CO <sub>2</sub> -Bindung – konservativ betrachtet)
<b>Workshops, Wanderausstellungen, Informationsveranstaltungen, Internet-, Presse-, Intranetbeiträge, Auslage von Informationsmaterialien</b>	1 mehrmonatiges Fortbildungsseminar für 10 kommunale Beschäftigte (BEAM 21), 2 überregionale Veranstaltungen, diverse Pressemitteilungen, 10 Intranetbeiträge
<b>kostenloser Messgeräte-Verleih „Klimakiste“ „Firmenticket“</b>	10 Vorträge, 1 BM-Treffen, 2 Netzwerktreffen, kontinuierliche Auslage von Energiespar- und Klimaschutzinfos für Bürger und Beschäftigte, Energiespar-Info-Point im Foyer, Mitarbeitersensibilisierung, 4 Bürger-Veranstaltungen in 3 Kommunen ("Hauswende")
	kontinuierlicher Verleih von Messgeräten an Beschäftigte, Praktikanten, Bildungsträger (31 x)
<b>Mitarbeit in externen Gremien</b>	Aufnahme der Maßnahme in das PEK Reg. Planungsgemeinschaft, Cluster Energietechnik, Initiative Energieeffizienz der Deutschen Energie Agentur GmbH (dena), fachliche Zuarbeit DifU, fachlicher Austausch mit FES, HBS
<b>Erstellung eines Energie- und Klimaschutzkonzeptes</b>	Umsetzung des REK, Workshop für Kommunen
<b>Einführung von Energiesparmodellen in kreiseigenen Schulen</b>	Weiterführung des Projektes in 12 kreiseigenen Schulen (Einsparung: 310.000 kg CO <sub>2</sub> , >10 % Energie, 100.000 €)
<b>Verleih-Geräte für Bibliotheken</b>	Verstetigung des Verleihs von Energiemessgeräten in öffentlichen Bibliotheken (nach Erstausrüstung in 2013)
<b>bislang unbekannte Krankheiten</b>	Erfassung und Monitoring

## Sachgebiet Wasser, Boden, Abfall

- *Gewässerschutz (Untere Wasserbehörde)*

Im Frühjahr konnten die wasserrechtliche Erlaubnis und die wasserrechtliche Genehmigung zum Umbau und der Erweiterung der Tandemkläranlage Zossen erteilt werden. Nach einem fast zweijährigen Verfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung und

Personen- und Funktionsbezeichnungen sind in männlicher Form verwendet worden. Der Verzicht auf sprachliche Gleichbehandlung soll die Lesbarkeit des Berichtes erleichtern.

Umweltverträglichkeitsprüfung waren nun alle Belange berücksichtigt und abgewogen. Die abschließenden Entscheidungen konnten getroffen werden. Der Umbau der technischen Anlagen wurde noch 2014 weitgehend abgeschlossen.

Im August/September begann offiziell das Verfahren zur Neufestsetzung der Trinkwasserschutzzonen für das Wasserwerk Groß Schulzendorf. Hierzu wurden die Verordnungsunterlagen öffentlich in Ludwigsfelde, Zossen und Luckenwalde zur Einsicht ausgelegt. Der dazugehörige Erörterungstermin fand am 16. Oktober im Rathaus zu Ludwigsfelde statt. Mit etwa 60 Teilnehmern wurden widerstreitende Meinungen ausgetauscht und Erläuterungen gegeben. Bis Fristende wurden ca. 200 Einwendungen entgegengenommen. Das Verfahren wird 2015 fortgeführt.

<b>Aufgabenfeld UWB</b>	<b>Fälle 2012</b>	<b>Fälle 2013</b>	<b>Fälle 2014</b>
Erteilung/Aufhebung von Erlaubnissen/ Anzeigen für Gewässerbenutzung (z. B. Abwassereinleitungen, Kleinkläranlagen etc.)	347	599	506
Genehmigung/Ablehnung von Anlagen in und an Gewässern (z. B. Brücken, Stege, Kabelverlegung)	21	28	21
Zulassung zum Befahren nicht schiffbarer Gewässer	0	2	2
Genehmigung/Ablehnung von Abwasseranlagen und Indirekteinleitungen	25	30	39
Überprüfung von Abwassereinleitungen (ggf. zzgl. Anzahl der Wartungsprotokolle KKA, hier: amtliche Überwachung)	113	92	312
Bearbeitung von Anzeigen zum Umgang von wassergefährdenden Stoffen (z. B. Tankstellen, Ölheizungen sowie ständige Überprüfungen etc.)	233	297	487
Meldungen über Austritt wassergefährdender Stoffe und Gewässerverunreinigungen	4	3	3
Überwachung der Gewässerunterhaltung	294	358	324
Durchführung von Gewässer- und Deichschau	22	24	24
Anordnung von Schutzarbeiten bei Hochwasser (alternativ Angabe in Tagen)	1	15	3
Feststellung alter Rechte und Befugnisse	80	443	66
Ordnungsbehördliche Verfahren/Maßnahmen	84	65	141
Bußgeld- und Entschädigungsverfahren	19	8	1
Stellungnahmen/Einvernehmen (z. B. BImSch-Genehm., Baugenehmigungen etc.)	769	431	715
Anzeigen/Außerbetriebsetzen von Anlagen/Benutzungsanlagen	1	2	0
Ausnahmegenehmigungen zu Verboten an Hochwasserschutzanlagen und in Hochwasserschutzgebieten	0	0	1
Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigungen (LAR) und Grundwassermessstellen	9	1	1
Befreiung von der Abwasserbeseitigungspflicht (z. B. Kleinkläranlagen)	28	18	22
Bauabnahmen	55	48	76
Abwasserbeseitigungskonzepte	0	0	1

Personen- und Funktionsbezeichnungen sind in männlicher Form verwendet worden. Der Verzicht auf sprachliche Gleichbehandlung soll die Lesbarkeit des Berichtes erleichtern.

Anordnung zum Gemeingebrauch	0	0	0
Anordnung/Anzeige bei Erdaufschlüssen (z. B. Wärmepumpen)	232	323	225
Festsetzung von Wasserschutzgebieten, Verfahren in Trinkwasserschutz-zonen	83	12	37
Umweltinspektionen, CC-Kontrollen	40	41	43
<b>Summe</b>	<b>2.464</b>	<b>2.847</b>	<b>3.050</b>
<b>Fälle je Vollzeitäquivalent</b>	<b>284</b>	<b>328</b>	<b>380</b>

- *Bodenschutz (Untere Bodenschutzbehörde)*

Die Sanierungsanlage in Neues Lager „Chemische Reinigung“ (größte militärische Altlast des Landkreises) wurde weiter optimiert. Gleichzeitig gelang es, die Grundwasserverunreinigung endgültig räumlich abzugrenzen. Bisher wurden insgesamt ca. 25 t chlorierte Kohlenwasserstoffe (CKW) aus dem Grundwasser entfernt.

Das Altlasten-Haftungsfreistellungsprojekt „Wäscherei Blankenfelde“ (größte zivile Altlast des Landkreises) wurde ebenfalls fortgeführt. Die Sanierungsanlage musste weiter angepasst werden. Bisher wurden insgesamt aus der Bodenluft 5,4 t CKW und aus dem Grundwasser 5,7 t CKW entfernt.

Die Arbeiten am Altlastenprojekt „Industriepark Ludwigsfelde“ gestalteten sich weiter kontinuierlich. Gegenwärtig wird eine weitere Bodensanierungsmaßnahme ausgeführt. Mehrere 100 t mit Mineralölprodukten verunreinigtes Erdreich werden entnommen.

Zur Vorbereitung einer Baumaßnahme in Luckenwalde ist es erforderlich, die Sanierung des ehemaligen innerstädtischen Gaswerkgeländes weiter voranzutreiben. Auch hier ist Boden zu entnehmen. Dieser ist mit polyzyklischen aromatischen Kohlenwasserstoffen (PAK) und Cyaniden sehr stark belastet.

- *Abfallwirtschaft (Untere Abfallwirtschaftsbehörde)*

Das Projekt „Teufelssee“ ging in seine 2. Phase. Die Entnahme von Deponiegut konnte damit abgeschlossen werden. Es wurden noch einmal 8.000 m<sup>3</sup> schädigendes Material aus dem Moor entnommen. Damit ist das Gesamtprojekt der Revitalisierung Naturschutzgebiet (NSG) Teufelssee abgeschlossen. Die Maßnahme wurde aus Mitteln des Naturschutzfonds Brandenburg und der EU finanziert.

Es wurde damit begonnen, angemeldete gewerbliche und gemeinnützige Abfallsammlungen zu überwachen. Dabei geht es um die Erfassung der gesammelten Mengen, die Kontrolle der Wege der Verwertung bzw. Beseitigung und die Einhaltung von Fristen.

Die **Umweltstreife** hat folgende Abfallmengen eingesammelt und einer sachgerechten Verwertung oder Beseitigung zugeleitet:

Abfallart	2012	2013	2014
Hausmüll ähnliche Abfälle in kg	94.020	83.520	41.220
Kühlgeräte in Stück	24	14	14
Reifen in Stück	672	377	518
Batterien in Stück	10	0	2
elektronische Geräte in Stück	85	84	76
Sonderabfälle in kg	3.590	3.360	660

### Sachgebiet untere Naturschutzbehörde (UNB)

Dieser Fachbereich umfasst die Aufgabenbereiche Landschaftsplanung, Eingriffsregelung, Schutzgebiete, -objekte, Artenschutz und Landschaftspflege sowie Verwaltungsverfahren.

2014 wurden u. a. von den Ersatzzahlungsgeldern des Flughafen BER über den Naturschutzfonds, die Flächenagentur Brandenburg und die BADC (Berlin-Brandenburg

Area Development Company GmbH) mehrere Projekte begleitet. Das Projekt „Sanierung des Bitterlingsteiches“ in Jütchendorf befindet sich derzeit in der Umsetzungsphase. Mit der Umsetzung des Projektes Flächenpool „Sanierung des Schlossteiches Jüterbog“ wurde begonnen. Im Jahr 2015 soll es abgeschlossen werden.

Von der UNB wurde die Umsetzung der Kompensationsmaßnahmen des BER begleitet, speziell im Projekt „Komplexe Kompensationsmaßnahmen Zülowniederung“. Das Projekt „Erprobung und Entwicklung von Methoden zur Heidepflege durch kontrolliertes Brennen auf munitionsbelasteten Flächen im NSG Heidehof-Golmberg“ wurde mit der Vorlage des Abschlussberichtes beendet. Derzeit erfolgt noch die Endabrechnung mit den Fördermittelgebern.

Es konnten interessante Erkenntnisse aus dem Projekt aus technischer Sicht (Technik für die Waldbrandbekämpfung) und naturschutzfachlicher Sicht (Pflege von Heiden) gewonnen werden, auf die in zukünftigen Projekten zurückgegriffen werden kann. Im Rahmen des Moorschutzprogrammes konnte die Machbarkeitsstudie „Renaturierung Rauhes Luch im NSG /FFH-Gebiet Rauhes Luch“ zum Abschluss gebracht werden.

Auf den ehemaligen WGT-Liegenschaften in den Ortsteilen Altes Lager und Neues Lager wurden die Abrissarbeiten von Gebäuden und Zuwegungen durch die Brandenburgische Boden Gesellschaft für Grundstücksverwaltung und -verwertung mbH (BBG) intensiv fortgeführt. Die UNB begleitet diese Maßnahmen aus artenschutzrechtlicher Sicht und Gründen der Eingriffsregelung. Die Maßnahmen stehen als Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für Eingriffe in Natur und Landschaft, z. B. für die Errichtung von Windkraftanlagen zu Verfügung. Das entnommene Material wurde u. a. für die Erschließung der Windkraftanlagen verwendet.

Im Zuge der Wiederbesiedlung angestammter Gewässerlebensräume durch den Biber findet zurzeit eine Ausbreitung dieser Art im Landkreis statt. Die gesetzlich streng geschützte Art kann mit ihrer Lebensweise zu Konflikten mit Landnutzern oder dem Hochwasserschutz führen. Seit dem vergangenen Jahr gibt es im Bereich Dobbrikow Probleme. Diese werden die UNB in den kommenden Jahren weiter beschäftigen.

Die UNB arbeitete intensiv in der projektbegleitenden Arbeitsgruppe ehemalige Heeresversuchsanstalt Kummersdorf -Gut mit.

Das Verfahren zur Unterschutzstellung von Bäumen (Baumschutzverordnung) wurde mit dem Beschluss des Kreistages Ende 2013 abgeschlossen und seit Anfang 2014 umgesetzt.

Im Bereich der Schutzgebiete wurde das LSG-Unterschutzstellungsverfahren „Baruther Urstromtal – Luckenwalder Heide“ fortgeführt. Im Verfahren zur Unterschutzstellung des Landschaftsschutzgebietes „Wierachteiche – Zossener Heide“ wurde mit der vorgezogenen Beteiligung der Träger öffentlicher Belange begonnen. Die Naturdenkmalverordnungen wurden überarbeitet und aktualisiert und befinden sich im Unterschutzstellungsverfahren kurz vor dem Abschluss.

Als Alternative zu den Unterschutzstellungsverfahren werden im Land Brandenburg Bewirtschaftungserlasse (BE) erarbeitet. Diese setzen jedoch eine entsprechende Kooperationsbereitschaft zwischen Eigentümer und Nutzer voraus, um die Maßnahmen zur Sicherung der FFH-Gebiete auf Grundlage von Vereinbarungen umzusetzen. Bislang gibt es im Landkreis 5 Erlasse. 2014 wurde der BE „Blönsdorf“ rechtskräftig. Für die Betreuung, Koordination und Kontrolle der Umsetzung ist die untere Naturschutzbehörde verantwortlich.

Die Arbeit des Naturschutzbeirates konnte im Jahr mit 6 Sitzungen fortgesetzt werden. Es wurden 22 Beschlüsse gefasst. Mit Beschluss des Kreisausschusses wurde die

Landrätin beauftragt die Mitglieder des Naturschutzbeirates neu zu berufen. Die Berufung erfolgte im Januar 2015.

Das 10. Internationale Jugendworkcamp in Rangsdorf wurde erfolgreich durchgeführt. Die UNB leistet hier seit Jahren fachliche Unterstützung.

Aufgabenfeld UNB	Fälle 2012	Fälle 2013	Fälle 2014
Stellungnahmen zu Fachplanungen/Planungen	333	386	321
Zustimmungen / Genehmigungen / Ablehnungen bei Einzelvorhaben in geschützten Gebieten	87	108	153
Genehmigungen / Ablehnungen gemäß Baumschutzverordnung	287	305	235
Stellungnahmen bei Verfahren mit Konzentrationswirkung, sonstige Stellungnahmen	1.021	1.064	1.009
naturschutzrechtliche Genehmigungen gemäß § 17 Abs. 3 BNatSchG	307	355	128
sonstige naturschutzrechtliche Genehmigungen	648	722	792
Anordnung zur Wiederherstellung des früheren Zustandes	0	4	0
Erstellung/Fortschreibung / Beteiligung bei der Aufstellung von Landschaftsrahmenplänen	5	8	0
Kontrollen im Rahmen des Vertragsnaturschutzes / sonstige Kontrollen und Prüfungen	326	286	136
ordnungsbehördliche Verfahren/Maßnahmen	86	69	84
Bußgeld- und Entschädigungsverfahren	192	192	160
Unterschutzstellungsverfahren/Pflegepläne für Schutzgebiete	27	9	45
Beteiligung an Förderprogrammen	103	149	95
Ausschreibungen / Vergabe an Dritte	3	0	0
<b>Summe</b>	<b>3.442</b>	<b>3.686</b>	<b>3.158</b>
<b>Fälle je Vollzeitäquivalent</b>	<b>288</b>	<b>311</b>	<b>264</b>

## Landwirtschaftsamt

### Sachgebiet Agrarförderung

- *Direktzahlungen und benachteiligte Gebiete*

Insgesamt haben 268 landwirtschaftliche Betriebe einen Antrag auf Agrarförderung gestellt, darunter 163 Unternehmen papierlos über das Internet. Damit hat sich die Internetbeantragung gegenüber den Vorjahren weiter erhöht. 90 Antragsteller reichten ihren Antrag mittels Datenträger ein und 15 Antragsteller stellten einen Papierantrag.

- *angemeldete Flächen 2014*

<b>Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LN) /ha</b>	<b>91.130,2890</b>
dav. Ackerland und Dauerkulturen	75.066,2318
dav. Dauergrünland	15.671,7587
dav. Beweidung außerhalb LN	392,2985

- *Direktzahlungen und benachteiligte Gebiete*

Personen- und Funktionsbezeichnungen sind in männlicher Form verwendet worden. Der Verzicht auf sprachliche Gleichbehandlung soll die Lesbarkeit des Berichtes erleichtern.

Im Rahmen der Agrarförderung wurden 264 Anträge auf Betriebsprämie gestellt. Bewilligt wurden hierfür ca. 24 Mio. €, davon 396.234 € Umverteilungsprämie aus dem Haushalt der Europäischen Union.

Fast 50 % der landwirtschaftlichen Fläche des Landkreises fällt unter die Rubrik benachteiligte Gebiete. 136 landwirtschaftliche Unternehmen haben einen Antrag auf Ausgleich gestellt, der mit 1,2 Mio. € gefördert wurde.

Bei den Vor-Ort-Kontrollen Cross Compliance (CC) wurden wiederholt in mehreren Fällen Verstöße festgestellt, die mit Sanktionen zwischen 1 bis 20 % geahndet werden.

Im Rahmen des Kulturlandschaftsprogramms (KULAP) wurden 157 Anträge gestellt.

Die verschiedenen Maßnahmen innerhalb des Förderprogrammes werden auf einer Fläche von 18.198 ha durchgeführt. Dies entspricht 20,28 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche des Landkreises. Für die Ertragsausfälle durch extensive und ökologische Bewirtschaftung erhalten die Antragsteller insgesamt einen Ausgleich von 1,019 Mio. €. Aufgrund der Umstellung des Förderzeitraumes vom Wirtschaftsjahr, 1. Juli bis 30. Juni des darauffolgenden Jahres auf das Kalenderjahr, wurde nur für ein halbes Jahr und zwar für den Zeitraum 1. Juli bis 31. Dezember 2013 gezahlt.

In Vorbereitung auf die kommende neue Förderperiode konnten Anträge im Rahmen des Kulturlandschaftsprogrammes für einen Verpflichtungszeitraum von 5 Jahren, vom 01.01.2015 – 31.12.2019, gestellt werden.

- *Feldblockpflege*

In diesem Jahr wurden im Landkreis insgesamt 5.350 Referenzpflegeaufträge (RPA) mit notwendigen Feldblockkorrekturen abgearbeitet. Weitere 1.709 RPA konnten nach Bildschirmsichtung abgewiesen werden, da keine Änderungen an den Feldblöcken oder Landschaftselementen erkennbar waren. Der Schwerpunkt der Feldblockpflege lag im Jahr auf Korrekturen der Hauptbodennutzungsarten, insbesondere dem Wechsel von Ackerland zu Dauergrünland. Es kam dadurch zu vielen Feldblockteilungen. Des Weiteren mussten neue Feldblöcke für Dauerkulturen gebildet und demzufolge überprüft werden. Bis zum Jahresende wurden insgesamt ca. 115 Vor-Ort-Kontrollen durchgeführt. Diese bezogen sich hauptsächlich auf die Feststellung der Hauptbodennutzungsarten.

- *Ausbildung*

Es wurden 2 Auszubildende betreut und in den einzelnen Bereichen unterwiesen. Die Auszubildenden leisteten dabei eine sehr gute Arbeit.

- *Abtretungen/Pfändungen*

Es waren insgesamt 53 Abtretungen zu bearbeiten, wovon 43 im Jahr 2014 neu eingingen. Die 10 Abtretungen aus den Vorjahren beziehen sich fortlaufend auf mehrere Jahre. Weiterhin waren 19 Pfändungen zu bearbeiten, davon 15 aus dem Jahr 2014. Insgesamt beläuft sich die Forderungshöhe auf 6,7 Mio. €.

## **Sachgebiet Agrarstruktur**

- *Investive Förderung*

Landwirtschaftliche Unternehmen des Landkreises konnten die Möglichkeit zur Förderung geplanter Investitionsmaßnahmen nicht nutzen, da die Richtlinie zum Antragsverfahren gegenwärtig erarbeitet wird. Termin für die Antragsöffnung ist für Mitte 2015 vorgesehen.

- *Grundstücksverkehr und Landpacht*

Es wurden insgesamt 340 Grundstücksverträge bearbeitet. Von den 239 vorliegenden Kaufverträgen haben in 109 Verträgen landwirtschaftliche Unternehmen 915,72 ha für 6,0 Mio. € erworben. Im gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres wurden 825,51 ha für 4,2 Mio. € erworben. Die Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) hat bisher 8.511,35 ha nach dem Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz (EALG) veräußert. Dabei entfallen auf das Jahr 545,85 ha und 5,32 ha außerhalb des EALG.

Die landwirtschaftlichen Unternehmen haben zum gegenwärtigen Zeitpunkt 12.011 Pachtverträge mit einer Fläche von ca. 82.300 ha angezeigt. Der an die Pächter zu zahlende Pachtpreis beträgt ca. 7,5 Mio €. Durch Infrastrukturmaßnahmen wurden der Landwirtschaft ca. 2.820 ha landwirtschaftliche Nutzfläche im Zeitraum von 1990 bis 31.12.2014 entzogen.

- *Bodenschutz*

Dem Landkreis obliegt die Überwachung der Einhaltung des Düngerechtes mit entsprechenden Vollzugs- und Kontrollaufgaben sowie die Beteiligung am Vollzug der Klärschlammverordnung, die Bewertung zum Einsatz von Sekundärrohstoffen und die Beteiligung bei Verfahren Träger öffentlicher Belange aus düngerechtlicher Sicht. Insgesamt konnten 16 Kontrollen im Rahmen des Fachrechts Düngung und der Agrarförderung vorgenommen werden.

Bei 4 kontrollierten Betrieben wurden Verstöße ermittelt, die auf fehlerhafte Nährstoffvergleiche und fehlende Bodenuntersuchungen zurückzuführen waren. Des Weiteren wurde nach Düngerecht für 3 Anträge die Verschiebung der gesetzlich festgelegten Sperrfrist erteilt. Es erfolgte die düngerechtliche Prüfung und Bewertung im Rahmen von Zuarbeiten an zuständige Behörden. So u. a. für die Ausbringung von Klärschlamm für 43 Voranzeigen, für eine Antragstellung zum innergemeinschaftlichen Verbringen von unbearbeiteter und unverarbeiteter Geflügelgülle, für Prüfungen der ordnungsgemäßen Verwertung von Wirtschaftsdüngern sowie für diverse Anträge nach Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) und Baugesetzbuch (BauGB).

- *Flurneuordnung*

Der Landkreis sieht die Förderung der Flurneuordnung als Bestandteil einer gebündelten Förderung von Maßnahmen im ländlichen Raum. Diese soll zu einer positiven Entwicklung der Agrarstruktur sowie einer nachhaltigen Stärkung der Wirtschaft beitragen, um den ländlichen Raum als Lebens-, Arbeits-, Erholungs- und Naturraum nachhaltig und mit größtem Effekt zu entwickeln.

Im Landkreis wurden seit 1993 zehn großräumige Verfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz angeordnet. Die Gesamtfläche der angeordneten Verfahren beträgt ca. 18.460 ha. Das entspricht ca.

20 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche. Drei Verfahren mit einer Gesamtfläche von 3.027 ha sind inzwischen abgeschlossen. Für das Verfahren „Riebener See – Nieplitz-Niederung“ (angeordnet 2000) mit einer Gesamtgröße von 2.200 ha und einem Flächenanteil im Landkreis von ca. 707 ha belaufen sich die Investitionen auf ca. 1.411 T€.

Das größte Verfahrensgebiet mit ca. 6.196 ha hat das Verfahren „Oehna“ (angeordnet 2004). Der Gesamtinvestitionsumfang beträgt hier ca. 4.270 T€. Die Verfahren „Kloster Zinna“ mit einer Gebietsgröße von 2.933 ha und „Dahme“ mit einer Gebietsgröße von ca. 1.589 ha wurden 2007 angeordnet. Für das Verfahren Kloster Zinna werden in die Herstellung gemeinschaftlicher Anlagen (Wegebau, AE-Maßnahmen) ca. 2.603 T€ investiert. Der getätigte Investitionsumfang zur Herstellung gemeinschaftlicher Anlagen im FBV „Dahme“ beträgt derzeit ca. 680 T€. Im Jahr 2008 ist das Verfahren „Mückendorf“ mit einer Gebietsgröße von ca. 699 ha nördlich angrenzend zum Verfahren „Baruth“ angeordnet worden. Der vorläufige Investitionsumfang wird hier ca. 949 T€ betragen. Neu eingeleitet wurde im November 2012 das FBV „Christinendorf“ mit 2.292 ha und im August 2013 das FBV „Pfefferfließ“ mit 1.015 ha. Die Verfahrensordnung für das FBV „Niederer Fläming“ mit einer Verfahrensgebietsfläche von ca. 2.582 ha ist im ersten Halbjahr 2015 vorgesehen. Für ein weiteres Verfahren in der Gemeinde Niederer Fläming im Raum Welsickendorf laufen bereits Arbeiten zur Voruntersuchung eines potenziellen Verfahrensgebietes.

- *Kommunalwald*

Der Landkreis besitzt ca. 385 ha Kommunalwald im berlinnahen Raum. Dieser dient im Wesentlichen dem Erhalt und Schutz der Erholungsfunktion. Um diese Zielstellung erfolgreich umsetzen zu können waren bis Ende November drei "Bürgerarbeiter" und zeitweise bis zu fünf AGH-Kräfte (Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung) in Trägerschaft der Gemeinnützigen Arbeitsförderungsgesellschaft mbH Klausdorf (GAG) im Kreiswald beschäftigt. Dieser Personenkreis wurde vorwiegend für zusätzliche Aufgaben zur Stärkung des Erholungswaldes eingesetzt.

Im Jahr wurden durch den Verkauf von Holz ca. 37.000 € für den Kreishaushalt eingenommen.

- *landwirtschaftliche Flächen*

Der Landkreis besitzt ca. 270 ha landwirtschaftliche Flächen, von denen ca. 223 ha an landwirtschaftliche Unternehmen verpachtet sind. Die jährlichen Pachteinahmen hieraus betragen 17.700 €. Des Weiteren werden Einnahmen in Höhe von 2.550 € aus der Vermietung eines Schornsteins (Nutzung von Vodafone als Funkturm) erzielt.

- *ehemalige Bodenreformflächen*

Der Landkreis wurde gemäß Art. 233 § 2 Abs. 3 Einführungsgesetzbuch zum Bürgerlichen Gesetzbuch (EGBGB) als gesetzlicher Vertreter der Eigentümer ehemaliger Bodenreformflächen bestellt. Als gesetzlicher Vertreter hat er die Rechts- und Vermögensinteressen des Eigentümers bzw. dessen Rechtsnachfolgers wahrzunehmen. In dieser Eigenschaft verpachtet der Landkreis die Flächen von ca. 80 Eigentümern, deren Aufenthalt bzw. deren Erben unbekannt sind, an 26 landwirtschaftliche Unternehmen und verwaltet die jährlichen Pachteinahmen.

- *Dorfwettbewerb*

Der 8. Kreiswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ mit Sonderwettbewerb unter dem Motto „Besonders Zukunftsfähiges in den Dörfern von Teltow-Fläming“ wurde in vier Kategorien durchgeführt. Von den neuen Dörfern beteiligt sich der Kreissieger Hohenseefeld 2015 am 9. Landeswettbewerb. Dank des Sponsorings durch die Mittelbrandenburgische Sparkasse in Potsdam in Höhe von 3.000 € konnten von den 22 Teilnehmern im Sonderwettbewerb 17 auch mit Preisgeldern prämiert werden. Der Wettbewerb hat wichtige Impulse für die Entwicklung des ländlichen Raumes gegeben.

- *Kreiserntefest*

Das 14. Kreiserntefest wurde im Ortsteil Blankensee der Stadt Trebbin gefeiert. Dazu konnten der Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft des Landes Brandenburg, weitere Vertreter der Politik und aus Landesverbänden sowie eine Delegation aus unserem Partnerkreis Gniezno begrüßt werden. Ein umfangreiches Programm auf zwei Bühnen sowie Schaubilder rund um die Landwirtschaft begeisterten tausende Besucher. Mitarbeiter des Amtes beteiligten sich an der Vorbereitung und Durchführung des Erntefestes. Dazu gehörte auch die Präsentation des Landwirtschaftsamtes am eigenen Stand.

- *Messe „Internationale Grüne Woche“*

Die positive Resonanz bei der Präsentation in der Brandenburg-Halle auf der Internationalen Grünen Woche (IGW) 2013 hat den Landkreis erneut bewogen, sich für die Teilnahme bei der IGW 2014 zu bewerben. Den Besuchern konnte dank der engen Zusammenarbeit mit den Kommunen, Direktvermarktern und sonstigen Akteuren aus dem Landkreis ein interessantes und vielseitiges Programm an den Messetagen präsentiert werden. Auch 2015 wird diese Präsentation aufgrund der guten Resonanz weitergeführt.

- *Lokale Aktionsgruppe „Rund um die Flaeming-Skate“ e. V. (LAG)*

Die enge und gute Zusammenarbeit des Landkreises mit der LAG wurde weiter vertieft. Im Jahr 2014 wurden bis zum 15.12. für 5 Maßnahmen insgesamt ca. 800.000 € Fördermittel bewilligt. Damit wird auch die Lebensqualität im ländlichen Raum des Landkreises verbessert. Einen wichtigen Schwerpunkt bildete die Erarbeitung der Regionalen Entwicklungsstrategie (RES). Am 11. Dezember wurde die LEADER-Region für die aktuelle Förderperiode bis 2020 bestätigt.

- *Landwirtschaftsschule*

Die Landwirtschaftsschule Teltow-Fläming versteht sich als Dienstleister im Bereich Aus- und Weiterbildung der in der Landwirtschaft Beschäftigten. 2014 beendeten 10 Landwirtschaftsmeister erfolgreich die Ausbildung. Auf Grund der Nachfrage begann im Oktober erneut ein Lehrgang zum Landwirtschaftsmeister mit insgesamt 12 Teilnehmern.

Durch die Novellierung der Pflanzenschutzsachkundeverordnung fanden die Lehrgänge sowie Weiterbildungsveranstaltungen zum Erwerb für die Anwendung und Abgabe von Pflanzenschutzmitteln regen Zuspruch. Im Jahr wurden insgesamt 29 Bildungsmaßnahmen mit insgesamt 545 Teilnehmern durchgeführt.

- *Betriebsregister*

Zurzeit sind 369 landwirtschaftliche Betriebe beim Landwirtschaftsamt des Landkreises Teltow-Fläming angemeldet.

- *Statistik*

Von 30 Betrieben wurden die Ernte- und Betriebsberichtserstattung über Feldfrüchte und Grünland (April bis Dezember) abgefordert. An der Besonderen Ernte- und Qualitätsermittlung nahmen insgesamt 34 Betriebe teil. Diese Betriebe reichten 46 Proben (6 Rapsproben und 40 Getreideproben) sowie 28 zusätzliche Proben, die zur Schadstoffanalyse nach Detmold geschickt wurden, ein. Außerdem wurden 21 Erkennungsnachweise zur Kartoffelernte eingereicht. Der Gesamtertrag bei Getreide stieg im Vergleich zum Vorjahr um 4,3 dt/ha auf 65,1 dt/ha. Beim Winterraps stieg der Ertrag von 37,7 dt/ha (2013) auf 40,0 dt/ha. Der Ertrag bei den Kartoffeln lag bei 445 dt/ha und der vom Silomais bei 402 dt/ha. Das Jahr 2014 zählt zu den ertragreichsten seit Bestehen des Landkreises.

<b>Aufgabenthematik</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
Bearbeitung Anträge Agrarförderung	274	275	268
davon Antragsteller über das Internet	147	152	163
Abtretungen	39	63	53
Pfändungen	40	10	19
Antragsteller Kulturlandschaftsprogramm (KULAP)	130	122	117
Anträge Kulturlandschaftsprogramm (KULAP)	164	148	157
Pachtverträge	11.884	11.866	12.011
Grundstücksverkehr	375	323	340
Bearbeitung Klärschlammanträge	52	38	43
Kontrolle Düngeverordnung und CC-Kontrollen	16	10	16
Futtermittelanalysen auf schädliche Stoffe	499	225	85

Personen- und Funktionsbezeichnungen sind in männlicher Form verwendet worden. Der Verzicht auf sprachliche Gleichbehandlung soll die Lesbarkeit des Berichtes erleichtern.

Kontrolle Futtermittelunternehmen einschließlich CC-Kontrollen	195	180	102
Teilnehmer an Kursen der Landwirtschaftsschule	515	454	545
Anträge investive Förderung Landwirtschaft	16	21	0
Vor-Ort-Kontrollen	68	74	115

# Dezernat IV

## Kreisentwicklungsamt

### Allgemeine Aufgabenschwerpunkte:

- Mitwirkung an übergeordneten Planungen und Projekten sowie die Durchführung eigener Vorhaben im Hinblick auf eine positive Kreisentwicklung und die Verbesserung der Infrastrukturausstattung des Landkreises
- Weitere Qualifizierung, insbesondere der touristischen Infrastruktur und damit verbundener Angebote
- Begleitung und Unterstützung der Gemeinden und Planungsträger im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung sowie bei städtebaulichen Maßnahmen
- Regional-/verkehrsplanerische sowie bauplanungsrechtliche Beurteilung von Vorhaben und Maßnahmen sonstiger Planungsträger und anderer Ämter
- Prüfung und Bescheidung von Genehmigungsanträgen zu Flächennutzungs- und Bebauungsplänen in Wahrnehmung der Funktion der höheren Verwaltungsbehörde nach Baugesetzbuch

Aus dem Aufgabenbereich des Kreisentwicklungsamtes waren im Einzelnen folgende Vorhaben und Entwicklungen von besonderer Bedeutung.

### Infrastruktur/Tourismus

Zur weiteren Qualifizierung der Infrastrukturausstattung des Landkreises wird auf folgende Maßnahmen verwiesen:

- *Vierstreifiger Ausbau der B 101*

Zum vierstreifigen Ausbau der B 101n bis Luckenwalde wurden die Abstimmungen zum Bau des noch fehlenden Abschnittes, der Ortsumgehung Thyrow, unter Einbeziehung der Interessen aller Beteiligten fortgesetzt. Im Ergebnis wurde die Baumaßnahme durch das Bundesministerium für Verkehr und Infrastruktur in den Straßenbauplan 2014 und den Entwurf des Straßenbauplanes 2015 aufgenommen. Damit kann mit dem Bau der Ortsumgehung Thyrow begonnen werden.

Abgestimmt wurde in diesem Zusammenhang auch die Umplanung zur Realisierung des vom Landkreis Teltow-Fläming initiierten Radweges entlang der L 795 von Thyrow nach Siethen. Dieses Bauvorhaben wird durch die Städte Ludwigsfelde und Trebbin zu je 25 % der förderfähigen Baukosten mitfinanziert. Des Weiteren sind beim Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft Fördermittel zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden des Landes Brandenburg beantragt worden.

Für den außerhalb der Planfeststellung liegenden Teil des Radweges ist mit der Planung begonnen worden. Als Grundlage hierfür wurde eine Vermessung durchgeführt.

- *Einstufung von Kreisstraßen*

Die Überprüfung der korrekten Einstufung aller Kreisstraßen entsprechend den Bestimmungen des Brandenburgischen Straßengesetzes wurde fortgesetzt.

Um die anstehenden Umstufungsverfahren einvernehmlich mit den betroffenen Städten und Gemeinden zu regeln, wurden Gespräche mit den Bürgermeistern und dem Amtsdirektor geführt sowie Ortsbegehungen vom Bauamt des Landkreises vorgenommen. Zum 01.01.2015 erfolgte die Umstufung der Kreisstraße K 7230 Abschnitt 040 zur Gemeindestraße. Der Umstufungsprozess, der sich vor allem wegen der Folgekosten insgesamt äußerst schwierig gestaltet, wird im Jahr 2015 fortgesetzt.

- *Planverfahren zu sonstigen Infrastrukturmaßnahmen*

Unter Beteiligung der einzelnen Fachämter wurden Stellungnahmen des Landkreises zu 44 (Vorjahr: 32) weiteren Planverfahren für sonstige Infrastrukturmaßnahmen des Bundes, des Landes und anderer Träger erarbeitet. Hierbei bildeten wiederum Vorhaben im Rahmen des weiteren Ausbaus der Dresdner Bahn einen besonderen Schwerpunkt, u. a.

- Planfeststellungsverfahren (PFV) zum Umbau des Bahnhofs Rangsdorf mit Bahnübergangs(BÜ)-Beseitigung (1. Planänderung nach dem Planfeststellungsbeschluss)
- PFV BÜ-Beseitigung Mückendorf (Planänderung)
- PFV BÜ-Ersatzmaßnahme Neuhof und Planänderung
- PFV Planungsabschnitte Baruth/Mark – Golßen und Golßen – Luckau (Planänderungen)

- *Flaeming-Skate*

Nach Fertigstellung des vorerst letzten Teilstückes der Flaeming-Skate von Wahlsdorf nach Prensdorf wurde in diesem Jahr die Schlussvermessung durchgeführt. Die Maßnahmen zum Ersatz und Ausgleich für die Eingriffe in die Natur werden noch bis in das Jahr 2016 begleitet und überwacht.

Die Realisierung der Genehmigungsplanung für den barrierefreien Radweg am Wasserwerk Luckenwalde ist aufgrund der bislang fehlenden Finanzierungsmöglichkeit frühestens ab 2015 geplant.

Zur Klärung anstehender Probleme bei der Unterhaltung der Flaeming-Skate ist mit der Umsetzung des Vorschlags aus der Dienstberatung mit den Bürgermeistern und dem Amtsdirektor im September zur Bildung einer Arbeitsgruppe „Radwege und Tourismus“ begonnen worden. Die konstituierende Sitzung ist für Februar 2015 geplant.

- *Radwegekonzept*

Bei der Umsetzung des Radwegekonzeptes des Landkreises Teltow-Fläming, das u. a. auf die Herstellung durchgängiger Radwegeverbindungen von Berlin zur Flaeming-Skate zielt, ist für die einzelnen Maßnahmen folgender Verfahrensstand festzustellen:

- Weiterführung der Planung für den Bau eines Radweges an der Kreisstraße 7241 vom Ortsausgang Genshagen bis Ortseingang Großbeeren. Die Fortführung der Planung von der Wietstocker Kreuzung bis Genshagen bleibt dagegen auf Grund fehlender Haushaltsmittel vorerst zurückgestellt.

- Weiterführung der Planung für den Bau eines straßenbegleitenden Radweges entlang der B 246 für den Teilabschnitt von Schönhagen nach Stangenhagen. Mit der Herstellung soll 2015 begonnen werden.
- Die Fortführung der Planung des Radweges zwischen Mückendorf und Zesch am See wurde aufgrund fehlender Haushaltsmittel vorerst zurückgestellt und ist nunmehr für das Jahr 2016 vorgesehen.

Gemeinsam mit den Städten Ludwigfelde, Trebbin, Luckenwalde und der Gemeinde Nuthe-Urstromtal wurde das Projekt „Klima- und generationsfreundliche Anbindung der Haupt- und Landeshauptstadt an die Flaeming-Skate“ gestartet und ein Antrag im Rahmen der Förderung von Vorhaben im ländlichen Raum in der Förderperiode 2014 – 2020 gestellt. Eine Entscheidung steht noch aus.

Insgesamt ist mit der Analyse und Überarbeitung des Radwegekonzeptes begonnen worden. Hierbei wurden auch Bestands- und Planungsdaten der Städte, Gemeinden und des Landesbetriebes Straßenwesen einbezogen. Die entsprechenden Darstellungen werden in das Geoportal des Landkreises übernommen.

- *Radwanderweg „Berlin – Leipzig“*

Zur Einsparung von Kosten wurden die Leistungen für die Vorbereitung der Vergabe des Auftrages zur Beschilderung des überregionalen Radwanderweges „Berlin - Leipzig“ im gesamten Abschnitt Nord und der punktuellen Ertüchtigung im Abschnitt Flaeming-Skate eigenständig durch das Kreisentwicklungsamt erbracht und nicht an ein Planungsbüro vergeben. Dazu zählen z. B. die Befahrung des Weges (ca. 95 km), die Aufnahme aller potenziellen Schilderstandorte inklusive mehrerer Varianten mit dem GPS-Fotoapparat (108 im Abschnitt Nord, 16 im Abschnitt Flaeming-Skate), die Abstimmungen mit den Straßenbauasträgern, die Erfassung aller Daten und die Erstellung von Luftbildern mit den Standorten. Die Vergabe der Bauleistungen selbst erfolgte zum Jahresende.

- *Radrouten durch die Regionalparks*

Die Vorbereitungen zur Vergabe des Auftrages bezüglich der Ertüchtigung der Beschilderung für die 6 „Radrouten durch die Regionalparks“ gemäß aktueller Anforderungen wurden abgeschlossen. Die Vergabe erfolgte zum Jahresende.

- *Radwanderweg „Luther-Tetzel-Weg“*

Bei dem kultur- und kirchenhistorischen Radwanderweg „Luther-Tetzel-Weg“ von Jüterbog nach Wittenberg hat der Landkreis eine beratende Funktion für die Evangelische Kirche als Initiator des Weges wahrgenommen. Hauptthema war hierbei die Beschilderung, welche in 2015 abgeschlossen werden soll.

- *Wanderwege*

Zur Übernahme der Pflege von Wanderwegen wurden allgemeine Abstimmungen und juristische Prüfungen zur Erstellung eines Musters für eine Vereinbarung mit den Pflegepartnern vorgenommen. Es soll damit die Pflege von 5 Wanderwegen (Europäischer Fernwanderweg E 10, 66-Seen-Weg, Fontanewanderwege F4 und F5, Baruther Linie) und gegebenenfalls auch für die Radwanderwege (6 Radrouten durch die Regionalparks, Berlin-Leipzig, Tour Brandenburg, Rund um Berlin) erfolgen.

- *Weitere Maßnahmen*

Auch weitere Maßnahmen und Tätigkeiten sind auf die Unterhaltung und Verbesserung der touristischen Infrastruktur gerichtet:

- Teilnahme an Beratungen, z. B. der AG Radrouten Historische Stadtkerne, Berlin-Leipzig (Regionalkonferenz); Begleitung der Gründung der AG Radverkehr auf Landesebene
- Durchführung von Informationsgesprächen mit Initiatoren und Gemeinden bezüglich der Wege im Genehmigungsverfahren (drei Wander- und ein Radwanderweg)
- Kontrollfahrten bezüglich des Zustandes der Übersichtstafeln der Radrouten durch die Regionalparks (inklusive Reinigung)

- Erstellung von 14 Projektideen im Rahmen der „LAG-Bewerbung für die Förderung von Vorhaben im ländlichen Raum in der Förderperiode 2014-2020“
- Vorstellung des Standes der Wander- und Radwanderwege im Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung sowie in der Koordinierungsgruppe des Landkreises

## Bauleitplanung/Städtebaumaßnahmen

Planungsrechtlich konnten insgesamt 42 Bauleitplanungen, davon einige mehrfach, in unterschiedlichen Beteiligungsstufen begleitet werden. Zudem fungierte das Amt im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange als Bündelungsbehörde für die Stellungnahmen der Fachbehörden im Hause.

Der Trend zur Nutzung regenerativer Energien hat sich auch in diesem Jahr mit der Aufstellung bzw. Fortführung von Bauleitplänen zur Nutzung von Wind, Solar- und Bioenergie bzw. Photovoltaikanlagen fortgesetzt. Die Steuerung der Windenergienutzung im Rahmen der Neuaufstellung bzw. Überarbeitung der Flächennutzungsplanung steht für viele Kommunen derzeit im Mittelpunkt ihres planungsrechtlichen Handelns. So wurden mit dieser Planungsabsicht aufgestellte bzw. fortgeführte vorbereitende Bauleitplanungen der Städte Baruth/Mark, Zossen, Trebbin und Dahme/Mark sowie der Gemeinden Am Mellensee, Dahmetal, Ihlow und Niederer Fläming begleitet.

Verbindliche Bauleitplanungen mit der Ausrichtung auf die Nutzung regenerativer Energien lagen u. a. vor:

- Bebauungsplan „Windpark Görsdorf, Acker- und Waldflächen südlich der Ortslage Görsdorf“ der Gemeinde Dahmetal,
- Bebauungsplan „Windpark Rosenthal/Zagelsdorf, Ortsteile Rosenthal und Zagelsdorf, Flächen im Bereich Rosenthaler und Zagelsdorfer Heide“ der Stadt Dahme/Mark,
- Bebauungsplan „Windpark Wahlsdorf, Ortsteil Wahlsdorf, Flächen im Bereich Wahlsdorfer Heide“ der Stadt Dahme/Mark,
- Bebauungsplan „Windpark Christinendorf/Lüdersdorf“ der Stadt Trebbin sowie
- BP Nr. 038 „Hybridanlage am Heinrichstift“ der Stadt Luckenwalde.

Letztere Planung soll die notwendigen Flächen zur energetischen Versorgung des denkmalgeschützten Luckenwalder Heinrichstifts mit Wärme und Energien aus erneuerbaren Quellen sichern, um dort im Weiteren Wohnnutzung nach einem innovativen Konzept zu ermöglichen.

Ein weiterer Planungsschwerpunkt zeichnet sich im gewerblichen/industriellen Bereich im Umfeld des Flughafens Berlin Brandenburg ab. Durch die Gemeinde Blankenfelde-Mahlow erfolgte beispielsweise die Aufstellung des Bebauungsplanes DA 10 „Mittelstraße“ als Erweiterung zum Gewerbegebiet „Eschenweg“. Die Gemeinde Rangsdorf betreibt - auch zum Ausbau ihres Logistik-Schwerpunktes - die Aufstellung des Bebauungsplans GM 20 „Gewerbegebiet Theresenhof/Spitzberg/Fiege“.

Einzelne Planungen der Kommunen bezogen sich auch auf die verstärkte Entwicklung von Wohnbauflächen, beispielsweise in der Stadt Ludwigsfelde (einschließlich entsprechender Flächennutzungsplanänderungen):

- Bebauungsplan Nr. 21 „Wohnpark an der Neckarstraße“ der Stadt Ludwigsfelde
- Bebauungsplan Nr. 29 „Mischgebiet am Nuthedamm“ der Stadt Ludwigsfelde.

Die Begleitung und Unterstützung dieser und weiterer Bauleitplanungen erfolgte insgesamt unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtsprechung sowie der Verfahrensstände übergeordneter Planungen. Um möglichen Konflikten im Rahmen der Beteiligungen frühzeitig zu begegnen, erfolgten vertiefende Abstimmungen und

Beratungen mit einzelnen Fachämtern im Hause, aber auch mit den Kommunen und Planungsbüros. Erklärtes Ziel ist es, die Planungen möglichst zügig und rechtssicher voranzubringen.

Zur Verstärkung der kommunalen Zusammenarbeit wurde eine Beratungsfolge mit den Bürgermeistern und dem Amtsdirektor des Landkreises zu planerischen Fragen und sonstigen Entwicklungen mit räumlichem Bezug initiiert. Es wurden zwei Veranstaltungen vorbereitet und durchgeführt.

Anfragen von Bürgern, Ämtern und Gemeinden, Planungs- und Gutachterbüros sowie Investoren zu sonstigen planungsrechtlichen Problemstellungen sind beantwortet und entsprechende Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt worden.

Darüber hinaus erfolgte im Rahmen der Beteiligung an Verfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) die planungsrechtliche Begleitung von Vorhaben zur Nutzung regenerativer Energien, insbesondere für die Errichtung von Anlagen zur energetischen Nutzung von Biomasse sowie zur Errichtung von Anlagen für die Windenergienutzung.

- *Übergeordnete Raumentwicklungsplanung*

Im Rahmen der übergeordneten Raumentwicklungsplanung ist die Mitwirkung am Regionalplanverfahren Havelland-Fläming 2020 fortgesetzt worden. Unter Beteiligung der Fachämter wurde die kreisliche Stellungnahme zum 2. Entwurf erarbeitet und die entsprechende Abwägung begleitet. Es waren Zuarbeiten für die Sitzungen der Gremien der Planungsgemeinschaft zu fertigen. Die Unterrichtung von Fachämtern, Kreistagsausschüssen und Regionalräten zu den jeweiligen Planungsständen und -inhalten wurde sichergestellt, entsprechende Abstimmungen wurden durchgeführt.

Der Regionalplan ist durch die Regionalversammlung Havelland-Fläming in ihrer Dezember-Sitzung beschlossen worden. Ein besonderer Schwerpunkt des Plans liegt auf der räumlichen Steuerung der weiteren Windenergienutzung in der Region.

Die Festlegungen des Regionalplans wurden, wie auch sonstige übergeordnete Raumplanungen, entsprechend dem jeweiligen Planungsstand in die übrigen Beteiligungsverfahren sowie in kreisliche Vorhaben eingebracht.

- *Leitbild*

Für die zukünftige Sicherung einer nachhaltigen Entwicklungs- und Haushaltsteuerung war es erforderlich, das bestehende Leitbild von 2003 weiterzuentwickeln und den Anforderungen an ein strukturiertes Steuerungssystem anzupassen. Hierfür wurde im Zusammenwirken mit den Fachämtern und den Beauftragten der Landrätin ein Verwaltungsentwurf erarbeitet, der zu sieben Schwerpunktthemen strategische Entwicklungsziele und darauf ausgerichtete Handlungsansätze beschreibt. Aus umfangreichen Beratungen in den Ausschüssen und Fraktionen des Kreistages sowie durch die Einbeziehung der Bürgermeister der Kommunen sowie des Amtsdirektors aufgenommene Hinweise wurden geprüft und sachgerecht eingearbeitet. Das überarbeitete Leitbild zur Kreisentwicklung wurde am 1. September mehrheitlich vom Kreistag beschlossen. Es soll kontinuierlich evaluiert und fortgeschrieben werden.

- *Sitzungsdienst*

Der Sitzungsdienst des Ausschusses für Regionalentwicklung und Bauplanung wurde wie in den Vorjahren durch das Kreisentwicklungsamt (mit insgesamt 10 Sitzungen)

Personen- und Funktionsbezeichnungen sind in männlicher Form verwandt worden. Der Verzicht auf sprachliche Gleichbehandlung soll die Lesbarkeit des Berichtes erleichtern.

fachlich und organisatorisch abgesichert. In der „alten“ Sitzungsperiode wurden 5 Sitzungen durchgeführt, davon eine Sitzung in der Skate-Arena in Jüterbog. Am 29. Juli fand die konstituierende Sitzung für die Legislaturperiode 2014 bis 2019 statt. Es folgten 4 weitere Sitzungen, darunter eine Sitzung in der Gemeinde Am Mellensee. Darüber hinaus erfolgte die Mitarbeit in der Koordinierungsgruppe des Landkreises.

- *GIS*

Alle Planungen und Vorhaben wurden darüber hinaus durch das geografische Informationssystem (GIS) unterstützt. Schwerpunkte hierbei waren die Arbeit an GIS-Datenbanken der Bauleitplanung (Flächennutzungspläne), der Rad-/Wanderwege, der Straßen, der Windenergienutzung, der Regionalplanung und des Breitbandnetzes sowie deren Aufbereitung und Bereitstellung für das Intranet und das Internet.

Darüber hinaus wurde bei der Erstellung von kreislichen Flyern und Internetpräsentationen sowie bei der Veröffentlichung von Kartenmaterial mitgewirkt. Folgende ämterübergreifende Tätigkeiten wurden zudem abgesichert:

- Erstellen von GIS-Themen für Ämter ohne GIS-Kompetenz (z. B. Aufarbeitung und Bereitstellung von GIS Daten für den Katastrophenschutz)
- Aufbereiten/Austauschen von GIS-Daten innerhalb und außerhalb der Kreisverwaltung mittels unterschiedlichster Datenformate
- Aufarbeitung und Bereitstellung des Breitbandatlas der Bundesnetzagentur für GIS-Präsentationen
- Aktualisierung der für Veröffentlichungen genutzten kostenfreien digitalen Kartengrundlage (OpenStreetmap).
- Erfassung, Aktualisierung und Übernahme von Wegeverläufen, Beschilderungen, Fotoaufnahmen und Sonstigem in das GIS
- Mitwirken am Ausbau des Geoportals des Landkreises (WEB-GIS).
- Einführung und Optimierung neuer GIS-Software für effektivere Arbeitsabläufe

## **Höhere Verwaltungsbehörde**

Die Aufgabe der höheren Verwaltungsbehörde nach dem Baugesetzbuch obliegt dem Landkreis Teltow-Fläming gemäß Baugesetzbuchzuständigkeitsverordnung seit nunmehr 15 Jahren. Die umfangreiche Prüf- und Beratungstätigkeit im Hause aber auch vor Ort zu allen Fragen des Planungsrechts sowie den damit in Zusammenhang stehenden Nachbardisziplinen konnte in bewährter Weise fortgesetzt werden. Bauleitpläne, sonstige Satzungen sowie planungsrechtliche Einzelfragen wurden hierbei erörtert bzw. geprüft. Die enge Zusammenarbeit mit den betroffenen Kommunen, Planern, Investoren sowie mit weiteren Behörden und Dritten wurde gepflegt.

Als bemerkenswerte Sachverhalte stellten sich wiederum Planungen zur Erzeugung erneuerbarer Energien, insbesondere der Windkraft und deren Steuerung, heraus. Die durch die weiterentwickelte Rechtsprechung zu beleuchtende, konzeptionelle Herangehensweise warf dabei verstärkt Gesprächsbedarf zu differenzierten Einzelsachverhalten auf (Vertrauensschutz auf Planungsvorlauf, getätigte Investitionen etc.), die durch die Kommunen oder die Investoren bereits zu besorgen waren. Da zudem die Änderung der Einspeisevergütungen im Rahmen des Erneuerbare-Energien-Gesetz finanzielle Einbußen verhieß, schlug der jeweilige Zeitdruck auch auf die Genehmigungsverfahren durch. Ebenfalls von Interesse waren abweichende, gemeindliche Planungsvorstellungen in Bezug auf den weiter

Personen- und Funktionsbezeichnungen sind in männlicher Form verwendet worden. Der Verzicht auf sprachliche Gleichbehandlung soll die Lesbarkeit des Berichtes erleichtern.

konkretisierten, übergeordneten, im Aufstellungsverfahren befindlichen Regionalplan „Havelland-Fläming 2020“. Dieses betraf Angelegenheiten genehmigungspflichtiger, wie auch nicht genehmigungspflichtiger Tatbestände.

Der fachliche Kontakt mit der zuständigen Sonderaufsichtsbehörde, dem Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft (Neuformierung nach der Landtagswahl in Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung), wurde ebenfalls in partnerschaftlicher Weise fortgeführt. Dieses nicht nur im Rahmen der regelmäßigen Arbeitsberatungen.

Widersprüche und Klageverfahren sind nicht anhängig.

## Stabstelle Flughafen

Von der Stabstelle Flughafen beim Dezernat IV wahrgenommene Tätigkeitsschwerpunkte ergaben sich für das Jahr 2014 wie folgt.

### Flughafenbelange

Tätigkeitsschwerpunkte im Zusammenhang mit dem neuen Flughafen Berlin Brandenburg (BER) bildeten wiederum die Beratung von Bürgern, Unternehmen und anderen Akteuren, die Mitarbeit in den Gremien zur Flughafenumfeldentwicklung sowie die Unterstützung von Aktivitäten zum Thema Fluglärm. So wurde die Mitarbeit des Landkreises in der Fluglärmkommission sowie im Dialogforum und in dessen verschiedenen Arbeitsgruppen zur Entwicklung des Flughafenumfeldes auf allen Ebenen fortgeführt. Aktiv wurde z. B. im Rahmen der Tätigkeit in der AG 2 die inhaltliche Ausgestaltung des Leitfadens zur schallschutzbezogenen Verkehrswertermittlung diskutiert.

Im Juni ist das Flughafen-Beratungszentrum (FBZ) von Mahlow nach Schönefeld umgezogen und seitdem Bestandteil des Bürgerberatungszentrums „DIALOG-FORUM Flughafenregion“. Zusammen mit den Bürgerberatern aus dem Landkreis Dahme-Spreewald wurden Beratungsinhalte abgestimmt und vereinheitlicht. Darüber hinaus wurde dem Kreistag im Dezember ein Antrag zur Verschiebung der vorübergehenden Inbetriebnahme der Südbahn bzw. zur Zahlung einer Lärmrente an ungeschützte Eigentümer an der Südbahn zur Beschlussfassung vorgelegt, der einstimmig verabschiedet wurde.

An der Umsetzung der durch den Kreistag im Zusammenhang mit dem Flughafen gefassten Beschlüsse wurde seitens des Landkreises aktiv gearbeitet.

- Fortsetzung der Beratungstätigkeit für die von den Auswirkungen des Flughafens betroffenen Bürger. Prüfung der Anspruchsberechtigung zum Schallschutzprogramm für 130 Gebäude und Beratung der Bürger über das weitere Vorgehen.
- Mehr als 800 Bürgern nahmen das (FBZ) und ab Juni das Bürgerberatungszentrum in Mahlow in Anspruch.
- Hauptsächlich wandten sich die Bürger mit Fragen zur schallschutzbezogenen Verkehrswertermittlung und mit der Bitte um Beratung zu den schalltechnischen Objektbeurteilungen an das Beratungszentrum. Weitere Themen waren Fragen zum Prozedere des Schallschutzprogramms des Flughafens und dessen Umsetzung. Die Betroffenen wurden bei der Antragstellung unterstützt und Fragen zu den jeweiligen Grundstücken und den Schallschutzansprüchen wurden erläutert. Durch das Schallschutzteam des Flughafens bzw. den eingesetzten Ingenieurbüros wurde den Betroffenen bei der Durchsetzung der Ansprüche geholfen. In der zweiten Jahreshälfte wurden die vom Flughafen ausgegebenen Unterlagen erklärt und unterschiedlichste Problemlagen erörtert (z. B. Innendämmung, Anerkennung von Räumen etc.). Betroffene erhielten grundstückskonkret die Daten zu den Lärmschutzzonen und Informationen zu ihren Ansprüchen aus dem Planfeststellungsbeschluss des Jahres 2004 sowie dem Planergänzungsbeschluss des Jahres 2010 mitgeteilt. Es suchten auch Bürger des Nachbarlandkreises und des Landes Berlin das Zentrum auf und baten um Auskunft.

Auf Initiative des Bürgerberatungszentrums prüfte die Landesdatenschutzbeauftragte das Verfahren im Zusammenhang mit der Herausgabe der schalltechnischen Objektbeurteilungen und der Verkehrswertermittlungen der Firma Sprengnetter an die Bürger. Weiterhin konnte erreicht werden, dass im Rahmen eines transparenten Verfahrens Begehungsprotokolle an die Eigentümer ausgereicht werden.

## Fluglärmenschutzbeauftragter

Aus den seit 2011 an den Landkreis übertragenen Aufgaben des Fluglärmenschutzbeauftragten für den Verkehrsflughafen Berlin-Schönefeld ergaben sich darüber hinaus folgende Tätigkeiten:

Es wurden 843 Beschwerden mit ca. 1.000 Beschwerdepunkten eingereicht, ausgewertet und beantwortet. In 7 Fällen ergaben sich Anhaltspunkte für eine Ordnungswidrigkeit und es erfolgte eine Abgabe der Daten an das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung zur weiteren Ermittlung bzw. Einleitung eines Ordnungswidrigkeitsverfahrens.

Eine Zusammenfassung unterschiedlichster Informationen rund um das Thema Fluglärm und Luftverkehr wird den Bürgern zusätzlich auf der Webseite des Fluglärmenschutzbeauftragten ([www.fluglaermschutzbeauftragter-ber.de](http://www.fluglaermschutzbeauftragter-ber.de)) zur Verfügung gestellt. Von dieser Möglichkeit machten über 11.000 Besucher auf der Webseite Gebrauch und informierten sich oder wandten sich mit weitergehenden Fragen per E-Mail an das Büro.

Etwa 180 Bürger suchten das Büro des Fluglärmenschutzbeauftragten persönlich auf und erbaten Auskünfte zu den zukünftigen Lärmemissionen durch den Flughafen BER. Die objektive Beratung und Erklärung der unterschiedlichen Sachverhalte durch die Mitarbeiter nahmen die Bürger dankbar an.

Die Mitwirkung in der Fluglärmkommission und im Rahmen des Dialogforums (AG 2 – Lärm) wurde weiter fortgesetzt. Darüber hinaus wurden wieder Gespräche mit unterschiedlichsten am Flugverkehr beteiligten Institutionen, aber auch mit Bürgerinitiativen und Betroffenen geführt. Darin wurden die Belange der Fluglärm-betroffenen vorgetragen, nach Lösungsmöglichkeiten zur Verbesserung gesucht und um Verständnis für die Anwohner geworben.

## Kataster- und Vermessungsamt

Die Jahresstatistik des Kataster- und Vermessungsamtes weist Zuwächse der Antragszahlen und der damit verbundenen Gebühreneinnahmen in fast allen Fachbereichen des Katasters und in der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses auf. Die hohe Antragslage konnte mit dem Engagement der Mitarbeiter auch deshalb bewältigt werden, weil ein Jahr nach dem Start in das Amtliche Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS), Stabilität im Ablauf der Geschäftsprozesse spürbar war. Arbeitsschwerpunkte im Tagesgeschäft waren die mündliche und schriftliche Auskunft und Beratung von Eigentümern, Planern und anderen Interessierten, die Vorbereitung von Katasterunterlagen für im Landkreis tätige Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure und die Übernahme (Fortführung) von rd. 1.000 eigenen und eingereichten Messungsschriften in die Nachweise des Liegenschaftskatasters.

- *Gebietstopographie*

Die Schulungs- und Trainingsphase von zwei Gebietstopographen wurde erfolgreich abgeschlossen, die Bearbeitungen von topographischen Kartenblättern durch die Gebietstopographen wurden nunmehr in die Produktion des Landesbetriebes Landesvermessung und Geobasisinformation überführt.

- *Gutachterausschuss für Grundstückswerte*

Die Auswertung und Analyse von 2.700 Kauffällen (im Jahr 2013: 2.480) in der Automatisierten Kaufpreissammlung (AKS) erforderte die volle Konzentration der Mitarbeiter der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses. Das zu beobachtende stabile und teilweise ansteigende Kaufpreisniveau wurde in 476 Bodenrichtwerten für Wohnbauland, gemischte Bauflächen, Gewerbeflächen sowie Bodenrichtwerten für Acker-, Grünland- und Forstflächen dargestellt.

Hervorzuheben ist, dass der Gutachterausschuss und die Geschäftsstelle intensiv in die Diskussion über die Auswirkungen von Fluglärm auf die Immobilienwerte im Umfeld des zukünftigen Flughafens Berlin Brandenburg einbezogen wurden. Erstmals wurde ein Halbjahresbericht zu Grundstücksmarkt veröffentlicht.

- *Ausbildung*

Aus Mangel an einem geeigneten Bewerber konnte kein Auszubildender für die Ausbildung zum Vermessungstechniker eingestellt werden. Ein Auszubildender konnte die Ausbildung als Vermessungstechniker erfolgreich beenden. Drei weitere Auszubildende absolvierten die laufende Ausbildung im 2. und 3. Lehrjahr. Im 1. Quartal wurde ein Referendar im höheren vermessungstechnischen Verwaltungsdienst im Bereich Liegenschaftskataster ausgebildet. Das Kataster- und Vermessungsamt präsentierte sich beim Zukunftstag und bei der Ausbildungsmesse Teltow-Fläming. Mehrere Schüler informierten sich während Praktikumsaufenthalten über das Berufsfeld des Vermessungstechnikers.

- *Grundstücksverkehr und gesetzliche Vertreterbestellung*

Eine unvermindert hohe Antragslage wurde bei der Bearbeitung von Anträgen zur Erteilung der Genehmigung nach der Grundstücksverkehrsordnung (GVO) deutlich, insgesamt wurden 1.244 Anträge auf GVO gestellt, das sind 196 Anträge mehr, als im Jahr 2013. Die Anzahl der Anträge auf Erteilung von Negativattesten ist mit 401 Anträgen leicht rückläufig (2013 = 493).

Um die Vertretung des Eigentümers sicherzustellen, bestellt der Landkreis auf Antrag einen gesetzlichen Vertreter des Eigentümers, beruft nach einer erfolgreichen Erbenermittlung den bestellten Vertreter ab, genehmigt Verkäufe oder die Eintragung von Rechten, u. a.. Von den im Sachbereich insgesamt 1.070 registrierten Fällen befanden sich lediglich 300 in Bearbeitung, 115 davon kamen zur Entscheidung. Die notwendige personelle Unterstützung wurde beantragt.

- *Antragsstatistik*

- Ca. 1.900 analoge Flurkartenauszüge und Eigentüternachweise wurden erarbeitet und verkauft.
- Die Fläche des Landkreises wurde am Ende des Jahres von 211.834 Flurstücken bedeckt, 1.723 Flurstücke davon sind im Jahr 2014 neu entstanden. Weiterhin werden

für den Landkreis 81.092 Grundbuchblätter geführt, davon gab es an 16.886 Grundbuchblättern Veränderungen, die mit einer Neueintragung im Grundbuchblatt verbunden war.

- An die Betreiber von Graphischen Informationssystemen (GIS) - die Städte und Gemeinden des Landkreises, land- und forstwirtschaftliche Unternehmen, Energie- und Wasserversorger, u. a. - wurden umfangreiche digitale Datenbestände, 7,57 Mio. flurstücksbezogene Datensätze in verschiedenen Datenformaten, herausgegeben.
- Voreigentümergeberungen, meist bis 1933, wurden für ca. 1.350 Antragsteller erarbeitet.
- Im Bereich Messungsvorbereitung wurden 1.325 Anträge für 84 Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure (ÖbVI) auf Unterlagenerteilung erarbeitet. Die wiederum um ca. 100 Anträge gestiegene Antragszahl gegenüber dem Vorjahr weist auf eine rege Bautätigkeit im Landkreis und auf eine gute Auftragslage der rd. 160 ÖbVI im Land Brandenburg hin.
- Die örtliche Messtätigkeit wurde durch zwei Messtrupps erledigt. Sie bildete die Grundlage für die weitere Geometrieverbesserung der Liegenschaftskarte und ist auch künftig eine der Hauptaufgaben der Katasterverwaltung.
- Insgesamt wurden 880 Vermessungsschriften durch ÖbVI oder durch das Kataster- und Vermessungsamt zur Übernahme in das Liegenschaftskataster eingereicht und in die Katasternachweise übernommen. Die dabei entstandenen Unterlagen wurden den Antragstellern, Käufern, Verkäufern, Investoren möglichst innerhalb von 10 Wochen bereitgestellt.

# Bauamt

## Allgemein

Seit Anfang 2014 ist die Personalsituation in vielen Bereichen des Bauamtes sehr angespannt. Das Fehlen des Amtsleiters sowie die nicht besetzte Stelle der Sachgebietsleitung Hochbau stellte eine enorme Herausforderung dar, die nur aufgrund überdurchschnittlicher Teamarbeit aller Mitarbeiter des Bauamtes bewältigt werden konnte. Erschwerend kam hinzu, dass die Stelle des Sachbearbeiters Gebäudetechnik sowie eine Bauleiterstelle erst im Mai bzw. November besetzt werden konnten.

Die Hauptaufgaben ergeben sich u. a. aus den Pflichtaufgaben des Landkreises als Schulträger, Träger des Rettungsdienstes sowie Straßenbaulastträger. Des Weiteren sind die Landkreise gemäß Landesaufnahmegesetz verpflichtet, Asylbewerber und Flüchtlinge aufzunehmen und unterzubringen. Mit dieser Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung waren zusätzlich umfangreiche Vorbereitungen und die zügige Umsetzung von Baumaßnahmen verbunden.

In Vorbereitung der Aufstellung des Haushaltsplans 2015 erarbeitete das Bauamt federführend die Prioritätenliste für investive Maßnahmen des gesamten Landkreises.

Nachteilig wirkte sich die vorläufige Haushaltsführung bis Ende April aus. Da gemäß § 69 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg während dieser Zeit Aufwendungen und Auszahlungen nur unter bestimmten Voraussetzungen geleistet werden dürfen, konnten Baumaßnahmen nicht wie geplant ausgeschrieben werden. Diese Problematik betrifft insbesondere Baumaßnahmen an Schulen.

## Sachgebiet Hochbau

Das Sachgebiet Hochbau ist für den Erhalt, die Instandsetzung bzw. Wiedernutzbarmachung sowie für die Erweiterung und Modernisierung des Gebäudebestandes einschließlich der dazugehörigen Außenanlagen kreiseigener Liegenschaften zuständig. Dazu zählen ca. 176 Einzelgebäude an 57 Standorten für die Nutzung in den Bereichen Verwaltung, Bildung und Kultur, Rettungswesen, Sozialwesen und Wohnen.

Leistungsschwerpunkte waren neben den allgemeinen Bauunterhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten:

- Gymnasium Jüterbog: Sanierung des Heizhauses einschl. Erneuerung der Heizungsanlage sowie Instandsetzung der Fenster in der Turnhalle sowie allgemeine bauliche Unterhaltung  
Baukosten: 257.000 €
- Gymnasium Luckenwalde: Denkmalgerechte Sanierung des Foyers, Erneuerung Zaunanlage und Rauchschutztür  
Baukosten: 118.800 €
- Gymnasium Ludwigsfelde: Sanierung des Kleinspielfeldes, Erneuerung der Innentüren und der Beleuchtung im Altbau sowie allgemeine bauliche Unterhaltung  
Baukosten: 122.000 €
- Gymnasium Rangsdorf: Umbau der Sanitäranlagen sowie allgemeine bauliche Unterhaltung

- Baukosten: 25.000 €
- Oberstufenzentrum Luckenwalde, R.-Breitscheid-Str.: Umbau  
Wohnheim-Unterrichtsräume  
Baukosten: 125.000 €
- Schullandheim Dobbrikow: Weiterführung Brandschutzkonzept  
Baukosten: 25.000 €
- FTZ Luckenwalde: Errichtung einer Wechselladehalle  
Baukosten: 195.000 €
- Rettungswache Luckenwalde: Sanierung der Fenster, Umbau Garage, Erneuerung  
Rauchschutztür  
Baukosten: 48.000 €
- Glashütte: Erneuerung einer Holzsteganlage 2. BA, Fenstererneuerung Hüttenweg 19  
sowie Sicherheitsbeleuchtung Hüttenweg 20  
Baukosten: 51.400 €

Allgemeine Bauunterhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen erfolgten an nachfolgenden Objekten:

- Förderschulen Groß Schulzendorf, Mahlow und Ludwigsfelde sowie an den  
Förderschulen in Jüterbog
- Oberstufenzentrum Ludwigsfelde
- Musikschule Luckenwalde
- Kreisvolkshochschule
- Kreismedienzentrum Luckenwalde
- Rettungswache Jüterbog
- Museum des Teltow in Wünsdorf
- Wohnobjekte in Rangsdorf und Zossen
- Kreisstraßenmeisterei in Luckenwalde

Es erfolgten 99 Ausschreibungen über ein Finanzvolumen in Höhe von 1.449.437 € und 361 Auftragsvergaben über ein Finanzvolumen in Höhe von 1.878.328 €. Dabei wurden 68,79 % des Auftragsvolumens bzw. anzahlmäßig 78,89 % an Unternehmen im Landkreis vergeben.

Für alle kreiseigenen Liegenschaften sowie für Objekte des Rettungsdienstes werden im Bauamt 198 Wartungsverträge verwaltet und betreut, wobei ca. 28 % aller Wartungsverträge älter als 10 Jahre und zwingend neu abzuschließen sind. Im Jahr wurden 14 neue Verträge zum Abschluss gebracht.

Die Verträge werden für alle wartungspflichtigen technischen Anlagen (z. B. Aufzüge, Gefahrenmeldeanlagen, Heizung) in Wartungen, Inspektionen, Sachkundigenprüfungen und Sachverständigenprüfungen segmentiert. Im Jahr betrug das Vertragsvolumen 117.200 €.

Im Bauamt werden Planungsleistungen (Hochbau und Haustechnik) sowohl für genehmigungspflichtige als auch genehmigungsfreie Bauvorhaben selbst erbracht. Für Bauvorhaben, die die Kapazitäten überschreiten, werden Planungsleistungen extern vergeben. Die Aufgabenstellung sowie die Begleitung während des Planverfahrens liegen in der Verantwortung des Bauamtes.

- *Jüterbog, Waldauer Weg 11a*

Zur Wiederinbetriebnahme/Schaffung von Wohnunterkünften für ca. 130 Personen waren u. a. nachstehende Baumaßnahmen erforderlich:

- externe Planung Haustechnik

- Erneuerung der Heizkessel
  - Erneuerung der gesamten Sanitär- und Elektroinstallation
  - Instandsetzung Dusch- und Waschräume
  - Einbau einer Brandmeldeanlage
  - Brandabschottung der Treppenhäuser durch Einbau neuer Trennwände mit Rauchschutztüren
  - Erneuerung von Eingangs- und Fluchttüren, Austausch defekter Fenster und Innentüren
  - Maler- und Bodenbelagsarbeiten
  - Dämmung der obersten Geschoßdecke
- Baukosten: 556.000 € (ohne eigene Planungskosten)

- *Ludwigsfelde, Am Birkengrund*

Durchführung der zur Nutzungsfreigabe (ca. 120 Personen) erforderlichen Baumaßnahmen wie:

- Sicherungsmaßnahmen Außengelände
  - externe Planungsleistungen Haustechnik
  - Brandmeldeanlage
  - Dämmung von Heizleitungen
  - allgemeine bauliche Unterhaltungsmaßnahmen
- Baukosten: 63.000 € (ohne eigene Planungskosten)

- *Luckenwalde, Forststraße 14*

Maßnahmen der baulichen Unterhaltung wie z. B.:

- Beseitigung einer Havarie Damendusche (Abbruch-, Sanitär- und Fliesenlegerarbeiten)
  - Trennung von Wohnungseinheiten durch Schaffung eines Zugangs vom Flur (Elektroarbeiten, Maurer- und Putzarbeiten)
  - Vorbereitungsmaßnahmen zur Montage von Rettungstreppe (Umsetzen von Fenstern)
- Baukosten: 40.000 € (ohne eigene Planungskosten)

- *Luckenwalde, Grabenstraße*

Ertüchtigung der Verwaltungsgebäude zum Übergangwohnheim (Haus 1, Haus 2, Haus 4):

- Errichtung eines Verbindungsgangs zum Duschcontainer
  - Aufstellung Duschcontainer
  - allgemeine bauliche Unterhaltung
- Baukosten: 61.000 €

## **Sachgebiet Liegenschaften**

Im Sachgebiet werden ca. 2700 Grundstücke verwaltet.

Darüber hinaus sind im vergangenen Jahr insgesamt 28 Ankäufe von Flächen der Flaeming-Skate sowie von Flächen für Kreisstraßen und straßenbegleitenden Radwegen vorgenommen worden.

Ein weiteres wichtiges Aufgabenfeld bildet die mit der Mitgliedschaft verbundene aktive Mitarbeit in den fünf Boden- und Wasserverbänden Nuthe-Nieplitz, Kremitz-Neugraben, Dahme-Notte, Obere Dahme-Berste und Kleine Elster-Pulsnitz. Das Jahr gestaltete sich sehr arbeitsintensiv, da der Gesetzgeber aufgrund von Gerichtsurteilen gezwungen war, die einzelnen Verbandsgebiete unabhängig von vorhandenen Strukturen den entsprechenden Wassereinzugsgebieten genau zuzuordnen. Demzufolge musste die Zugehörigkeit sämtlicher kreiseigener Grundstücke zu den einzelnen Verbänden überprüft und gegebenenfalls neu geregelt werden.

Die Erträge aus der Vermietung und Verpachtung von Immobilien betragen im Jahr rund 140.300 €. Damit wurde der Planansatz um rund 5.300 € übertroffen. Dieses Ergebnis konnte trotz des Leerzuges eines Gebäudes durch Mietanpassungen bei anderen Liegenschaften erreicht werden. Die Aufwendungen für Mieten und Pachten entsprechen nahezu den Planzahlen.

Die Erträge aus der Bewirtschaftung der Grundstücke haben sich außerplanmäßig von den geplanten 70.000 € auf rund 123.000 € erhöht. Grund dafür ist die Anpassung der Betriebskostenvorauszahlungen am Standort des Asylbewerberheimes in Luckenwalde, Grabenstraße sowie in der Produktionsschule Ludwigsfelde.

Für die Bewirtschaftung der Immobilien wurden von den geplanten Mitteln in Höhe von 130.000 € bislang nur rund 112.500 € benötigt. Allerdings stehen hier noch die Schlussrechnungen aller Medienversorger aus. Im Jahr wurden außerdem 35

Mietverträge geändert bzw. neu abgeschlossen. Darüber hinaus wurden für zwei Mietverträge Aufhebungsvereinbarungen geschlossen.

Zum Aufgabenbereich gehört auch, Mietverträge für andere Ämter zu bearbeiten und abzuschließen.

Bedingt durch umfangreiche Umbau- und Modernisierungsarbeiten in den Außenstellen des Jugend- und Gesundheitsamtes in Zossen sowie in Ludwigsfelde wurden beispielsweise Anpassungen der Mietverträge verhandelt. Damit haben sich an beiden Standorten die Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter wesentlich verbessert.

Im Jahr erfolgte der Umzug des Flughafenberatungszentrums von Mahlow in das Flughafenberatungsbüro im Dialogzentrum in Berlin-Schönefeld. In den Mietverhandlungen wurde ein geringerer Mietzins gegenüber dem ehemaligen Büro in Mahlow ausgehandelt. Seit Dezember sind zusätzlich drei weitere Büros im Gebäude angemietet.

- *Museumsdorf*

Im Museumsdorf Glashütte ist es gelungen, für ein weiteres Grundstück einen Erbbaurechtsvertrag abzuschließen. Insofern ist von weiteren Kosteneinsparungen bei der Bewirtschaftung des Museumsdorfes Glashütte auszugehen. Die geplanten Erträge aus der Vermietung und Verpachtung in Höhe von 60.000 € wurden erreicht.

Aufgrund von Kostenanpassungen bei den Betriebskostenvorauszahlungen wurden die geplanten Erträge in Höhe von 70.000 € um rund 13.500 € übertroffen. Dagegen entsprechen die Aufwendungen für die Bewirtschaftung der Grundstücke dem im Haushalt ausgewiesenen Ansatz in Höhe von

100.000 €. Allerdings stehen auch hier noch die Jahresrechnungen der einzelnen Versorger aus.

- *Teltower Kreiswerke Berlin*

Aus der Verwaltung der Berliner Grundstücke durch die Teltower Kreiswerke konnten die geplanten Erträge in Höhe von 335.000 € sichergestellt werden.

## **Sachgebiet Straßenwesen**

Das Sachgebiet ist als Straßenbaubehörde für den verkehrssicheren Zustand der Straßen und Wege in der Baulast des Landkreises verantwortlich. Das Straßen- und Wegenetz umfasst 198 km Kreisstraßen und 64 km straßenbegleitende Radwege. Des Weiteren gehören 205 km Rad- und Skatewege (Flaeming-Skate) zur Straßenbaulast des Landkreises.

Zu den Aufgaben des Sachgebietes gehören:

- betriebliche und bauliche Unterhaltung der Straßen, Radwege, Brücken sowie Straßendurchlässe, Pflege des Straßenbegleitgrüns wie Bankette, Mulden, Straßenbäume, Hecken und Organisation des Winterdienstes
- Vorbereitung und Durchführung von Instandsetzungsarbeiten und Erneuerungsmaßnahmen an Kreisstraßen, Radwegen sowie an der Flaeming-Skate
- Verwaltung der Kreisstraßen und Radwege (Führung der Straßenverzeichnisse) sowie Verwaltung der Flaeming-Skate

- straßenrechtliche Bearbeitung von Benutzungen der Kreisstraßen und Radwege und der Flaeming-Skate (Genehmigungen bezüglich Leitungsverlegungen, Sondernutzungen, Zufahrten, Anbauten und Zustimmungen zu verkehrsrechtlichen Erlaubnissen)
- Erarbeitung von Stellungnahmen im Rahmen der Beteiligung als Träger öffentlicher Belange
- Mitwirkung bei Widmungen und Umstufungen von Straßen
- Genehmigungen von Schwerlasttransporten auf Kreisstraßen
- Ausführung der Straßenaufsicht gegenüber den Gemeinden des Landkreises als Straßenaufsichtsbehörde

Im Jahr erfolgte die Erarbeitung der Vereinbarungen zur Umstufung der Landesstraße L 76, Abschnitt B 101 neu bis Ortseingang Teltow und der Bundesstraße B 101 alt, Ortsumgehung Luckenwalde.

Die betriebliche Unterhaltung der Flaeming-Skate einschließlich deren Reinigung und die Reinigung der Radwege wird durch die Kreisstraßenmeisterei übernommen. Dagegen werden die Leistungen der betrieblichen und baulichen Unterhaltung der Kreisstraßen, Brücken und Radwege (Pflege des Begleitgrüns und der Bankette, Leiteinrichtungen und Fahrbahnmarkierungen, Reparatur von Fahrbahndecken) sowie der baulichen Unterhaltung der Flaeming-Skate überwiegend an Fachfirmen vergeben. Hierbei wurden im Jahr Bauleistungen mit einem Wertumfang in Höhe von ca. 1.800.000 € realisiert. Der Winterdienst auf den Kreisstraßen erfolgt durch Beauftragung regionaler Firmen nach Ausschreibung, die den Einsatz des Winterdienstes eigenverantwortlich durchführen. Dem Sachgebiet obliegen die Kontrolle der durchgeführten Leistungen und die Festlegung von Einsatzgrundsätzen. Es muss festgestellt werden, dass die vom Sachgebiet durchzuführenden Pflichtaufgaben nicht vollumfänglich realisiert werden konnten. Die Unterhaltung der Flaeming-Skate wurde begonnen, jedoch ist der Unterhaltungsrückstau weiterhin massiv, sodass auch in den Folgejahren beträchtliche finanzielle Mittel erforderlich sind. Gleiches gilt für die Instandsetzung bzw. Erneuerung der straßenbegleitenden Radwege sowie der Kreisstraßen, insbesondere im südlichen Bereich.

Im Rahmen der Durchführung von Instandsetzungen, Erneuerungen und des Neubaus von Straßen, Brücken und Radwegen wurden folgende Bauvorhaben durchgeführt bzw. begonnen:

- Instandsetzung der Kreisstraßen K 7222, Abschnitt 20, Ortsverbindung (OV) Luckenwalde – Gottow, 3. Bauabschnitt
- Instandsetzung der Kreisstraße K 7236, Ortslage Groß Machnow
- Vorbereitung der Instandsetzung der Kreisstraße K 7212, Ortsverbindung Gölsdorf bis zur Landesgrenze Sachsen Anhalt
- Vorbereitung der Instandsetzung der Regenentwässerungsanlagen der Ortslage Genshagen (K 7241) und der Ortslage Neuhof (K 7226)
- Partielle Fahrbahnsanierung auf Kreisstraßen zur Herstellung der Verkehrssicherheit
- Fahrbahnmarkierungsarbeiten auf Kreisstraßen zur Herstellung der Verkehrssicherheit
- Neubau des 2. Bauabschnittes des Radweges an der K 7239 von der alten L 76 bis zur neuen L 76 mit einer Baulänge von 340 m
- Instandsetzung Flaeming-Skate, Streckenabschnitt von Kolzenburg bis Neuhof
- Instandsetzung der Radwege entlang der Kreisstraßen

Personen- und Funktionsbezeichnungen sind in männlicher Form verwendet worden. Der Verzicht auf sprachliche Gleichbehandlung soll die Lesbarkeit des Berichtes erleichtern.

- o K 7218, OV Zülichendorf-Felgentreu,
- o der ehemaligen K 7234, OV Werben bis Dabendorf im Rahmen der Einstandspflicht
- o der K 7241, OV Großbeeren bis zur L 76

Folgende Landschaftsbaumaßnahmen bzw. landschaftspflegerische Begleitmaßnahmen sowie Prüfungen und Analysen wurden durch- bzw. weitergeführt:

- Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners an Bäumen entlang der Kreisstraßen und der Flaeming-Skate sowie auf Schulhöfen
- Pflege- und Ersatzmaßnahmen, Alleeaufbau, verkehrssichernde Maßnahmen (z. B. Mahd, Baumschnitt, Fällungen) sowie Fertigstellungs- und Entwicklungspflege
- Herstellung der Verkehrssicherheit an den Bäumen der kreiseigenen Liegenschaften im Museumsdorf Glashütte, sowie auf dem Naturlehrpfad um Glashütte
- Reinigung von Regenentwässerungsanlagen und Durchlässen im Zuge von Kreisstraßen
- Zustandsanalyse des Regenentwässerungssystems und des Baugrundes in der Kreisstraße K 7241, Ortslage Genshagen
- Bauwerksprüfungen von Brücken und Durchlässen im Zuge von Kreisstraßen und der Fläming- Skate

## Kreisstraßenmeisterei

Zur Erfüllung der Pflichtaufgaben und zur Gewährleistung der Sicherheit auf den Kreisstraßen, begleitenden Radwegen sowie der Flaeming-Skate und auf den Liegenschaften wurden folgende Tätigkeiten ausgeführt:

- Kontrolle der Kreisstraßen, Radwege und der Flaeming-Skate
- Unterhaltung und Erneuerung von Verkehrszeichen und Leiteinrichtungen sowie die Umsetzung verkehrsrechtlicher Anordnungen
- Reinigungsarbeiten an Leitpfosten
- Bankettpflege
- Wild- und Baumwuchsbeseitigung/Baumpflege
- Beseitigung von Unfallschäden am Fahrbahnrand
- Frühjahrsmahd an den Kreisstraßen Bereich Nord aufgrund einer Ersatzvornahme
- Pflegeanstriche an Radweg- und Kreisstraßenbrücken
- Instandsetzung bzw. Pflege der Straßendurchlässe
- Unterhaltung der Rastplätze und Schutzhütten
- Winterdienst auf den Radwegen entlang der Kreisstraßen, die der Schulwegsicherung dienen
- Winterdienst auf der Flaeming-Skate, Bereiche der Schulwegsicherung
- Absicherung und Unterstützung von Veranstaltungen auf Kreisstraßen bzw. Rad- und Skatewegen, Filmaufnahmen, Skateveranstaltungen (Behindertenfest usw.)

Die Sicherung der Flaeming-Skate gewann auch in diesem Jahr zunehmend an Bedeutung. Durch die Pflege und Unterhaltung der kreiseigenen Liegenschaften mit dem Schwerpunkt Museumsdorf Glashütte ist der gesamte Aufgabenbereich gewachsen.

Eine Querschnittsprüfung der Landkreise des Landes Brandenburg in ihrer Funktion als Straßenbaulastträger durch das Kommunale Prüfungsamt des Innenministeriums hat u. a. herausgearbeitet, dass durch den ständigen Einsatz der Mitarbeiter der Straßenmeisterei auf der Flaeming-Skate und auf anderen kreiseigenen Liegenschaften der Personalbestand zur Durchführung der Pflichtaufgaben zu überprüfen ist. Ein Vergleich mit anderen Straßenbaulastträgern, der u. a. Ziel dieser Querschnittsprüfung ist, war aufgrund der Erfüllung dieser besonderen Aufgaben nicht möglich.